

Grundbefähigungen

Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie

Jan-Hendrik Heinrichs

(Geboren in Gelsenkirchen)

Dissertation zum Erwerb der Grades Dr. phil.

Eingereicht im Fach Philosophie, Fachbereich 1,

Universität Duisburg Essen

Datum der mündlichen Prüfung: 08.01.04

Gutachter:

Professor Dr. Dieter Sturma (Universität Duisburg Essen)

Professor Dr. Dieter Birnbacher (Universität Düsseldorf)

Einleitung.....	5
I. Theorien der distributiven Gerechtigkeit.....	7
I.1. Einführung und Methode.....	7
I.1.1. Güter	14
I.1.2. Verteilungsmodi	16
I.2. Utilitarismus.....	20
I.2.1. Struktur des Utilitarismus	21
I.2.2. Nutzenkonzeptionen	21
I.2.3. Aggregationsverfahren.....	39
I.2.4. Egalitarismus.....	42
I.2.5. Fazit	43
I.3. Total Utility Ansätze	47
I.3.1. Strikter Egalitarismus	51
I.3.2. Leximin-Verfahren	53
I.3.3. Fazit	58
I.4. Grundbedürfnistheorien.....	60
I.4.1. Darstellung	60
I.4.2. Bedürfnissicherung in der Entwicklungshilfedebatte.....	64
I.4.3. Fazit	68
I.5. Equality of Resources.....	70
I.5.1. Darstellung	72
I.5.2. Fazit	83
I.6. Libertäre Positionen und strukturelle Gleichheit	85
I.6.1. Die Grundlage der Rechte.....	86
I.6.2. Ursprüngliche Aneignung und Transfer	102
I.6.3. Konsequenzen	105
I.6.4. Fazit	113

I.7.	Meritokratismus.....	114
I.7.1.	Interpretation des Begriffs ‚Verdienst‘	114
I.7.2.	Verdienstorientierung in Marktgesellschaften.....	121
I.7.3.	Fazit.....	123
I.8.	Solidarität	124
I.8.1.	Wertkonzept.....	124
I.8.2.	Verteilungsmodus	126
I.8.3.	Fazit.....	129
I.9.	Kontraktualistische Positionen.....	130
I.9.1.	Das Vertragsmodell.....	131
I.9.2.	Inhaltliche Vorgaben des Vertragsmodells	148
I.9.3.	Leximin-Verfahren	161
I.9.4.	Grundbedürfnisse und sozialer Mindeststandard.....	165
I.9.5.	Grundgüter.....	168
I.9.6.	Fazit.....	176
I.10.	Capability approach	178
I.10.1.	Entwicklung des Ansatzes.....	178
I.10.2.	Semantische Klärungen.....	179
I.10.3.	Darstellung des Befähigungs-Ansatzes.....	181
I.10.4.	Der Befähigungsansatz nach Sen.....	184
I.10.5.	Der Befähigungsansatz nach Nussbaum	187
I.10.6.	Die menschliche Natur nach Aristoteles	189
I.10.7.	Aristoteles Funktionenargument.....	192
I.10.8.	Teleologische und moderne Naturwissenschaft	194
I.10.9.	Die Synthese der Befähigungsansätze	200
I.10.10.	Fazit.....	207
II.	Befähigungen in der Praxis	212

II.1.	Die Befähigungslisten	212
II.1.1.	Die ‚Nussbaum Liste‘	213
II.1.2.	Rawls ‚Grundbefähigung zum kooperativen Gesellschaftsmitglied‘	218
II.1.3.	Entwicklungshilfepraxis	221
II.1.4.	Human Rights Declaration.....	224
II.1.5.	Fazit	230
II.2.	Befähigungen im empirischen Zugang.....	240
II.2.1.	Einzelanalysen.....	240
II.2.2.	Indikatoren	269
II.2.3.	Fazit	273
III.	Anhänge	279
III.1.	Anhang 1: Das Leximin-Verfahren.....	279
III.2.	Anhang 2: Der Human Development Index	280
III.3.	Anhang 3: Indikatoren der Wohlfahrtsmessung	281
III.4.	Literaturverzeichnis	289

Einleitung

Die politische Philosophie erfährt nach wie vor häufig den Vorwurf praktischer Irrelevanz. Insbesondere von Seiten des Relativismus wird die Behauptung vorgebracht, wie alle praktische Philosophie könne auch sie Normen immer nur für Kulturgemeinschaften beschreiben, geschweige denn aufstellen. Der These von der praktischen Irrelevanz der politischen Philosophie leistet insbesondere ihre hohe Abstraktion Vorschub, die Verbindungen zur Anwendungsebene konkreter Politik oft verschleiert. Daher wird in dieser Arbeit dargestellt, dass und wie Theorien und Normen der politischen Philosophie praktische Relevanz in der Politik haben.

Zu diesem Zweck müssen zwei gegensätzliche Linien der Kritik an der politischen Philosophie entkräftet werden. Die erste dieser Kritiklinien entspringt modernen Relativismen, die den partikularen Charakter aller Normensysteme betonen. Entgegen diesem Einwand soll hier gezeigt werden, dass radikale Relativierungen weder notwendig noch hilfreich sind. Während der Forderung nach kontextsensitiver Ausgestaltung politischer Normen nachzukommen ist, bedeutet eine vollkommene Relativierung auf den jeweiligen Kulturellen Kontext einen Verzicht auf die Möglichkeit der Kulturkritik.

Die zweite Kritiklinie entspringt der ökonomistischen Reduktion ethischer und politischer Begriffe. Die Professionalisierung der politischen Philosophie durch Methoden und Theorien der Wirtschaftswissenschaften – so durch die Entscheidungstheorie oder volkswirtschaftliche Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung – geht mit der Gefahr einher, moralische und soziale Eigenschaften politischer Prozesse unangemessenerweise auf ökonomische Prozesse zu reduzieren. Eine in wirtschaftswissenschaftlichen Termen beschriebene Gesellschaft gewinnt den Anschein einer naturgesetzlichen Entwicklung zu unterliegen und ethischen Korrekturen nicht zugänglich zu sein.

Beide Kritiklinien an der politischen Philosophie verstellen die Option der ethischen Kritik bestehender politischer Verhältnisse. Diese Aufgabe muss die politische Philosophie wahrnehmen, um dem Vorwurf der praktischen Irrelevanz zu entgehen. Um diese Aufgabe wahrzunehmen muss sie zeigen, wie eine kontextsensitive Ausgestaltung politischer Normen auf die Erkenntnisse der modernen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften reagieren kann, ohne dabei den politischen Prozess aus den Augen zu verlieren.

Im Folgenden wird dieser Aufgabe im Feld der Gerechtigkeitsproblematik nachgegangen. Dort äußert sich die relativistische Kritik in der Behauptung, eine menschenrechtliche Ordnung transportiere Idealisierungen westlicher Lebensverhältnisse und untergrabe die Lebensweise anderer Kulturen. Die menschenrechtlichen Gerechtigkeitsverhältnisse werden als kultureller Kolonialismus diffamiert. Von wirtschaftslibertärer Seite wird dagegen eine Deckung rechtlicher Grundbedürfnisse in Absehung von kulturellen Differenzen und materiellen Bedürfnissen angestrebt. Zwischen diesen Extrempositionen hat sich ein breites Feld von Theorien distributiver Gerechtigkeit entwickelt, welches in dieser Untersuchung abgeschritten werden soll. Am Ende dieser Untersuchung wird dann eine Theorie der Gerechtigkeit stehen, die den methodischen Vorgaben der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu entsprechen vermag, ohne dabei den politischen Prozess einer Gesellschaft aus den Augen zu verlieren.

I. Theorien der distributiven Gerechtigkeit

I.1. Einführung und Methode

Die Debatte um die Verteilungsgerechtigkeit fällt in den Rahmen der modernen politischen Philosophie. Obwohl ihr Gegenstandsbereich in internationalen Kontexten oft Opfer politischer Marginalisierung ist, kam sie im theoretischen Feld durch John Rawls *Theorie der Gerechtigkeit* und das darin vorgestellte Modell austeilender Gerechtigkeit wieder zu Ansehen und Relevanz. In der deutschsprachigen Philosophie war es insbesondere Otfried Höffe, der durch seine Analysen und Weiterentwicklungen des modernen Kontraktualismus der politischen Philosophie erneut Geltung verschaffen konnte. Obwohl ein großer Anteil der Reaktionen auf das Rawlssche Werk sich auf den methodischen Status von Rawls Urzustand, seinen Kontraktualismus, seinen Antiperfektionismus, etc. konzentrierten, erhielten Gerechtigkeitsfragen neue Relevanz in theoretischer Hinsicht wie auch in anschließenden politischen Diskussionen.

Die erst später einsetzende Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit hatte sich vornehmlich an der dominanten Theorie des Utilitarismus zu orientieren, deren Vorrangstellung im angloamerikanischen Raum durch Rawls *Theorie der Gerechtigkeit* erfolgreicher Kritik unterzogen wurde. Obwohl mittlerweile auch Vertreter des Utilitarismus zugeben, dass dieser für die Debatte um die distributive Gerechtigkeit keinen Beitrag zu leisten in der Lage ist,¹ stellt er dennoch weiterhin einen bestimmenden Faktor dieser Auseinandersetzung dar. Ebenso wie die theoretische Debatte durch den Utilitarismus bestimmt wird, kann von einer praktischen Dominanz des Neoliberalismus in der modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik gesprochen werden. Diese neoliberalistische Strömung ist ungebrochen, obwohl ein Liberalismus wie er im Rahmen dieser Arbeit diskutiert wird, kaum noch politische Vertreter findet.

Auf eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit zielt nicht nur die philosophische Tradition ab, vielmehr handelt es sich hierbei auch um eine praktische Fragestellung, die Antworten von Seiten der Politikwissenschaften und der Ökonomie gefunden hat. Die praktischen Probleme, auf die eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit zu

¹ Vgl. Birnbacher 1976, S. 202.

reagieren versucht, liegen dementsprechend auch in den Aufgabenfeldern sowohl der Politik, wie auch der das Wirtschaftsleben organisierenden Organisationen.

Aus Sicht der Politik handelt es sich hierbei zum einen um ein Stabilitätsproblem von Gesellschaften, zum anderen wird Gerechtigkeit im politischen System natürlich um ihrer selbst willen angestrebt. Im Wirtschaftsleben handelt es sich in erster Linie um ein Effizienzproblem. Beide Bereiche reagieren zudem immer auch auf ethische Argumente. Weder kann eine sozialpolitische Debatte ohne Rekurs auf ethische Normen geführt werden, noch werden beispielsweise die Programme zur Bekämpfung ökonomischer Unterentwicklung ohne diese Normen verständlich.

Die ethische Analyse des Gerechtigkeitsbegriffes stellt also einen Leitfaden für Modelle und Theorien der Politologie und Ökonomie dar. Ebenso beeinflusst sie auch direkt die praktischen Felder der Politik und teilweise auch des Wirtschaftslebens. Es handelt sich hierbei also um eine Problemstellung, die abweichend von herkömmlichen Einteilungen nicht nur als Frage der politischen und Sozialphilosophie sondern auch als Bestandteil der angewandten Ethik betrachtet werden kann. Im Gegensatz zu den meisten Themen der angewandten Ethik handelt es sich jedoch nicht um eine Problemstellung die von naturwissenschaftlicher Seite vorgegeben wird, sondern um die Schnittstelle zwischen Politikwissenschaft, Ökonomie und Ethik. Ihre Darstellung greift dabei auf Theorien der Politologie und Ökonomie genauso wie auf Theorien der politischen, Sozial- und Wirtschaftsethik zurück.

Die unterschiedlichen Disziplinen tragen unterschiedliche Methoden und Kriterien an das Konzept ‚Distributive Gerechtigkeit‘ heran. Aufgrund dessen stellt sich das Problem, dass es keine über die einzelnen Disziplinen hinweg verbindlichen Kriterien dafür gibt, was als gerechte Verteilung zu bezeichnen ist. Die philosophische Analyse vermag zwischen den unterschiedlichen Kriterien zu vermitteln und die Frage nach der Gerechtigkeit auf grundlegende ethische Fragestellungen zurückzuführen. Die erste dieser Fragen ist: ‚Was ist Gerechtigkeit?‘ Eine konsensfähige wenn auch allgemeine Deutung dieses Begriffs findet sich bereits in der Aristotelischen Ethik, danach bedeutet Gerechtigkeit, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Dies gilt insbesondere in der Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit. Allerdings ist nicht klar, worauf sich ‚gleich‘ und ‚ungleich‘ beziehen. Es handelt sich sicherlich um die Lebensbedingungen von

Menschen, doch dieser Begriff ist zu allgemein, um eine ausreichende Antwort auf die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit geben zu können. Demzufolge schließt sich die zweite ethische Fragen nahtlos an: ‚Was sind die gerechtigkeitsrelevanten Bedingungen eines menschlichen Lebens?‘ die Aufgabe der philosophischen Analyse ist also anzugeben, was unter der Formel ‚Gleiches gleich und Ungleiches ungleich‘ zu verstehen ist, und welches die Kriterien für Gleichheit und Ungleichheit sind. Die Darstellung der Kriterien der Gleichheit gliedert sich in sechs Wertkonzepte, wovon allerdings nur die ersten vier Theorien der Gleichheit sind, während die beiden letzten Theorien Strukturen der staatlichen Stabilität untersuchen.

Die hier diskutierten Theorien der Bemessung der Gerechtigkeit können als konkurrierende Antworten auf die Frage „Equality of what?“² verstanden werden. Sie lassen sich grob in die vier Bereiche Welfarism, Ressourcengleichheit, *Theorie der Gerechtigkeit* und Befähigungsansatz gliedern. Utilitarismus und Total Utility Ansätze stehen exemplarisch für den ersten Bereich, den Welfarism. In diesen Theorien stellen subjektive Zustände, Präferenzen und Bewertungen des eigenen Wohlbefindens die Bemessungsbasis der individuellen Wohlfahrt dar.

Der zweite Bereich wird insbesondere durch den Ansatz der Gleichheit an Ressourcen, aber auch durch die Orientierung an Grundbedürfnissen gestellt. Dabei werden subjektive Bestimmungen weitestgehend ausgeklammert. Die Bemessungsgrundlage stellen hier messbare, materielle Güter dar. Als Beispiel für diesen Bereich werden der Ansatz der Gleichheit an Ressourcen von Dworkin und der Basic needs Ansatz anhand Arbeiten von Streeten vorgestellt.

Aufgrund der Sonderstellung des Begriffs der Grundgüter wird der Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls hier ein eigener, der dritte Bereich eingeräumt. Während Rawls mehrfach auf die Materialität der Grundgüter hinweist, finden sich bei ihm doch ebenso oft Hinweise darauf, dass es ihm auch um immaterielle Güter und vernünftige Bedürfnisse geht. Insofern ist er zwischen dem zweiten (Ressourcen) und vierten Bereich (Befähigungen) angesiedelt. Da er selbst aber in Diskussionen mit Amartya Sen und Martha Nussbaum darauf bestanden hat, dass sein Begriff der Grundgüter nicht mit dem der Capabilities von Sen und Nussbaum zur Deckung

² Vgl. Sen 1980.

gebracht werden kann, bedarf dieser Ansatz einer separaten Kategorie. Es wird zu untersuchen sein, ob es tatsächlich Unterschiede zwischen der Rawlsschen Theorie und dem Befähigungsansatz gibt, und ob diese durch beiderseitige Erweiterungen in eine Synthese einfließen können.

Der vierte Bereich wird durch die Theorie von Amartya Sen und Martha Nussbaum abgedeckt. Hier geht es weder um Präferenzen, noch um materielle Güter. Vielmehr ist die Bemessungsgrundlage durch empirisch feststellbare Bedingungen der Lebensführung gegeben, die Sen und Nussbaum unter dem Begriff der Capabilities fassen. Diese Theorie erhebt den Anspruch, empirische Messbarkeit der Bedingungen eines jeden guten Lebens mit der Subjektivität, die dem Begriff des individuellen guten Lebens innewohnt, vereinen zu können.

Neben diesen vier Bereichen von Theorien der Verteilungsgerechtigkeit stellen auch andere Theorien den Anspruch, zu dieser Debatte beizutragen. Darunter nehmen libertäre Theorien, die anhand des Beispiels der Theorie von Robert Nozick vorgestellt werden eine prominente Rolle ein. Es steht aber zu bedenken, dass die Theorie der Gleichheit an Rechten von Nozick nicht als Theorie der Verteilungsgerechtigkeit zu betrachten ist. Sie verharnt vielmehr in einer Position, die zwar die Rechtsstaatlichkeit eines Systems fordert, darüber hinaus aber jede Form von Verteilung den privaten Handlungen der Akteure in diesem System respektive dem Markt überlässt. Eine Analyse, die darzulegen versucht, welches die verteilungsrelevanten Güter in der libertären Theorie sind, muss sich mit dem Begriff der Rechte zufrieden geben.

Ebenso verhält es sich mit Theorien, die den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit durch den der Solidarität ersetzen wollen. Wegen ihres Einflusses in der Debatte wird ein solcher Ansatz hier diskutiert. Das Solidaritätsparadigma orientiert sich nicht an einem konkreten Wertkonzept, bestenfalls kann davon die Rede sein, es betrachte die Ausstattung mit gesellschaftlichen Gütern oder Ressourcen, es liegt aber keine ausgeführte Diskussion der verteilungsrelevanten Güter vor. Darüber hinaus ist festzustellen, dass bei der Sozialstaatsbegründung dieses Konzeptes trotz aller Weigerung wieder von der Idee der Gleichheit Gebrauch gemacht wird.

Ein ähnliches Einteilungsschema findet sich in Kerstings Überblick über *die politische Philosophie des Sozialstaates*, in dem er im ersten Zugriff Welfarism und die Orientierung an materiellen Gütern unterteilt. Für libertäre Theorien wie die

Nozicks, aber auch Buchanans und von Hayeks entwickelt er die Kategorie der strukturellen Gleichheit. Gemeint ist damit die Schaffung gleicher Grundvoraussetzungen für alle Gesellschaftsmitglieder hinsichtlich prozeduraler, rechtlicher Möglichkeiten. Die Theorie Sens wird einem vierten Bereich zugeordnet, den er Entwicklungsgleichheit nennt. Diese Kennzeichnung von Sens Capability Approach ist insofern zutreffend, als dieser seinen Ansatz aus der Entwicklungshilfedebatte entwickelt und der zentrale Impetus der Entwicklungsfähigkeit der Personen gilt. Die Kategorie der strukturellen Gleichheit jedoch scheint nur bedingt Theorien der distributiven Gerechtigkeit zu beinhalten. Es handelt sich vielmehr um kommutative Gerechtigkeit, wo nur Systeme des Ausgleichs von Unrecht und Grundsätze des Vertragsrechtes diskutiert werden.³

Ein weiteres in der Literatur immer wieder angeführtes Einteilungskriterium bietet die Unterscheidung in Theorien der Zustandsgerechtigkeit und Theorien der Verfahrensgerechtigkeit. Allerdings ist dieses Unterscheidungskriterium nicht so trennscharf, dass alle Theorien einwandfrei zuzuordnen sind. Die Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls ist zwar nach eigener Aussage eine Theorie der Verfahrensgerechtigkeit, in seiner Konzeption der Grundbedürfnisse liegt aber auch eine Zustandsbeschreibung zugrunde. Die Theorie Dworkins beschreibt zuerst einen ideal gerechten Zustand, durch ihre Verfahren zur Sicherung dieses gerechten Zustandes erhält sie aber auch Verfahrenscharakter. Von diesem Einteilungsverfahren ist also wenig theoretischer Gewinn zu erwarten, weil es keine klare Differenzierung erlaubt. Es ist darüber hinaus mit der Schwierigkeit belastet, dass der Begriff der Verfahrensgerechtigkeit keine konkrete Theorie der Verteilung sondern vielmehr ein Prinzip moderner Legitimation bezeichnet. Der Begriff der Verfahrensgerechtigkeit steht für die grundsätzlich egalitäre Struktur aller modernen Gesellschaftstheorien ein.

Auf einer anderen Beschreibungsebene können die Begründungsstrukturen der jeweiligen Theorien der Verteilungsgerechtigkeit unterschieden werden. Dabei ist eine Differenzierung in vier Gruppen möglich. Die erste dieser Gruppen wird durch konsequentialistische Theorien gestellt. Utilitarismus und total utility Ansätze werden dadurch gekennzeichnet, dass sie die ethische Bewertung eines Zustandes allein an den Konsequenzen, in diesem Falle an der Nutzensumme der Individuen in

³ Vgl. Kersting 2000a, S. 18ff.

diesem Zustand orientieren. Die Ansätze der Ressourcengleichheit und des Liberalismus orientieren sich hingegen an Verfahren. Diese sollen zwar im Idealfall ebenfalls die besten Konsequenzen erbringen, doch steht im Mittelpunkt der ethischen Bewertung das Verfahren, nämlich der Markt. Beide richten sich an den Zuständen aus, die ein idealer Markt hervorbrächte. Im Gegensatz dazu steht die dritte Gruppe, die sich an verdienstvollen Handlungen entweder der Empfänger von Distributionsmaßnahmen oder aber derjenigen, die Distribution leisten, orientieren. Der Meritokratismus sieht als Begründung für Verteilungsvorgänge verdienstvolles Handeln der bevorteilten Person, das Solidaritätsparadigma sieht in Verteilungshandlungen verdienstvolles Handeln der verteilenden Person. Die vierte Gruppe orientiert sich an einer kontraktualistischen Begründungsfigur. Insbesondere John Rawls und Otfried Höffe haben vorgeführt, wie Ansprüche an distributive Gerechtigkeit durch ein Vertragsargument gerechtfertigt werden können. Unter Rückgriff auf Argumente von John Locke und David Hume ist es jedoch möglich, auch dem Capability Approach ein kontraktualistisches Fundament zu geben, welches er in den Ausführungen von Amartya Sen und Martha Nussbaum nicht hat.

Ebenso hilfreich ist die Unterscheidung zwischen den einzelnen Verfahren der Verteilung. In dieser Einteilung kann die Unterscheidung zwischen Theorien der Verfahrens- und Zustandsgerechtigkeit eingefangen werden, ohne dass deren Unschärfe übernommen werden muss. Die Verteilungsverfahren sind einzuteilen in die Maximierung des aggregierten jeweiligen Kriteriums, die Gleichheit, das Leximin-Verfahren sowie die Verdienst- und Bedürfnisorientierung. Tatsächlich kann mithilfe der oben genannten Einteilung in das Kriterium der Verteilung und dem hier vorgestellten Modus der Verteilung ein recht präzises Raster der Theorien der distributiven Gerechtigkeit gezogen werden. Dieses Raster bezieht das jeweilige Bemessungskriterium der Ungleichheit oder Gleichheit auf einen Verteilungsmodus und zu verteilende Güter. Trotz gegebener Abhängigkeiten von Kriterium und Modus erfasst dieses Raster alle hier vorgestellten und die überwiegende Mehrzahl aller weiteren Theorien der Verteilungsgerechtigkeit.

Aufgrund ihrer Fragestellung nach Verteilungskriterium und Verteilungsmodus fallen alle im weiteren diskutierten Theorien zuallererst in den Bereich der distributiven Gerechtigkeit. Eine Ausnahme davon bildet die neoliberalistische Theorie Robert Nozicks, die sich kaum an Verteilungsgerechtigkeit sondern vielmehr an kommutativer Gerechtigkeit orientiert. Es steht jedoch zu beachten, dass eine

vollständige Trennung von kommutativer und distributiver Gerechtigkeit unter den Bedingungen einer stark differenzierten, aber ebenso stark vernetzten Gesellschaft nicht mehr möglich ist.

Die Theorie distributiver Gerechtigkeit lässt sich also anhand von zwei Aspekten aufspannen. Es handelt sich hierbei zum einen um das zu verteilende Gut zum anderen um den Verteilungsmodus. Das zu verteilende Gut im weiteren auch als Wertkonzept einer Theorie angesprochen stellt die Einheit dar, die in Verteilungsfragen herangezogen wird. Der Verteilungsmodus bestimmt, wie viel der jeweiligen Einheit dem jeweiligen Individuum oder Haushalt⁴ zuzuordnen ist. Damit ist nicht gesagt, dass ein Vorschlag zur Verteilungsgerechtigkeit sich notwendigerweise aus der Kombination nur eines Modus und nur eines Gutes zusammensetzen muss. Es sind vielmehr Kombinationen denkbar, die mehrere Verteilungsmodi staffeln, oder den Ausgleich mehrerer unterschiedlicher Güter fordern.

Um eine systematische Einordnung der in der aktuellen Debatte vertretenen Positionen zu erhalten, ist es dennoch hilfreich, die wichtigsten Modi und Güter darzustellen, und die im folgenden diskutierten Positionen in das so gewonnene Schema einzuteilen. Die tabellarische Übersicht über die diskutierten Positionen sieht folgendermaßen aus:

zu verteilendes Gut	Nutzen	Ressourcen	Rechte	Grundgüter	Befähigungen
Verteilungsmodus					
Maximierung des aggregierten Wertes	Utilitarismus				
Gleichheit	total utility Ansätze (striktter Egalitarismus)	Dworkins ‚Equality of Resources‘	Neoliberalismus		
Leximin	total utility Ansätze			Rawls	Befähigungsansatz nach Sen
nach (Grund)Bedarf		Ansatz der Grundbedürfnisse		Rawls	Befähigungsansatz nach Nussbaum
nach Verdienst		(Meritokratismus)			

⁴ Aufgrund der Probleme der Verteilung innerhalb eines Haushaltes und der extremen Ungleichheiten, die sich einstellen können, wenn der Haushalt oder die Familie statt des Einzelnen als kleinste Einheit der Verteilungsempfänger betrachtet wird, muss hier von Einzelnen ausgegangen werden. Vgl. hierzu Sen 1984c.

		tismus)			
nach Solidarität		(Solidarität)			

Dieses Tabelle enthält die im Rahmen dieser Arbeit vorgestellten Theorien der Verteilungsgerechtigkeit. Die leeren Felder weisen in erster Linie auf Theorieoptionen hin, die in der Debatte nicht vertreten werden und deshalb auch in der Diskussion dieser Arbeit keine Rolle spielen. Im Folgenden werden die beiden Kriterien, anhand derer diese Tabelle die Theorien der Verteilungsgerechtigkeit einteilt, kurz aufgeschlüsselt. Diese Darstellung der zentralen Güterkonzeptionen und Verteilungsmodi soll einen Orientierungsrahmen für den weiteren Verlauf des Kapitels liefern. Sie enthält noch keine eingehende Kritik, denn diese wird erst in den Abschnitten geliefert, die den jeweiligen Theorien gewidmet sind.

I.1.1. Güter

I.1.1.1. Nutzen

Die Nutzenkonzeptionen des Utilitarismus fanden ihren Anfang mit einem recht eindimensionalen Hedonismus bei Jeremy Bentham, wurden aber durch Mill, Sidgwick und später auch durch die moderne Wohlfahrtstheorie der Ökonomie revidiert. Sie sind einzuteilen in 1) das hedonistische Kalkül, welches besonders von Bentham und Mill ausgearbeitet wurde, 2) das Präferenzmodell, welches strenggenommen weiter zu unterteilen ist in ein desire und ein preference Modell und 3) das daraus hervorgehende Modell des Nutzens als offenbartes Wahlverhalten. Das Präferenzmodell und die Theorie des offenbarten Wahlverhaltens nahmen ihren Anfang mit den Arbeiten Sidgwicks. Das wahrscheinlich zentrale Problem in der Bestimmung der Bedeutung von ‚Nutzen‘ ist das Kommensurabilitätsproblem. Unterschiedlichsten Objekten, Eigenschaften und Handlungen wird ein Wert zugesprochen, ohne dass diese offensichtlich gegeneinander aufrechenbar sind. Im Gegensatz zu engeren Nutzenkalkülen im Falle von Einzeltätigkeiten, zu denen bestimmte Mittel nützlich sind, oder auch dem ökonomischen Kalkül, welches auf der Basis monetärer Einheiten rechnen kann, ist der Nutzen für oder in einem menschlichen Leben schwer zu fassen. Die Kommensurabilität von so unterschiedlichen Aspekten wie Einkommen und politischen Rechten, Bildung und Freundschaften, denen wir allen einen Wert im Rahmen eines menschlichen Lebens zuschreiben, soll auf der Basis eines Nutzenkalküls geleistet werden, um darauf ein

vollständiges ethisches System aufzubauen. Die Schwierigkeiten, die darin liegen, erbt die utilitaristische Theorie der Verteilungsgerechtigkeit.

I.1.1.2. Ressourcen

Der Begriff der Ressourcen ähnelt dem des Nutzens insofern, als er keine klar umrissene Definition hat. Als Ressourcen können in unterschiedlichen Theorien unterschiedliche Güter betrachtet werden. Die im Kapitel *Equality of Resources* vorgestellte Theorie Ronald Dworkins, die sich auf den Begriff der Ressourcen stützt, verwendet diesen auch intern nicht einheitlich. Zu unterscheiden ist zwischen sehr weiten Definitionen wie: "people's powers are indeed resources, because these are used, together with material resources, in making something valuable out of one's life"⁵ und anderen, die von materiellen Ressourcen ausgehen und Fähigkeiten und Talente als separate Aspekte aufzählen. Zwischen diesen extremen Punkten liegt die Grundgüterdefinition von John Rawls, der sich Dworkins Theorie häufig annähert. Demnach umfassen Ressourcen Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung.

In anderen Kontexten wie der Wohlfahrtsökonomie wird von Ressourcen im Sinne von Einkommen und Eigentum gesprochen. Hier steht die monetäre Interpretation im Vordergrund. Die Theorien der Grundbedürfnisdeckung bemüht sich wiederum in den jeweiligen Kontexten einer Kultur diejenigen Ressourcen auszumachen, die die Überlebensbedürfnisse – oder darüber hinausgehende Bedürfnisse – decken. Ressourcen wird hier im materiellen Sinne verstanden, reduziert sich aber nicht auf monetäre Einheiten. Aufgrund der Bedeutungsunschärfe kann auf den Begriff der Ressourcen genauer nur im Rahmen der Diskussion der jeweiligen Theorie eingegangen werden.

I.1.1.3. Grundgüter

Die Definition der Grundgüter bei John Rawls lautet: Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung. Dieser Begriff wird hier allein in diesem Sinne und im Rahmen der Theorie John Rawls benutzt werden. Obwohl Rawls mit ‚Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung‘ eine Definition der Grundgüter gibt, bedarf der Begriff weiterer Präzisierung. Insbesondere die Begriffe ‚Freiheit‘ und

⁵ Dworkin, 1981a.

„soziale Grundlagen der Selbstachtung“ müssen erklärt werden, um eine operationalisierbare Theorie der Verteilungsgerechtigkeit zu erhalten. Obwohl Einkommen und Vermögen fest genug umrissen sind, kann gefragt werden, welche Freiheiten und Chancen in der Theorie der Gerechtigkeit angesprochen werden, und wie diese Auswahl gerechtfertigt ist. Unklarer noch ist der Begriff der sozialen Grundlagen der Selbstachtung. Was darunter zu verstehen ist, wird im Rahmen sowohl der Diskussion der Rawlsschen Theorie, wie auch des Befähigungsansatzes zu klären sein.

1.1.1.4. Befähigungen

Der Begriff der Befähigungen speist sich aus den Theorien von Amartya Sen und Martha Nussbaum. Er bezeichnet ein Wohlfahrtsmaß, welches sich daran orientiert, welches Leben Personen wirklich zu führen in der Lage sind. Eine Befähigung ist die positive Freiheit, bestimmte Funktionen auszuführen oder zu erlangen.

Befähigungen vermitteln zwischen dem tatsächlich gelebten Leben, welches eine Wohlfahrtstheorie natürlich nicht vorzuschreiben hat, und den für ein gutes Leben notwendigen Gütern im weitesten Sinne. In diesen Begriff gehen somit die Eigenschaften der jeweiligen Personen, die jeweiligen Ernährungs-, Gesundheits-, oder Bildungsbedürfnisse und -fähigkeiten, ebenso ein wie Bestimmungen der jeweiligen Umwelt. Erst die Kombination von Umweltbedingungen, persönlichen Charakteristika und sozialen Bedingungen erlauben es diesem Ansatz zufolge, die Lebensbedingungen von Personen einigermaßen angemessen zu beschreiben.

1.1.2. Verteilungsmodi

1.1.2.1. Maximierung des aggregierten Wertes

Die Maximierung eines aggregierten Wertes ist nur mit solchen Werten vereinbar, die kommensurabel sind. Gerade in der Bewertung von Lebensumständen ist dies ein zentrales Problem. Wenn aber diese Kommensurabilität gegeben ist, so ist das Verfahren ein sehr einfaches. Es werden einfach alle gleichermaßen gewichteten Werte der Lebensumstände aller Personen aufaddiert. Diejenige Situation, in der diese Summe den höchsten Wert ergibt, ist vorzugswürdig.

Mit diesem Verfahren lassen sich ebenso Vergleiche zwischen Gesellschaften einrichten. Dazu sind nur die Summen der jeweiligen Gesellschaften durch die Bevölkerungszahl zu teilen. Der durchschnittliche Wert der Lebensumstände, den

man so erhält sollte vergleichbar sein, so dass die Gesellschaft mit dem höheren pro-Kopf-Wert der Lebensumstände die vorzugswürdigere ist. Auf diese Weise lassen sich sowohl kontrafaktische wie auch tatsächliche Vergleiche anstellen. Die zentrale Bedingung dafür ist allerdings die interpersonelle Vergleichbarkeit des jeweils zu aggregierenden Maßes.

1.1.2.2. Gleichheit

Gleichheit im einfachsten Falle bedeutet nichts anderes, als dass der jeweils gewählte Wert oder Index der Lebensumstände einer Person für alle Personen in einer Gesellschaft gleich zu sein hat. Abweichungen von dieser Gleichheit sind so zu gewichten, dass beispielsweise der Umfang der Differenz der jeweiligen Extreme von der Gleichverteilung die Kennzahl der Ungleichheit ist. Die üblichsten der Kennzahlen für ökonomische Ungleichheit sind die Lorenzkurve, die angibt, wie viel Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf welchen Prozentsatz der Bevölkerung fällt, oder der davon abgeleitete Gini-Koeffizient. In der Armuts- und Entwicklungsdebatte wird auch häufig auf den Anteil des BIP bestimmter Bevölkerungsanteile wie etwas der reichsten 10 oder ärmsten 40 Prozent abgestellt, um als Maß gesellschaftlicher Ungleichheit zu dienen.⁶

1.1.2.3. Leximin

Das Leximin-Verfahren kombiniert Gleichheit und Effizienz miteinander. Das Leximin-Prinzip ähnelt dem von John Rawls eingesetzten Prinzip, kann jedoch nicht nur auf Grundgüter sondern beispielsweise auch auf Nutzenniveaus angewandt werden. Es lässt sich folgendermaßen spezifizieren: Vorteile, die einer beliebigen Person zugute kommen [oder: wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten] sind nur dann akzeptabel, wenn sie dem am schlechtesten gestellten Gesellschaftsmitglied ebenfalls einen Vorteil bringen.

Dieses Prinzip ergibt sich tatsächlich aus dem Prinzip der Gleichheit. Es bedarf dazu der Verbindung mit dem Dominanzprinzip nach Suppes,⁷ nachdem eine Option die andere dominiert – ihr also vorzuziehen ist – wenn sie in allen Kriterien (hier allen individuellen gesellschaftlichen Positionen) besser als sie ist. Unter der Bedingung der Vollständigkeit und der Unabhängigkeit der Wertung von anderen als den

⁶ Für eine Auflistung wichtiger Ungleichheitsmaße vgl. Sen 1973.

⁷ Vgl. Suppes 1966.

jeweiligen gerechtigkeitsrelevanten Informationen führt die Kombination der Gleichheit mit dem Dominanzprinzip zum Leximin-Verfahren.

1.1.2.4. Nach (Grund)Bedarf

Das Bedürftigkeitsprinzip, welches bereits seit Aristoteles bekannt ist, findet seine prominenteste Formulierung bei Marx: „jeder nach seine Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“⁸. Dabei kann unterschieden werden, welche Bedürfnisse in eine Verteilungsentscheidung einzugehen haben. Einige Ansätze der Grundbedürfnissicherung verstehen als Grundbedürfnisse die zum Überleben notwendigen Bedürfnisse, andere diejenigen, die zur Teilnahme am sozialen Leben erfüllt sein müssen. In der Bundesrepublik Deutschland bilden diejenigen Bedürfnisse, die die Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen, sogar einen Teil der verfassungsmäßigen Rechte einer Person. Die Bedürfnissicherung lebensnotwendiger Bedürfnisse nimmt eine besondere Rolle in der Diskussion der Verteilungsgerechtigkeit ein, weil sie die Bedingung der Möglichkeit aller weiteren Ansprüche ist.

1.1.2.5. Nach Verdienst

Das Verdienstkriterium ist bereits seit Platons Meritokratismus bekannt. Es bildet das Hauptkriterium privater Verteilungsmaßnahmen, namentlich der Marktwirtschaft. Liberalistische Ansätze und verdienstethische Ansätze, die sich auf gewachsene Strukturen der Verteilung berufen, zeichnen dieses Kriterium als einer freien Gesellschaft angemessenes Verteilungskriterium aus, welches die Selbstbestimmung des Individuums besser berücksichtigen kann als jedes andere.

Im Folgenden werden die prominentesten Modelle der Verteilungsgerechtigkeit dargestellt und auf ihre Plausibilität untersucht. Dabei wird es notwendig sein, im Detail über die hier vorgestellten Kriterien von verteiltem Gut und Verteilungsmechanismus hinauszugehen. Diese Kriterien bilden jedoch eine entscheidende Kontrastfolie.

Den Anfang der Betrachtung bilden die auch in der Ökonomie diskutierten Verteilungsverfahren, die sozialen Wohlfahrtsfunktionen der utilitaristischen Theorie

⁸ Marx 1973, S.21.

und des Leximin-Verfahrens. Sie bilden die Verteilungsschemata des Utilitarismus und der total utility Ansätze. Daran anschließend werden die Positionen der grundbedürfnisorientierten Theorien sowie die Theorie der Ressourcengleichheit diskutiert. Da die kritische Würdigung der Theorien struktureller Gleichheit sowie des Solidaritäts- und des Verdienstparadigmas weitere Gesichtspunkte für die Darstellung der kontraktualistischen Positionen vermittelt, werden diese Ansätze vor dem Aufgriff des Kontraktualismus vorgestellt. Dessen Darstellung schließt die Vorbereitung auf die hier vertretene Position des capability approach ab.

Den Abschluss dieses Kapitels bildet die Vorstellung des Befähigungsansatzes in den Varianten von Amartya Sen und Martha Nussbaum sowie der Versuch auf der Basis der bis dahin gewonnenen Erkenntnisse eine Synthese der plausibelsten Verteilungstheorien zu liefern.

I.2. Utilitarismus

Die im angloamerikanischen Raum einflussreichste Theorie der Verteilungsgerechtigkeit ist der Utilitarismus. Obwohl er in einigen Theorien der Moralphilosophie, wie etwa der Humes oder Hutchesons, Vorläufer hatte, wurde der Utilitarismus von Jeremy Bentham begründet. Der klassische Utilitarismus, wie ihn Bentham und John Stuart Mill vertreten haben, erfuhr bis heute unzählige Modifikationen und Erweiterungen, die hier im Hinblick auf ihre Relevanz für die Verteilungsproblematik aufgeschlüsselt werden.

Die Entstehungszeit des Utilitarismus fällt in eine Zeit, in der der politische Kampf gegen überkommene Verwaltungsstrukturen insbesondere von Mitgliedern der englischen Mittelschicht geführt wurde. Obwohl es den Reformern, die den frühen Utilitaristen nahe standen, den philosophic radicals, an einem konkreten politischen oder ökonomischen Programm fehlte, war ihr primäres Ziel die Effizienz der staatlichen Verwaltung und Haushaltsführung. Korruption und unübersichtliche Strukturen sowohl in der Verwaltung wie auch im Gerichtswesen verursachten enorme Staatsausgaben, denen nur geringe Leistungen entgegenstanden. Zwei Bedürfnisse verursachten den Widerstand gegen die überkommenen Strukturen, die der englischen Industrienation nicht mehr entsprachen. Nach einer effizienten, von Fachleuten organisierten Verwaltung wurde ebenso verlangt, wie sich in einem Teil der Mittelschicht ein Klasseninteresse zu bilden begann, an der Verwaltung und Kontrolle des Staates mitzuwirken.

Die in wirtschaftlichen Zusammenhängen als so effektiv erlebten Prinzipien der Ökonomie, die sich in der Verwaltung keineswegs widerspiegeln, hatten erheblichen Einfluss auf die in den frühen utilitaristischen Schriften verfassten Prinzipien. Für Bentham aber auch J. S. Mill waren Recht und Ökonomie nicht wirklich zu trennen. Die persönlichen Kontakte der utilitaristischen Reformen – der philosophic radicals – zu ökonomischen Diskussionskreisen und deren Bemühen um die Professionalisierung der Rechtswissenschaften taten das ihrige, um die Theorie des Utilitarismus zu prägen. So ist in den frühen Schriften dieses Kreises die Trennung von philosophischer oder wirtschaftswissenschaftlicher Theorie und den Interessen und Ansichten des Besitz- und Bildungsbürgertums schwer zu treffen. Exemplarisch für die Vermengung von Klasseninteresse und Theorie sind die Armengesetze von 1834, die dem zuvor vorherrschenden Pauperismus ein jähes

Ende setzten. Obwohl die Utilitaristen sich als Egalitaristen gebärdeten, lag insbesondere Bentham die Sicherheit des Besitzes näher als die Gleichheit.

Die Diskussion des Utilitarismus wird sich im folgenden daran orientieren, welche Rolle dieser in einer Theorie der Verteilungsgerechtigkeit zu spielen vermag. Sein Status als Individualethik ist für diese Untersuchung nicht von Belang, und wird daher auch weitgehend ausgespart. Die Gliederung der utilitaristischen Theorie in die Diskussion des Nutzenbegriffs und der Aggregationsformel entspricht der eingeführten Einteilung in Wertkonzept und Verteilungsmodus.

I.2.1. Struktur des Utilitarismus

Das utilitaristische Grundkonzept von Wohlfahrt als Nutzen sieht in der Maximierung des Gesamtnutzens ein höchstes Gut. Nutzen wird dabei mit dem Erleben angenehmer mentaler Zustände also entweder mit Glück (pleasure) oder mit Bedürfnisbefriedigung identifiziert. Darüber hinausgehende, andere Definitionen des bislang unklaren Begriffs des höchsten Gutes Nutzen ergeben sich aus diesen Konzeptionen.

Durch die Kombination der Betrachtung 1) der Konsequenzen einer Handlung oder Regel im Hinblick auf 2) die Aggregation eines 3) einzigen höchsten Gutes ist der Utilitarismus auf die Kombination von Konsequentialismus, Aggregation und Wohlfahrtstheorie festgelegt. Weil die Wohlfahrtstheorie den zu aggregierenden Wert angibt, lassen sich utilitaristische Theorien gut anhand ihres jeweiligen Konzepts von Wohlfahrt bzw. Nutzen betrachten. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, ob die Aggregation dieses jeweiligen Wertes eine sinnvolle und abschließende Methode der Bewertung von Lebensqualität ist. Im Folgenden werden die einzelnen Konzepte des höchsten Gutes „Nutzen“ erwogen, daraufhin erst die Methode der Aggregation des Nutzens untersucht. Das Ziel der Untersuchung ist es, die utilitaristische Verteilungstheorie dahingehend zu analysieren, ob sie einen überzeugenden Begriff der Gerechtigkeit anbietet, und ob sie eine plausible Antwort auf die Frage nach den Bedingungen eines guten menschlichen Lebens zur Verfügung geben kann.

I.2.2. Nutzenkonzeptionen

Wenn die Frage beantwortet werden soll, ob der Begriff des Nutzens die Bedingungen und Bestandteile eines guten Lebens zu erfassen vermag, bedarf dieser

Begriff weiterer Präzisierung. Während die moderne Ökonomie den Begriff des Nutzens nur noch als methodisches Konstrukt ansieht, bemüht sich die utilitaristische Ethik nach wie vor, ihn als gehaltvolles Konzept zu retten. Die Warnung moderner Ökonomen scheint wenig zu fruchten: „Aber hüten Sie sich vor der Vorstellung, Nutzen sei ein psychologischer Begriff oder ein Gefühl, das sich beobachten und messen lässt. Nutzen ist ein wissenschaftliches Konstrukt, das Ökonomen verwenden, um verstehen zu können, wie rational handelnde Konsumenten ihre beschränkten Ressourcen auf die Güter aufteilen, die ihre Bedürfnisse befriedigen.“⁹ Nach wie vor erscheint regelmäßig umfangreiche Literatur über die Definition des Nutzens. Im Folgenden werden die drei prominentesten Interpretationen des Nutzenbegriffs vorgestellt; diese sind das hedonistische Kalkül, Präferenzmodelle und das revealed preferences Modell.

1) Das klassische hedonistische Kalkül Benthams¹⁰ geht von den Begriffen Lust und Unlust, pleasure and pain aus. Von diesen allein wird der Mensch ihm zufolge bestimmt. Damit geht die These einher, alle ethische Entscheidung könne darauf zurückgeführt werden, ob Lust maximiert, Unlust aber vermieden wird.

Durch John Stuart Mill wird der eindimensionale Hedonismus Benthams differenziert und präzisiert. Auch er bestimmte Nutzen als pleasure und negativen Nutzen als pain, nimmt aber interne Differenzierungen zwischen unterschiedlichen Formen der Lust vor. Diese Differenzierungen legen es nahe, ‚Utility‘ im Millschen Werk eher mit ‚Zufriedenheit‘ als mit Nutzen zu übersetzen. Für Mill kann auch die intellektuelle Zufriedenheit, die mit geringen körperlichen Lustgefühlen einherging, einen hohen Rang in Nutzenkalkül bedeuten. Während für Bentham ein solcher Zustand wie etwa der des Diogenes oder des Sokrates keiner positiven Einschätzung wert ist, kann Mill durch eine zusätzliche Wertebene zwar dem Vorwurf der pig-philosophy¹¹ entgehen, wirft aber das Kommensurabilitätsproblem wieder auf. Nicht nur können Zustände, die keine körperliche Lustempfindung beinhalten, hohen

⁹ Samuelson und Nordhaus 1998, S. 105.

¹⁰ Das hedonistische Kalkül geht ursprünglich auf Epikur zurück. Da die Epikureische Theorie aber ausschließlich im Rahmen einer eudaimonistischen Ethik zu verstehen ist, kann auf ihre Darstellung im Rahmen der Analyse des modernen Utilitarismus verzichtet werden.

¹¹ Dieser Vorwurf wurde wörtlich von Thomas Carlyle vorgebracht, war aber in der kontemporären Diskussion durchaus verbreitet. Er ist dahingehend auszudeuten, dass er die ethische Bewertung der menschlichen Gesellschaft auf denselben Maßstab beziehe, mit dem man eine Herde Schweine beurteile. Vgl. Carlyle 1901.

Nutzen stiften, ebenso müssen Zustände, die zwar mit hohem körperlichen Lustempfinden einhergehen aber von keinem intellektuellen oder komplexen emotionalen Anspruch sind, als von geringerem Nutzen eingestuft werden.

2) Das Präferenzmodell: Im Gegensatz zum hedonistischen Kalkül, welches sich allein an mentalen Zuständen der betrachteten Individuen orientiert, kombiniert die Sicht von Nutzen als Wunscherfüllung die Beschreibung objektiver Tatsachen mit der subjektiver Wertungen. Nutzen wird in dieser Konzeption gestiftet, wenn die Wünsche (desires) einer Person erfüllt werden. Diese Konzeption wird häufig auch als success-Theorie bezeichnet und reagiert unter anderem auf das Gedankenexperiment der Erlebnismaschine von Robert Nozick,¹² welches aufzeigt, dass mentale Zustände allein kein lebenswertes Leben ermöglichen. Das offensichtliche Problem, dass nicht alle Wünsche, die Personen haben, sich auf Verteilungszustände beziehen, ist einfach zu umgehen, indem allein solche Wünsche in Erwägung gezogen werden, bei denen dies der Fall ist. Ein ähnliches Problem stellt sich natürlich bereits im hedonistischen Kalkül. Staatliche Distribution kann für einige Bereiche der Lust- und Unlustempfindung kaum verantwortlich zeichnen, es ist durchaus plausibel verteilungsirrelevante Quellen von Lust oder Unlust aus der Nutzenberechnung staatlicher Distribution auszuklammern.

Eine Version der Nutzenkonzeption, die zwischen der desire-fulfillment Theorie und der im folgenden diskutierten choice-Theorie steht, ist die Interpretation von Nutzen als Präferenzbefriedigung. Eine individuelle Präferenzordnung impliziert eine Anordnung der möglichen Alternativen (Handlungsverläufe, Entscheidungen, soziale Verhältnisse, etc.) nach den Kriterien der Reflexivität ($\forall x \in X: [x \succeq x]$), Vollständigkeit ($\forall x_1, x_2 \in X: [x_1 \succeq x_2 \vee x_2 \succeq x_1]$) und Transitivität ($\forall x_1, x_2, x_3 \in X: [x_1 \succeq x_2 \wedge x_2 \succeq x_3 \Rightarrow x_1 \succeq x_3]$). Solche Präferenzfunktionen definieren, welche der möglichen Alternativen der jeweiligen Person den höchsten Nutzen bereiten. Sie lassen sich unter bestimmten Umständen in kardinale Relationen umrechnen, und zur Bestimmung gesellschaftlicher Wohlfahrtsfunktionen verwenden. Die Feststellung der jeweiligen Präferenzordnung¹³ geschieht über tatsächliche und Gedankenexperimente im

¹² Vgl. Nozick 1974.

¹³ Der formale Begriff der Nutzen- oder Präferenzfunktion orientiert sich an Ergebnissen von Morgenstern und von Neumann. dabei ist allerdings zu beachten, dass es sich bei der Axiomatisierung der von Neumann/Morgenstern Nutzenfunktion um eine Methode der Vorhersage von Verhalten handelt, die nur unter der Bedingung möglich ist, dass die Präferenzen einer Person den von

Rahmen des revealed preferences Ansatz, der der im folgenden vorgestellten Konzeption von Nutzen als Wahlverhalten zugrunde liegt.

3) das Modell des offenbaren Wahlverhaltens: Bereits mit Sidgwick findet eine weitere Verlagerung der Interpretation des Nutzenbegriffs ihren Anfang. Aufgrund der Probleme des hedonistischen Kalküls, die Sidgwick besonders in der interpersonellen Summationsmöglichkeit und dem introspektionistischen Zugang sieht, wird in der Definition von Nutzen die subjektive Präferenzordnung durch die motivationale Kraft bzw. das Entscheidungsverhalten der betrachteten Person ersetzt. Während Empfindungen wie auch Wünsche als mentale Zustände schwer zu bemessen sind, ist nach neueren Ansätzen die Motivation der betrachteten Person durch ihr Entscheidungsverhalten relativ leicht zu ermitteln. An der Basis dieses Ansatzes liegt die Theorie der revealed preferences, der offenbaren Präferenzen, die die Hoffnung auf empirische Zugänglichkeit des Nutzenmaßes nährt. Entsprechend dieser Theorie zeigen sich die Präferenzen einer Person direkt in ihrem Entscheidungsverhalten. Wofür eine Person sich entscheidet, ist das, was ihren Präferenzen entspricht. Somit ist aber ein direkt beobachtbares Verhalten Maß für den Nutzen der Individuen und somit der Nutzen eine empirisch beobachtbare Größe.

Die weitere Diskussion der Nutzenkonzeptionen orientiert sich an dem Umstand, dass sich in der utilitaristischen Literatur zwei Objektivierungstendenzen als Reaktion auf häufige Einwände gegen die Nutzentheorie finden. Es lässt sich anhand der historischen Beschreibung bereits ersehen, dass es eine Entwicklung hin zu objektivistischeren Theorien des Nutzens gibt. Dabei wird die allein an subjektiven Wertungen ausgerichtete hedonistische Theorie bald durch success-Theorien wie Wunsch- und Präferenz Erfüllung ersetzt. Der Grad der Subjektivität der Nutzeninterpretation wird mit dieser Veränderung insofern reduziert, als die Bedingungen der Präferenz Erfüllung als weitgehend objektiv verstanden werden. Der Begriff der Präferenzen wird dabei zu präzisieren und zu operationalisieren versucht,

Neumann/Morgenstern Axiomen genügen. Die Theorie enthält keine Aussage darüber, ob diese Axiome menschliche Präferenzen beschreiben oder Normen für menschliches Verhalten aufstellen könne. Obwohl diese Annahme in der Literatur häufig gemacht worden ist, zeigen Untersuchungen, dass sie gerade nicht in der Lage sind, reales oder ideales menschliches Verhalten deskriptiv oder normativ zu erfassen. Dementsprechend wird im weiteren auch davon abgesehen, die von Neumann Morgenstern-Axiome als Beschreibung von Präferenzen anzusehen. Vielmehr steht eine axiomatische Darstellung von Präferenzfunktionen, die sich auf menschliche Präferenzen beziehen können, noch aus. Vgl. dazu insbesondere Hampton 1994 und Roemer 1996, Kapitel 1-4.

um aus einer eigentlich subjektiven Größe eine möglichst objektiv beobachtbare zu machen. Deren Rest subjektiver Bestimmung, nämlich die intersubjektive Unzugänglichkeit von Wünschen oder Präferenzen wird durch die Theorie der revealed preferences ersetzt. Der subjektive Wertungscharakter von Präferenzen wird in diesem Schritt auf beobachtbare Handlungen reduziert. Durch Reduktion und Operationalisierung wird aus dem ursprünglich weitgehend subjektivistischen und umfassenden Nutzenbegriff ein objektivistischer und präziser Begriff. Im Folgenden wird der Frage nachzugehen sein, ob diese Wandlung in der Interpretation des Nutzenbegriffs eine Verbesserung in der Beschreibung der Bedingungen eines menschlichen Lebens erbracht hat, ob also der Nutzenbegriff für die Theorie der Verteilungsgerechtigkeit fruchtbar gemacht werden kann.

Neben der Entwicklung vom hedonistischen Kalkül zur revealed preferences Theorie ist eine weitere Objektivierung innerhalb der einzelnen Interpretationen des Nutzenbegriffs zu verzeichnen. Ebenso wie das hedonistische Kalkül durch Mill zwar nicht verlassen aber grundlegend verändert wurde, können auch in den anderen Konzepten Veränderungen kenntlich gemacht werden. Das Ziel beider Objektivierungsbestrebungen ist die Aufhebung der intersubjektiven Unzugänglichkeit des Wertes Nutzen. Es besteht allerdings der Verdacht, dass die intersubjektive Unzugänglichkeit nur ein Horn eines Dilemmas ist, und die Objektivierungsbemühungen notwendig auf das andere Horn zusteuern. Dieses zweite Horn des Dilemmas liegt darin begründet, dass vollständig objektiviert Theorien keine praktische Anleitung bei der Formulierung und Beurteilung normativer Fragen leisten können.¹⁴ Die Spitze dieses Horns wird im folgenden dargestellt. Das Ziel dieser Diskussion wird sein herauszustellen, ob der Begriff des Nutzens in einer der drei genannten Interpretationen einer gehaltvollen Verwendung jenseits der ökonomischen Diskussion zugänglich ist.

1.2.2.1. Wissenschaftstheorie des Utilitarismus

Die wissenschaftliche Quantifizierung von Nutzen muss in präferenzutilitaristischen Ansätzen damit umgehen, dass Wünsche in einem engen Beziehungsgeflecht mit der

¹⁴ Die Problematik, ob es überhaupt ‚objektive Begriffe‘ geben könne, oder ob mit einer Relativität des Begrifflichkeiten zwischen Personen, Kulturen oder Disziplinen zu rechnen ist, kann hier aus Platzgründen nicht weiter diskutiert werden. Auch wenn im weiteren eine Position des wissenschaftlichen Realismus eingenommen wird, soll dies keine Festlegung auf einen naiven Realismus bedeuten.

Umwelt und den Erfüllungsmöglichkeiten dieser Wünsche stehen. Die Genesis sowohl von Wünschen als auch von Präferenzen eröffnet das Problem von Adaptionsvorgängen, deren häufigste Form die soziale Konditionierung darstellt. Adaptive Präferenzen und das Problem der "small mercies" gelten als verbreiteter Einwand gegen präferenzutilitaristische und hedonistische Theorien. Personen, die unter geringer Lebensqualität zu leiden haben, tendieren oft dazu, ihre Wünsche oder Präferenzen den sozialen Gegebenheiten anzupassen, und somit deren Befriedigung auf weit niedrigerem Niveau zu ermöglichen als dies bei ohnehin Bessergestellten möglich wäre. Dieselbe Anpassung sorgt auch dafür, dass die benachteiligten Personen im hedonistischen Kalkül bei geringeren objektiven Einflüssen hohe Nutzenwerte erreichen. Obwohl es ihnen also objektiv weit schlechter ergeht, ist ihre Lebensqualität nach dem Maß der Wunsch- oder Präferenzbefriedigung ebenso wie nach dem hedonistischen Kalkül genauso gut zu beurteilen wie diejenige der Person, deren Bedürfnisse auf weit höherem Niveau befriedigt werden. Personen mit extremen Präferenzen haben nach diesem Konzept denselben Nutzen erreicht, wenn diese Präferenzen erfüllt sind, wie Personen deren einfache Präferenzen erfüllt werden. Personen, die aufgrund lebenslanger Auszehrung geringe Wohltaten mit hohem Lustempfinden verbinden, sind demnach ebenso zu beurteilen wie das gelangweilte Mitglied einer Oberschicht, das nur selten durch besonders exotische Genüsse noch eine Lustempfindung zu spüren in der Lage ist.

Das Problem der adaptiven Präferenzen kann dahingehend interpretiert werden, dass die Bewertungsbasis der Lebensqualität unterschiedlicher Menschen unterschiedlich angesetzt wird, anstatt alle auf einer gleichen Basis zu beurteilen. Unterschiedlich deshalb, weil zwar für alle gilt, dass ihre Wünsche als Basis herhalten müssen, diese Wünsche aber unter so unterschiedlichen Bedingungen entstanden sind, dass sie nicht mehr vergleichbar sind. Die ahistorische Behandlung von Wünschen und Präferenzen führt dazu, dass sie als invariante Eigenschaften von Individuen, nicht als Bestandteile des Lebens und des Lebensplanes von Personen betrachtet werden. Dieser Unterschied der jeweiligen Bewertungsbasis, der jeweiligen Lustzustände und Wünsche, wird als ein weiterer Grund betrachtet, auf objektivere Bestimmungen als die subjektiven Zustände Wünsche und Präferenzen zurückzugreifen, um eine Bewertung der Lebensqualität auf der Basis eines utilitaristischen Kalküls zu ermöglichen.

Der Grund dafür, statt einer kontextsensitiven Betrachtung der Wünsche und Präferenzen als Bestandteil des Lebens einer Person, eine weitere Reduktion auf Begriffe der Naturwissenschaften anzustreben, liegt in der wissenschaftstheoretischen Grundüberzeugung des Utilitarismus.

Wie bereits aufgezeigt, entwickelte sich die utilitaristische Theorie insofern weiter, als die Definition von Nutzen fortwährend durch objektivere Bestimmungen erweitert wurde. Der Antrieb für diese Bemühungen ist jedoch nicht nur in der beständigen Kritik von nicht-utilitaristischen Theoretikern zu suchen, sondern besteht zu einem ebenso großen Teil im Wissenschaftsverständnis des Utilitarismus. Er orientiert sich weitgehend an den Paradigmen der naturwissenschaftlichen Disziplinen, namentlich an den Idealen der Berechenbarkeit und intersubjektiven Beobachtbarkeit. Eng mit diesen Idealen einher geht die theorieimmanente Forderung nach Kommensurabilität der unterschiedlichen Güter, ohne die auch das Ideal der Berechenbarkeit nicht zu erreichen ist.

Utilitaristische Theorien nehmen durch diese wissenschaftlichen Zielvorstellungen eine interessante Zwischenstellung zwischen deskriptiven und normativen philosophischen, ökonomischen und naturwissenschaftlichen Theorien ein. Das Risiko dieser Option ist aber gerade, Terme einer Wissenschaft unangemessenerweise auf solche einer anderen Wissenschaft zu reduzieren. Obwohl die Methoden und Ergebnisse gerade der Ökonomie und der Biologie für die politische Philosophie nutzbar gemacht werden können, sind der normative und deskriptive Gehalt ethischer Theorien reduktiv nicht zu erfassen. Eine ethische Theorie kann nicht ohne ethische Terme auskommen. Die Reduktionsbemühungen des Utilitarismus konzentrieren sich aber gerade auf die Ersetzung ethischer durch naturwissenschaftliche Terme.

1.2.2.2. Metaethischer Status der Nutzeninterpretationen

Alle die Interpretationen des Nutzenbegriffs stehen im kleinen vor dem Dilemma, welches gerade für den Nutzenbegriff insgesamt entwickelt wird. Es handelt sich hierbei um das Dilemma von empirischer Unzugänglichkeit und ethischer Irrelevanz. Jede der drei Nutzeninterpretationen steht aufgrund der genannten wissenschaftlichen Ideals der intersubjektiven Zugänglichkeit vor der Aufgabe, anzugeben, wie Nutzen empirisch messbar ist. Wenn aber der Nutzenbegriff um Zuge der Lösung dieser Aufgabe operationalisiert wird, stellt sich ein metaethisches Problem für diese

Theorie. Der Nutzenbegriff wird im Zuge seiner Operationalisierung unzulänglich für eine ethische Theorie. Diese Struktur wird im folgenden an den drei Nutzeninterpretationen vorgeführt.

Der Vorwurf, es handele sich um eine Philosophie für Schweine, eine pig-philosophy ist nur ein Hinweis auf eine Struktur des Hedonismus, die seine Eignung als ethische Theorie fraglich erscheinen lässt. Dieses Modell beruht auf einer Quantifizierung mentaler Zustände und damit auf einer möglichst naturalistischen Beschreibung. Damit sind die genannten zwei Probleme des Dilemmas verbunden, ein empirisches, welches die prinzipielle Messbarkeit von Emotionen betrifft, und ein metaethisches, welches nach dem genuin ethischen Gehalt dieser Theorie fragt. Selbst unter Absehen vom Problem des Fremdpsychischen kann bisher kaum erwartet werden, dass alle Emotionen unterschiedlicher Personen sich in irgendeiner Form auf zwei (oder eine) beschreibbare Größe bringen lassen. Wenn es wirklich so ist, – wofür in der aktuellen Philosophie des Geistes einiges spricht – dass sich mentale Zustände zumindest aus der Perspektive der ersten Person auch durch einen qualitativen Erlebnisharakter unterscheiden, so scheint das Vereinheitlichungsprogramm des hedonistischen Kalküls unmöglich. Die einzige Option, die das hedonistische Kalkül plausibel machen könnte und somit die Lösung des empirischen Problems, wäre eine vollständige Reduktion mentaler Zustände auf neurophysiologische Zustände, deren Intensität es dann zu messen gälte. Wäre aber dieses Reduktionsprogramm möglich, dann träte das metaethische Problem auf: es wäre kaum noch zu erkennen, was der ethische Gehalt der hedonistischen Theorie ist. Es würde sich dann um eine Theorie handeln, die keine ethischen Terme mehr enthält. Die Setzung, dass es sich um moralisch bessere oder schlechtere Zustände handelt, wenn mehr oder weniger einer bestimmten natürlichen Größe existiert, ist zumindest erklärungsbedürftig. Eine solche Erklärung kann nur in ethischen Termen geschehen. Weil die ideale hedonistische Theorie aber gerade diese Terme eliminiert haben würde, kann diese Erklärung nur außerhalb der hedonistischen Theorie geschehen. Sie verlöre ihre Vollständigkeit und bedürfte einer zusätzlichen Theorie, die die ethische Arbeit leisten müsste, während der Hedonismus lediglich die empirische Arbeit leisten könnte.

Das erste und prominente Beispiel für die Verquickung von empirischen und metaethischen Problemen ist sicherlich die Behandlung des hedonistischen Kalküls durch Mill. Während Bentham noch auf der Basis rein subjektiver Zustände

argumentieren kann, steht bei Mill die Einführung verbindlicherer Kriterien im Vordergrund. Bentham nivelliert jede Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten, die nicht auf die Quantität von Lust und Unlust zu reduzieren ist. Durch diese Einebnung löst er zwar das Problem der Kommensurabilität unterschiedlicher Empfindungen und Tätigkeiten „quantity of pleasure being equal, push-pin is as good as poetry“¹⁵, stellt jedoch jede Bewertung allein in die Zuständigkeit und Verantwortung des jeweils empfindenden Individuums. Dieses allein kann – wie oben diskutiert – ohne vollständige Reduktion auf die Neurophysiologie die Intensität der Lust- oder Unlustgefühle angeben. Mill hingegen führt eine zusätzliche Entscheidungsebene über Wert und Unwert ein. Diese Entscheidungsebene hat zweierlei Funktion, sie ist nicht nur als Verteidigung gegen den bereits erwähnten Vorwurf, angemessene Wertungen zu unterschlagen, gedacht, sie führt ebenso eine objektive Instanz ein.

Die Unterscheidung zwischen den moralisch wertvolleren Lustempfindungen, die der Ausübung höherer intellektueller oder emotionaler Fähigkeiten entspringen, und moralisch weniger wertvoller Lustempfindungen, an denen diese Fähigkeiten nicht beteiligt sind, wirft Mill darauf zurück, nicht nur nach Quantität, sondern auch nach Qualität der Lust fragen zu müssen. Er steht damit vor demselben Problem, welches Epikur vorgeworfen wurde. Diesem Vorwurf zufolge müsse er zwar um zu seinen Wertungen zu gelangen ein System der moralischen Bewertung, welches über Lust und Unlust hinausgeht, haben, doch werde dieses in seinen Theorien nicht offenbar.¹⁶ Das metaethische Problem, die zentrale Bewertungsebene der ethischen Theorie anderen, theoriefremden Bewertungen unterwerfen zu müssen teil Mill mit Epikur. Das Problem, die Quellen der Bewertung von Lust und Unlust offenzulegen, versucht Mill dadurch zu lösen, dass er die Bewertung der Qualität dem Wahlverhalten von Testpersonen mit besonderer moralischer Kompetenz und Erfahrung in der ganzen Breite der Empfindungen überlässt. Dieser Zug muss jedoch in einen Zirkel münden. Mill kann nämlich nicht angeben, was den in allen Empfindungen erfahrenen und moralisch kompetenten Mann zu einem solchen macht. Die moralische Kompetenz dieser Person muss an Kriterien messbar sein, die Kriterien für die Messung moralischer Kompetenz sind aber nicht unabhängig von

¹⁵ Bentham 1962 Vol. II, The Rationale of Reward. S 253.

¹⁶ Vgl. Cicero: De finibus bonorum et mallorum. Zweites Buch.

dieser Person selbst zu gewinnen. Mill kann nicht angeben, worin moralische Kompetenz gegründet ist.

Durch diesen Zug setzt sich Mill darüber hinaus dem Problem aus, dass die Möglichkeit des interpersonellen Vergleichs von Lustzuständen nicht ohne weiteres gegeben ist. Wenn ein Entscheidungsverfahren über den moralischen Wert der jeweiligen Lustempfindung vorgeschaltet wird, so stellt dies nicht nur eine Abkehr von der Priorität des Utilitätsprinzips¹⁷ dar. Vielmehr wird auch die persönliche Lusterfahrung unter die Bewertung eines externen Beobachters gestellt, der trotz aller Kompetenz nicht in der Lage sein kann, das tatsächliche Lustempfinden der Einzelperson ebenso zu empfinden wie diese.

Mill muss ebenso wie Bentham die starke Annahme machen, dass die Quantität der empfundenen Lust interpersonell vergleichbar ist. Darüber hinaus muss er jedoch annehmen, dass es eine direkte Vergleichbarkeit von verschiedenen Lustquellen und -einheiten gibt. Er kann aber kein Verfahren für die Bemessung solcher Qualität angeben, geschweige denn eine einheitliche Bemessungsgrundlage für sie aufstellen. Die Forderung nach Objektivierung stürzt also eine ohnehin schon kaum operationalisierbare Theorie in einen Bereich, in dem nicht einmal mehr an Messverfahren zu denken ist. Gerade diesen Anspruch muss aber eine utilitaristische Theorie mit ihrer Orientierung an Berechenbarkeit und intersubjektiver Beobachtbarkeit stellen.

Ein ähnliches Problem der intersubjektiven Zugänglichkeit stellt sich Ansätzen, die in Wunsch oder Präferenzbefriedigung Nutzen sehen, so genannten success-Theorie. Während im hedonistischen Kalkül alle Bewertung auf subjektiven Zuständen beruht, behaupten success-Theorie, dass sie eine Verbindung von subjektiven und objektiven Bestimmungen bemühen und somit eine weitergehende Beobachtbarkeit vorweisen können. Immerhin sei die Erfüllung des jeweiligen Wunsches oder der Präferenz direkt nachweisbar. Ein Wunsch einer Person a, „dass p“ ist dann erfüllt, wenn p oder wenn die Person a erheblich dazu beigetragen hat, dass p. Ohne auf die weit verzweigte Diskussion darum einzugehen, inwiefern die Beteiligung der Person bei ihrer Wunscherfüllung von Relevanz ist, kann gezeigt werden, dass das

¹⁷ Die Abkehr vom Utilitätsprinzip ist so zu verstehen, dass nicht mehr allein die Nutzensumme sondern auch die „Nutzenqualität“ beurteilt wird. Nutzenqualität greift aber auf andere Bewertungsverfahren zurück als das Nutzenkalkül.

empirische Problem eine ähnliche Struktur hat, wie das des hedonistischen Kalküls. Es ist kaum möglich, Wünsche oder Präferenzen zu bestimmen, ohne die subjektive Perspektive der Person zu bemühen. Die intersubjektive Zugänglichkeit von Wünschen ist nur insofern der von Lust und Unlust überlegen, als Wünsche normalerweise propositional strukturiert sind.

Die Reaktion auf das Problem der Intersubjektivität verläuft in success-Theorie parallel zur Reaktion, mit der Mill das hedonistischen Kalkül zu erweitern versuchte. Zusätzliche Bewertungsebenen der jeweiligen Wünsche und Präferenzen werden eingeführt, um zusätzliche Objektivität zu erreichen. In diesem Fall werden statt den Interessen, die Personen tatsächlich haben, aufgeklärte Interessen betrachtet. Diese sind als Interessen definiert, die Personen unter Bedingung vollständiger Information und Rationalität haben sollten oder hätten. Das empirische Problem ist jedoch jeder Definition von Präferenzbefriedigung inhärent. Die Frage, wie man die Wünsche oder Präferenzen von Personen misst, stellt sich nicht nur für die tatsächlichen, sondern auch für die aufgeklärten Interessen. Es gibt in dieser Hinsicht zwei mögliche Ansätze der Bestimmung der aufgeklärten Interessen einer Person. Diese zwei Möglichkeiten sind gleichzeitig auch zwei Möglichkeiten, das empirische Problem der intersubjektiven Zugänglichkeit zu lösen. Zum einen können darunter all jene bei einer Person bereits vorhandenen Interessen verstanden werden, die bestimmten Ansprüchen genügen. Es ginge dann darum, die tatsächlichen Interessen zu filtern und nur diejenigen für das Nutzenkalkül in Betracht zu ziehen, die den angelegten Kriterien entsprechen. Zum anderen können darunter die Interessen gefasst werden, die eine Person hätte, wenn ihr Denken und Wünschen bestimmten Kriterien genüge. In diesem Fall können dazu Interessen zählen, die die Person tatsächlich nicht hat, aber auf der Basis bestimmter Vorgaben haben sollte. Im ersten Fall bleibt das empirische Problem bestehen, dass es sich auch bei Interessen um subjektive Zustände handelt, die der vollständigen Analyse kaum zugänglich sind. Immerhin kann in diesem Fall ein Nutzenkalkül mit den Interessen angestrebt werden, die durch die Person verbalisierbar sind.¹⁸ Handlungsrelevante Interessen,

¹⁸ In diesem Zusammenhang ist es durchaus denkbar, dem Individuum psychoanalytische oder psychologische Verfahren als Hilfe zur Analyse ihrer Interessen zur Verfügung zu stellen. Wie problematisch jedoch jedes Verfahren der Analyse von Wünschen ist, zeigt sich in der Möglichkeit, neue Wünsche zu generieren. Es kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass die Wünsche, die eine Person nach einer professionellen Analyse hat und formuliert dieselben sind, die sie vor dieser Analyse hatte.

über die die Person nicht verbal verfügen kann, würden in diesem Kalkül nicht vorkommen können. Das metaethische Problem stellt sich bei dieser Lösung des empirischen Problems in der Form, dass eine theoriefremde Bewertungsebene – der ethische Filter der relevanten Präferenzen – eingesetzt würde, um die eigentliche Bewertungsebene der Theorie – die Präferenzen einer Person – zu modifizieren. Präferenzen, eigentlich die Bestimmung des Nutzens, wären nur noch dann relevant, wenn sie zufällig anderen ethischen Kriterien genügen. Ihre eigene Rolle in der ethischen Theorie wäre damit obsolet.

Im zweiten Fall ist das Problem etwas anders gelagert. Hier determinieren Standards, die an die Präferenzen angelegt werden vollständig die Präferenzen. Während im ersten Fall ein Teil der wirklichen Präferenzen ausgeblendet wird, was eine ethische Filterung bedeutet, wird hier durch die Theorie vollkommen determiniert, was eine Person wünscht. Der empirische Befund persönlicher Einstellungen spielt dabei nur noch die Rolle, die Theorie auf den jeweiligen Präferenzträger zu relativieren. Auch in diesem Fall wären die Präferenzen wertstiftende Einheit einer Ethik obsolet.

Im ersten genannten Fall werden leicht Wünsche für nutzenirrelevant erklärt, weil die Theorie der aufgeklärten Wünsche Idealisierungen enthält. Einige Wünsche, die für die Person relevant und deren Erfüllung für sie nutzensteigernd wären, werden auf diese Weise möglicherweise nicht berücksichtigt. Im zweiten Fall muss sogar damit gerechnet werden, dass die Theorie darüber, welche Wünsche eine Person haben soll, eine weitgehende Vereinheitlichung der Präferenzsets der Personen bedeutet, ohne auf persönliche oder kulturelle Unterschiede Rücksicht zu nehmen. Solche idealen Wünsche definieren dann, was wirklich gut für eine Person ist.¹⁹

Darüber hinaus ergibt sich das weitere empirische Problem, dass aufgeklärte Präferenzen der Person sich durch Entscheidungsverfahren von den vorgefundenen Wünschen oder Präferenzen trennen lassen müssen. Jedes von dritten an die Vorstellungen der Person herangetragene Unterscheidungsverfahren birgt die Gefahr, Idealisierungen dieser externen Entscheidungsinstanz in die Bewertung einfließen zu lassen. So werden durch diese Idealisierungen häufig kontextuell geprägte, aber ohne externen Zwang entstandene Präferenzen abgelehnt, weil sie einem bestimmten Bild des guten Lebens nicht entsprechen. Im Zusammenhang der Diskussion

¹⁹ Vgl. Hare 1981 und 1982.

interkultureller Gerechtigkeit stellen Idealisierungen ein besonderes Problem dar. Während bereits innerhalb eines Kulturraumes durch idealisierende Vorstellungen aufgeklärter Interessen normierend auf die betrachtete Person eingewirkt wird, birgt die Anwendung von Rationalitätsvorstellungen eines Kulturraumes auf Mitglieder anderer Kulturräume noch größere Gefahren. Die Analysen von Präferenzstrukturen anhand von kulturell geprägten Kriterienkatalogen bergen immer das Risiko Transportmittel weltanschaulicher Urteile zu sein. Es bedürfte also bereits auf der Stufe der Theorie rationaler oder aufgeklärter Interessen der Sensibilität für Unterschiede zwischen Personen und Kulturräumen. Es ist aber gerade das Anliegen der Theorie aufgeklärter Interessen, diese Differenzen so weit als möglich zu reduzieren, um eine messbare Größe für das Nutzenkalkül zu erreichen. Sollte eine solche Aufstellung der kulturell invarianten aufgeklärten Interessen tatsächlich in Angriff genommen werden, so könnte kaum mehr von einer Nutzenfunktion die Rede sein, sondern von universellen Bedürfnissen oder Grundbedürfnissen. Durch dieses Verfahren schlägt die Wohlfahrtstheorie der Utilitarismus in eine Theorie der Grundbedürfnisse oder Grundbefähigungen um. Wiederum hätte die Lösung eines empirischen Problems eine metaethische Vorentscheidung bedeutet. In jedem der Fälle wird das Feld des Utilitarismus insofern verlassen worden als sein Wertkonzept anderen, theoriefremden Wertkonzepten untergeordnet wird.

Diese Unterwerfung der theorieeigenen Bewertungsebene unter theoriefremde Kriterien lässt sich anhand der Diskussion von diskriminierenden Präferenzen exemplifizieren. Ebenso wie Mill einem breiten Bereich von Lustzuständen ein geringeres oder kein Gewicht eingeräumt hat, wird bei präferenzutilitaristischen Verfahren ein weiter Anteil der tatsächlichen Wünsche von Personen ausgeblendet. Über die genannten Kriterien an Lustgefühle hinaus – nämlich die Beteiligung komplexer emotionaler und intellektueller Kapazitäten – liegt es nahe, eine weitere Differenzierung im hedonistischen Kalkül einzuziehen, die insbesondere durch ihre Parallele im Präferenzutilitarismus plausibel wird. So liegt es nahe, Lustzustände, die aus dem Leid anderer resultieren auch dann aus der Wertung herauszunehmen, wenn das verursachte Leid geringer zu zählen ist, als die erzeugte Lust. Dieses Vorgehen ist zwar nicht notwendig, fängt jedoch einen stabilen Bereich moralischer Intuition ein, demzufolge das *neminem laede* Prinzip auch durch zufällig höhere Lustempfindung aus der Verletzung anderer nicht durchbrochen werden darf.

Die Parallele im präferenzutilitaristischen Ansatz stellt sich dort ein, wo unsoziale oder diskriminierende Wünsche, und solche die die Benachteiligung einzelner Personen oder Gruppen fordern, betrachtet werden. Sie müssten für ein rationales Nutzenkalkül ausgeschlossen werden, um offenkundig ungerechte Ergebnisse zu verhindern. Anderenfalls gehen die Präferenzen hinsichtlich bestimmter gesellschaftlicher Optionen doppelt in das Nutzenkalkül ein. Dieses Problem ist in formalisierter Darstellung so zu beschreiben. Es gibt zwei Personen x und y , deren Nutzenfunktionen mit u_x , u_y beschrieben werden. Diese haben zu entscheiden über einen gesellschaftlichen Zustand p oder dessen Ausbleiben $-p$. Die Werte der Nutzenfunktionen gegenüber p seien $u_x(p)=1$, $u_x(-p)=-1$ und $u_y(p)=0$, $u_y(-p)=0$. Y ist p gegenüber also neutral während x für die Einführung von p ist. Im Falle der Diskriminierung ist darüber hinaus aber anzunehmen, dass $u_y(u_x) = -u_x$. Daraus folgt für y aber auch: $u_y(p) = -1$ und $u_y(-p) = 1$ obwohl y p gegenüber eigentlich neutral ist. Der gesellschaftliche Gesamtnutzen $\sum u_i$ ist im Falle der Beachtung der diskriminierenden Nutzenfunktion, die Y aufweist, folgendermaßen ausgewiesen: $\sum u_i(p)=0$, $\sum u_i(-p)=0$. Im Falle der Ausgrenzung solcher Diskriminierung aber wäre sie $\sum u_i(p)=1$, $\sum u_i(-p)=-1$. Dieses Ergebnis lässt es inakzeptabel erscheinen, dass alle Wünsche in das Nutzenkalkül eingehen dürfen.

Der nächste Schritt ist weniger offensichtlich, denn genauso müssen solche Wünsche ausgeschlossen werden, die einzelne Personengruppen bevorzugen. Im Falle von positiver Diskriminierung tritt der problematische Fall auf, dass dem Nutzen einer Person doppelte Relevanz in der gesamtgesellschaftlichen Nutzenanalyse zukommt, wenn eine zweite Person den Wünschen dieser ersten unabhängig von deren Inhalt ein zusätzliches Gewicht einräumt. Eine solche Struktur wird im ökonomischen Kalkül normalerweise ausgeschlossen, indem die Unabhängigkeit der Präferenzfunktionen voneinander gefordert wird. Der Utilitarismus gesteht aber zu, dass die Nutzenfunktionen zweier Personen voneinander abhängig sein können. Der Fall der positiven Diskriminierung ist hier also nicht ausgeschlossen, und das Ergebnis, dass einer Person Nutzenfunktion doppelt in die gesamtgesellschaftliche Nutzenerwägung eingeht möglich.²⁰

²⁰ Dieser Kritik ist von utilitaristischer Seite wiederholt begegnet worden. So unternimmt es beispielsweise Hare, durch die Trennung zwischen moralischem Denken erster Ordnung, welches sich am Utilitätsprinzip orientiert, aber für normale menschliche Reflexion kaum eignet, und moralischen Denken zweiter Ordnung, welches sich an Prinzipien oder Maximen orientiert, die ein ideales Wesen

Weitere Einschränkungen der nutzenrelevanten Wünsche können beispielsweise solche sein, die die betrachteten Wünsche auf verteilungsrelevante festlegen, oder solche, die nur die momentanen Wünsche in Betracht ziehen, solche, die Wünsche über die gesamte Lebensspanne diskontieren, oder aber nur einen bestimmten Personenkreis geschweige denn die jeweils betrachtete Person betreffen. Solche und ähnliche Einschränkungen werden in der Theorie der Wunscherfüllung nur im nachhinein eingeführt. In der formalisierten Interpretation von Nutzen als Präferenzenerfüllung gehen sie unter der Forderung der Unabhängigkeit von irrelevanten Optionen bereits in die Theoriebildung mit ein.

An der Diskussion der Einschränkung der Wünsche sollte bereits deutlich geworden sein, dass Wunscherfüllung nicht die primäre Bewertungsmethode der success-Theorien ist, da ihr eine Kontrollinstanz vorgeschaltet wird, die bestimmt, welche Wünsche überhaupt berücksichtigt werden dürfen. Diese Bewertungsmethode verfolgt genau wie im Falle des hedonistischen Kalküls zwei Strategien. Zum einen werden Wünsche und Präferenzen aufgrund moralischer Argumentation gefiltert, zum anderen werden sie weiter zu objektiveren versucht.

Obwohl durch die ethische Filterung das Utilitätsprinzip aufgegeben wird, steht hier die zweite Strategie im Mittelpunkt der Kritik. Selbst wenn man die ethische Filterung von Wünschen zugesteht, so erhebt sich doch ein viel schwerwiegenderes Problem. Wie bereits diskutiert, sind success-Theorie ebenso an mentale also subjektive Zustände gebunden wie das hedonistische Kalkül. Zwar kann das Eintreten der Erfüllungsbedingungen vieler Wünsche intersubjektiv beobachtet werden, welches aber die Erfüllungsbedingungen sind, kann nur die jeweils wünschende Person angeben. Die Strategie der Objektivierung muss also hier sein, einen intersubjektiven Zugang zu den Wünschen einer Person zu schaffen.

Die Position, die die Identifikation von Nutzen durch Präferenzenerfüllung zu verteidigen sucht, beruft sich auf die rationalen Präferenzen von Personen, die nicht

auf der Basis seiner moralischen Erwägungen erster Ordnung für Menschen aufgestellt haben würde, aufzuzeigen, wie gerade diskriminierende Präferenzen in menschlichen Nutzenerwägungen ausgeschlossen werden können. Leider ist aber nicht ersichtlich, wie eine Berufung auf tugendethische oder maximenethische Aufweichungen des Utilitarismus diesen davor bewahren kann, das Utilitätsprinzip aufgeben zu müssen. Ähnliche Bemühungen finden sich auch schon bei Sidgwick und häufig in der modernen Literatur zur Verteidigung des Utilitarismus, sie nehmen aber alle die Form an, einer Abkehr vom Utilitätsprinzip dadurch zuvorzukommen, dieses durch andere Prinzipien zu ergänzen.

nur durch vollständige Information über die eigene Position aufgeklärt sind, sondern darüber hinaus auch die eigene Perspektive ebenso betrachten, wie jede weitere. Diese Strategie der Konstruktion idealer Wünsche ist nur eine von zwei Möglichkeiten der Objektivierung von Wünschen. Sie führt dazu, dass zwar eine objektive Bewertung der Erfüllung idealer Wünsche möglich ist, jedoch nicht gezeigt werden kann, wie sich diese idealen Wünsche zur tatsächlichen Person verhalten. Die Annahme, Personen wünschten immer das, was sie idealerweise wünschen sollten, ist nicht nur empirisch problematisch, sondern auch theoretisch inkonsistent. Idealisierungen dieser Art tragen immer fremde Ansprüche an die Lebensführung der Person heran. Weil nicht davon auszugehen ist, dass Personen den Idealisierungen einer solchen Theorie entsprechen oder entsprechen wollen, wird hier der ethische Individualismus verlassen, auf den sich der Utilitarismus beruft. Ideale Wünsche sind somit eine subtile Form der fremdbestimmten Normierung von Lebensplänen.

Die zweite Strategie der Objektivierung von Wünschen und Präferenzen akzeptiert den legitimatorischen Individualismus und ist bemüht, die Wünsche von Personen als gegeben hinzunehmen. Sie macht die Annahme, dass Wünsche nicht nur gegeben sind, sondern sich im Verhalten von Individuen ausdrücken. Es handelt sich hierbei um den Ansatz der *revealed preferences*, der offenbarten Präferenzen. In der utilitaristischen Theorie wird er auch als *„utility as choice“* diskutiert. Ihm zufolge ist der Nutzen einer Person direkt durch ihr Wahlverhalten in wirklichen und kontrafaktischen Situationen zu ermitteln. Weil Verhalten intersubjektiv beobachtbar ist, ruht der Begriff des Nutzens in dieser Theorie nur noch auf objektiv erfassbaren Zuständen und Ereignissen. Mit dieser Interpretation ist die stärkste mögliche Objektivierung des Begriffs Nutzen erreicht. Es lässt sich aber zeigen, dass mit diesem Schritt der normative Charakter dieses Begriffes aufgelöst ist.

Für diese wohl objektivste Methode der Nutzenermittlung, den *revealed preferences* Ansatz, gilt dieselbe Konstellation von empirischem und metaethischem Problem. Den Verheißungen der einfachen rechnerischen Ermittlung des höchsten Gutes auf der Basis der Verhaltensbeobachtung stehen erhebliche Einwände entgegen. Die Wahl eines Individuums kann immer nur gemäß den Gegebenheiten geschehen. Die zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen beeinflussen nicht nur das konkrete Wahlverhalten der Person in Einzelfällen sondern auch ihre Präferenzstruktur. Personen müssen um die Möglichkeit von Handlungen und Entscheidungen wissen, um Präferenzen ausbilden zu können. Daher ist die Interpretation eines gegeben

Wahlverhaltens als Offenbarung der Nutzenfunktion kaum angemessen. Ein Ausweg daraus ist die kontrafaktische Konstruktion von Situationen, in denen diese Einschränkungen ausgeräumt sind. In Experimenten wird Probanden gewöhnlich die Aufgabe gestellt, eine Präferenzrelation darüber zu erstellen, welche Person sie in einer bestimmten Situation gerne wären. Die Wahl der Person umfasst dabei nicht nur die materielle Situation, sondern ebenfalls die Präferenzen der jeweils vorgestellten Person. Es wird also nach Präferenzen zweiter Ordnung entschieden, welche Präferenzen erster Ordnung die jeweilige Person hat. Dieser Schritt ist in mehrfacher Hinsicht methodisch und metaethisch problematisch. Er trennt weder die häufig moralischen Präferenzen zweiter Ordnung von denen erster Ordnung, noch beachtet er die unhintergehbare Identität der Person. Es ist darüber hinaus nicht ersichtlich, wie eine solches Experiment aussehen könnte, ohne den Bezug zu jedem auch nur denkbaren Leben der betrachteten Person zu verlieren. Kontrafaktische Annahmen und Gedankenexperimente können zwar theoretisch sehr hilfreich sein, eine angemessene Reproduktion von lebensweltlichen Wahlsituationen stellen sie aber nicht dar.²¹

Jede der drei Nutzeninterpretationen steht also vor einer Gegenläufigkeit von empirischem und ethischem Anspruch. Wenn die Probleme der empirischen Zugänglichkeit des Nutzens gelöst sind, ist der Nutzenbegriff bereits soweit verändert, dass er nur dadurch noch eine Rolle in einer ethischen Theorie finden kann, dass ihm theorieexterne ethische Begriffe an die Seite gestellt werden. Vor dem Dilemma zwischen empirischer Unzugänglichkeit oder ethischer Irrelevanz kann keine der bekannten Interpretationen das utilitaristische Nutzenkonzept bewahren.

1.2.2.3. Normativität objektivierter Nutzeninterpretationen

Die drei objektivierten Formen des Nutzenbegriffs, das idealisierte hedonistische Kalkül, ideale Wünsche und revealed preferences teilen ein weiteres Charakteristikum miteinander, welches sie für eine normative Theorie unbrauchbar macht. Sie setzen die einzige normative Bestimmung mit der einzigen diskutierten

²¹ Eine Diskussion der Methode der kontrafaktischen Wahlsituationen finden sich insbesondere bei Harsanyi 1955. Harsanyis Ergebnisse stellen entgegen seiner eigenen Intention jedoch ausschließlich Ergebnisse hinsichtlich der möglichen Formalisierung von Nutzenfunktionen dar. Sie bieten keine eigenständigen Ergebnisse, die als Argument für den Utilitarismus gelten können. Vgl. hierzu Roemer 1996, Kapitel 4.

motivationalen Bestimmung gleich. Während dies für das hedonistische Kalkül zu zeigen keines weiteren argumentativen Aufwandes bedarf, da es immer schon jeden Wert auf Lust und Unlust zurückführt,²² bedarf es bei präferenzutilitaristischen Theorien der oben eingeführten Unterscheidung zwischen Theorien idealer Präferenzen und Theorien offenkundiger Präferenzen. Das Problem der Identifikation von Norm und Motiv trifft nur die Theorie der offenkundigen Präferenzen.

Dieses Problem gestaltet sich im Falle des hedonistischen Kalküls folgendermaßen aus: Weil der Mensch immer nach Lust und Unlust handelt, handelt er immer so, wie er handeln soll, die Möglichkeit des Fehlers ist ausgeschlossen und somit jegliche normative Kraft ethischer Urteile aufgehoben. Es kann eingewendet werden, es gälte im hedonistischen Kalkül Lust und Unlust aller Personen zu maximieren. Mit dieser Forderung wird jedoch die These, Lust und Unlust seien die einzig motivational wirksamen Zustände, negiert. Das hedonistische Kalkül ist auf diese These nicht angewiesen. Es ist also möglich, eine moralische Bewertung aufgrund des hedonistischen Kalküls durchzuführen und nach ihr zu handeln.

Dementgegen sind im Falle der offenkundigen Präferenzen ebenso wie bei der Identifikation von Lust und Unlust als einzige Motivation und ethisches Kriterium keine normativen Aussagen mehr möglich sind. Wenn eine Person immer für das entscheidet, was ihren Präferenzen entspricht und ihre Präferenzen immer dem entsprechen, wofür sie sich entscheidet, so kann es keine Fehlentscheidung, keinen Verstoß gegen die eigenen Präferenzen geben. Der Ansatz der offenkundigen Präferenzen steht demzufolge immer vor dem Dilemma, entweder trivial oder falsch zu sein:

Fall 1: Trivial ist er dann, wenn er besagt, dass Menschen immer die Präferenz für das haben, was sie in ihren Handlungen realisieren. In diesem Fall wird mit dem Begriff der Präferenz nichts erreicht, was ohne ihn nicht auch erreicht werden könnte. Alle Sätze der Art ‚X hat die Präferenz z zu tun‘ lassen sich dann auflösen in ‚x wird z tun‘, ohne dass eine weitere Erklärung gegeben würde. Präferenzen sind dann zusätzliche Entitäten ohne Erklärungskraft.

²² Wie oben diskutiert stellt die Millssche Verfeinerung dieser Theorie tatsächlich eine Abkehr von hedonistischen Kalkül dar, die eine vorgängige Bewertung auf der Basis eines tugendethischen Verfahrens der utilitaristischen Analyse entgegenstellt. Das hedonistische Kalkül, welches hier diskutiert wird, ist das von Bentham, welches das Kommensurabilitätsproblem löst und eine konsistente Interpretation von Nutzen durch Lust und Unlust liefert.

Fall 2: Falsch ist er dann, wenn er besagt, dass Präferenzen einen normativen Charakter haben, der die Handlungen von Menschen leitet. Denn in diesem Fall muss die Abweichung von Präferenzen möglich sein. Ist sie dies, so handelt es sich nicht mehr um offenbarte Präferenzen. Ist diese Abweichung nicht möglich, so tritt wieder Fall 1 Trivialität ein.

Greift die präferenzutilitaristische Theorie anstatt der offenbarten Präferenzen auf die Theorie der idealen Präferenzen zurück, so handelt sie sich ein ähnliches Problem als normative Theorie ein.

Der Ansatz der idealen Präferenzen kommt durch die fortschreitende Filterung der zugelassenen Präferenzen bei der Aussage an, dass genau das Nutzen ist, dem in universalisierender, rationaler Überlegung ein Wert zugesprochen wird. Da es sich hierbei aber um die formale Definition von ‚Wert‘²³ handelt, sind alle inhaltlichen Bestimmungen aus dieser Nutzenbestimmung entfallen, es verbleibt die Aussage: ‚Nutzen ist ein Wert‘. Die Frage, was denn nun Nutzen konkret ist, stellt sich erneut.

Der Begriff des Nutzens steht also insgesamt vor dem Dilemma, entweder der wissenschaftliche Analyse nicht zugänglich zu sein, weil er vollkommen subjektiv bestimmt ist, oder als vollständig objektiv bestimmter Begriff keine normative Verwendung mehr zuzulassen. Dieses zweite Horn des Dilemmas gestaltet sich im Falle des hedonistischen Kalküls als psychologischer Determinismus aus, während im Falle des Präferenzutilitarismus die normative Kraft von Wünschen oder Präferenzen dadurch verloren geht, dass diese entweder durch zunehmende Idealisierung inhaltsleer werden oder im Rahmen des revealed preferences Ansatz immer schon erfüllt sind.

I.2.3. Aggregationsverfahren

Das Verfahren, das sowohl die Bemessung, als auch die Verteilung in der utilitaristischen Theorie bestimmt ist das der Aggregation. Obwohl die Untersuchung des Wertkonzepts der utilitaristischen Theorie bereits gravierende Mängel aufgezeigt hat, soll im weiteren auch das zweite wichtige Kriterium untersucht werden, nämlich wie das Verteilungsverfahren sich zu den Anforderungen der Gleichheit und der

²³ Diese Definition gibt natürlich nur eine ethische Theorie jenseits eines naturwissenschaftlich geprägten Realismus, wie ihn etwa David Brink oder Peter Railton vertreten. Es ist allerdings davon auszugehen, dass entgegen den genannten Theorien Wert immer auch von der Wertuspache abhängt. Vgl. Brink 1989, Railton 1986.

Verfahrensgerechtigkeit verhält. Diesem Zweck dienen dieser und die nächsten beiden Abschnitte. Darin werden zuerst das Aggregationsverfahren und der utilitaristische Konsequentialismus vorgestellt und bewertet. Dieser Darstellung schließt sich eine Rückführung der bis dahin gefundenen Ergebnisse auf die Anforderung nach Egalitarismus an.

Die Maxime, das Glück der größten Zahl der Menschen zu maximieren entspricht sicherlich natürlichen Intuitionen. Auf die Problematik zweier Maximanda in einer Funktion wurde in der Literatur bereits hinreichend hingewiesen, dieses Problem der utilitaristischen Aggregationsformel kann im weiteren ignoriert werden, wenn man bedenkt, dass die Argumentation mit den Ansprüchen und Rechten nicht existierender Personen scheinbar unüberwindliche Hindernisse aufwirft. Die beste Interpretation schränkt also diese Formel auf die Maximierung des Nutzens bei gegebener Bevölkerungszahl ein. Der axiomatische Ausdruck für die gesamtgesellschaftliche Nutzenfunktion ist dann $\sum u_i(x)$ wobei u_i die Nutzenfunktion des Individuums i und x ein gesellschaftlicher Zustand ist.²⁴

Diese Funktion bedarf einer bestimmten Informationsstruktur hinsichtlich der Messbarkeit und Vergleichbarkeit individuellen Nutzens²⁵. Diese Anforderungen sind kardinale Messbarkeit und ein Minimum an Vergleichbarkeit des Grenznutzens (unit comparability).²⁶ Um diese Funktion maximieren zu können, müssen also die Informationen darüber zugänglich sein, wie hoch der Grenznutzen einer jeden Person i in einer jeden Situation x ist. Aufgrund einer kardinalen Messung von Grenznutzen kann aber über Ungleichheit nur wenig gesagt werden. Da Kardinalität bedeutet, dass neben der gemessenen Reihe x_1, x_2 auch eine positive lineare Transformation durch etwa $y_i = a + bx_i$ zum Vergleich genutzt werden kann, können präzise Aussagen über das Wohlfahrtsniveau nicht getroffen werden. So kann statt dem scheinbar

²⁴ In mathematisch korrekter Notierung müsste zudem angegeben werden, dass die Laufweite der Summenfunktion über alle Individuen i einer Gesellschaft ist. Da dies aber in der Literatur zumeist vorausgesetzt ist, wird auch hier die gängige Schreibweise ohne zusätzliche Angabe der Laufweite verwendet.

²⁵ Vgl. Roemer 1996, Kapitel 4, Sen 1973.

²⁶ Die Begriffe der 1) unit comparability und 2) level comparability bezeichnen 1) die Möglichkeit des Vergleichs von Unterschieden zwischen dem Grenznutzen unterschiedlicher Personen in einem sozialen Zustand x , ohne das Nutzenniveau einer Person messen zu können (unit comparability) bzw. 2) die Vergleichbarkeit des Nutzenniveaus unterschiedlicher Personen in einem Zustand x , ohne den Unterschied präzise messen zu können (level comparability). Unit-comparability erfordert immer kardinale Messbarkeit, level-comparability bedarf lediglich der ordinalen Messbarkeit. Im Falle der Vergleichbarkeit von Niveau und Differenz liegt vollständige Vergleichbarkeit (full comparability) vor.

offensichtlich ungleichen Verteilungsverhältnis (1:99) des Grenznutzens auch die Transformation mit $a=500$ und $b=0,1$ gewählt werden, bei der die weniger offensichtlich ungerechte Verteilung von (500,1:509,9) herauskommt. Wenn a groß genug und b klein genug gewählt werden, verschwindet der Unterschied in der Transformation fast vollkommen. Darüber hinaus sagt der Grenznutzen in der jeweiligen Verteilungssituation nur bedingt etwas über das realisierte Gesamtnutzenniveau einer Person aus. Es ist durchaus möglich, dass eine Person mit dem realisierten Gesamtnutzenniveau von 500 aufgrund eines Grenznutzens von 99 aufweist, während eine bescheidenere Person mit einem realisierten Gesamtnutzen von 100 in derselben Situation einen Grenznutzen von 1 hätte.

Man kann aufgrund dieses Umstandes so argumentieren, dass der Utilitarismus gar nicht in der Lage sein kann, Ungleichheit angemessen zu repräsentieren und die Forderung nach dieser Möglichkeit sozusagen von außen an ihn herangetragen wird. Diese Kritik sei also nicht angemessen, die Unfähigkeit verdanke sich allein dem Informationsgehalt der Theorie²⁷.

Die jeweilige Informationsstruktur der Wohlfahrtsmessung hat insofern starken Einfluss auf die Anwendbarkeit der jeweiligen Wohlfahrtstheorien. Utilitaristische Theorien bedürfen mindestens der Kardinalität, sie sind unter Vorgabe ordinaler Messungen nicht verwendbar. Ebenso versagen sie bei allen Versuchen, Aussagen über den Unterschied des Wohlfahrtsniveaus unterschiedlicher Personen zu treffen, wenn sie nicht über vollständige Information und kardinale Messbarkeit verfügen.²⁸ Dagegen ist es gerade das Anliegen egalitaristischer Theorie, Aussagen über das Wohlfahrtsniveau unterschiedlicher Personen zu treffen, und Vergleiche darüber anzustellen.

Es ist interessant zu sehen, dass häufig von Neumann/Morgenstern Funktionen als einzige Möglichkeit der Repräsentation von Präferenzen verstanden worden sind. Die Theorie von von Neumann und Morgenstern zeichnet nämlich gerade die

²⁷ Ein Ansatz zu dieser Argumentation findet sich bei Roemer 1996, S. 160 f. Es ist allerdings zuzugestehen, dass bei einer Informationsstruktur, die Kardinalität und ausschließlich Unit-Comparability aufweist nur die utilitaristische Wohlfahrtsfunktion anwendbar ist. Allerdings scheint eine solche Informationsstruktur als beliebig unwahrscheinlicher Ausnahmefall. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Vergleichbarkeit des Wohlfahrtsniveaus (level comparability) der Vergleichbarkeit eines Wohlfahrtsunterschiedes (unit comparability) vorausgeht. Darüber hinaus ist für eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit eine Messung, die keinen Vergleich der Wohlfahrtsniveaus zulässt, nutzlos. Vgl. Sen 1973, S. 46.

²⁸ Vgl. Sen 1973, S. 44.

Funktion u_i und alle ihre positiven linearen Transformationen als Darstellung einer Präferenzordnung aus. Darüber hinaus ist es ein gängiges Postulat, dass es zwar möglich ist, Aussagen über den Unterschied des Grenznutzens der Individuen 1...i in einem Zustand x , nicht aber über den absoluten Nutzen $u_i(x)$ zu treffen (Unit comparability). Die von Neumann/Morgenstern Axiomatik erfüllt somit die Bedingungen für eine Anwendung der utilitaristischen Aggregationsformel.

Allerdings können nicht nur die von Neumann /Morgenstern Funktionen sondern auch nicht-lineare positive Funktionen so behandelt werden, als repräsentierten sie die Präferenzen eines Individuums. Damit ist die Kardinalitätsbedingung verletzt. Darüber hinaus ist die von Neumann/Morgenstern These eine Methode der Vorhersage von Verhalten unter sehr strikten Bedingungen, die menschliche Präferenzen bzw. menschliches Verhalten nicht erfüllen. Aus der Übereinstimmung der Theorie von von Neumann und Morgenstern und den Informationsbedingungen der Anwendung einer utilitaristischen Aggregationsformel ein zusätzliches Argument für den Utilitarismus zu gewinnen, ist nicht möglich.²⁹

I.2.4. Egalitarismus

Nach der Diskussion seiner Wohlfahrtstheorie mag es unpassend erscheinen, den Utilitarismus als egalitär zu bezeichnen. Tatsächlich sind ihm aber egalitäre Strukturen zu eigen. Utilitaristische Theoretiker behaupten, dass die gleiche Berücksichtigung gleicher individueller Interessen³⁰ Verteilungsgerechtigkeit bewirke, und diese gleiche Berücksichtigung automatisch zum Utilitarismus führe. Dies ist insofern richtig, dass bei gleicher Berücksichtigung gleicher Nutzenfunktionen die Aggregation des Gesamtnutzens maximal wird. Dies ist allerdings eine Folge des Nutzenkalküls, die davon abhängig ist, dass alle betrachteten Individuen gleiche Nutzenfunktionen und damit einen gleichermaßen fallenden Grenznutzen haben. Maximierung des Gesamtnutzens bedeutet Ausrichtung der Güterverteilung am Grenznutzen. Jedes zu verteilende Gut wird der Person zugeteilt, die den größten Nutzen daraus zieht. Weil aber alle Personen aus der gleichen Anzahl Güter den gleichen Nutzen ziehen, werden die Güter so verteilt,

²⁹ Zu Versuchen, ein solches Argument dennoch zu gewinnen vergleiche Harsanyi 1953 und 1977 Myerson 1981. Eine ausführliche Diskussion auch der axiomatischen Aspekte dieser Versuche findet sich bei Roemer 1996. Vgl. Fußnote 13.

³⁰ Vgl. Hare 1976 S. 116 f. und Lewis 1946 S. 547 f.

dass immer diejenige Person das jeweils letzte Gut erhält, die von diesem Gut bisher am wenigsten besitzt, und somit aus einer zusätzlichen Einheit den größten Nutzen zieht. Wenn alle Güter so verteilt sind, dass der Grenznutzen jeder Person identisch ist, so gibt es keine Umverteilung, die den Gesamtnutzen erhöhen würde. Dieser Zustand wird als pareto-optimal gekennzeichnet. Das Pareto Kriterium gilt als das wichtigste ökonomische Kriterium für die Gerechtigkeit und Effizienz eines Verteilungszustandes. Es bezeichnet einen Zustand, in dem es nicht möglich ist, eine Person besser zu stellen, ohne eine andere schlechter zu stellen. Allerdings ist jeder Zustand, in dem alle Ressourcen verteilt sind, ein solcher Zustand, unabhängig von der Form der Verteilung. Die Situation 0:100 ist ebenso pareto-optimal wie die Situation 50:50.

Diese ideale Theorie fand aber schon bei Bentham ihre Begrenzung durch die Eigentumssicherung. In der vorliegenden Form folgt aus dem gleichermaßen fallenden Grenznutzen und dem Prinzip, eines jeden Nutzen gleich zu berücksichtigen, die Forderung nach Gütergleichheit. Weil aber die interpersonelle Vergleichbarkeit der Nutzenfunktionen nicht beweisbar ist, kann man auch annehmen, „der Reichen sensible Ästhetik könnte möglicherweise größeren Schaden erleiden durch den Verlust eines kostspieligen Gemäldes, als durch hundert Mittagessen des verrohten Armen ausgeglichen werden könnte.“³¹ So zynisch dieser Zug anmuten muss, die Nutzenfunktionen einer Person einwandfrei zu ermitteln ist tatsächlich nicht möglich. Der zugrunde liegende Egalitarismus des Nutzenkalküls unterliegt durch diese Unwägbarkeit aber so starken Einschränkungen, dass auch ein Verteidiger des Utilitarismus sich zu dem Urteil hingerissen fühlt: „über eine zentrale Unzulänglichkeit der utilitaristischen Ethik besteht so gut wie Einigkeit: dass sie unvernünftig ist, Prinzipien der *Gerechtigkeit*, insbesondere der Verteilungsgerechtigkeit aus sich heraus zu begründen.“³²

I.2.5. Fazit

Die utilitaristische Ethik ist bemüht, durch die Bestimmung eines ersten Prinzips allen weiteren ethischen Normen ein unumstößliches Fundament zu legen. Dieses erste Prinzip liegt in der Formulierung einer Theorie des menschlichen Glücks bzw.

³¹ Pollard 1992, S. 21.

³² Birnbacher 1976, S. 202, Hervorhebungen im Original.

des höchsten Gutes. Die Analyse der Bestimmungsversuche dieses höchsten Gutes ergab, dass jede Version dieser Bemühungen zentrale Aspekte des humanen Lebens verfehlt. Ohne Aussage darüber, ob es ein einzelnes höchstes Gut geben kann – was allerdings zu bezweifeln ist – bleibt festzuhalten, dass die Bestimmungen des Utilitarismus einen grundsätzlichen Fehler enthalten: sie reduzieren die relevanten Phänomene auf zu wenige Begriffe.

Dieser Fehler lässt sich am besten an den Bestimmungen der betrachteten Personen ablesen. Selbst bei Mill, der seine Bewertung von Lust und Unlust an besonders kompetente Personen anbindet, handelt es sich bei den Individuen allein um Bündel von Erfahrungen. Im Präferenzutilitarismus werden die Personen auf ihre Präferenzen reduziert. Der einzelne Mensch ist nur der Ort, an dem sich Nutzen manifestiert. Eben durch die Reduktion der Lebensqualität eines Menschen auf ein höchstes Gut verlieren sich zusätzliche Bestimmungen eines gelungenen besonders aber eines bewusst geführten Lebens.

So geht beispielsweise die Bewertung von Möglichkeiten, die eine Person in anderen Lebensumständen gehabt hätte, verloren. In der utilitaristischen Nutzenanalyse macht es keinen Sinn, zwischen einer Wahl unter mehreren Alternativen und dem Ergreifen der einzigen Alternative zu unterscheiden, wenn die ergriffene Alternative den Präferenzen des wählenden entspricht. Abgesehen von den bereits diskutierten Problemen der Bildung und Ermittlung von Präferenzen wird hier eine wichtige Unterscheidung eliminiert. Sen diskutiert das Beispiel eines Analphabeten, der, hätte er lesen gelernt, entschieden hätte, davon keinen Gebrauch zu machen. Dieses Gedankenexperiment zeigt trotz seines konstruierten Charakters, dass Freiheiten innerhalb eines utilitaristischen Rahmens nicht bewertet werden können. Es macht einen Unterschied, ob eine Person die Möglichkeit hat, lesen zu lernen, und sich später entscheidet, sich dieser einmal erworbenen Fähigkeit nicht zu bedienen, oder ob sie niemals in der Lage ist, dem Analphabetismus zu entfliehen.

Während also der Versuch unternommen wird, die große integrative Theorie des menschlichen Guten zu formulieren, gehen Details verloren, die gerade unter der Bedingung großer Unterschiede in den Lebensumständen und Lebensentwürfen die konkrete Beurteilung der Qualität eines Lebens entscheidend bestimmen. Daher ist eine Theorie, die nur unter der Bedingung vollkommener Gleichheit der Menschen

irgendeine Form der Verteilungsgerechtigkeit erbringen kann, diesem Thema auch nicht angemessen.

Diesem Reduktionismus, der sich wie oben aufgewiesen der wissenschaftstheoretischen Grundüberzeugung des Utilitarismus verdankt, muss eine Position gegenübergestellt werden, die in der Lage ist, empirisch überprüfbare Bestandteile eines menschlichen Lebens auf der Basis ethisch gehaltvoller Begriffe zu betrachten. Dem unangemessenen Reduktionismus ist also kein Verzicht auf den wissenschaftlichen Realismus entgegenzustellen, sondern vielmehr eine Verbindung gehaltvoller ethischer Analyse mit empirischer Zugänglichkeit des Bereichs der Phänomene, über die sie Aussagen trifft.

Dem Utilitarismus sind zwei zentrale Anregungen für eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit zu entnehmen. Dabei handelt es sich um den Aspekt der Effizienzorientierung und seine konsequentialistische Grundstruktur. Während der Gedanke der Aggregation, der aus den jungen Wirtschaftswissenschaften geboren wurde, nur bedingt Gültigkeit für ein umfassendes ethisches System beanspruchen kann, ist er doch im Rahmen der Verteilungstheorie notwendig. Im Gegensatz zu rein egalitaristischen Theorien beinhaltet er eine stark effizienzorientierte Komponente. Distribution ist weder aufwandsneutral noch unabhängig von den gegebenen Ressourcen verhandelbar. Vielmehr bedarf es durchaus der Rücksicht darauf, wie das gesamtgesellschaftliche Wohl sich zusammensetzt, und wie es mit der Lebensqualität der Individuen zusammenhängt. Die konkrete Antwort des Utilitarismus ist zwar unzulänglich, doch ohne eine Antwort ist keine Theorie distributiver Gerechtigkeit möglich.

Basierend auf Effizienz Gesichtspunkten entsteht im Utilitarismus wie beschrieben zwar nur eine begrenzte Form des Egalitarismus. Der Effizienzgedanke ist jedoch ein Element, das dem Utilitarismus genuin ist, und welches sich in anderen Theorien ebenso verkürzt findet, wie der Gleichheitsgedanke im Utilitarismus. Ihn zu verabschieden bedeutet aber das Versagen des jeweiligen Verteilungsmechanismus in Kauf zu nehmen.

Zwar ist ein reiner Konsequentialismus selbstzerstörerisch, doch ohne Ansehen von Handlungsfolgen ist in der politischen Ethik keine sinnvolle Theorie möglich. Der reine Konsequentialismus sieht von anderen Aspekten von Handlungen ab, und negiert damit die ethische Relevanz von Sittlichkeit, Gesetzen, Gründen, etc. Eine

Theorie, die aber die Folgen einer Handlung aus dem Blick verliert, droht in dogmatischen Rigorismus zu verfallen. Daher ist eine Form des deontologischen Konsequentialismus³³ in einer Theorie der Verteilungsgerechtigkeit angemessen.

³³ Vgl. Nida Rümelin, 1995.

I.3. Total Utility Ansätze

Die zweite konsequentialistische Theorie neben dem Utilitarismus wird durch die total utility Ansätze gestellt. Sie unterscheidet sich von der zuvor genannten durch das Aggregationsverfahren, welches auf das Wertkonzept Nutzen angewandt wird. Nicht der Grenznutzen des Individuums, sondern dessen Gesamtnutzen steht im Zentrum der Betrachtung. Das Aggregationsverfahren des Utilitarismus weicht entweder einem strengen Egalitarismus oder aber dem Leximin-Verfahren, welches Ähnlichkeit mit der Verteilungsstruktur der Rawlsschen *Theorie der Gerechtigkeit* hat.

Total Utility Ansätze agieren auf derselben Wertbasis wie der Utilitarismus und sind somit denselben Einwänden unterworfen. Dennoch verfügen sie über ein zusätzliches wichtiges Element für eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit, sie orientieren sich konsequent an egalitaristischen Vorgaben. Die Verteilungsmuster der total utility Ansätze sind deshalb eine gesonderte Untersuchung wert, weil sie auch auf andere Wertkonzepte angewandt werden können. Daher wird im weiteren untersucht, ob diese Verteilungsmodi in der Lage sind, den Forderungen nach Verfahrensgerechtigkeit und Gleichheit nachzukommen.

Egalitaristischen Ansätzen wird in der gegenwärtigen Diskussion häufig mit dem Vorwurf begegnet, sie opferten Gerechtigkeitserwägungen zugunsten von Gleichheitsforderungen.³⁴ Dem ist entgegenzuhalten, dass die Begriffe der Gleichheit und der Gerechtigkeit in direkter Abhängigkeit voneinander stehen. Die Abhängigkeit der Begriffe der Gleichheit und Gerechtigkeit sind bereits in der antiken Theorie angelegt und prägen insbesondere die aristotelische Untersuchung von Gerechtigkeitsfragen.

Ausführungen zu den Arten der Gleichheit finden sich schon in Platons *Gesetzen*. Dort unterscheidet er im sechsten Buch zwischen Gleichheit nach Maß, Gewicht und Zahl und der allein wahrhaften Gleichheit, der Gerechtigkeit nach dem Verhältnis. Allerdings ist diese zweite Gleichheit, die Gerechtigkeit, für Platon dem Urteil des Zeus vollkommen, dem Menschen jedoch nur in begrenztem Maße zugänglich. Ihr Kriterium ist jedoch durch die natürlichen Anlagen und die Tüchtigkeit der Person gegeben.

³⁴ Vgl. Krebs (Hg.) 2000.

Eine präzisere Analyse des Begriffs der Gerechtigkeit nimmt Aristoteles im fünften Buch der *Nikomachischen Ethik* vor. Die zentrale Unterscheidung für den Gerechtigkeitsbegriff ist die Aufteilung in die partikulare und die vollkommene Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit als vollkommene Tugend, die in der Beachtung aller (guten) Gesetze liegt, ist für das gegenwärtige Thema nicht maßgeblich. Sie orientiert sich ausschließlich an der Theorie der Tugenden im Rahmen der eudaimonistischen Ethik, die für die Diskussion der institutionellen Gerechtigkeit kaum von Belang ist.³⁵ Die partikulare Gerechtigkeit im Gegensatz zur Vollkommenen ist zu unterteilen in die distributive und die kommutative Gerechtigkeit.

Für beide Bereiche der Gerechtigkeit führt Aristoteles das Kriterium der Gleichheit ein. Diese sei das Mittlere zwischen zwei Ungleichheiten, das Mittlere ist in der Aristotelischen Tugendlehre immer das dem jeweiligen Menschen angemessene. Unter dem Mittleren aber die genaue, arithmetische Mitte zu verstehen ist eine Fehlinterpretation, vielmehr handelt es sich hierbei um einen Proportionalitätsgedanken; die Mitte ist immer die Mitte für die Person oder den jeweils betrachteten Sachverhalt, keine einfache Durchschnittsbildung. Aristoteles spricht hier von geometrischer Proportionalität. Die Mitte in der distributiven Gerechtigkeit bestimmt sich nach der Würdigkeit der Personen im jeweiligen Verteilungsfall. Aristoteles gibt allerdings keine Begründung für diesen meritokratischen Zug an, sondern verweist auf die allgemeine Einsicht in dieses Prinzip. Im Gegensatz zu Platon schwächt Aristoteles diesen Meritokratismus ab, indem er nicht in der Tüchtigkeit die Würdigkeit sieht, sondern darauf hinweist, dass Würdigkeit je nach Verständnis in anderen Prinzipien liegen könne:

„die Demokraten erblicken sie in der Freiheit, die oligarchisch Gesinnten im Besitz, andere in edler Abstammung, die Aristokraten in der Tüchtigkeit.“³⁶

³⁵ Das Telos Eudaimonia ist insofern von Relevanz für institutionelle Gerechtigkeit, als es nur durch die Tugenden zu erreichen sind. Diese können aber nur durch die richtige Erziehung erreicht werden. Aristoteles hat daher ein umfangreiches System öffentlicher Erziehung gefordert, welches allen Kindern und Jugendlichen in der Polis zugänglich zu sein hat, (ausgenommen natürlich Kinder von Sklaven). Ein solches System der Erziehung kommt einer Gleichheitsforderung unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Familie und ihrem Stande nahe. Während bei Platon bereits in der Erziehung strenge Hierarchien gezogen wurden, ist Aristoteles Erziehungssystem streng egalitaristisch ausgerichtet.

³⁶ Aristoteles, NE 1131 a.

In einigen modernen Beiträgen zur Debatte um den Gerechtigkeitsbegriff wird die konstitutive Rolle des Konzepts der Gleichheit bestritten und ein Gegensatzverhältnis von Gleichheit und Gerechtigkeit aufgebaut. Dieser Gegensatz ist aber inkonsistent. Aristoteles weist schon darauf hin, dass Gerechtigkeit bedeutet, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Diesen Satz nehmen moderne Antiegalitaristen auf und deuten ihn als Plädoyer für Willkürfreiheit und Abkehr vom Gleichheitsgedanken. Allerdings wird bei Aristoteles deutlich, dass der Begriff der Gleichheit den grundlegenden Begriff der Definition von Gerechtigkeit stellt, Ungleiches ungleich zu behandeln steht unter dem Leitbild der Gleichheit, welches in der Forderung nach Gleichbehandlung von Gleichem formuliert wird. Die Forderung, Ungleiches ungleich zu behandeln lässt sich nur vor der Norm, Gleiches gleich zu behandeln verstehen. Das Ideal der Gleichheit ist konstitutiv für die Möglichkeit, Unterschieden gerecht zu werden. Das Kriterium der Würdigkeit, das Gleiches und Ungleiches zu unterscheiden erlauben soll, wird bei Aristoteles je nach Selbstverständnis einer Gesellschaft definiert.³⁷ Gerechtigkeit bedeutet nicht kriterienlose Gleichbehandlung, der Begriff Gleichheit ist aber für den der Gerechtigkeit konstitutiv.

Die kommutative Gerechtigkeit sieht die Gleichheit ebenfalls in einer Mittelposition, diesmal handelt es sich jedoch um eine arithmetische Proportionalität. Während es hier keines zusätzlichen Kriteriums der Würdigkeit bedarf, dieses sogar die Gleichheit im kommutativen Sinne einschränken würde, hat die Proportionalität dennoch eine Rolle. Im Gegensatz zur Formel der gleichen Widervergeltung besteht Aristoteles auf der proportionalen Widervergeltung. Das Rechte ist die Mitte zwischen einem nicht auf freiem Willen beruhenden Gewinn oder Verlust, also die Herstellung eines Zustandes, in dem die Betroffenen nach einem Rechtsbruch genauso gestellt sind, wie zuvor. In vielen Fällen ist dies gerade durch gleiche Vergeltung nicht zu erreichen. An dieser Stelle deutet sich schon ein moderner Rechtsgedanke an:

³⁷ Wenn man seine Worte, dass die Würdigkeit für Demokraten in der Freiheit bestünde, ernst nimmt, so bedeutet dies, dass Unterschiede in der Freiheit allein Unterschiede in der Behandlung erlauben. Für den modernen Demokraten müsste diese bedeuten, Unterschiede der Freiheit auszugleichen, nicht sie zu vergrößern

„Denn dadurch, dass nach Verhältnis vergolten wird, bleibt der Bürgerschaft ihr Zusammenhalt gewahrt.“³⁸

Nicht nur die Beteiligten des auszugleichenden Sachverhalts sondern auch die Bürgerschaft hat ein Interesse an der Gerechtigkeit bzw. an der rechtsförmigen Reaktion auf Ungesetzlichkeiten. Im Sinne der Normbestätigung, die eine zentrale Begründung des modernen Strafrechts darstellt, kann eine einfache arithmetische Gleichheit niemals den vorherigen Zustand wieder herstellen. Um den bürgerlichen Zusammenhalt – bzw. moderner ausgedrückt – das Vertrauen in die gegebenen Normen wieder herzustellen, bedarf es demnach bei Verbrechen zusätzlicher Strafen.

Im Gegensatz zur kommutativen Gerechtigkeit benötigt die distributive Gerechtigkeit zusätzliche Kriterien der Gleichheit. Gleichheit vor dem Gesetz in der kommutativen Gerechtigkeit kann allein darauf reagieren, welche politische Funktion der Beklagte hat, und unter welchen Umständen die Folgen der Tat ausgeglichen werden können. Zumindest in der Theorie darf darin nur die Rolle, die die jeweilige Person in der Polis spielt, von Belang sein. Eigenschaften der Person, ihre Besitztümer, Titel oder Ehren³⁹ dürfen die Entscheidungen der kommutativen Gerechtigkeit jedoch nicht beeinflussen.

Ein erstes Kriterium für die Gleichheit auf dem Feld der distributiven Gerechtigkeit findet sich in der Diskussion des Bereichs kommutativer Gerechtigkeit, der sich mit dem freiwilligen Verkehr, also mit Kauf, Verkauf, Darlehen, Bürgschaft, Nießbrauch, Hinterlegung, Miete, im modernen Sinne also mit Verträgen aller Art beschäftigt. Aristoteles sieht den Maßstab der Gerechtigkeit des freiwilligen Verkehrs im Geld, denn dieses mache inkommensurable Güter kommensurabel. Ein Vertrag ist gerecht, wenn jemand in seinem Eigentum in Geldmengen gemessen nachher nicht schlechter dasteht als zuvor.⁴⁰ Die distributive Gerechtigkeit hat es über materielle Werte im genannten Sinne hinaus auch mit allen anderen Gütern wie

³⁸ Aristoteles NE 1132 b

³⁹ Die Immunität von Staatsdienern kennen auch moderne Staaten, darauf bezieht sich Aristoteles Einlassung, wenn eine obrigkeitliche Person jemanden geschlagen habe, so dürfe dies nicht vergolten werden, wenn sie aber geschlagen würde, so wäre bloße Widervergeltung nicht ausreichende Strafe. In moderner Sprache wäre dies nicht nur Körperverletzung, sondern möglicherweise ein Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten. So ist beispielsweise die Strafe für Nötigung des Bundespräsidenten weitaus höher als die normale Nötigung.

⁴⁰ Allerdings ist festzustellen, dass das Geld zu dieser Leistung nur aufgrund der Beziehung der Güter zum Bedürfnis der Menschen in der Lage ist. Somit ist das Geld eigentlich nur eine Widerspiegelung der Bedürfnisse der Bürger, auf deren Basis die Verteilung von Gütern durch freiwilligen Warenverkehr zu geschehen hat. Siehe Aristoteles, NE 1133b.

Macht, Ehren und Ämtern zu tun, die unter den Staatsangehörigen zur Verteilung gelangen können. In der Definition der distributiven Gerechtigkeit werden diese neben dem Geld aufgezählt, sie werden durch dieses also nicht kommensurabel gemacht. So ist nicht nur darauf zu achten, dass Gerechtigkeit im materiellen Sinne – beispielsweise bei der Landverteilung einer neuen Kolonie – herrscht, sondern auch darauf, dass nicht-materielle Güter ebenfalls gemäß Verteilungsmethoden vergeben werden, die als gerecht zu bezeichnen sind. Diese Kriterien sind bereits oben genannt worden, es sind die Würdigkeit und die Bedürftigkeit. Allein Unterschiede in diesen Eigenschaften rechtfertigen Unterschiede in der Verteilung von Gütern jeglicher Art. Bei gleicher Würdigkeit oder Bedürftigkeit wäre demnach auch eine möglichst gleiche Verteilung angemessen.⁴¹

Mit den zwei genannten Kriterien Gleichheit und Bedürftigkeit hat Aristoteles die Grundlegung für die zentralen Positionen der weiteren Diskussionen distributiver Gerechtigkeit geschaffen. Beide Kriterien bedürfen jedoch der weiteren Ausführung, was konkret unter ihnen zu verstehen ist. Gleichheit muss immer Gleichheit an etwas sein, und Bedürftigkeit bedarf der Aufschlüsselung der Bedürfnisse einer Person.

Im Mittelpunkt der total utility Ansätze steht der Begriff der Gleichheit. Obwohl bereits etabliert ist, dass es sich hier um eine Gleichheit an Nutzen handelt, sind weitere Probleme zu klären. So ist die Gleichheitsforderung zu operationalisieren und anzugeben, woran Gleichheit zu messen ist. Auf diese Probleme sind mehrere Antworten denkbar, von denen zwei, der strikte Egalitarismus und das Leximin-Verfahren, im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Vom Konzept der Bedürftigkeit machen total utility Ansätze jedoch keinen Gebrauch. Dieses Kriterium liegt den im Anschluss diskutierten Grundbedürfnistheorien zugrunde.

I.3.1. Strikter Egalitarismus

Die Forderung nach strenger Gleichheit des Gesamtnutzens aller Individuen setzt – ebenso wie das hernach diskutierte Leximin Verfahren – eine Messbarkeit des Nutzen voraus. Idealerweise müsste der individuelle Nutzen vollständig zu erfassen sein, eine ausreichende Annäherung an dieses Erfordernis ist aber durch ordinale

⁴¹ Die Konsequenz, dass auf der Basis grundlegender natürlicher Bedürfnisse dementsprechend auch eine Basis gleicher Verteilung zu fordern wäre, hat Aristoteles nicht gezogen. Sie findet sich im weiteren Verlauf der Arbeit insbesondere in der Diskussion von A. Sen und Martha Nussbaum.

Ordnung und level-comparability⁴² möglich. Wenn dies um des Argumentes Willen zugestanden wird, stellt sich das Verfahren des egalitären total utility Ansatzes recht einfach dar. Es sind die gesellschaftlichen Zustände zu bevorzugen, die eine geringere Differenz in der Nutzenverteilung aufweisen.

Der zentrale Gegensatz zum Utilitarismus besteht darin, dass dieser den Grenznutzen jeder Person i in einer Situation x bemisst, und das Gut so verteilt, dass es den höchsten Nutzen stiftet. Total utility Ansätze messen das vom Utilitarismus nicht beachtete Nutzenniveau der einzelnen Personen i , und orientieren die Verteilungsentscheidung am geringsten Gesamtnutzen, nicht am höchsten Grenznutzen. Eine mögliche Ausnahme kann dann eintreten, wenn durch die Zuteilung des Gutes die Differenz der Nutzenniveaus der betrachteten Personen erhöht würde, dann wird das Gut möglicherweise niemandem zugeteilt. Streng egalitaristische total utility orientieren sich damit am persönlichen Gesamtnutzen und nicht am Grenznutzen des Gutes. Dennoch würden sie beide unter der Annahme über alle Personen identischer Nutzenfunktionen und gleicher Ausgangsbedingungen zu demselben Ergebnis kommen müssen. Der praktische Unterschied liegt erst dort vor, wo die Nutzenfunktionen von Personen sich unterscheiden oder ungleiche Ausgangspositionen vorliegen.

Der Bewertungsmaßstab des Gesellschaftszustandes ist immer die relative Position ihrer Mitglieder, unabhängig von der absoluten Nutzenhöhe, die erreicht werden kann. Eine Gesellschaft in gleichmäßiger Armut wäre also einer Gesellschaft in durchgängigem Reichtum aber mit einer merklichen Nutzendifferenzierung vorzuziehen. Die Nutzenverteilung 1:1 in einer Gesellschaft mit zwei Personen ist also derjenigen 7:5 vorzuziehen. Die reine Nutzengleichheit führt demnach zu wenig plausiblen Konsequenzen. Gesellschaften, die sich am strikten Egalitarismus orientieren, verlieren Effizienzgesichtspunkte aus dem Blick. Es gibt Situationen, in denen diese Gesellschaften weniger Gesamtnutzen in Kauf nehmen, um ein Mehr an Gleichheit zu garantieren. Es kann aber gezeigt werden, dass der strikte Egalitarismus in Verbindung mit einem weiteren Prinzip zum weitaus plausibleren Leximin-Verfahren führt.

⁴² Level- und unit-comparability werden in Fußnote 27 erklärt.

I.3.2. Leximin-Verfahren

Das Leximin Prinzip lässt sich folgendermaßen spezifizieren: Vorteile, die einer beliebigen Person zugute kommen [oder: wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten] sind nur dann akzeptabel, wenn sie dem am schlechtesten gestellten Gesellschaftsmitglied ebenfalls einen Vorteil bringen.⁴³

Dieses Prinzip ergibt sich tatsächlich aus dem Prinzip gleichen Nutzens. Es bedarf dazu der Verbindung mit dem Dominanzprinzip nach Suppes,⁴⁴ Eine Option dominiert hierbei die andere – ist ihr also vorzuziehen – wenn sie in allen Kriterien (hier allen individuellen gesellschaftlichen Positionen) besser als die andere ist. Unter der Bedingung der Vollständigkeit und der Unabhängigkeit der Wertung von anderen als Nutzeninformationen führt die Kombination der Nutzengleichheit mit dem Dominanzprinzip zum Leximin-Verfahren.⁴⁵

Das Leximin Verfahren geht von einer beliebigen Anfangsverteilung aus, und fordert, alle sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten so zu regeln, dass den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten eingeräumt werden. Wenn die Aussichten der am wenigsten Begünstigten bereits maximiert wurden, so gilt es die Aussichten der danach am schlechtesten gestellten Person zu maximieren und die der am schlechtesten Gestellten dabei konstant zu halten, und so in aufsteigender Reihenfolge sozialer Stellung weiter. Indem allein die relative soziale Stellung der Person – es ist dabei immer von repräsentativen Personen sozialer Schichten die Rede – als Kriterium gilt, wird von allen moralisch zufälligen Eigenschaften wie der Ressourcenausstattung bei Geburt, Fähigkeiten oder Stand abgesehen.

In der Diskussion des utilitaristischen Aggregationsverfahrens wurde bereits darauf hingewiesen, dass dieses nur für kardinale Ordnungen bzw. unit comparability

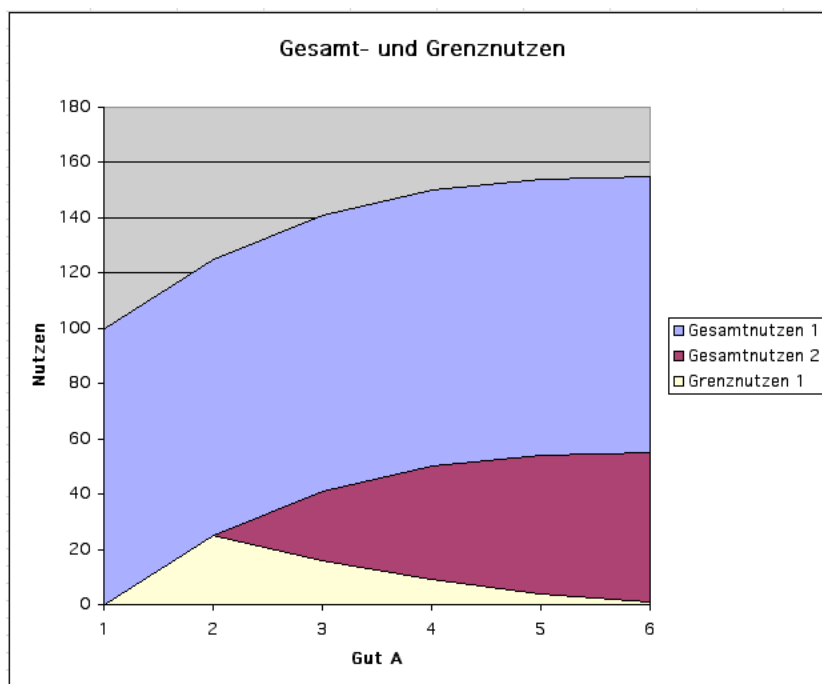
⁴³ Das Leximin-Prinzip gleicht der Struktur nach dem primären Verteilungsmodus der Rawlsschen *Theorie der Gerechtigkeit*. Es ist im Rahmen von Nutzenkalkülen jedoch nicht Rawls zuzuschreiben. Seine Version des Maximin oder Leximin Ansatzes agiert ausschließlich mit Grundgütern (s.u.). Rawls Formulierung lautet: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu regeln, dass den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten bringen. Der Grund der unterschiedlichen Formulierungen wird im folgenden geklärt.

⁴⁴ Vgl. Suppes 1966.

⁴⁵ Vgl. Sen 1980, S. 363. Sen diskutiert den Vergleich zwischen Paaren a:d und b:c, wobei b:c 3:2, a:d aber entweder 10:1 oder 4:1 ist. In beiden Fällen wäre b:c nach Leximin vorzugswürdig. Der Vergleich a:d 10:1 zu b:c 3:2 ist insofern aufschlussreich, als das Gesamtnutzenniveau in a:d höher ist, Gemäß der utilitaristischen Aggregationsformel müsste dieser Zustand also vorzugswürdig sein. Laut Leximin-Verfahren ist er dies nicht, da er den Zustand b:c nicht dominiert. Dies würde aber die Kombination a:d 10:2.

sensibel ist. Das bedeutet, dass Informationen nur darüber vorliegen, wem die nächste Einheit eines Gutes den höchsten Nutzen bringen würde, nicht aber darüber, wie die erreichten Nutzenniveaus der unterschiedlichen Personen sich zueinander verhalten. Das Leximin-Verfahren ist im Gegensatz dazu für ordinale Ordnung und level comparability sensibel, d.h. für eine Informationsstruktur, die nicht vergleicht wie hoch der Grenznutzen der jeweiligen Person ist, dafür aber wie sich die Nutzenniveaus unterschiedlicher Personen relativ zueinander verhalten.⁴⁶

Diese Unterscheidung verdankt sich dem jeweiligen Aspekt des betrachteten Nutzens. Die total utility Ansätze verweisen auf den Gesamtnutzen, der Utilitarismus auf den Grenznutzen. Es können aber zwei Gesamtnutzenniveaus eine vollständig identische Grenznutzenkurve aufweisen. Die folgende Abbildung zeigt den Verlauf zweier Gesamtnutzenkurven und der entsprechenden Grenznutzenkurve. Die horizontale Achse entspricht zusätzlichen Einheiten eines beliebigen Gutes, die vertikale Achse misst den realisierten Nutzen. Der Nutzen einer zusätzlichen Einheit des auf der horizontalen Achse eingezeichneten Gutes nimmt beständig ab, und zwar unabhängig vom Ausgangsniveau.



⁴⁶ Eine axiomatisierte Darstellung der Informationsgehalte und Bedingungen des utilitaristischen und des Leximinverfahrens finden sich in Sen 1973 und als Zusammenfassung im Appendix.

Die Formulierung des Leximin-Verfahrens enthält einige begriffliche Ungenauigkeiten, die der Klärung bedürfen. Unklar in der Formulierung des Leximin-Verfahrens ist zum einen, was mit ‚alle sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten‘ gemeint ist. Dazu gibt es folgende Möglichkeiten. Da sich die Verteilung in einem dynamischen Wirtschaftssystem abspielt, können mit Ungleichheiten primäre Wachstumseffekte, also Gewinne gemeint sein. Demnach bestünde hier eine Forderung danach, wirtschaftliche Gewinne so einzusetzen, dass sie den am wenigsten Benachteiligten zugute kommen. Weiterhin können die gegebenen Ungleichheiten der Anfangsverteilung gemeint sein. Das liefe aber auf die Forderung nach statischer Umverteilung hinaus, d.h. direkte Eingriffe in die Vermögen der besser Gestellten zugunsten der weniger Begünstigten. Oder aber es sind alle Ungleichheiten der Grundstruktur gemeint, also alle Verteilungsinstrumente nicht privatwirtschaftlicher Institutionen. Steuern und Abgaben wären dann so einzurichten, dass sie die Aussichten der am schlechtesten Gestellten maximieren.

Weiterhin gibt es auch die Möglichkeit, das Leximin Verfahren als restriktiv oder konstruktiv zu verstehen. In der restriktiven Formulierung würde dies bedeuten, dass nur die neuen Ungleichheiten überhaupt zugelassen werden, die das Leximin Kriterium erfüllen, in der konstruktiven Version hingegen werden alle neuen Ungleichheiten durch Umverteilungsmaßnahmen so geregelt, dass sie es erfüllen. Hier scheint nur die zweite Version sinnvoll zu sein, weil ansonsten kaum wirtschaftliche Entwicklung möglich wäre. Dies widerspräche aber häufig gebrauchten Paraphrasierungen des Prinzips wie: ‚Zulässig sind nur die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten, die...‘ Diese Formulierung würde nämlich darauf drängen, neu entstehende Ungleichheiten zu verbieten, wenn sie den Kriterien der Leximin nicht genügen, anstatt sie diesen Kriterien gemäß zu gestalten.⁴⁷

In der Rawlsschen Version des Leximin Verfahrens findet sich eine Abschwächung der Forderung. Es gilt nicht, die Aussichten der am wenigsten begünstigten zu

⁴⁷ In der ökonomischen Theorie gibt es einen parallelen Fall, der Ausgleichsforderungen für den Fall fordert, dass bei einer neu entstehenden Ungleichheit eine Person schlechter gestellt wird, wenn eine andere besser gestellt wird. Es handelt sich hierbei um eine Erweiterung des Konzepts der Pareto-Optimalität durch Hicks und Kaldor, die als Hicks-Kaldor-Effizienz bekannt ist. Ein neuer Zustand ist demnach auch dann pareto-optimal, wenn es durch Ausgleichszahlungen möglich wäre, eine Person besser zu stellen, ohne eine andere schlechter zu stellen. Diese theoretische Konstruktion geht jedoch nicht mit der wirtschaftspolitischen Konsequenz, entsprechende Ausgleichszahlungen zu fordern einher. Vgl. Hicks 1986.

maximieren, sondern darum, dass die sich ergebenden Ungleichheiten den am wenigsten Bevorzugten zum Vorteil gereichen. In diesem Zusammenhang⁴⁸ wird keine quantitative Aussage mehr über den Umfang dieses Vorteiles gemacht.

Mit den Mitteln der abgeschwächten Version kann das Leximin-Verfahren scheinbar am sinnvollsten rekonstruiert werden. Es gilt demnach, Gewinne und privatwirtschaftliche Umverteilungen durch die Institutionen der Grundstruktur so zu lenken, dass sie auch den am wenigsten Begünstigten Vorteile bringen. Beispiele für solche privatwirtschaftlichen Umverteilungen sind Erbschaften oder Schenkungen. Weil es die Aufgabe der Verteilung nach diesem Prinzip ist, die Ungleichheit zu begrenzen, muss davon ausgegangen werden, dass auch erwirtschaftete Gewinne der teilweisen Umverteilung unterliegen sollen. Im Falle der Verteilung von Nutzen ist diese Umverteilung aufgrund des Messproblems noch akuter, für die Erklärung des Prinzips ist es aber deutlicher, von monetären Größen zu sprechen, und so zu tun, als seien diese eine angemessene Einheit, um Nutzen zu messen.⁴⁹

Das Leximin-Verfahren ermöglicht keine Unterscheidung hinsichtlich der Zahl der Personen, die durch die Verbesserung der schlechtesten Position schlechter gestellt werden. Die Verbesserung dieser am schlechtesten gestellten Person ist der absolute Maßstab der gesellschaftlichen Gesamtsituation. Sie könnte zu Lasten der gesamten Gesellschaft gehen, und wäre demnach immer noch zu fordern. Diese Priorität der schlechtesten Situation wird lediglich durch das Dominanzprinzip eingeschränkt, nachdem sie Schlechterstellung der oberen Gesellschaftsschichten nicht dazu führen darf, dass der neue Zustand in allen Positionen schlechter ist als der alte.

Daraus lässt sich schon erschen, worin der zentrale Mangel der total utility Ansätze liegt. Wenn man auf einer Gleichverteilung von Nutzen anstatt der Aggregation zum Gesamtnutzen besteht, fällt die Effizienz sozialer Zustände aus der jeweiligen Betrachtung teilweise heraus. Effizienzorientierung kann sich hier nur durch zusätzliche Voraussetzungen ergeben, so etwa durch Rawls Vorbedingung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems.

⁴⁸ Rawls 1979, Kapitel 5: Die Verteilung.

⁴⁹ Aus dieser Darstellung geht auch hervor, dass die axiomatisierte Form des Leximin-Verfahrens nicht die ganze Tiefe dieses Verteilungsmodus widerspiegelt. In der axiomatisierten Form (siehe Appendix) können weder die Unterscheidungen in restriktiv und konstruktiv noch der Umfang des Vorteils oder ähnliche Präzisierungen angemessen dargestellt werden.

Das Leximin-Verfahren erntet oft die Kritik, es abstrahiere nicht nur von moralisch zufälligen, sondern mit der Initiative und dem Aufwand dessen, der einen Gewinn erwirtschaftet auch von moralisch relevanten Eigenschaften. Rawls weist zwar darauf hin, dass ein großer Teil der Initiative, die eine Person zeigt, davon abhängt, welche Bildungsmöglichkeiten sie genossen hat und wie sie aufgewachsen ist. Es handelt sich damit wiederum um moralisch zufällige Umstände, doch muss damit gerechnet werden, dass die Entscheidung über den Aufwand, den eine Person treibt, nicht vollkommen fremdbestimmt ist. Das Leximin-Verfahren abstrahiert mit der Nichtbeachtung des individuellen Aufwandes von moralisch relevanten Eigenschaften.⁵⁰ Dieser Zug ist aber insofern zulässig, als die wirtschaftliche Struktur, auf die das Leximin-Verfahren aufbaut, durchaus aufwandssensibel ist. Da die Forderung nach Maximierung des Vorteils der am wenigsten Begünstigten fallen gelassen, dieser Vorteil noch nicht einmal weiter detailliert wurde, ist durchaus eine ambitionssensitive Version des Leximin-Verfahrens denkbar.

In total utility Ansätzen macht sich ein Problem bemerkbar, welches im Utilitarismus zu einer schlechteren Behandlung von Personen mit geringem Grenznutzen führte. Personen mit extremen Nutzenfunktion, z.B. Gourmets, die nur mittels extremer Einkommen zu normalem Nutzen gelangen können, haben in der Perspektive von total utility Ansätzen Anspruch auf dieses Einkommen. Sollte also eine Person dieselbe Wunschbefriedigung oder Zufriedenheit nur aus Kaviar und Champagner ziehen, die andere Menschen aus Bier und Sandwichs ziehen, so hätte sie Anspruch auf ein Einkommen, mit welchem sie diese Wünsche zu befriedigen in der Lage ist.

Auf der anderen Seite hätte eine Person, die in großer Auszehrung lebt, ihre Präferenzen aber an ihre Lage angepasst hat, keinen Anspruch auf ein Einkommen, das zu mehr als einem Leben gemäß ihrer durch Armut, Mangel an Bildung oder andere soziale oder religiöse Konditionierung reduzierten Präferenzen befähigt.⁵¹ Sen

⁵⁰ Vgl. zur Diskussion des ethische Status von Aufwand die Diskussion im Abschnitt *Meritokratismus*.

⁵¹ Ein aufschlussreiches Beispiel für adaptive Präferenzen stellt die Praxis der Knechtschaft in der indischen Landbevölkerung dar. Die Knechtschaft resultiert aus der Inanspruchnahme eines Kredites, den der Arbeiter beim Gläubiger abzuarbeiten verspricht. Während seiner Arbeitszeit erhält er einen minimalen oder keinen Lohn, er gibt die Freiheit, seine Arbeitskraft anderweitig anzubieten und seine Freizügigkeit auf. Da durch die geringen Löhne während dieser Arbeit kaum eine Möglichkeit besteht, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, fallen Arbeiter oft von einem Knechtschaftsverhältnis in das nächste, ohne die Möglichkeit, ihre Freiheit wiederzuerlangen. Es ist dabei durchaus üblich, Familienangehörige zur Arbeit zu verdingen.

diskutiert dieses Problem, welches er unter den Begriff der „Adaptiven Präferenzen“ fasst, am Beispiel indischer Witwen, die ihren Gesundheitszustand weit besser beurteilen, als er nach objektiven Kriterien ist, während Witwer bei der selben Befragung ihre Gesundheit schlechter einschätzten als beobachtet.

Dieses dem Utilitarismus analoge Problem verdankt sich der analogen Definition des Bemessungskriteriums der Gleichheit. Die Orientierung an der Nutzengesamtheit einer Person hat dieselben Effekte, wie die Orientierung am Grenznutzen, wenn die Präferenzstrukturen der Individuen weit genug von einander abweichen, und die Personen keine Verantwortung für ihre Präferenzen übernehmen. Wie bereits in der Diskussion des Utilitarismus aufgezeigt, reagiert die Aggregation hier auf die ahistorische und kontextunsensible Konstruktion des Nutzens. Das jeweilige Aggregationsverfahren wird angewandt, ohne eine Vergleichbarkeit des zu aggregierenden Wertes garantieren zu können.

Während der Utilitarismus durch seine einseitige Konzentration an Aggregation keine Rücksicht auf individuelle Unterschiede nehmen kann, verlieren total utility Ansätze Kriterien der Effizienz aus dem Blick. Die Intuition, eine Kombination dieser Theorien als Form des effizienzorientierten Egalitarismus zu verstehen, wird dadurch unplausibel, dass beide Theorien mit der Wohlfahrtstheorie einen zusätzlichen Mangel aufweisen. Davon abgesehen ist dies aber aufgrund der entgegengesetzten Informationsstruktur der beiden Ansätze technisch nicht möglich.

I.3.3. Fazit

Mit den Positionen des Utilitarismus und der total utility Ansätze sind die Theorien des Welfarism, weitgehend charakterisiert. Das Nutzenkriterium in den möglichen

Obwohl die meisten Knechtschaftsverhältnisse aufgrund ökonomischen Mangels und nicht aufgrund religiöser oder traditioneller Bindungen eingegangen werden, hat sich diese Praxis zu einem sozial anerkannten System entwickelt. Angriffe darauf werden als Angriffe auf das soziale und religiöse System angesehen. Aufgrund der Wahrnehmung des Gläubigers als demjenigen, der den Schuldner vor dem Verhungern gerettet hat, hat sich eine starke moralische Verbundenheit des Schuldners ihm gegenüber entwickelt. Oft wird nicht die unmenschliche Behandlung während der Knechtschaft, sondern die Geldgabe, die zu ihr geführt hat, als Ansatzpunkt der moralischen und sozialen Bewertung gesehen. Die Versklavung des Arbeiters durch den Landbesitzer wird teilweise durch die Gesellschaft als Form der sozialen Fürsorge angesehen und unterstützt. In diesem Falle passen sich die Wünsche und Erwartungen der Landarbeiter den herrschenden Bedingungen soweit an, dass sie auch mit einem Leben in einer Form der Sklaverei zufrieden sind. Das gesellschaftliche System reagiert mit der Stabilisierung dieser Knechtschaftsverhältnisse so, wie eine utilitaristische oder total-utility Ethik dies erwarten lässt, obwohl die herrschenden Zustände gegen jegliche moralische Intuition verstoßen. Detaillierte Diskussionen zum Problem der adaptiven Präferenzen finden sich auch bei Martha Nussbaum, vgl. zum Beispiel Nussbaum 1988.

Interpretationen ist eine weitgehend subjektive Größe, die nicht nur der empirischen Erhebung nur mühsam und unvollständig zugänglich, sondern auch stark situationsabhängig ist. Extreme und adaptive Präferenzen, natürliche Ungleichheiten und Kompensationsmechanismen schränken die Verlässlichkeit jeder Untersuchung individuellen Nutzens ein und führen dazu, dass eine vollständige Erfassung des Lebensstandards unmöglich wird. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass weder objektive Bestimmungen noch Eigenschaften der jeweiligen Personen, die über deren Präferenzen hinausgehen, in Betracht gezogen werden können. Über die weitgehenden Unbestimmtheit des individuellen Nutzens hinaus verbaut die daraus resultierende Unzugänglichkeit interpersoneller Nutzenvergleiche die Möglichkeit, ein angemessenes Kriterium distributiver Gerechtigkeit bereitzustellen. Wird jedoch der Begriff des Nutzens operationalisiert, verliert er seine ethische Aussagekraft. Er ist dann nicht mehr in der Lage, als Wertkonzept einer ethischen Theorie zu fungieren sondern erfordert theoriefremde Begrifflichkeiten, um den normativen Charakter der Theorie zu gewährleisten.

Der Verteilungsmodus des Leximin-Verfahrens hat zwar insofern Mängel aufgewiesen, dass er Effizienzgesichtspunkte nur unzureichend widerspiegeln kann, er ist dennoch geeignet, die Anforderungen des Egalitätsprinzips und der Verfahrensgerechtigkeit zu erfüllen. Sein zentraler Mangel ist darin zu sehen, dass er nicht auf die Extreme der absoluten Armut zu reagieren vermag, er ist zwar für Unterschiede in der Nutzenhöhe der Gesellschaftsmitglieder sensibel, nicht jedoch für Situationen, in denen eine ganze Gesellschaft in Armut lebt.

Diesen Mangel gälte es in einer Theorie der Verteilungsgerechtigkeit auszugleichen. John Rawls unternimmt dies mit dem Hinweis auf die Bedingungen eines Systems der Verteilungsgerechtigkeit, nämlich eine demokratische und marktwirtschaftliche Gesellschaft. Es wird sich aber herausstellen, dass er auf ein weiteres Konzept zurückgreifen kann, welches die Härte des Leximin-Verfahrens für arme Gesellschaften abfedern hilft. Dieses Konzept liegt in einer Grundbedürfnisausstattung, die sowohl im Kapitel *Grundbedürfnisse* wie auch bei der Diskussion der Theorien von Martha Nussbaum und John Rawls erörtert wird.

I.4. Grundbedürfnistheorien

Der Ansatz der Grundbedürfnisse unterscheidet sich in einigen wichtigen Merkmalen von allen anderen hier diskutierten Ansätzen. Zum einen verfügt er nicht über ein gesichertes Wertkonzept. Wie die Diskussion zeigen wird, ist das Wertkonzept dieses Ansatzes wenig ausgearbeitet, es stammt eher aus der praktischen Entwicklungsarbeit als aus der theoretischen Reflektion, spiegelt daher auch eher Kriterien der Machbarkeit wieder, als eine Theorie der Bedingungen und Bestandteile eines guten Lebens. Zum anderen ist dieser Ansatz aber in fast jede andere Theorie der Verteilungsgerechtigkeit aufgenommen worden. Dies verdankt sich der besonderen Rolle, die die Deckung des Grundbedarfs an Subsistenzbedingungen spielt. Die Deckung der Subsistenzbedingungen ist eine notwendige Voraussetzung aller weiteren gerechtigkeits- oder gesellschaftlichen Regelungen.

Insofern wird sich herausstellen, dass die Forderung nach Sicherung der Grundbedürfnisse nicht nur die Bedingung jeder weiteren Verteilungsdiskussion ist, sondern auch die Bedingung der Legitimität des betroffenen Staates. Sie ist also in jeder politischen Ethik ein unabdingbares Element.

I.4.1. Darstellung

Der Ansatz der Grundbedürfnisse (basic needs) erfasst die Bedingungen menschlicher Subsistenz in der Form von grundlegenden Gütern. Menschen haben demnach ein Recht darauf, mit den notwendigen Mitteln zum Überleben ausgestattet zu werden. Abwandlungen dieses Ansatzes fassen das Ziel des menschlichen Überlebens weiter und konzentrieren sich nicht nur auf das physische Überleben sondern auch auf ein mentales und soziales Leben, dessen Grundbedingungen sicherzustellen sind. Dabei steht zu beachten, an welchem Kriterium man die Grundbedürfnisse verankert. Die Möglichkeiten dazu reichen von der reinen Subsistenz über die Möglichkeit, aufgrund der eigenen Fähigkeiten einen Lebensunterhalt zu bestreiten bis hin zu den Bedingungen politischer und sozialer Beteiligung auf allen Ebenen der Gesellschaft. Der Ansatz nimmt im Gegensatz zu den anderen diskutierten Ansätzen nur eine sehr schmale Anwendungsbasis in Angriff. Er stellt kein Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit für beliebige

Gesellschaften dar, sondern war ursprünglich ausschließlich auf die Entwicklungshilfe in armen Ländern gemünzt.⁵²

Die Orientierung an Grundbedürfnissen stellt zwar einen stabilen Verteilungsmechanismus zur Verfügung, der bezeichnenderweise auch in nahezu allen anderen Modellen der Verteilungsgerechtigkeit unterstützt wird. Sie kann aber aus zweierlei Gründen nicht als vollständige Theorie der distributiven Gerechtigkeit gelten. Wie im weiteren entwickelt werden wird, kann der Verteilungsmodus nur als eine Bedingung aller weiteren Schritte zu einer gerechten Gesellschaftsordnung verstanden werden. Dieser erste Grund stellt lediglich eine Unvollständigkeitsthese dar, es handelt sich nicht um eine interne Kritik an dem vorhandenen Ansatz. Der zweite Grund ergibt sich aus der Unbestimmtheit des Wertkonzeptes, welches vor dem Dilemma steht, einem Warenfetischismus zu verfallen oder die Wahlfreiheit in der Entscheidung für ein gutes Leben einzuschränken. Dieser Grund gibt Anlass zur internen Kritik des Grundbedürfnisansatzes.

Am Problem divergierender Interpretation dessen, was man als grundlegendes Bedürfnis auffassen soll, wird die Unsicherheit des Wertkonzeptes offenbar. Entweder bilden Waren, derer einer Person bedarf, den Orientierungspunkt des Ansatzes oder aber die Aufmerksamkeit gilt den Funktionen, die Waren zu erfüllen ermöglichen. In der ersten Interpretation fehlt die Beachtung der extrem ungleich verteilten Möglichkeiten, von den Waren Gebrauch zu machen. Nicht nur augenfällige Einschränkungen wie Behinderungen und Krankheiten sondern auch temporäre Einflüsse wie beispielsweise Schwangerschaft können dafür sorgen, dass Menschen mit den Waren, die normalerweise die Grundbedürfnisse abdecken, nicht auskommen können. Die zweite Interpretation aber bedarf einer starken Theorie dessen, was die Grundlagen eines menschenwürdigen Lebens ausmacht. Sie tendiert dazu, bestimmte Lebensweisen nahe zu legen, also heteronome Bedingungen für die Hilfeempfänger zu schaffen. Aufgrund der zusätzlichen Unwägbarkeiten in der Ermittlung der Funktionen und ihrer Bedingungen steht die erste Interpretation im Mittelpunkt der Grundbedürfnis-Ansätze, obwohl die Interpretation der Grundbedürfnisse als Funktionen theoretisch viel versprechender ist. Wie im

⁵² Die Grundbedürfnisstrategie stand im Mittelpunkt der Bemühungen der zweiten Dekade der Entwicklungshilfepolitik. Unter dem Slogan des ‚Krieges gegen die Armut‘ wurde in dieser Zeit der Gedanke der Armutsbekämpfung im Gegensatz zur zuvor fast ausschließlichen Ankurbelung der Wirtschaften der Entwicklungsländer durch Kredite in fast allen Programmen etabliert.

folgenden gezeigt, wird das Funktionenkonzept als zu unspezifisch, um die Rolle der Funktionen in einem menschlichen Leben zu klären, angesehen. Die Interpretation der Grundbedürfnisse als Waren, die an die Stelle der Interpretation als Funktionen tritt ist jedoch zu spezifisch, um den kulturellen Kontext des jeweiligen Lebens beachten zu können.

Die Orientierung an Grundbedürfnissen als Waren ist zum Teil eine Reaktion auf ein theoretisches Problem. Streeten, einer der prominentesten Vertreter dieses Ansatzes schreibt: „Very little is known about the causal link between the provision of specific items, the capacity to meet certain needs, and the achievement of a full life.”⁵³ Diese Überlegung sieht die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse als einen Faktor an, der ein erfülltes Leben begünstigen kann. Eine gegenläufige oder stärkere Argumentation müsste davon ausgehen, die Erfüllung von Grundbedürfnissen sei ein notwendiger Bestandteil eines erfüllten Lebens, und somit sei die kausale Verbindung unmittelbar und unproblematisch. Dieser Gedanke legt aber nahe, sich an zusätzlichen Kriterien eines erfüllten Lebens, nicht nur an Grundbedürfnissen zu orientieren. Die Konkretisierung der Bestandteile eines erfüllten Lebens steht jedoch im Verdacht, den kulturellen Kontext zu ignorieren. Obwohl dieser Verdacht unbegründet ist, wie im Kapitel *Capability approach* gezeigt werden wird, reicht er aus, um der Wertdiskussion unter Entwicklungshilfeorganisationen Grenzen zu setzen. Wie später gezeigt werden wird, ist ein Grundbedürfnisansatz mit dem auf dem Begriff der Funktionen aufbauenden Wertkonzept Befähigungen plausibel und kann kontextsensitiv ausgestaltet werden. In die Theorie-Diskussionen der großen Entwicklungshilfeinstitute und in den gängigen Grundbedürfnisansatz hat diese Option jedoch keinen Eingang gefunden.

Wenn aber die entsprechende Festlegung des Wertkonzepts auf Waren als Ausweg aus diesem Problem gewählt wird, konzentriert sich der Ansatz der Grundbedürfnisse nicht direkt auf die Entwicklung, sondern auf ihre materiellen Bedingungen. Daraus ergibt sich ein weiterer Einwand demzufolge der Anspruch, ein kontextsensitives Konzept zu sein, für den Grundbedürfnis-Ansatz nicht ohne weiteres nachvollziehbar ist. Die empirischen Bedingungen des Lebens und damit die Einflüsse auf die Lebensqualität sind in unterschiedlichen Kulturen stark verschieden. Die Nahrungsmittel unterscheiden sich so sehr wie die Klimazonen, ebenso wie der

⁵³ Streeten 1984, at 974.

epidemiologische Status der Region oder sogar die Form der Bildung. Die Grundbedürfnisse der Subsistenz sind für jede Kultur oder Region neu zu definieren. Insofern kann ein bestimmter Güterkorb nicht als überall gültiges Maß der Bedürfnisbefriedigung gelten. Vielmehr sind in einem ersten Schritt physiologische und gesellschaftliche Bedürfnisse zu ermitteln. Erst in einem zweiten Schritt kann die Umrechnung zwischen unterschiedlichen Güterarten und Mengen erweisen, inwieweit in unterschiedlichen Regionen oder Umständen Gleichheit herrscht. Diese Umrechnung greift immer schon auf Vergleichsgrößen zurück, die konkrete Bedingungen menschlichen Lebens darstellen. Nahrungsmittel werden auf der Basis von Nährwerten verglichen, Kleidung unter anderem auf der Basis ihrer Schutzfunktion, etc. Unter der Hand werden also Funktionen wieder in die Definition Grundbedürfnisse eingebracht. Eine Orientierung allein an Waren ist nicht möglich. Durch die Orientierung an Warenkörben wird lediglich die theoretische Durchdringung des Bedürfniskonzeptes verhindert.

Die Schwächen der Grundbedürfnissinterpretation als Waren liegen in der Kulturinsensitivität und dem Mangel an direkter Einbindung in das Konzept der Lebensqualität. Aufgrund dessen ist auch der Anwendungsbereich dieses Ansatzes stark verengt. Die Konzentration auf eine Minimalversorgung mit bestimmten Waren und Dienstleistungen verhindert, dass Grundbedürfnisse die Möglichkeit der Beurteilung auch reicher Gesellschaften liefern.

Auch wenn er oft als solche firmiert, ist der *basic needs* Ansatz also eigentlich keine vollständige Theorie der Gerechtigkeit. Vielmehr diskutiert er ein grundlegendes Ziel, welches in solche Ansätze eingehen muss. Um anzugeben, welches die Grundbedürfnisse innerhalb einer Gesellschaft sind, bedarf es immer auch der Kenntnis der jeweils unterstützten gesellschaftlichen Struktur. Bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse können nur unter der Bedingung geringer Bildung der breiten Bevölkerungsschichten, Unfähigkeit zur politischen Partizipation und Interessenbildung etc. funktionieren. Für eine Gesellschaft, die modernen Legitimitätsbedingungen entspricht, sind aber relativ breite Grundbedürfnisse zu konstatieren. Dazu gehören über die Nahrungs- und Gesundheitssicherung hinaus Bildung, politische Partizipationsmöglichkeiten, kulturelle und soziale Integration etc.

Eine gute Darstellung dieser Grundbedürfnisse liefert John Rawls in seiner Theorie der Gerechtigkeit. Dort gilt es jedes Individuum in den Stand zu versetzen, sich zur Person und zum Bürger zu entwickeln, damit es sich an der politischen und sozialen Kooperation beteiligen kann.⁵⁴ Die Bedingungen der Selbsterhaltung oder Selbstbehauptung müssen immer schon erfüllt sein, um Fragen der Gerechtigkeit aufwerfen zu können, sie schöpfen den Raum der Gerechtigkeit nicht aus. Diese Form der Grundbedürfnisansätze steht aber immer schon in einem vollständigeren Ansatz zur Theorie der Gerechtigkeit.

1.4.2. Bedürfnissicherung in der Entwicklungshilfedebatte

In der modernen Entwicklungshilfedebatte wird die Erfüllung der Grundbedürfnisse daher auch aus instrumentellen Erwägungen heraus verfolgt. Die Erfüllung der Grundbedürfnisse stellt demnach die einzige Möglichkeit dar, für die Gesamtentwicklung eines Landes und seiner Bevölkerung Sorge zu tragen.

Allein durch das Anheben des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten auf ein Niveau, auf dem sie in der Lage sind, ein eigenes Einkommen zu erwerben und für ihre eigene Versorgung aufzukommen, kann die wirtschaftliche Produktivität eines Landes auf die Dauer gehoben werden. Dazu bedarf es aber sowohl einer grundlegenden Bildung, wie auch einer Grundversorgung mit Subsistenzgütern.

Gegen diesen Ansatz wird von neoliberalistischer Seite häufig der Einwand erhoben, ein solches Projekt ginge aufgrund seiner ausschließlichen Orientierung an Individuen zu Lasten der ökonomischen Entwicklung eines Landes.⁵⁵ Die Effizienzbedingungen des Marktes würden durch die Bereitstellung grundlegender Ausstattung gefährdet. Allerdings ist dies eine Sichtweise, die ökonomische Entwicklung als alleiniges Ziel unabhängig vom Lebensstandard betrachtet. Da ökonomische Entwicklung aber keinen Anspruch auf den Status eines höchsten Zieles, sondern viel eher auf den eines Mittels erheben kann, ist diese Kritik wenig stichhaltig. Vielmehr verhält es sich sogar so, dass eine Orientierung an der physischen, mentalen und sozialen Entwicklung jedes Individuums in einer

⁵⁴ Vgl. unten: Rawls: Grundbedürfnisse und sozialer Mindeststandard.

⁵⁵ Dieser Einwand müsste, wenn er diesen Ansatz träfe, jeden Ansatz treffen, der einen Anspruch des Einzelnen an staatliche oder internationale Stellen auf mindestens Subsistenzmöglichkeit formuliert. Darunter fallen aber alle Ansätze der Verteilungsgerechtigkeit außer dem Utilitarismus und Theorien struktureller Gleichheit.

Bevölkerung langfristig eher zu ökonomischer Entwicklung führen wird, als eine Vernachlässigung deren.

Eine prominente Rolle spielt der Grundbedürfnis-Ansatz auch in der Diskussion um die unterschiedlichen Klassen der Menschenrechte. Im Zentrum steht dort die von den westlichen Nationen häufig gestellte Frage, inwiefern soziale und ökonomische Ansprüche überhaupt als Menschenrechte behandelt werden können. Dies wird in Frage gestellt, weil ökonomische und soziale Rechte im Gegensatz zu den anderen Bereichen der Menschenrechte – engere Schutzrechte gegen Folter oder Tötung, Schutzrechte gegen staatliche Übergriffe bzw. Rechtsstaatlichkeit und politische Rechte – positive Rechte sind. Die UN Deklaration der Menschenrechte räume jedem Menschen mit diesen positiven Rechten den vollen Service eines entwickelten Wohlfahrtsstaates ein, ohne dabei auf die ökonomische Situation der jeweiligen Gesellschaft zu achten.

Streeten argumentiert, Rechte, die Ressourcen in Anspruch nähmen und somit andere dieser Ressourcen beraubten, könnten nicht kategorisch gelten, also keine wirklichen Rechte darstellen.⁵⁶ Diese These unterstützt er weiter mit Beispielen, die erweisen sollen, dass das Einräumen von Rechten aus dem ökonomisch-sozialen Teil der Menschenrechtserklärung insofern zu Inkonsistenzen führt, als dadurch andere Rechte sowohl derselben wie auch anderer Personen und teilweise sogar dieselben Rechte zu späteren Zeitpunkten eingeschränkt würden.

Statt der Konstatierung von Menschenrechten auf die Erfüllung konkreter sozialer oder ökonomischer Grundbedürfnisse fordert Streeten ein Recht auf einen Anteil an den Ressourcen der Gesellschaft. Die Betrachtung des ökonomischen Standes der Gesellschaft, in der benachteiligte Personen leben, bildet somit die natürliche Grenze für das Einräumen eines Rechtes auf die Erfüllung von Grundbedürfnissen. Diese Relativierung auf die gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen stellt eine Form der Kontextsensitivität dar, die es nach Streeten ermöglichen soll, ein geplante Entwicklung unter Beachtung der jeweiligen Umstände einzuleiten:

The correct way to look at a strategy of implementing social and economic human rights is to construct a time profile, showing who achieves what needs, how efficiently, at what time and at what sacrifices and costs. Premature attempts to aim at

⁵⁶ Vgl. Streeten 1980.

the best now may lead to sacrifices later and, in some cases, to sacrifices by others now.⁵⁷

Diese Relativierung auf die Ressourcen der jeweiligen Gesellschaft entlässt andere Staaten aus der Pflicht der Hilfeleistung, unabhängig davon, ob sie durch früheres Unrecht mitverantwortlich für die Misere eines Landes sind oder nicht. Beispielhaft für dieses Vorgehen sind ehemalige Kolonialmächte, sicherlich aber auch ehemalige Sklavenhalter-Staaten oder Staaten, die ihre Urbevölkerung systematisch ausgerottet haben, bzw. dies auf die eine oder andere Weise noch fortsetzen. Die Unterscheidung zwischen ressourcenaufwändigen und anderen Rechten ist aber nicht nur blind gegenüber der Entstehung von Armut in Gesellschaften, sondern auch gegenüber den tatsächlichen Kosten der angeblich kostenfreien Schutz- und politischen Mitwirkungsrechte. Sowohl die Schutzrechte als auch die Mitbestimmungsrechte erfordern aufwändige Strukturen und Institutionen - ein Gerichtswesen, Polizei, Militär, Zivilschutz, Wahlkommissionen, Wahlhelfer und -beobachter, etc. - die die Kosten der angeblich ressourcenverzehrenden positiven Rechte durchaus zu übertreffen vermögen. Diese Unterscheidung läuft darauf hinaus, dass man die positiven Rechte letztlich gleich den negativen anerkennt, und beginnt, über den Preis jeden Rechts zu verhandeln. Einen prinzipiellen Einwand kann sie nicht unterstützen.

Diese Unterscheidung findet sich schon in den Überlegungen der U.N. Delegationen, die zwischen 1947 und 1952 darüber berieten, ob es nur einen Vertrag über die Einhaltung der Menschenrechte geben solle, oder ob die politischen und Schutzrechte von den ökonomischen und sozialen Rechten getrennt werden sollen.⁵⁸ Diese Debatte führte zu der Trennung in zwei Verträge, und stützte sich unter anderem auf die Argumentation, politische und Schutzrechte bedürften nur der gesetzlichen Umsetzung in den einzelnen Ländern und forderten von den Regierungen lediglich, selbst von Menschenrechtsverletzungen abzusehen. Ökonomische und soziale Rechte hingegen bedürften vielmehr aktiver Umsetzung durch die jeweiligen Regierungen und damit des Ressourcenaufwands⁵⁹. Die Option, dass die Garantie der positiven wie negativen Menschenrechte durch andere

⁵⁷ Streeten 1980 S. 110.

⁵⁸ Einen Einblick in die Debatte, die in der Zeitschrift *American Anthropologist* parallel verfolgt wurde, bieten die Artikel Executive Board American Anthropological Association 1947, Barnett 1948 und Bennett 1949.

⁵⁹ Vgl. Jhabvala 1984.

Instanzen übernommen werden kann, wird kaum jemals in Erwägung gezogen. Obwohl die Praxis der humanitären Einsätze und der zunehmenden Militärschläge gegen Regime, die exzessive Menschenrechtsverletzungen begehen, genau diese Option praktisch vorführt, wird sie auf der theoretischen Ebene nicht wahrgenommen. Es ist jedoch durchaus möglich und auch rechtfertigbar, dass die Staatengemeinschaft für kurze Zeit die Garantie der Menschenrechte in einem Land übernimmt und finanziert, wenn das jeweilige Regime dazu nicht willens oder in der Lage ist.

Problematisch an diesem Ansatz für die Debatte um Menschenrechte ist, dass sie keine zwischenstaatlichen Ansprüche irgendeiner – vertraglicher, gesetzlicher oder auch nur moralischer Art – zulässt. Obwohl Streeten mehrfach die ‚common humanity‘ anführt, verbleibt er bei Ansprüchen innerhalb einzelner Gesellschaften und entlässt somit die Länder, die zu Entwicklungshilfe in der Lage wären, aus der Pflicht. So freiwillig Entwicklungshilfe auch erscheinen mag, und sowenig Staaten durch gesetzliche Rahmen oder Verträge dazu verpflichtet sein mögen, die moralische Verpflichtung scheint Streeten zu schnell auszuräumen. Aus keinem seiner Argumente folgt diese ausschließliche Anbindung von ökonomischen Ansprüchen an die eigene Gesellschaft.

Zudem widerspricht Streetens Diagnose den empirischen Befunden, die den Schluss nahe legen, dass nicht die mangelnde Verfügbarkeit der Ressourcen sondern ihre ineffektive Nutzung das Problem in armen Ländern darstellt. So stellt sich heraus, dass viele der betrachteten Länder durchaus die Möglichkeit hätten, Ressourcen zur Verfügung zu stellen um Grundbedürfnisse zu erfüllen, es in einigen sogar ausreichen würde, die bereits aufgewendeten Ressourcen effektiveren Verwendungen zukommen zu lassen. Darüber hinaus zeigt sich, dass ein großer Teil der Grundbedürfnisse, deren Erfüllung am dringendsten ist, mit relativ geringen Ressourcen zu befriedigen ist. Exemplarisch für diesen Umstand ist Sri Lanka, in dem mit einem Jahreseinkommen von 200\$ 1977 eine Lebenserwartung von 69 Jahren erreicht wurde.⁶⁰

Durch die Relativierung aller Hilfsansprüche auf die Ressourcen der jeweiligen Gesellschaft gewinnt Streeten die Möglichkeit, reichere Staaten in den

⁶⁰ Vgl. Burki and Haq 1981.

Anwendungsbereich der Theorie der Basic-needs zu integrieren. Ginge es noch um eine an Subsistenzbedingungen orientierte Grundbedürfnistheorie, so wären die gesellschaftlichen Ungleichheiten der reichen Staaten, die sich normalerweise jenseits der Subsistenzproblematik befinden, mit dieser Theorie nicht erfassbar. Wenn jedoch ein Anteil an den Ressourcen einer Gesellschaft als Basis des Grundbedürfniskonzeptes angenommen wird, dann können auch Ungleichheiten jenseits der Subsistenzebene diskutiert werden. Inwieweit aber der unklare Begriff eines ‚fairen Anteils‘⁶¹ an den gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen in einem Land wie etwa Deutschland oder den USA einer Orientierung an kontextsensitiven aber festen Grundbedürfnissen vorzuziehen ist, erweist sich als fraglich. Der kurze Verweis auf einen fairen Anteil bedürfte einer Klärung, wie sie von Rawls in seiner Theorie der Gerechtigkeit als Fairness angestrebt wird. Nicht nur aufgrund der Strukturen eines marktwirtschaftlichen Systems sondern auch aufgrund des schieren Umfangs der verfügbaren Ressourcen und dem Verhältnis dieser Ressourcen zu denen anderer Länder kann nur eine radikale Relativierung auf die jeweilige Gesellschaft einhergehend mit einem radikalen Gleichheitsanspruch innerhalb dieser eine solche Struktur rechtfertigen. Der Universalismus des ursprünglichen basic-needs-Ansatzes ist damit allerdings verlassen und der Schritt zu einem isolationistischen utopischen Nationalstaat getan.

I.4.3. Fazit

Trotz seiner gravierenden Mängel verfügt der Grundbedürfnis-Ansatz doch über hohe intuitive Plausibilität. Kaum eine andere Forderung nach ökonomischen Rechten ist so leicht zu einem Konsens zu führen wie dieser. Menschen die Existenzgrundlage zu entziehen bzw. passiv zuzusehen, wie dies geschieht, widerstrebt der moralischen Intuition zutiefst.

Doch diese auf Mitleid basierende Reaktion kann auch in einer Theorie der Verteilungsgerechtigkeit begründet werden. Die Deckung der grundlegenden Subsistenzbedürfnisse stellt nicht nur die Bedingung für ökonomische Entwicklung dar, wie in den Gremien der Weltbank diskutiert wird. Sie stellt vielmehr die Bedingung einer gerechten Verteilung dar. Jeder Verteilungsschritt, der einen

⁶¹ Die Problematik des Anteils oder des fairen Anteils an der Ressourcen einer Gesellschaft findet sich in der Diskussion der *Theorie der Gerechtigkeit* von John Rawls wieder. Vgl. Kapitel I.9. *Kontraktualistische Positionen* Abschnitt 3 *Leximin-Verfahren*.

Menschen über das Existenzminimum hebt, ohne einen anderen darunter fallen zu lassen ist sicherlich gerechtfertigt. Es muss davon ausgegangen werden, dass Verteilungsgerechtigkeit eines gewissen politischen und administrativen Aufwandes bedarf. Insbesondere der politische Aufwand aber, muss – wenn er nicht auf der Basis autoritärer Systeme bewältigt werden soll, was eine Theorie der Gerechtigkeit kaum fordern kann – auf eine möglichst breite Basis entscheidungsfähiger Individuen zurückgreifen können.

Die Rechtfertigungsproblematik politischer Institutionen und Strukturen wird direkt von der Grundbedürfnisproblematik berührt. Die Forderung nach einem legitimen Staat als Voraussetzung einer Verteilungspolitik kann ohne die Deckung der Grundbedürfnisse nicht erfüllt werden. Die Deckung der Grundbedürfnisse ermöglicht es den Einwohnern eines Staates erst, überhaupt am politischen Prozess dieses Staates teilzunehmen. Dieses Argument legt sogar ein weitergehendes Kriterium nahe, als die bloße Subsistenz. Ihm zufolge bedarf es der Voraussetzungen politisch und sozial urteilsfähiger Bürger, zu deren materiellen und sozialen Bedingungen mehr als die bloße Subsistenz gerechnet werden muss. Wie eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit vom Prinzip der Grundbedürfnisdeckung Gebrauch machen sollte und kann, zeigt exemplarisch die Theorie der Gerechtigkeit von Rawls. Wie bereits in der Diskussion der total utility Ansätze zeigt sich hier eine Diskrepanz zwischen einem durchaus plausiblen Verteilungsmodus – im Falle der total utility Ansätze war es das Leximin-Verfahren, in diesem Abschnitt war es die Deckung der Grundbedürfnisse – und eines unzureichenden Wertkonzepts. Es wird im weiteren also darum gehen müssen, die gewonnen Verteilungsverfahren von den Werten Nutzen und Waren zu trennen, und ihnen ein Konzept zur Verfügung zu stellen, das die Bedingungen eines guten Lebens zu erfassen vermag.

Einen Kandidat für ein plausibles Wertkonzept hat Ronald Dworkin vorgestellt, der in seiner Aufsatzserie ‚What is Equality?‘ eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Utilitarismus und der Warentheorien geliefert hat. Diesem Ansatz gilt das nächste Kapitel.

I.5. Equality of Resources

Im Gegensatz zu den Ansätzen des Welfarism-Bereiches gibt es unter ressourcenegalitaristischen Ansätzen keine Positionen, die eine Aggregation der Gesamtressourcen verlangen. Stark egalitaristische Ansätze sind hingegen ebenso vertreten, wie das Maximin bzw. Leximin Prinzip. Kaum noch vertreten wird allerdings ein reiner Gleichheitsgedanke, der fordert, alle verfügbaren Güter müssten zu gleichen Teilen unter allen Personen aufgeteilt werden. Diese offensichtlich unsinnige Forderung wurde zugunsten von Modellen verdrängt, die versuchen sich nicht nur an modernen marktförmigen Verteilungsmethoden zu orientieren, sondern gleichzeitig den Begriff der Gleichheit so zu fassen, dass er mit diesen Methoden vereinbar oder gar definierbar wird.

Das Programm der Gleichheitsbestimmung anhand des Ressourcen-Kriteriums wird exemplarisch von Ronald Dworkin vertreten. Seinem weiten Begriff der Ressourcen stehen andere Ansätze gegenüber, die Ressourcen weitgehend mit Waren oder Subsistenzmitteln identifizieren. In seiner Aufsatzserie *What is Equality?* nimmt der Beitrag *Equality of Resources* die zentrale konstruktive Rolle bei der Betrachtung der Verteilungsgerechtigkeit ein. In ihm wird anhand einer komplexen Struktur von Versicherungs- und Steuermodellen eine Bestimmung dessen gesucht, was Gleichheit an Ressourcen bedeuten kann.

Da bereits gezeigt wurde, dass das reine Gleichheitsprinzip unter Zuhilfenahme des Dominanzprinzips zum Leximin-Verfahren führt, liegt es nahe, diesen Zug ebenso für die Gleichheit an Ressourcen anzunehmen. Allerdings handelt es sich bei der Konstruktion Dworkins nicht um ein System der Verfahrensgerechtigkeit wie bei den oben diskutierten total utility Ansätzen bzw. wie beim Leximin-Verfahren. Während dort von einem beliebigen Anfangszustand auszugehen war, und die gegebenen Ungleichheiten sich durch die Anwendung der Verteilungsregeln nivellierten, konstruiert Dworkin eine Situation gleicher Anfangsverteilung, und schränkt die danach eintretenden Marktvorgänge so ein, dass sie die neu entstehenden Ungleichheiten im Rahmen halten. Dworkins Konstruktion einer Anfangssituation der Gleichheit geht wiederum nicht von einer einfachen Aufteilung der Ressourcen zu gleichen Teilen aus. Er fühlt sich soweit dem Paretokriterium verpflichtet, dass er ein komplexes Gedankenexperiment entwirft, um eine Verteilung zu finden, die sowohl optimal, wie auch gerecht im Sinne von Ressourcengleichheit ist. Die

zentrale Gerechtigkeitsintuition Dworkins ist, dass die Lebensumstände einer Person nicht durch den moralischen Zufall bestimmt werden dürfen. Daraus leitet er die Forderung ab, Verteilungsvorgänge sollten Ehrgeiz-sensitiv, aber Ausstattungs-insensitiv sein.

Dworkins Ansatz wird dahingehend kritisiert, dass er eine ideal-ideale Theorie aufstelle, deren Konsequenzen nicht auf reale politische Verhältnisse anwendbar seien.⁶² Es bleibt allerdings unklar, inwiefern Dworkins Theorie sich darin von Vertragstheorien oder anderen Tauschtheorien unterscheidet. In beiden Fällen dienen die idealen Annahmen als analytisches Argument und sind niemals als historische oder auch nur mögliche reale Verhältnisse gedacht. Es handelt sich immer um Modelle nicht um Theorien.

Im Gegensatz zu Modellen der Gerechtigkeit, die aus diesen Annahmen aber eine prozedurale Struktur gewinnen, definiert Dworkin, was unter einem Zustand der Gleichverteilung zu verstehen ist. Seine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit gewinnt nur dort den Charakter der Verfahrensgerechtigkeit, wo es gilt, einen gerechten Zustand vor Veränderungen durch moralisch zufällige Umstände zu bewahren. Da aber die Theorie bestandslos wäre, wenn sie sich nur auf solche Gesellschaften bezöge, die einen gerechten Anfangszustand kennen, den es zu bewahren gilt, kann es nur darum gehen, gegebene Strukturen und Verteilungsmuster vor der Schablone eines gerechten Zustandes zu beurteilen. Diese Schablone zu konturieren ist die Aufgabe der Gedankenexperimente ‚Auktion‘ und ‚Envy Test‘. Insofern ist die Anwendung der Theorie Dworkins auf zwei Schritte angewiesen. Es gilt zuerst, die gegebene Verteilung von den Strukturen abzugrenzen, die durch eine Walrassche Auktion zustande kämen, und die Gerechtigkeitsmängel in den gegebenen Verhältnissen aufzuzeigen. Dieser Aufgabe nachgeschaltet ist erst der Entwurf von Strukturen, die die gegebenen Verhältnisse denen anpassen würden, die einer Gleichverteilung von Ressourcen näher kämen. Aus dem Fehlern dieser Anwendungsschritte ist jedoch nicht der Vorwurf der Realitätsferne zu konstruieren, vielmehr kann dies als eine Reaktion darauf gesehen werden, dass die Situationen in den unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlicher Maßnahmen brauchen, um dem formulierten Ideal angenähert zu werden.

⁶² So beispielsweise in Chwaszcza 2000.

Aufgrund der engen Verbindung von Wertkonzept und Verteilungsmodus in der Theorie Dworkins wird im folgenden sein Ansatz in fünf Abschnitten rekonstruiert, um dann in einer kritischen Würdigung die zentralen Probleme herauszustellen. Dabei wird sich in einem ersten Kritikpunkt zeigen, dass das Wertkonzept Ressourcen zwar sehr weit interpretiert werden kann, und dies von Dworkin teilweise auch getan wird, es dennoch aber nicht in der Lage ist, die Bedingungen eines guten Lebens zu erfassen. Der Verteilungsmodus Dworkins ist zwar sehr komplex, basiert aber auf einer unangemessenen Ausdifferenzierung des Begriffs der Person, wie im zweiten Abschnitt der Kritiken aufgezeigt werden wird. Der letzte Abschnitt bewertet abschließend die Verteilungsinstrumente der Auktion und des Envy-Tests.

I.5.1. Darstellung

Der erste Schritt Dworkins ist die Suche nach einer angemessenen Definition von Gleichheit an Ressourcen, die erste Annahme, dass Gleichheit an Ressourcen sich auf die Ressourcen im Privatbesitz bezieht, nicht aber auf politischen Einfluss wie beispielsweise Ämter oder Einfluss auf Ressourcen im öffentlichen Besitz. Er gesteht dabei ein, dass diese Unterscheidung arbiträr ist, da in jeder ökonomischen Theorie der Einfluss bzw. die Nutzung öffentlicher Ressourcen einen Teil der privaten Ressourcen stellt.

I.5.1.1. Gedankenexperiment Auktion

Dworkin geht davon aus, dass eine gleiche Verteilung von Ressourcen einen Marktmechanismus irgendeiner Form voraussetzt. Dieser soll sowohl als analytisches, wie auch als politisches Instrument gelten. Ein methodisches Mittel zur Feststellung von Ungleichheiten in der Verteilung von Ressourcen stellt der ‚Envy Test‘ dar. Keine Verteilung von Ressourcen kann eine gleiche Verteilung sein, wenn nach abgeschlossener Verteilung irgendein Mitglied der betrachteten Gemeinschaft, einen anderen Anteil an den Ressourcen seinem eigenen vorziehen würde⁶³. Hierin liegt das Zugeständnis an das Paretokriterium, welches dadurch verschärft wird, dass es hier um jede mögliche Besserstellung geht, nicht nur diejenigen, die kein anderes Gesellschaftsmitglied schlechter stellen. Es gilt daher, ein Verfahren zu finden, dass

⁶³ Dabei steht zu beachten, dass Dworkins den speziellen Fall einer Gruppe, die auf einer bis dahin unbewohnten Insel ohne vorgegebene Hierarchien alle gesellschaftlichen Strukturen neu schafft, als idealisierte Abstraktion diskutiert.

alle Präferenzen der Gesellschaftsmitglieder so einbezieht, dass kein Individuum an den Envy-Test plädieren kann.

Für die ursprüngliche Verteilung bedarf es eines Mechanismus, der zwei unterschiedliche Möglichkeiten von Ungleichheiten verhindert. Zum einen kann der Envy Test allein schon aus praktischen Gründen nicht durch eine einfache mechanische Aufteilung der vorhandenen Ressourcen erfüllt werden. Kann aber eine andere, komplexe Aufteilung gefunden werden, die den Test besteht, so können auch mehrere davon gefunden werden, und die Wahl zwischen diesen ist arbiträr. Sie kann so ausfallen, dass ein Mitglied keines der verteilten Ressourcenbündel inklusive seines eigenen zufrieden stellend findet. Dementsprechend bedarf es eines marktförmigen Mechanismus, um den beteiligten Personen einen Einfluss auf die materiellen Bedingungen ihres weiteren Lebens einzuräumen.

Der Mechanismus, den Dworkin vorschlägt, ist eine ideale Auktion, ein rekursiver Prozess, in dem mit einer beliebigen Währung, die zu gleichen Anteilen vergeben wird, so lange für jeden distinkten Gegenstand des Ressourcenbestandes geboten werden kann, bis niemand mehr seine Gebote zu verändern wünscht. In dieser Konstruktion geht Dworkin von einem idealen Markt aus, es bestehen also vollkommene Information und Konkurrenz.⁶⁴ Allerdings stellt der Marktmechanismus der Auktion hier nur einen möglichen Mechanismus dar, eine Gleichverteilung an Ressourcen zu erreichen. Anders als in prozeduralen oder strukturellen Theorien der Gerechtigkeit, wie sie exemplarisch von Nozicks vertreten wurde, ist er durch beliebige Instrumente, von denen gezeigt wird, dass sie diesen Zweck besser erfüllen, austauschbar.

Die Auktion sowie der Envy Test entsprechen dem Prinzip, dass das angemessene Maß für die Ressourcen, die für eine Person aufgewendet werden, darin liegt, wie wichtig diese Ressourcen für die anderen Gesellschaftsmitglieder sind. Geschmack, Bedürfnisse und Präferenzen aller Beteiligten schlagen sich direkt in den bei der Auktion angebotenen Preisen nieder. Sie werden somit zum bestimmenden Kriterium dafür, welche Ressourcen wem zukommen sollen. Die Informationen über Präferenzen, Geschmack und Bedürfnisse, die laut Dworkin bei der staatlich garantierten Gleichheit an Wohlfahrt in eine zusätzliche politische

⁶⁴ Die beschriebene Auktion entspricht der von Walras zur Veranschaulichung seines Modells des allgemeinen Gleichgewichts beschriebenen. Es handelt sich also um ein neoklassisches Theoriestück.

Entscheidungshierarchie münden müssten, werden bei diesem Modell der Gleichheit an Ressourcen Bestandteil der individuellen Wahl. Aus dieser Konzeption von wirtschaftlicher, wie auch sozialer Verantwortung lässt sich bereits ablesen, dass diese Theorie auf ein Verständnis der beteiligten Personen festgelegt ist, welches sich von dem des welfaristischen Systems stark abhebt. Dieses Menschenbild geht von einem verantwortlichen Individuum aus, welches seine Präferenzen und Eigenschaften kritisch hinterfragen und bewerten kann. Personen wählen, was für ein Leben sie leben wollen angesichts der Information über die Kosten, die ihre Wahl für andere bzw. für die gesamte Gesellschaft bedeutet.

Der Zustand der Gleichheit, der aus dieser Verteilung hervorgeht, ist für Dworkin selbst noch nicht zufrieden stellend. Ein methodisches Problem in der bisherigen Struktur der Theorie ergibt sich durch den statischen Charakter des Neidkriteriums. Der Envy Test würde kurze Zeit nach der Auktion aufgrund von Unterschieden in der Produktion und Konsumption der unterschiedlichen Personen nicht mehr bestanden werden. Die entstehenden Ungleichheiten sind auf Glück, auf mögliche Behinderungen, auf Ambitionen oder Fähigkeiten, die den Erfolg von Markthandlungen bestimmen, zurückzuführen. Dworkin muss also, um den idealen Zustand einer egalitären Gesellschaft zu beschreiben, auch die gesellschaftlichen Strukturen beschreiben, die den Umgang mit diesen neu auftauchenden Ungleichheiten regeln.

1.5.1.2. Der Einfluss von Glück

Dworkin unterscheidet bei seiner Diskussion des Einflusses von Glück auf die Ressourcenverteilung zwei Bedeutungen von ‚Glück‘ (luck). Kalkuliertes Glück ist der Ausgang eines kalkulierten Risikos, einer Entscheidung bei Unsicherheit. Von purem Glück spricht er in Fällen, in denen weder Informationen über die Optionen noch über Wahrscheinlichkeiten vorliegen. Diese Unterscheidung ist nicht im entscheidungstheoretischen Modell entwickelt, kann aber darin analysiert werden. Wenn Dworkin behauptet, Versicherungen stellten die Verbindung zwischen kalkuliertem und purem Glück her, wird deutlich, dass er sich auf Entscheidungen bei Unsicherheit – also bei Vorliegen von Wahrscheinlichkeiten – und bei Risiko – also bei Mangel von Wahrscheinlichkeiten – bezieht. Der Preis eines sichereren Lebens ist genau der, den der Verzicht auf den möglichen Gewinn des Risikos festlegt. Die unterschiedlichen Risikoeinstellungen und der Einfluss des Glückes sind

also bei Vorhandensein von Versicherungsmöglichkeiten kein Einwand gegen die bisherige Struktur der Gleichheit an Ressourcen.

Ebenso ist der Unterschied zwischen Personen, die bei einem kalkulierten Risiko verlieren, und denen, die dabei gewinnen, kein Einwand gegen diese Struktur, weil die Möglichkeit des Verlustes Teil des gewählten Lebens war, der Preis für die Möglichkeit des Gewinns. Ein Ausgleich der Ressourcen nach dem Ausgang des jeweiligen Risikos würde dafür sorgen, dass das Eingehen von Risiko keine Lebensoption mehr ist. Daher würden beide Personen des Lebens beraubt, das sie mit ihren Ressourcen gewählt haben. Der Envy Test muss an die Möglichkeit des Eingehens von Risiken angeglichen werden. Es geht nicht mehr allein der Satz realer Ressourcen in die Bewertung ein, sondern bei den Ressourcen, die durch eine Risikoentscheidung gewonnen wurden, gilt es vielmehr die Wahrscheinlichkeit, mit der diese Ressourcen zu bewerten waren, zu berücksichtigen.

Die Möglichkeit puren Pechs kann durch Versicherungen teilweise in eine Form des Risikos verwandelt werden. Durch den anfänglichen Erwerb von Versicherungen gegen Behinderungen, Katastrophen etc. werden Ressourcen aufgebraucht, die Nutzen nur im Versicherungsfall erbringen.

Entscheidung über Versicherungen können von anderen Faktoren als der persönlichen Risikoeinstellung beeinflusst werden. Person können zum Beispiel der Meinung sein, im Falle bestimmter Behinderungen könne Geld keinen Ausgleich schaffen, während andere sich auf die Ausbildung und die Hilfsmittel stützen, die die zusätzlichen Ressourcen verschaffen. Laut Dworkin stellt die Versicherung die Möglichkeit dar, auch im Falle des puren Pechs Entscheidungen für eine oder die andere Form des Lebens zu treffen.

1.5.1.3. Der Einfluss von Behinderungen

Das Versicherungsmodell wäre nur unproblematisch, wenn jeder dasselbe Risiko trüge, purem Pech anheim zu fallen, und jeder die Folgen abschätzen und sich dementsprechend vorher versichern könnte. Unter diesen Umständen wären auch Behinderungen kein Problem der Ressourcenverteilung. Weder sind jedoch die Wahrscheinlichkeiten einer Behinderung gleich verteilt, noch können Menschen die Folgen von Handicaps sicher abschätzen. Menschen werden oft mit Behinderungen geboren und sind nicht in der Lage, sich gegen diese zu versichern. Daher ist weder gesichert, dass es eine allgemeine Versicherung gäbe, noch könnte im Falle der

allgemeinen Pflichtversicherung die Versicherungshöhe ohne weiteres angelegt werden.

Das Problem lässt sich durch eine kontrafaktische Konstruktion lösen. Dazu gilt es zu ermitteln, wie viel Versicherung der durchschnittliche Bürger bei gleicher Verteilung des Risikos für Handicaps aufgewendet hätte. Diejenigen, die dann von Handicaps befallen werden, ob bei Geburt oder später, werden gemäß diesem Satz aus einem zentralen Fundus unterstützt. Dieser Fundus würde durch Besteuerung oder einen ähnlichen Prozess finanziert, wobei diese Besteuerung dem Aufwand gleich käme, den die durchschnittlich gewünschte Versicherung gekostet hätte. Auf diese Weise würden Personen mit Behinderungen mehr Ressourcen erhalten, und zwar in einem Maße, das der Marktmechanismus bei einer ursprünglichen Auktion mit vollständiger Information ergeben hätte.

Problematisch ist hier, dass nicht sicher ist, ob alle Personen, die Behinderungen erleiden, sich gegen solche versichert hätten. Ebenso ist die Höhe dieser Leistungen durch die kontrafaktischen Annahmen schwer zu bestimmen. Weil aber der heutige Versicherungsmarkt von einer Gleichverteilung des Risiken ausgeht (von erblichen Faktoren, die auszuschließen wären, abgesehen) kann man sich in der Ermittlung der Versicherungssumme, die im Durchschnitt der Bevölkerung aufgewendet würde an der heutigen Versicherungspraxis orientieren. Diese Summe gälte es an den Stand der Technik zum Beispiel in der Medizin anpassen.

1.5.1.4. Der Einfluss von Markthandlungen

Der ursprüngliche Verteilungszustand nach der Auktion, der erfolgreich durch den Envy Test überprüft wurde, wird neben glücksabhängigen Änderungen auch durch Produktion und Handel verändert werden. Probleme durch unterschiedliche Produktivität ergeben sich immer dann, wenn es darum geht, eine Gesellschaft mit Gleichheit an Ressourcen über die Zeit hinweg zu schaffen.

Im einfachsten Falle, in dem Ungleichheiten an Ressourcen allein aus einer Ungleichheit in der Lebensführung hervorgehen, in der Form, dass eine Person bereit ist mehr zu arbeiten, und daher mehr Ressourcen ansammelt, ist die Lösung des Problems einfach. Der Envy Test darf nicht nur die vorhandenen Ressourcen zu einem Zeitpunkt betrachten, sondern muss über das Leben der Person hinweg angewandt werden. Dabei muss die Lebensführung harter Arbeit ebenso eingehen, wie die materiellen Ressourcen. Unter diesen Umständen würden Personen, die ein

anderes Leben wünschen keinen Neid auf das Leben der hart arbeitenden Person verspüren, es läge also kein Problem vor.

1.5.1.5. Der Einfluss von Talenten und Fähigkeiten

Der Zustand der Gleichverteilung der Ressourcen darf zwar durch die Leistungen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder verlassen werden, doch nur solche Ungleichheiten sind dabei zuzulassen, die durch moralisch relevante Umstände entstehen. Die persönliche Leistung hängt jedoch nicht nur von den Ambitionen ab, die durchaus moralisch relevant sind, sondern ebenso von den geerbten Talenten und Fähigkeiten, über die die Person nur zufällig verfügt. Diese moralisch zufälligen Umstände sind ebenso eine beneidbare Eigenschaft wie zusätzliche Ressourcen, sie können sogar als solche definiert werden. Im Gegensatz zu anderen Ressourcen sind sie aber nicht umverteilerbar, obwohl sie Situationen auslösen, in denen der Envy Test scheitert. Eine Person kann aufgrund ihrer geringeren Fähigkeiten bei der anfänglichen Auktion entweder nicht genauso viel für eine bestimmte Produktionsmöglichkeit bieten, oder aber die muss, falls sie es doch tut später auf höhere Ressourcen verzichten, weil sie kein Talent zu der angestrebten Produktionsform hat. Sie wird also in jedem Fall denjenigen beneiden, dessen Fähigkeiten in der von ihr angestrebten Tätigkeit besser sind.

Talente können aber auch nicht in die ursprüngliche Auktion eingehen. Jede Person müsste, um ihr eigener Herr zu bleiben, einen Teil ihrer anfänglichen Ressourcen einsetzen, um ihre eigenen Talente zu erwerben und nicht für andere arbeiten zu müssen. Dies würde aber bedeuten, dass sie um Sklaverei zu vermeiden weniger Anfangswährung für den Erwerb von Ressourcen behielte. Genauso wenig, wie aber eine Person von ihren höheren Talenten profitieren darf, darf sie durch sie benachteiligt werden.

Die Lösung für dieses Problem muss eine Form der periodischen Umverteilung sein, die den Effekt von Talenten ausgleicht, ohne diejenigen Ungleichheiten auszuräumen, die allein auf Ehrgeiz zurückzuführen sind. Eine solche Lösung findet Dworkin in einer Einkommenssteuer. Sie wäre der Kompromiss zwischen den beiden Forderungen nach Ambitionsabhängigkeit und Ausstattungs-unabhängigkeit. Jedes Modell der Umverteilung, welches sich auf die Effekte der produktiven Tätigkeit konzentriert, steht vor dem Problem der Bemessung. Es ist kaum möglich, festzulegen, welcher Bestandteil der erbrachten Leistung auf die Ambitionen der

Person zurückgeht, und welcher durch die Fähigkeiten ermöglicht wird. Es ist noch nicht einmal davon auszugehen, dass Fähigkeiten vollkommen vom moralischen Zufall diktiert sind, weil ihre Aneignung und Ausbildung ebenso Initiative verlangen, wie sie von den Umständen abhängig sind.

Eine Möglichkeit, mit diesem Problem umzugehen, stellt für Dworkin die analoge Behandlung zum Problem des Ausgleichs von Behinderungen dar. Er gesteht zwar ein, dass Behinderungen und Mangel an Talenten unterschiedliche Sachverhalte sind, besteht aber darauf, dass dieser Unterschied durchaus als graduell verstanden werden kann. Dabei hebt er besonders auf den von der genetischen Ausstattung abhängigen Teil von Fähigkeiten ab, die im Gegensatz zu anderen ausschließlich vom puren Glück bestimmt sind. Alle Einflüsse, die Ambitionen und Fähigkeiten aufeinander haben, wie sie beispielsweise im Bildungsweg der Person manifest werden, sind aus der Diskussion ausgespart. Nur wenn die Parallelisierung von Fähigkeiten und Behinderungen unter diesen reduzierten Annahmen vorgenommen wird, kann die Frage nach dem Ausgleich eines Mangels an Fähigkeiten parallel zum Ausgleich von Behinderungen gestaltet werden. Die kontrafaktische Frage ist hier, in welchem Rahmen sich jemand gegen den Mangel an Fähigkeiten versichern würde.

In diesem Fall gibt es natürlich keinen wirklichen Versicherungsmarkt an den ein Entscheidung hinsichtlich der Versicherungshöhe angepasst werden könnte. Da es im Gegensatz zu Behinderungen nicht möglich scheint, Personen, die in Versicherungen investieren von ihren möglichen Fähigkeiten zu trennen, ist vielmehr die Frage nach der ökonomischen Verwertbarkeit von Fähigkeiten in dem Mittelpunkt der Überlegung zur Versicherungshöhe anzunehmen. Wie im Falle der Versicherung gegen Behinderungen geht Dworkin über die Konstruktion einer allgemeinen Versicherung zu einer Besteuerung an deren statt über. Die Steuerhöhe konstruiert er mittels eines Gedankenexperiments auf ein Maß, in dem die Wohlfahrt bei Versicherungsabschluss höher sei, als die bei Ausbleiben dieses Versicherungsabschlusses. Diese theoretische Versicherungshöhe gibt bei ihm die Höhe einer Arbeitslosenversicherung ab. Die Versicherungsbeiträge würden nicht aus der Anfangswährung während der Auktion sondern aus den materiellen Ressourcen bezahlt, die nach der Auktion zu Verfügung stehen, im Versicherungsfall käme dieses Geld aus der Versicherungszahlung selbst.

Es ist allerdings fraglich, ob diese Steuer wirklich mit einer Gleichheitsvorstellung vereinbar ist. Problematischerweise entspricht das Konstruktionsmodell der Arbeitslosenversicherung einer gleichen, keiner progressiven Besteuerung. Des weiteren wäre ein Ausgleich mangelnder Fähigkeiten teilweise ein Anreiz, Fähigkeiten zu verbergen. Aber auch bei ehrlichen Personen, die ihre Fähigkeiten nicht willentlich verbergen, tritt das volle Ausmaß ihrer Begabungen oft erst nach einem halben Leben der Ausbildung zutage. Eine vorherige Einschätzung stößt auf scheinbar unumgehbare Schwierigkeiten.

Das Problem der gleichen statt progressiven Steuer ließe sich durch eine einfache Anpassung des Steuersatzes an das tatsächlich erzielte Gehalt des Versicherungsnehmers erreichen. Das Problem der Trittbrettfahrer in diesem Versicherungsproblem, die durch das Verbergen eigener Fähigkeiten zu profitieren suchen, ist laut Dworkin durch Modelle der Eigenbeteiligung bei Versicherungen zu umgehen. Dieses und das Problem der Vorhersehbarkeit von Talenten bei Versicherten könnten weiterhin dadurch gelindert werden, dass die Beweispflicht für die Unfähigkeit, ein bestimmtes Einkommen zu erreichen, dem Versicherten auferlegt wird. Dieser Beweis sei bei der geringen Versicherungshöhe, um die es gehe, relativ leicht durch erfolglose Arbeitsversuche zu erbringen. Weitere Modifikationen des Steuerschemas um etwa die Achtung der Privatsphäre zu verbessern schließt Dworkin nicht aus. Allerdings wird auf diese Weise eine Tyrannei der Versicherungsgesellschaft einer Gesellschaft von Trittbrettfahrern entgegengestellt.

Dworkins Entwurf lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass er einen idealen Grundzustand konstruiert, der nur durch solche Leistungen verändert werden darf, die allein auf moralisch relevante Eigenschaften zurückgehen. Alle anderen Veränderungen des Grundzustandes werden durch Formen staatlicher Umverteilung ausgeglichen. Für moralisch relevant gelten in diesem Falle allein die persönlichen Ambitionen und Entscheidungen.

Die Frage an Dworkins Theorie muss sein, ob die geschilderte Gleichverteilung der Ressourcen ein geeigneter Maßstab der Gerechtigkeit ist, und ob es irgendeine Möglichkeit der Umsetzung in realen Gesellschaften gibt. Die Frage nach der Angemessenheit der Gerechtigkeitskriteriums bedarf der Entscheidung, ob Ressourcen wirklich das geeignete Messkriterium sind, ob im

präferenzindividualistischen Zugang Dworkins keine unangemessene Analyse der Person vorliegt, und ob die Gedankenexperimente Auktion und Envy Test wirklich gerechte Strukturen hervorbringen müssen.

1.5.1.6. Wertkonzept Ressourcen

Der Begriff der Ressourcen wird in dieser Theorie manchmal uneinheitlich ausgelegt. Auf der einen Seite heißt es: "people's powers are indeed resources, because these are used, together with material resources, in making something valuable out of one's life"⁶⁵. An anderen Stellen spricht Dworkin nur von materiellen Ressourcen und zählt Fähigkeiten und Talente als separate Aspekte auf.

Dworkins Konzept dessen, was als Wert in der distributiven Gerechtigkeit zu erfassen ist, ist am besten als eudaimonistisch zu bezeichnen. Diesen Zug findet man bei ihm in seiner Abgrenzung von welfaristischen Theorien, insbesondere dem Präferenzutilitarismus.⁶⁶ Ressourcen müssten demnach die Bedingungen und Bestandteile eines guten Lebens bezeichnen. Es muss allerdings bezweifelt werden, ob die Dworkinsche Theorie dies zu leisten in der Lage ist. Gerade dort, wo Dworkin sein Konzept auf die Bedingungen einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft anwendet, wird der Ressourcenbegriff zusehends auf ein monetäres Konzept verkürzt. Diese Verengung verdankt sich nicht nur den Methoden der Verteilung, die stark aus der ökonomischen Theorie gespeist werden, sondern kann ebenso als Versuch gedeutet werden, das Kommensurabilitätsproblem zu lösen.

Eine eudaimonistische Theorie der Verteilungsgerechtigkeit darf sich aber nicht nur auf die materiellen oder gar nur monetären Umstände konzentrieren, sondern hat darauf zu achten, welches Leben Personen aufgrund dieser Umstände führen können. Dworkin plädiert zwar für ein marktwirtschaftlich-demokratisches System, da ihm dies als am besten mit der Gleichheit an Ressourcen zu vereinbaren scheint. Doch die These, in einem solchen System seien die Bedingungen der Transformation von monetärer Ausstattung in ein gutes Leben keinen Einschränkungen unterworfen, ist offenkundig falsch. Gerade wenn politischer Einfluss oder Einfluss auf Ressourcen im öffentlichen Besitz nicht dem Ausgleich durch die distributive Gerechtigkeit

⁶⁵ Dworkin 1981a.

⁶⁶ Dworkin 1981.

zugänglich sind, so muss bezweifelt werden, dass Individuen gleichermaßen in der Lage sind, ihre Ressourcen in ein gutes Leben umzusetzen.

Die Beschränkung des Ressourcenbegriffs, die sich am besten an der vorgeschlagenen, rein monetären Methode des Ausgleichs von Behinderungen ablesen lässt, vermag nicht, das Leben, das Menschen wirklich führen, zu bewerten. Behinderungen werden durch ein Mehr an materiellen Ressourcen ausgeglichen, welches sich an einer fiktiven Versicherungssumme orientiert. Ob aber diese zusätzlichen Ressourcen auch in der Lage sind, dem Behinderten ein menschenwürdiges oder gar gelungenes Leben zu ermöglichen, geht in das Ressourcenkalkül nicht ein. Trotz der Bemühungen, alle moralisch zufälligen Umstände auszugleichen, greift das Kriterium der Ressourcen, wie weit auch immer ausgelegt, zu kurz, weil es sich nicht am Leben der Personen, sondern an einem geringen Bestandteil von dessen Umständen orientiert.

1.5.1.7. Umstände und Eigenschaften der Person

Die starke Unterscheidung des Menschen in seine Ausstattung mit Fähigkeiten und seine Ambitionen erfasst die Interdependenz dieser Charakteristika von Individuen nicht. Zwar scheint das Ziel der „endowment-insensitivity and ambition-sensitivity“ intuitiv plausibel, und insbesondere in einem Tauschsystem, in dem die Zurechenbarkeit der Leistungen und Güter zu den Tauschpartnern zentral ist, unumgebar. Doch wirft die Trennung der Vorteile, die Ambition und Ausstattung gewähren, unbewältigbare Erkenntnisprobleme auf. Das Versicherungsmodell, das auf dieser Trennung basiert, bricht daher aus dem System der idealen Theorie aus, weil es sich auf Maßstäbe verlassen muss – und es mit der Berufung auf den aktuellen Versicherungsmarkt auch tut –, die den Kriterien einer Gerechtigkeitstheorie vollkommen fremd sind.

Der zentrale Fehlschluss der Forderung „endowment-insensitivity and ambition-sensitivity“ ist aber der Schluss, nur weil diese jeweiligen Elemente des Erfolgs oder Misserfolgs einer Person getrennt würden, könnten damit auch die Ungleichheiten in der Lebensführung ausgeglichen werden. Die Umstände, in die eine Person geboren wurde, von ihren intrinsischen Eigenschaften zu trennen, trägt mehr als die genannten erkenntnistheoretischen Probleme mit sich. Diese Trennung ist unangemessen reduktionistisch, insofern sie alle Prozesse der Herausbildung der Person über die Zeit hinweg ignorieren muss. Menschen werden nicht als die Person

geboren, die sie in ihrem späteren Leben sein werden, sondern müssen sich erst dazu entwickeln.⁶⁷ Diese Entwicklung wird aber maßgeblich von den umgebenden Umständen beeinflusst. Die Trennung von Umständen und Eigenschaften der Person lenkt zudem die Aufmerksamkeit des Ansatzes auf das falsche Bemessungskriterium. Wie oben dargestellt sind die Umstände des individuellen Lebens nicht ausreichend für dessen Bewertung. Die Herauspräparierung der Umstände, die zur Situation einer Person führen, rückt aber genau diese in das Zentrum der Beurteilung des individuellen Lebens. Der Schwerpunkt einer eudaimonistischen Betrachtung sollte aber auf der Transformation dieser Umstände in eine Lebensführung liegen. Diese Transformation beinhaltet sowohl die Eigenschaften, wie auch die Umstände einer Person. Die Trennung ist also wenig hilfreich.

1.5.1.8. Die Verteilungsinstrumente

Obwohl insbesondere das Modell der Auktion die Konzepte des Grenznutzens weit präziser verwendet als die utilitaristische Theorie, weisen die vorgestellten Verteilungsinstrumente doch gravierende Mängel auf. Das Auktionsmodell geht zwar davon aus, dass alle Güter so verteilt werden, dass die jeweils letzten Einheiten den gleichen Grenznutzen bei den Käufern stiften, ohne dass versucht wird, dem Begriff des Nutzens eine psychologische Deutung zu geben. Das Neidkriterium spiegelt genau dieselbe Besorgnis um eine Gleichverteilung innerhalb der Gesellschaft wieder, die beim Leximin-Verfahren anzutreffen ist. Insofern gehen in diese Lösung Gleichheit und Effizienz durchaus ein. Das Problem, welches sich für das Leximin-Verfahren stellt, eine Gesellschaft in gleicher Armut einer Gesellschaft in ungleichem Reichtum vorzuziehen hat natürlich auch diese Theorie. Dieser Mangel lässt sich nicht abstellen, ohne über die Betrachtung einer Einzelgesellschaft hinauszugehen.

Doch das vorgestellte System weist zusätzliche Mängel auf. Das Neid-Kriterium kann nur in sehr wohlwollender Interpretation als Umsetzung des Gleichheitsgedankens interpretiert werden. Die psychologischen Bedingungen für ‚rationalen‘ Neid sind wohl kaum einzuholen. Ein irrationaler Neid hat aber in einer Theorie der Gerechtigkeit keinen Anspruch auf Beachtung. Auf der anderen Seite

⁶⁷ Der Begriff der Person wird in Sturma 1997 expliziert. Im Weiteren wird von dieser starken Verwendungsweise ausgegangen.

beschränkt Dworkin die Gründe des Neides in zu starkem Maße. Er schränkt die Berechtigung zu Neid auf die Ressourcenausstattung ein.

Eben hieraus ergibt sich auch der Mangel der durch Envy-Test und Auktion definierten Struktur. Es mag zwar richtig sein, dass eine Umsetzung in eine wirkliche Ökonomie nahezu unmöglich ist, doch das eigentliche Manko liegt darin, dass das Neidkriterium hinsichtlich der Ressourcenbündel wenig mit den realen Bedingungen von Neidzuständen gemein hat. Es nimmt auf eine zu schmale Informationsbasis Bezug, um Aussagen über eine beneidenswerte Lebensführung und beneidenswerte Lebensumstände zu treffen.

Deutlich wird dieses Problem am Ausgleich des Mangels an Fähigkeiten. Gemäß der Theorie Dworkins werden den Personen die aufgrund mangelnder Fähigkeiten arbeitslos sind, zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt. Eine periodische Umverteilung im Sinne einer Einkommenssteuer sorgt dafür, dass sie ein gleiches Ressourcenbündel erhalten, wie andere auch. Das wirkliche Leben eines Arbeitslosen, die damit einher gehenden Anerkennungs- und Selbstachtungsmängel, werden nicht thematisiert⁶⁸. Umstandslos muss vorausgesetzt werden, dass diese durch Ressourcen ausgeglichen werden können.

Die Ordnung, die Dworkin hier vorschlägt, mag zwar Gleichheit an Ressourcen definieren, sie ist aber keine gerechte Ordnung. Sie lässt es zwar nicht zu, dass Menschen in Auszehrung leben, die darüber hinausgehenden Bedürfnisse der Anerkennung oder sozialen Einbettung sind ihr aber vollkommen fremd.

I.5.2. Fazit

In der Literatur wird der Theorie der Ressourcengleichheit oft vorgeworfen, sie vermöge keine praktischen Richtlinien vorzugeben, sie sei zu ideal angelegt, um eine weltliche Implementation zu erfahren. Das ist allerdings nicht angemessen. Vielmehr ist die Umsetzung von Dworkin nicht besonders ausgiebig dargestellt worden, sie ist aber doch vorgezeichnet. Es gilt in der Umsetzung, eine Situation zu schaffen, in der die Differenz der Ressourcen nur noch durch Ehrgeiz, nicht mehr durch moralisch zufällige Umstände vergrößert wird. Eine gegebene gesellschaftliche Verteilungsstruktur ist demnach zuerst der Situation der Ressourcengleichheit

⁶⁸ Vgl. Schlothfeld 1999.

anzupassen, und diese Aufgabe hat exemplarisch John Rawls⁶⁹ analysiert. Die Umsetzung der Gleichheit an Ressourcen bedarf tatsächlich in einem ersten Schritt des Leximin-Verfahrens. Wie zuvor im Rahmen der Welfarism-Ansätze aufgezeigt, folgt aus der Forderung nach Gleichheit und der Akzeptanz des Dominanzprinzips das Leximin-Verfahren, diese Struktur kommt auch dann zur Anwendung, wenn das Bemessungskriterium geändert wird.

Das Defizit dieses Ansatzes liegt also in seinem Wertkonzept. Gleichheit an Ressourcen sagt zu wenig über die Lebensbedingungen der Gesellschaftsmitglieder aus. Während das Problem, eine Gesellschaft in gleichmäßiger Armut nicht bewerten zu können, dem Fokus auf einzelne Gesellschaften verdankt ist, liegt die Unfähigkeit, über den Aspekt der monetären Ausstattung hinaus gesellschaftliche Stellungen zu bewerten an theorieimmanenten Mängeln. Diese lassen sich wahrscheinlich nur durch eine Änderung des Wertkonzepts ausräumen. Immerhin verweist Dworkin darauf, dass ein Wertkonzept die Bedingungen eines personalen Lebens erfassen muss. Diesen selbstgestellten Anspruch verfehlt er jedoch durch seine Konzentration auf ökonomische Ressourcen, die alle anderen Aspekte eines menschlichen Lebens kommensurabel machen sollen. Dieser Fehler ist auf seine verkürzte Konzeption personalen Lebens zurückzuführen, in der die Umstände einer Person von ihrer Entwicklung getrennt werden.

⁶⁹ Vgl. das Kapitel I.9. *Kontraktualistische Positionen*.

I.6. Libertäre Positionen und strukturelle Gleichheit

Die Reihe der Theorien der Verteilungsgerechtigkeit grenzt an den letzten Typus, den der strukturellen Gleichheit. Ihn noch in diese Reihe zu zählen ist zwar nicht ganz adäquat, dennoch stellt er eine Position dar, die die Diskussion nicht nur im akademischen Rahmen beeinflusst. Vielmehr hat der neoliberalistische Diskurs auch in den politischen und ökonomischen Organisationen auf nationaler wie internationaler Ebene erheblichen Stellenwert. In ihrer stärksten Form wird sie von Robert Nozick vertreten, der den Begriff des Nachtwächterstaates mit seiner Theorie in *Anarchy State and Utopia*⁷⁰ wieder belebt hat. Sein prozedurales System von Rechten weist eine ungewöhnliche Mischung von Instrumentalismus und Ideen aus dem Naturrecht auf. Ähnliche Positionen finden sich bei Buchanan und Hayek, die im Gegensatz zu Nozick Kompromisse mit der Notwendigkeit sozialer Ausgleichsverfahren in modernen Gesellschaften schließen. Allerdings rechtfertigen sie diese Kompromisse nicht mit gerechtigkeitsethischen Gründen, sondern mit Stabilitäts- bzw. Nothilfeargumenten.⁷¹

Als prominentester und konsequentester Vertreter des libertären Theoriestrangs bestimmt im weiteren Nozicks *Anarchy, State and Utopia* die Diskussion, da dort Aspekte anderer Theorien wie der Bedürfnissicherung außen vor geblieben sind. Wo die Theorie des Libertarismus dadurch gestärkt werden kann, dass von den Eigenheiten der Nozickschen Theorie abgewichen wird, wird dies natürlich getan.

Die Darstellung des Ansatzes von Nozick orientiert sich im folgenden Abschnitt zuerst an der Konstruktion und Rechtfertigung seines Wertkonzeptes, welches sich auf eine Theorie der Rechte reduzieren lässt. Im darauf folgenden Abschnitt wird untersucht, inwieweit es sich bei dem Verteilungsmodus, den Nozick als Verfahrensgleichheit bezeichnet tatsächlich um eine Einlösung des Egalitätsprinzips und der Verfahrensgerechtigkeit handelt. In einem dritten Abschnitt wird dargestellt, inwieweit sich libertäre Positionen auf einen reinen Konsequentialismus zurückführen lassen, dessen Problematik bereits im Kapitel *Utilitarismus* diskutiert wurde.

⁷⁰ Nozick 1974.

⁷¹ Vgl. Zintl 2000.

I.6.1. Die Grundlage der Rechte

Die besondere Struktur des Beitrags Nozicks wird schon in der Begründung der Rechte deutlich. Diese Position muss von einigen Annahmen ausgehen, die nur schwer begründbar jedoch sicherlich nicht notwendig sind. Charakteristisch dafür ist die erste Passage des Werkes:

“Individuals have rights, and there are things no person or group may do to them (without violating their rights) So strong and far reaching are these rights that they raise the question of what, if anything, the state and its officials may do. How much room do individual rights leave for the state”⁷²

Trotz ausführlicher Analysen, sowohl im Theorierahmen des Entscheidungstheorie wie auch der Politikwissenschaften bleibt diese Annahme im weiteren der Theorie unbegründet. Nozick behauptet, dass Menschen von Natur aus über Rechte verfügen. Diese Rechte werden als Grenze der staatlichen Handelns angesehen. Weil staatliches Handeln aber in erster Linie aus dem Setzen und Durchsetzen positiven Rechts besteht, muss die These Nozicks so gelesen werden, dass naturgegebene Rechte direkten Einfluss auf das positive Recht haben sollen. Dabei handelt es sich um eine Vorstellung, die sich aus dem klassischen Naturrechtsgedanken speist und das erste Mal bei Hugo Grotius auftritt. Der Kontrast mit der Theorie von Grotius schlüsselt darüber hinaus weitere Aspekte der libertären Theorie auf, die in enger Verwandtschaft zu Ideen des Naturrechts stehen, so die Problematik des Verhältnissen von Natur- und positivem Recht, den Status des Eigentumsrechts sowie die Rolle von Übereinkunft und Vertrag bei der Rechtssetzung. Um dieser Aspekte willen, wird im folgenden ein Vergleich naturrechtlicher Theorie nach Grotius und Pufendorf mit modernen libertären Theoriestücken gezogen.

Grotius sieht Rechte nicht mehr als Zusage der Obrigkeit, sondern als Eigenschaft der Person an. Jedoch ist seine Naturrechtstheorie weitaus differenzierter als die bloße Konstatierung von angeborenen Rechten und lässt einen direkten Schluss auf den rechtfertigungsfähigen Inhalt des positiven Rechts nur bedingt zu.

Obwohl Grotius in der modernen Diskussion sowie in Fachlexika und Überblicksdarstellungen maßgeblich als Pionier des internationalen und Völkerrechts gehandelt wird, sind seine Rechtsbegründung und deren Konsequenzen für das

⁷² Nozick 1974, S. ix.

persönliche Recht relevant für die systematische Rekonstruktion des Verhältnissen von positivem und Naturrecht. Recht wird bei Grotius zum ersten Mal als eine Eigenschaft der Person bezeichnet.⁷³ Sein Rechtsbegriff muss als ein dreifacher analysiert werden. In seiner ersten, negativen Bedeutung bezeichnet er eine Eigenschaft einer Handlung. In dieser Beschreibung bedeutet Recht nur die Nichtverletzung eines anderen, die Unterlassung einer Ungerechtigkeit, wobei für Ungerechtigkeit im naturrechtlichen Sinne das einzustehen hat, was wider die Natur einer Gesellschaft rationaler Wesen stehe.

Die zweite Bedeutung geht teilweise aus der ersten hervor, nimmt aber eine bedeutsame Zuschreibung vor, die eine Grundlage des modernen Menschenrechtsgedankens formuliert. Recht ist demnach eine moralische Qualität der Person, die sie in die Lage versetzt, etwas gerechtfertigt zu tun oder zu haben. Diese ersten beiden Verwendungen des Rechtsbegriffes bilden den Kern der Naturrechtstheorie. Diesen grenzt Grotius vom letzten Verständnis des Rechtsbegriffes, dem positiven Recht ab. Diese letzte Bedeutung von Recht ist die Gleichbedeutung mit Gesetz (lex), definiert als Regel für moralische Handlungen die den Menschen zu Gut und Böse anweist. Hiermit ist das positive, menschliche Recht als getrennt vom natürlichen Recht angesprochen. Den Zusammenhang dieser beiden Rechte muss Grotius im weiteren klären, wenn das Naturrecht eine Rolle in der Ethik spielen soll.⁷⁴

⁷³ Grotius 1950, Buch I, Kapitel 1, III-V.

⁷⁴ Bei genauerer Analyse wird deutlich, dass es sich hierbei vielmehr um eine Teilung in vier Rechtstypen handelt. Es kann sowohl im positiven wie im Naturrecht zweierlei Dimensionen von Recht geben. Wie oben nachgezeichnet, sind die erste und zweite Bedeutung als negativ und positiv zu bezeichnen. Die negative Dimension ist analog dem Begriff der negativen Freiheit von den Grenzen her konstruiert, die zweite Dimension beschreibt analog dem Begriff der positiven Freiheit Handlungsoptionen. Beide Dimensionen können sich sowohl im natürlichen, wie auch im positiven Recht finden. Somit stellt sich die Reihung als positives und negatives Naturrecht, wie positives und negatives menschengemachtes Recht dar. Die begriffliche Schwierigkeit hier ist offenkundig. Zum einen bedeutet ‚positives Recht‘ soviel, wie das gegebene Gesetz der Menschen, zum anderen beschreibt es die positive Dimension des Rechts. Es gibt in diesem Sinne also ein positives positives Recht, was soviel bedeutet, wie eine positive Dimension im von Menschen gegebenen Gesetz. Diese begriffliche Komplikation wird hier im folgenden vermieden. Dort bedeutet positives Recht soviel wie das von Menschen gegebene Recht.

Der Unterscheidung von positiver und negativer Dimension des Rechtes entspricht auch die Einteilung in unvollkommene und vollkommene Pflichten. Die Unterlassung der Verletzung anderer Personen Rechte ist eine vollkommene Pflicht, die sich dadurch auszeichnet, dass sie – im Falle positiven Rechts – einklagbar ist. Die unvollkommenen Pflichten sind vielmehr Liebespflichten. Zwar ist auch der Verstoß gegen sie eine Sünde, doch sind die diesen korrespondierende Rechte nicht einklagbar. Es ist interessant, dass der Bereich der distributiven Gerechtigkeit bei fast allen Naturrechtstheoretikern in die Kategorie der unvollkommenen Pflichten fällt. Moderne Ansätze der

Die Diskussion des Verhältnisses von Naturrecht und positivem Recht bestimmt Grotius' Theorie der Geltung von Recht überhaupt und damit auch seine Theorie der Rechtsinhalte. Das positive Recht findet seine Rechtfertigung im Naturrecht. Das Naturrecht ist zwar insofern göttlichen Ursprungs, als es der Schöpfung entspringt, doch ist seine Geltung nicht vom Willen Gottes abhängig. Vielmehr gilt dieses Recht aufgrund der natürlichen Eigenschaften der Schöpfung, und in dieser Schöpfung kann nur dieses Naturrecht gelten: „Das Naturrecht ist so unveränderlich, dass Gott selbst es nicht verändern kann.“⁷⁵ Grotius geht sogar soweit, zu behaupten, „Die hier dargelegten Bestimmungen würden auch Platz greifen, selbst wenn man annähme, was freilich ohne die größte Sünde nicht geschehen könnte, dass es keinen Gott gäbe oder dass er sich um die menschlichen Angelegenheiten nicht bekümmere.“⁷⁶ Obwohl mehrfach darauf hingewiesen wird, dass Grotius fest im christlichen Glauben gestanden und sich von der Argumentation der Deus absconditus-Theorie oder des Atheismus distanziert habe, so bleibt doch festzuhalten, dass der göttliche Wille nur eine untergeordnete Rolle bei der Gesetzeslegitimation spielen kann, wenn man diesen Gedanken konsequent zu Ende führt.⁷⁷

Mit dieser Diagnose steht Grotius vor einem erkenntnistheoretischen Problem. Wenn es in der Natur Gesetze gibt, so bedeutet dies nicht notwendig, dass der Mensch diese auch zu erkennen in der Lage ist. Um die Möglichkeit der Erkenntnis des Naturrechtes zu sichern, behauptet er, es gäbe zwei Methoden des Beweises⁷⁸ eines naturrechtlichen Satzes. „A priori“⁷⁹ ist die notwendige Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung mit der Natur des Menschen zu zeigen. „A posteriori“ könne davon ausgegangen werden, dass dem Naturrecht das entspreche, was bei allen Völkern –

strukturellen Gleichheit passen sich dieser Struktur an und verweisen Distributionsprobleme jenseits der Prinzipien eines kapitalistischen Handelssystems an bspw. Nothilfe-Programme.

⁷⁵ Grotius 1950 S. 51.

⁷⁶ Grotius 1950 S. 12.

⁷⁷ Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass Grotius Methode darin besteht, jedes aufgestellte Gesetz danach zu überprüfen, ob es sich im Naturrecht, dem mosaischen Gesetz, dem Evangelium und der Geschichte wieder finden lässt. Das Alte und Neue Testament übernehmen hier ebenso wie die Geschichte eine wichtige argumentative Funktion. Grotius ist eindeutig noch kein säkularer politischer Philosoph.

⁷⁸ Beweis ist hier im Sinne der Rechtfertigung der Erkenntnis, nicht im Sinne der Rechtfertigung der Geltung gemeint.

⁷⁹ Grotius Verwendung von „A priori“ und „A posteriori“ entspricht nicht mit der modernen Verwendung. Es handelt sich hierbei nicht um Elemente einer Transzendentalphilosophie.

oder zumindest den gesitteten Völkern, wie Grotius einschränkt – als Teil dessen angenommen werde.⁸⁰

Die Erklärung, wie aus der Natur des Menschen auf das Naturrecht zu schließen sei, nimmt Grotius in der Konstruktion eines Naturzustandes vor. In einer ersten Naturzustandskonzeption beschreibt Grotius die menschliche Natur als geprägt sowohl von ursprünglicher Selbstbehauptung als auch von Soziabilität. Dieser Gemeinschaftssinn ist ein nicht weiter abzuleitendes Phänomen. Aus dieser Beschreibung der menschlichen Natur versucht Grotius nun Aussagen über das Naturrecht abzuleiten.

Um zu verstehen, wie ohne eine ausführliche Theorie der rechtlichen Übereinkunft die Geltung von Rechten legitimiert werden kann, bedarf es einer Zusatzannahme. Es ist davon auszugehen, dass dem Menschen das Recht an seinem eigenen Leben, Körper und Freiheit immer schon zu eigen ist. Ohne diese könnte kein Wesen sich selbst behaupten, sie sind also eine notwendige Voraussetzung aller weiteren natürlichen Verhältnisse unter Menschen. In diesem Stadium kann von einem Eigentumsrecht, welches in libertären Positionen als primäres Recht rekonstruiert wird, nicht die Rede sein. Besitz ist das einzige in der Natur gegebene Verhältnis zu äußeren Gegenständen. Wenn nun jedes Wesen nach Selbstbehauptung strebt, aber ein jedes nur über die Güter des augenblicklichen Besitzes verfügen kann, so ist eine Realisierung weiterer Pläne nur möglich, wenn minimale Bedürfnisse oder allgemeine uneingeschränkte Kooperation vorherrschen. Die Bedürfnisse des Menschen erweitern sich aber im Verlaufe seiner Entwicklung aus dem Naturzustand heraus ebenso, wie seine Bereitschaft zu uneingeschränkter Kooperation zurückgeht.⁸¹ Das positive Recht, das anfänglich eher als eine stillschweigende Einrichtung zu verstehen ist, dient dem Wohl der Gesellschaftsmitglieder, die sich im

⁸⁰ Der allgemeine Konsens über die Inhalte des Naturrechts zeichnet eine moderne Legitimationsmethode moralischer Aussagen vor. Neben seiner Berufung auf die reine Vernunft oder die göttliche Offenbarung verweist Grotius auf die Objektivität moralischer Aussagen. Er schränkt jedoch ein, dass der allgemeine Konsens nicht so sicher wie die apriorische Methode sei. Während Grotius oft so interpretiert wird, als neige er zu einem moralischem Realismus in dem Sinne, dass er eine irreduzible normative Struktur der Natur postuliere, kann bei ihm sogar die schwächere These gefunden werden, dass Objektivität ein Kriterium für das moralisch Gute ist. Allerdings ist sein moralischer Objektivismus sekundär gegenüber dem moralischen Realismus, insofern er allein in einer realistischen Position gedacht wird.

⁸¹ Es ist möglich, dies als eine Verfallsgeschichte ähnlich des von Rousseau beschriebenen Ausgangs aus dem Naturzustand zu verstehen. Die Parallelen zur ursprünglichen Güte des Menschen und seiner kulturellen Verderbnis sind augenfällig. Wie auch später bei Rousseau gibt es keine Notwendigkeit für die Verfallsgeschichte. Sie ist einfache historische Tatsache.

Zuge der Ausdifferenzierung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowohl räumlich verstreuen, wie auch die Geisteshaltung verlieren, die ein allgemeines Eigentum erlaubt. Die diesem Umstand entsprechende Einrichtung rechtlicher Zustände, die Verteilung der natürlichen Güter und die damit einhergehende Entwicklung von Eigentumsverhältnissen steht für Grotius im Einklang mit dem Naturrecht.

Obwohl bei Grotius nicht im vollen Sinne von einer wirklichen Vertragstheorie die Rede sein kann, beschreibt er den Übergang vom Naturzustand zur Gesellschaft doch als einem Vertrag analog. Es handelt sich allerdings um einen langsamen und naturnotwendigen Prozess. Dessen Grundlage ist kein Willensakt der Beteiligten. Die üblichen problematischen Formulierungen, nach denen die Gesellschaftsmitglieder um einer späteren Entwicklung willen gesellschaftliche Systeme entwickeln, finden sich bei Grotius kaum. Während es in späteren Vertragstheorien oft so aussieht, als hätten die Vertragspartner schon über das vollkommene Wissen über die Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen verfügt, bevor sie eine Gesellschaft bildeten, kann Grotius dank der Zusatzannahme der Soziabilität in seiner Anthropologie auf diese Figur verzichten.⁸² Seine Naturzustandsbewohner sind im Gegensatz zu den rein rationalen Menschen etwa bei Hobbes besser in der Lage einem Vertrag den Vertrauensvorschuss zu geben, der zum Zustandekommen notwendig ist.

Dennoch handelt es sich hier um ein Modell der Rechtsordnung, welches diese als durch gesellschaftliche Übereinkunft konstituiert begreift. Das Recht, speziell das Eigentumsrecht, gewinnt nicht den Status eines ursprünglichen Naturrechts, welches es später bei Locke erhalten wird. Insofern ist seine Struktur auch prinzipiell reversibel.⁸³ Eigentum muss also immer als ein positives Recht betrachtet werden, und als solches kann es nicht schon vor staatlichem Handeln existieren, was es aber müsste, um gemäß der von Nozick aufgestellten These staatliches Handeln zu

⁸² Das Erklärungsmodell, wonach die zukünftigen Vertragsschließenden immer schon vorher über vollständiges Wissen um die Folgen des Vertrages wissen, macht sich mit der Bedingung der vollständigen Information und Rationalität Elemente zueigen, die in einer genetischen Erklärung nicht auftreten dürfen. Reale Vertragsschließende sind nicht vollständig informiert und rational. Für ein Gedankenexperiment im Rahmen einer Legitimationstheorie können diese Annahmen zulässig sein.

⁸³ Allerdings setzt er sich auf diese Weise der später von Hume formulierten Kritik aus, dass eine stillschweigende Einwilligung in eine natürliche Entwicklung, also eine Art stillschweigender Vertrag keine Rechtfertigung bilden kann. Dem ist aber entgegenzuhalten, dass Grotius eine eigentümliche Übereinstimmung von natürlicher Entwicklungsnotwendigkeit und moralischem Gut annimmt. Die Rechtfertigung liegt nicht darin, dass Menschen einem Vertrag stillschweigend zugestimmt haben, sie liegt vielmehr darin, dass die Entwicklung dieses scheinbaren Vertrages mit der menschlichen Natur übereinstimmt. Vgl. *Vertragstheorie* und dort die Diskussion der Theorie Lockes.

begrenzen. Wenn das Eigentumsrecht eine Begrenzung staatlichen Handelns ist, dann handelt es sich hier immer schon um eine Selbstbegrenzung des Staates, also ebenfalls schon um staatliches Handeln.

In Grotius Anthropologie wird die menschliche Natur als geprägt vom Widerstreit der natürlichen Soziabilität und der asozialen Leidenschaften beschrieben. Obwohl der Mensch naturgemäß ein Gesellschaftswesen ist, tendiert er doch zu Handlungen, die das gesellschaftliche Leben zu zerstören vermögen. Die Lösung für dieses Problem ist für ihn zweifach. Vernunft und Autorität des Gesetzes sind für die Einhaltung des gesellschaftlichen Friedens⁸⁴ zuständig. Die Vernunft erlaubt die Erkenntnis des natürlichen Rechts und dessen Umsetzung in Gesetz, die Autorität des Gesetzes entstammt den ersten, naturgegebenen Rechten des Menschen. Recht ist demnach von einem Herrscher im Einklang mit der Natur gegebenes Gesetz.⁸⁵ Seine unbedingte Geltung verdankt es seinem Einklang mit den Gesetzen der Natur, dem Rechtssetzungsakt eines Herrschers und der angedrohten Strafe. Die Rolle der natürlichen Rechte muss als eine konstitutive für das staatliche Recht verstanden werden, und nicht wie bei Nozick als Infragestellung dessen.

Eine Präzisierung der Theorie der Geltung des Rechts findet sich bei Samuel Pufendorf. Er repräsentiert das Ende der weitgehend säkularen Naturrechtstheorie, wie Grotius ihren Anfang repräsentierte. Er reagiert bereits auf die Schriften von Thomas Hobbes, dessen noch im Naturrecht verankerte Theorie den Schritt zur Vertragstheorie unwiderruflich vollzogen hat. Pufendorf versucht zu erweisen, dass die Annahme Hobbes, der Vertragsschluss des Gesellschaftsvertrages beruhe auf

⁸⁴ Grotius hat sein Ziel der Etablierung eines objektiv begründeten Herrschaftssystems dadurch angreifbar gemacht, dass er in „Inleidinghe tot de Hollandsche Rechtsgeleertheydt“ davon ausgeht, dass bestimmte Rechte der Person nicht veräußerlich sind, so das Leben, der Körper, die Freiheit und die Ehre. Über diese hätte somit auch die weltliche Herrschaft keine Gewalt, sie wäre wiederum eingeschränkt.

Diese scheinbaren Widersprüche lassen sich erklären, wenn sie auf ihre jeweilige Begründung zurückgeführt werden. Die Gewährung eines Widerstandsrechtes entspricht Grotius Verständnis des Naturzustandes des Menschen und des Naturrechts. Ihre Einschränkung geht aber darauf zurück, dass das positive Recht, die staatliche Ordnung gerade darauf abzielt, diese und das Wohl des Einzelnen für alle Gesellschaftsmitglieder zu schützen. Daher kann im eigentlichen Sinne dem Staat nicht widerstanden werden, ohne auch das eigene Wohl zu gefährden. Die allgemeine Ordnung steht für Grotius – auch entsprechend seiner historischen Situation – an oberster Stelle des Rechts, denn nur sie kann die Garantie für die felicitas temporalis des Staatsvolkes sein.

⁸⁵ Diese Kombination von Autoritätsbegründung und Naturbegründung des Rechts stellt Grotius in eine Zwischenstellung zwischen einem Voluntarismus, der die Normativität des Rechts von der verordnenden Autorität abhängig macht, und einem Realismus, der in der Natur normative Strukturen vermutet, die nicht weiter auf autoritative Setzungen reduzierbar ist.

reinem Kalkül der Menschen, zu einfach ist. Vielmehr müsse angenommen werden, dass im Menschen eine grundlegende Gemeinschaftsfähigkeit und -willigkeit bestehe, um das Zustandekommen von Anerkennungsverhältnissen und Verträgen überhaupt erklären zu können.⁸⁶ Die Zusatzbedingungen, die Pufendorf mit der Soziabilität und der Anerkennung der anderen Menschen als in derselben Lage und als Gleiche einführt, erweisen, wie die üblichen Dilemmata überwunden werden können, die unter rationalen Egoisten auftreten. Denn nur wenn das rationale Eigeninteresse überwunden wird, ist der vorbehaltlose Schluss eines Vertrages überhaupt denkbar.

Pufendorf konstruiert ebenso wie vor ihm schon Grotius und Hobbes einen Naturzustand. Er nutzt diesen nicht zur genetischen Erklärung der Gesellschaft, sondern als Rechtfertigungsszenario. In diesem konstruierten Naturzustand beziehungsweise in jedem vorvertraglichen Zustand, verfügen Menschen nur über ein einziges Recht, und zwar das Recht der Selbsterhaltung. Dieses Recht schließt zwar sicherlich Notwehr mit ein, im Gegensatz zur Hobbesschen Konstruktion⁸⁷ aber wird das Recht zu strafen explizit ausgenommen. Dieses kann erst in einer Gesellschaft gelten. Die ursprüngliche Selbstbehauptung heißt bei Pufendorf ‚libertas‘, das Recht über die eigenen Handlungen. Ihre Konstatierung ist das erste aller Axiome des Naturrechts. Die anderen möglichen Rechte, die diskutiert werden – imperium, das Recht über eines anderen Handlungen, dominium, das Recht über den eigenen Besitz und servitus, das Recht über eines anderen Besitz – sind erst durch Vereinbarung möglich. Die libertas besteht von Beginn eines Lebens an. Wie auch bei Grotius ist alles weitere Recht, insbesondere das Eigentumsrecht, auf der

⁸⁶ Von Grotius lässt er sich die Trennung der menschlichen Natur in Selbstbehauptung und Soziabilität vorgeben. In der Literatur findet sich die These, Pufendorf räume der Soziabilität nur einen untergeordneten Status ein. Dies werde nur teilweise durch seine Hobbeskritik überdeckt. Die Rolle, die der Soziabilität in der Theorie Pufendorfs zukommt, lässt diese These aber fragwürdig erscheinen. Während bei Grotius der Sozialtrieb gleichberechtigt neben dem Selbstinteresse steht, hat Hobbes gezeigt, dass das Selbstinteresse eine notwendige Bedingung menschlichen Lebens ist, eine hinreichende Erklärung gesellschaftlicher Zustände jedoch auch ohne den Begriff der Soziabilität möglich sei. Die Ablehnung des Begriffs der Soziabilität verdankt sich insbesondere dessen Herkunft aus der antiken Tradition und seinem methodischen Status. Er stammt aus der aristotelischen Theorie des Politischen, in der das grundlegende Axiom das des *zoon politicon* ist. Dieses Axiom hat aber Hobbes zufolge vielmehr teleologischen als empirischen Charakter. Seine Verwendung sei daher immer schon in eine normative Theorie eingebettet. Bei der Erklärung des Zustandekommens von Normen ist gemäß des Hobbesschen Denkens nur Empirisches zu beachten. Das *zoon politicon*-Axiom wäre demnach für die Erklärung gesellschaftlicher Zustände unzulässig. Pufendorf zeigt jedoch, dass die Soziabilität mehr ist als ein teleologisches Konzept. Sie ist ihm zufolge für das Gelingen der Selbstbehauptung notwendig.

⁸⁷ Die Hobbessche Vertragstheorie wird im Kapitel *Kontraktualistische Positionen* umrissen.

Basis gesellschaftlicher Übereinkunft bzw. Gesetzgebung konstituiert. Insofern kann auch Pufendorf nicht als Garant für das Postulat von Eigentumsrechten gelten, die staatlichem Handeln voraus gehen. Die Eigentumsordnung ist in naturrechtlichen Theorien durchweg Teil des positiven Rechts und nicht dessen Begrenzung.

Das Recht der *libertas* jedoch ist gottgegeben, und zwar in dem starken Sinne, dass Gott hier als Gesetzgeber fungiert hat. Weil Pufendorf davon ausgeht, dass Rechte immer nur im Bezug und auf der Basis eines Gesetzes existieren können, ist auch dieses Recht gegenüber dem Naturrecht – im Sinne von Gesetz – sekundär. Es entspringt dem Naturrecht, welches durch die Schöpfung gegeben ist. Das Ableitungsverhältnis ist also ein anderes als bei Grotius, der das Recht als primär, und das Gesetz als Ableitung davon annimmt. Der *libertas* entspricht die Pflicht aller anderen, die Freiheit des Einzelnen nicht einzuschränken.

Pufendorf zufolge sind Rechte und Pflichten gegenüber dem Gesetz sekundär. Das Gesetz entsteht durch die Rechtssetzung eines Höherstehenden, allerdings nicht nur auf der Basis von Strafandrohung, sondern auch auf der Basis einer Legitimation durch gute Gründe. Es gehört demnach zum Begriff des Gesetzes, dass seine Nichtbeachtung sanktioniert wird. Die Legitimation des Gesetzes übernehmen hingegen Vernunftgründe. Die Rechtfertigung der jeweiligen gesetzlichen Pflichten und der Strafandrohung besteht darin, dass der Verpflichtete es rational einsehen können muss, dass der Gesetzgeber ihm Sanktionen für den Fall des Gesetzesbruchs androht. Die Strafandrohung ist als eine Teil der Gesetzgebung zu verstehen, nicht als zusätzliches Kriterium der Herrschaftslegitimation. Diese Konstruktion kennzeichnet Pufendorf als Voluntaristen, der die Geltung des Rechts von der Setzung durch eine Autorität abhängig macht. Mit der Forderung nach der Einsicht des Verpflichteten versucht Pufendorf den Regress zu umgehen, der immer wieder die Frage nach den Gründen, der Autorität zu gehorchen, aufwirft. Diese Struktur wirft bereits in Anwendung auf das positive Recht eines weltlichen Herrschers ein Interpretationsproblem auf. Wenn die Sanktionsmöglichkeit als Rechtfertigung eines Herrschers verstanden wird, bleibt unklar, was es bedeuten soll, dass die Geltung des Gesetzes von anderen Kriterien abhängen kann als der Fähigkeit zur Androhung von Strafe. Dieser Frage widmet sich Pufendorf wie später dargestellt ausführlich.

Weitgehend unbeantwortet muss er aber die Frage lassen, wie das Naturrecht gerechtfertigt ist. Er greift zu diesem Zweck auf eine religiöse Konstruktion zurück,

die bereits von Grotius bekannt ist. Demnach hat Gott die Welt mit einer bestimmten Natur geschaffen. Da er die Welt aber einmal so geschaffen hatte, war das Naturrecht auch nur so denkbar, denn Gott widerspricht sich nicht selbst.⁸⁸ Somit sind die Gesetze des Naturrechts in erster Linie abhängig von der kontingenten Natur des Menschen. Darüber hinaus sind sie – um ihrer weiteren Rechtfertigung willen – gottgewollt. Der Wille Gottes leistet aber keinen systematischen Beitrag in der Rechtfertigungsproblematik. Nach Pufendorfs Konstruktion der Rechtsgeltung muss die verpflichtete Person die Gesetzgebung aus rational erfassbaren Gründen nachvollziehen können. Im Falle des göttlichen Rechts ist es nicht ganz klar, was diese Forderung bedeuten kann, wenn man die Pufendorfsche Überzeugung in Rechnung stellt, dass Gott und Mensch keine moralische Gemeinschaft bilden können.⁸⁹ Pufendorf muss also in Hinsicht auf das Naturrecht eher als Realist angesehen werden. Er folgt Grotius darin, dass es durch die einmal geschehene Schöpfung nicht weiter reduzierbare normative Strukturen gibt, die die Geltung des Naturrechts garantieren. Im Gegensatz zu Grotius wird Pufendorf jedoch eine Theorie dieser Strukturen vorlegen, die auf den Begriff des natürlich Guten zurückgreift.

In diesem Zusammenhang lässt sich die Ähnlichkeit der Positionen von Grotius und Pufendorf gut erkennen. Beide gehen davon aus, dass das Naturrecht direkt von der menschlichen Natur abhängt, und ebenso davon, dass es nach vollbrachter Schöpfung durch Gott nur so gestaltet sein kann, wie es dieser Natur entspricht, obwohl Gott vor dem Schöpfungsakt vollkommen frei war, die Natur so oder anders zu gestalten. Der zentrale Unterschied ist darin zu finden, dass Pufendorf im Gegensatz zu Grotius das Gesetz als primär betrachtet, während Grotius davon ausgeht, dass das angeborene Recht primär ist, und sich das Gesetz davon ableiten lässt.

Die irdische Gesetzgebung kann sich im Gegensatz zum Naturrecht nicht umstandslos auf die Rechtfertigung durch Gottes Wille und die Natur des Menschen

⁸⁸ Alle Spekulationen darüber, wie und ob Gott die Welt anders hätte schaffen können erklärt Pufendorf zwar für müßig, doch er besteht darauf, dass Gottes Willen darin keine Grenzen gesetzt waren.

⁸⁹ Eine gegenteilige Überzeugung findet sich bei Cumberland, der gerade davon ausgeht, dass Gott und Mensch eine moralische Gruppe bilden können, in der gegenseitige Beziehungen bestehen können, wie sie auch unter Menschen bestehen. Pufendorf als Lutheraner lehnt dies ab, die einzige Verpflichtung, die Gott dem Menschen gegenüber haben kann, kann ihm zufolge aus einem Versprechen seinerseits hervorgehen.

stützen. Positives Gesetz und ebenso Moralität versteht Pufendorf als menschliche Konstruktionen. Moral ist demnach keine Eigenschaft, die der physischen Welt inhärent wäre, Werte sind keine natürlichen Eigenschaften von Dingen.⁹⁰ Aufgrund ihrer Quelle im Menschen, kann es von Moralität und Gesetzen jedoch demonstratives Wissen geben.⁹¹ Diese epistemologische Vereinfachung muss Pufendorf aber damit abgelten, dass die Rechtfertigung der Moralität und des Gesetzes nun schwerer fallen. Er kann nicht wie Grotius ohne weiteres auf ein natürliches Faktum verweisen, sondern muss ein anderes Kriterium für Moralität erweisen. Indem Pufendorf die Legitimation des positiven Rechts und der Moralität an weltliche Kriterien bindet, entfernt er sie vom Naturrecht und eröffnet somit überhaupt erst das Legitimationsproblem.

Das positive Recht steht gleichwohl in Rechtfertigungsbeziehung zum Naturrecht. Die positiven Gesetze sind dem Naturrecht insofern unterworfen, als das positive Recht dem Naturrecht nicht widersprechen darf, wenn es legitim sein soll. Ebenso verhält es sich mit den moralischen Gesetzen, deren Ableitungsverhältnis Pufendorf in eins mit dem des positiven Rechts konstruiert.⁹² Das Verhältnis zwischen Naturrecht und positivem Recht kann aber nicht so direkt sein wie bei Grotius. Pufendorf muss aufgrund seiner Bestimmung von Moralität als menschlicher Konstruktion zugestehen, dass positives und natürliches Recht auseinander fallen können. Während Grotius in der Diskussion des menschlichen Rechts und der Moralität in erster Linie vor einem Erkenntnisproblem steht, stellt sich für Pufendorf zuerst ein Legitimationsproblem.

Das Legitimationsproblem bezüglich des positiven Rechts, ebenso wie das Erkenntnisproblem erben moderne libertäre Ansätze, mit der Konstruktion naturgegebener Rechte des Menschen. Gerade das Legitimationsproblem ist es, welches dem zitierten Satz Nozicks Gewicht verleiht. Positives Recht kann demnach

⁹⁰ Mit dieser Aussage geht für Pufendorf keine antirealistische These einher. Er behauptet nur, dass der Ursprung der Moralität ein anderer sei. Moralische Entitäten sind für ihn *Modi*, die ihr Dasein der menschlichen Natur verdanken. Aus dem anderen Ursprung folgt für Pufendorf nicht, diese *Entia moralia* existierten nicht wirklich. Da sie aber auch keine natürlichen Entitäten sind, griffe nicht einmal Mackies Argument from Queerness, wenn diesem denn beigegeben würde. Pufendorf müsste in der modernen Kategorisierung der realistischen Positionen als Secondary-Quality Theoretiker eingeschätzt werden. Vgl. Mackie 1990, S 38 ff.

⁹¹ Demonstratives Wissen bedeutet hier das Wissen des Schöpfers über seine Schöpfung, ein Wissen, welches über das naturwissenschaftlich erreichbare Wissen hinausgeht.

⁹² Die moderne Trennung von politischer und individueller Ethik ist bei Pufendorf noch nicht ausgebildet.

nur bis zu einer natürlichen Grenze legitimiert werden, wenn der Mensch tatsächlich von Natur aus Rechte hat. Die von Nozick indirekt aufgestellte These bindet die Legitimität positiven Rechts direkt an die vom Naturrecht gesetzten Grenzen. Positive Rechte können nur dann legitim sein, wenn ihr Inhalt dem des Naturrechts nicht widerspricht. Wie aber der Inhalt des Naturrechts zu erkennen und in positives Recht umzusetzen ist, bedarf einer ausführlicheren Darlegung des Inhalts und der Herkunft des Naturrechts. Eine solche Explikation findet sich exemplarisch bei Pufendorf durchgeführt. Anhand dieser Theorie und ihrer Abgrenzung von der einfacheren Position Grotius' kann aufgewiesen werden, welcher zusätzlichen Elemente eine Theorie bedarf, die positives Recht vom Naturrecht abhängig macht.

Grotius Theorie der Rechtsinhalte kann in eins mit seinen Ausführungen zur Rechtsgeltung gelesen werden, da er eine direkte Verbindung von Naturrecht und positivem Recht annimmt. Wenn das Verhältnis von Naturrecht und positivem Recht kein so direktes ist, wie Grotius vorschlägt, sondern kompliziertere Ableitungsverhältnisse angenommen werden müssen, dann kann eine direkte Setzung von Rechtsinhalten, die staatliches Handeln begrenzen, nicht allein auf das Faktum persönlicher Rechte rekurrieren. Schon bei Pufendorf wird das Problem offenbar, welches sich mit der Differenzierung zwischen Naturrecht und positivem Recht bzw. zwischen Naturrecht und menschlicher Moral ergibt. Mit dem Zug, Naturrecht und menschliches Recht zu trennen, gehen zwei Brüche mit der Tradition einher. Der erste ist offensichtlich die Option, Moralität ohne Gott zu diskutieren. Moralität ist allein vom Menschen geschaffen. Damit ist die Auslegung des Naturrechts nicht mehr die Aufgabe der Theologie, von dieser Seite kann keine Rechtfertigung erfolgen. Der zweite Bruch beruht auf einer metaphysischen These, die weitere Bedeutung für die Definition des Guten haben wird, ebenso wie für die noch nicht ganz geklärte Frage, welchen Status die Soziabilität hat. Pufendorf behauptet, dass ‚gut‘ und ‚existent‘ nicht koextensiv sind. Daraus folgt automatisch, dass es etwas geben kann, was nicht gut ist, dass die Schöpfung als der Ausdruck von Gottes Wille nicht die definierende Einheit für Moralität sein kann.

‚Gut‘ wird bei Pufendorf vielmehr in zwei Begriffe segmentiert. Natürlich gut ist das, was einem oder mehreren anderen hilft, sie schützt oder fördert. Er begreift dieses Kriterium als ein objektives, unabhängig von menschlichen Wünschen. Diesem natürlichen Guten ist zwar auch die Gesetzgebung verpflichtet, sie erschöpft sich aber nicht darin. ‚Moralisch Gut‘ bedeutet in erster Linie ‚im Einklang mit dem

Gesetz‘, ‚gesetzgemäß‘. Das moralisch Gute ist also nicht unabhängig vom natürlichen Guten, die beiden Bereiche sind aber auch nicht deckungsgleich. Menschen sind aufgrund ihrer Psychologie meistens so disponiert, dass sie den Gesetzen des Naturrechts folgen. Wenn die Gesetze so sind, dass sie dem Naturrecht entsprechen, so wird damit normalerweise auch dem moralischen Gesetz folge geleistet. Um der Fallibilität des moralischen Handelns Rechnung zu tragen, gesteht Pufendorf hier ein, dass Menschen oft genug etwas wollen, was ihrem natürlichen Gut nicht entspricht.

Das Verhältnis zwischen natürlichem und positiven Recht lässt drei Möglichkeiten für Handlungen zu. Idealerweise entsprechen sie sowohl dem Naturrecht, wie auch dem positiven Recht. Dies ist aufgrund unserer kontingenten Psychologie der Normalfall. Viele Dinge, die natürlich gut sind, sind allerdings nicht moralisch gut, weil sie nicht auf der Basis des Gesetzes geschehen. Darunter sind besonders die Vorteile zu verstehen, die Menschen aus der belebten und unbelebten Natur empfangen. Denn allein Menschen sind dem Gesetz unterworfen und in der Lage, ihm gemäß zu handeln. Das Gut, welches der Mensch etwa durch Leistungen von Tieren erhält, ist kein moralisches, aber durchaus ein natürliches Gut. Handlungen, die dem natürlichen Recht, nicht aber dem positiven Recht entsprechen, ergeben sich nur in Situationen ungerechter Gesetze. Für diesen Fall stellt sich die Frage nach dem Widerstandsrecht, welches Pufendorf nur sehr eingeschränkt zugesteht. Er legt für solche Situationen nahe, aus dem Geltungsbereich des positiven Rechts zu fliehen.⁹³ Die dritte Möglichkeit ist, dass moralisch gute Handlungen nichts natürlich Gutes hervorbringen. Die Gesetzgebung kann weitere Bereiche abdecken als das Naturrecht. Während das Naturrecht objektiv ist, können die darüber hinausgehenden Gesetze beliebig divergieren, weil sie nur vom Gesetzgeber abhängen. Daraus folgt unter anderem, dass die konsequentialistische Analyse einer Handlung kein Maßstab für ihre moralische Güte ist. Die konsequentialistische Analyse kann nur das

⁹³ Pufendorfs Theorie ist durchaus zur Legitimation absoluter Herrschaft herangezogen worden. Allerdings steht dabei zu beachten, dass die Achtung der libertas ein allgemein verbindliches Kriterium für das positive Recht ist, und darüber hinaus eine ähnliche Konstruktion möglich erscheint, wie sie schon bei Grotius auftaucht. Das Vertragsargument, welches sich auf den Willensakt der Vertragspartner beruft, kann so rekonstruiert werden, dass Personen bestimmte Dinge – etwa die Aufgabe ihrer Selbsterhaltung – nicht wollen können. Die dreifache Einschränkung der Herrschaft durch die Notwendigkeit rational einsehbarer Gründe, die zu achtende libertas und das Vertragsargument legt eher eine Interpretation nahe, die Grenzen absoluter Herrschaft absteckt.

natürliche Gut in Betracht ziehen, dies ist aber kein notwendiger Indikator für moralische Güte.

Somit klafft zwischen natürlichem und positivem Recht eine erkenntnistheoretische Lücke. Anders als beim menschlichen Recht und der Moralität haben Menschen natürlich kein demonstratives Wissen vom Naturrecht. Pufendorf löst dieses Problem, indem er dem Menschen die Fähigkeit zuspricht, das natürliche Recht durch Verstandeskraft zu erkennen.⁹⁴ Diese Erkenntnis ist zwar weniger präzise als die mathematische, doch die Bereiche Recht und Mathematik bedürfen nicht der gleichen Genauigkeit.⁹⁵ Die Tätigkeit des Verstandes zur Erkenntnis des Naturrechtes ist analog der empirischen Wissenschaft. Pufendorf geht davon aus, dass alle Axiome des Naturrechts wie der Wissenschaften aus der Erfahrung stammen und Gültigkeit beanspruchen können. Dem erkenntnistheoretischen Problem wirkt auch die Ähnlichkeit von Bedürfnisökonomie und Naturrecht entgegen. Das Naturrecht entspricht der Natur des Menschen so sehr, dass es nahezu immer das fordert, was ohnehin zum Vorteil des Menschen ist. Daher ist die Deduktion aus dieser Natur und den Vorteilen des Menschen möglich. Beispielsweise leitet Pufendorf aus der ursprünglichen Selbstbehauptung und der menschlichen Bedürftigkeit das erste natürliche Gesetz ab. Dieses fordert, dass jeder Mensch seine Soziabilität soweit wie möglich kultivieren und mit anderen im friedlichem und kooperativem Miteinander leben solle.⁹⁶ Analog funktionieren die Ableitungen der anderen Gesetze, die sich alle am Ziel des friedlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens orientieren. Diese Übereinstimmung von psychologischer Beschaffenheit und natürlichem Recht stellt eine von zwei Erklärungsstrategien dafür dar, dass Menschen sich dem Gesetz entsprechend verhalten und verhalten sollen. Die andere Erklärungsstrategie ist die

⁹⁴ Pufendorf weist darüber hinaus darauf hin, dass die menschliche Natur sich gerade durch die Empfänglichkeit für das Naturrecht von der tierischen unterscheidet. Ohne die Leitung durch das Naturrecht wären menschliche Handlungen ebenso wie natürliche, nicht-moralische Qualitäten wie die der übrigen Natur.

⁹⁵ Hierin liegt natürlich eine Aufnahme der Aristotelischen Doktrin, unterschiedliche Wissenschaften seien unterschiedlichen Graden der Klarheit fähig, die in der Nikomachischen Ethik formuliert wird.

⁹⁶ Ein Vergleich mit dem allgemeinen Rechtsgebot Kants liegt hier nahe. Allerdings ist Kants Rechtsgebot aus transzendentalphilosophisch begründet, während Pufendorf noch in dem verharret, was Kant als dogmatische Philosophie bezeichnet hat.

oben aufgeführte Geltung des durch Autorität gesetzten und durch vernünftige Gründe gerechtfertigtem, aber auch durch Sanktionsandrohung gestützten Gesetzes.⁹⁷

Die Prinzipien des Naturrechtes, die für die Rechtfertigung und inhaltliche Bestimmung des positiven Rechts wie der Moralität einzustehen haben, unterscheiden sich zwischen den der Naturrechtstheorie zuzuordnenden Autoren stark. Grotius akzeptiert sowohl Vernunftkenntnis, den Konsens der Völker, wie auch die menschliche Soziabilität und das offenbarte Recht einer Minimalreligion als Grundlage der Ableitung der Prinzipien des Naturrechts. Pufendorf schränkt dies auf die Vernunftkenntnis und die Soziabilität ein. Das verbindende Konzept besteht in dem Versuch, aus der Natur des Menschen auf Eigenschaften der Moralität zu schließen. Diese Natur wird dabei zwar anfänglich noch im aristotelischen Rahmen teleologisch gedeutet, doch schon bei Grotius entwickelt sich die Abkehr von diesem Interpretationsmodell und der Versuch, empirische Erkenntnisse einzufordern. Eine Abkehr von theologischen oder teleologischen Naturverständnissen mag einer Naturrechtstheorie möglich sein. Der Verzicht auf eine Theorie der Natur des Menschen ist es jedoch nicht. Wie bei Grotius und Pufendorf gesehen, stehen Begriffe wie ‚Soziabilität‘, ‚Gemeinschaftlichkeit‘, ‚Anerkennung‘ und ‚Vernunft‘ im Mittelpunkt einer solchen Theorie. Damit geht sie aber immer schon über das einfache Postulat von naturgegebenen Rechten hinaus. Darüber hinaus kommen Naturrechtstheorien kaum umhin, eine Vorstellung von der Übereinkunft auf positive Rechte zu präsentieren, die mit der genannten Theorie der menschlichen Natur vereinbar ist. Zumindest dies müsste ein libertärer Ansatz leisten, um das Postulat natürlicher Rechte und ihrer begrenzenden Wirkung für das positive Recht zureichend zu begründen.

⁹⁷ Mit dieser Einschätzung bestätigt sich auch, dass die Rolle Gottes in Pufendorfs Moralwissenschaft keine tragenden Funktion mehr erfüllt. Alle Konstruktion des Rechts und der Moralität wie auch alle Rekonstruktion des Naturrechts können ohne Bezug auf eine Gottheit geschehen.

Pufendorf unterscheidet die Rechtssetzung in vier Bereiche. Der erste, der durch die libertas strukturiert wird, ist allein dem Naturrecht geschuldet. Die anderen Bereiche lassen sich gemäß einer Dreiteilung der Verhältnisse einordnen, in denen Menschen zueinander stehen. Sie begegnen sich schlicht als Menschen, als Mitglieder von Familien und als Mitglied öffentlicher oder politischer Vereinigungen. Dem entspricht die klassische Dreiteilung von individuellen, ökonomischen und bürgerlichen Verhältnissen. Die zentrale einheitsstiftende Funktion erfüllt jedoch in allen diesen Beziehungen die menschliche Soziabilität. Diese kann wie bereits dargestellt auf zwei Weisen – als weiter reduzierbares Instrument der Selbsterhaltung und oder als grundlegende Eigenschaft – konstruiert werden. Der Hobbesschen Theorie des Selbstinteresses steht allerdings die tragende Rolle gegenüber, die Pufendorf der Gemeinschaftlichkeit in allen Gesetzesbereichen zuschreibt. Es muss davon ausgegangen werden, dass er wie Grotius Soziabilität als nicht weiter ableitbare, natürliche Eigenschaft des Menschen sieht.

Neben der klassischen Position der Naturrechte stünden libertären Theorien Begründungsverfahren zur Verfügung, die auf dem Vernunftrecht, dem Begriff der Menschenwürde, absoluten Werten im Sinne der Selbstzweckhaftigkeit des Menschen, oder transzendentalen Argumenten beruhen. Gerade der Naturrechtsgedanke steht aber im Verdacht, immer schon ein bestimmtes von westlicher Kultur geprägtes Menschenbild vorauszusetzen, welches erst in einem zweiten Schritt in den Naturzustand hinein projiziert wird. Somit begehen Versionen dieser Begründung, die nicht plausibel machen, wie es in der Natur vorrechtliche Ansprüche geben kann eine *petitio principii* und verlieren den angestrebten Anspruch auf Universalität. Libertäre Ansätze dieser Struktur kommen durch diesen Schlussfehler zu dem Ergebnis, Verteilungsgerechtigkeit läge dann vor, wenn ein festes System von Eigentumsrechten und Übertragungsverfahren etabliert ist, und sich alle an dieses gehalten haben. Der Schlussfehler ist offensichtlich, wenn man beachtet, dass zentrale Bestandteile des Ergebnisses wie die festen Eigentumsrechte und die Einschränkung auf rechtsgemäße Übertragungsverfahren bereits in den Voraussetzungen gegeben sind.

Was aber begründet die Annahme, die Freiheitsrechte des modernen Staates seien sowohl dem Menschen von Natur aus gegeben, als auch für die Definition von Gerechtigkeit ausreichend? Weder kann man ohne weiteres davon sprechen, Rechte seien eine Form der natürlichen Ausstattung des Menschen, noch ist es angemessen, wenn die Existenz von naturgegebenen Rechten zugestanden würde, die Abwehrrechte im Gegensatz etwa zu sozialen oder ökonomischen Rechten heranzuziehen. Rechte müssen in irgendeiner Form begründet werden, wie es instrumentalistische, konsequentialistische oder transzendentalphilosophische Ansätze tun. Nur dann haben sie einen Geltungsanspruch, der nicht von ideologischen Zufällen abhängt. Aus dieser Begründung muss auch hervorgehen, welche Rechte für eine gerechte Ordnung hinreichend sind. Erst auf dieser Basis kann ein System der Gleichheit an Rechten eine sinnvolle Theorie darstellen. Eine Theorie der Gleichheit, die auf Rechten basiert, müsste einen universalistisch begründeten Rechtekatalog einbringen. Die in der Theorie Nozicks etablierte Konzeption von Verteilungsgerechtigkeit ist also zu anderen Antworten auf die Frage "Equality of what?" sekundär. Sie muss immer schon auf die Begründungsverfahren anderer Theorien zurückgreifen.

Das einzige Argument, welches sich bei Nozick für das Postulat der Rechte findet, ist das Selbsteigentum. Er behauptet, Menschen hätten Eigentum an sich selbst und ihren Fähigkeiten. Daraus aber resultiere das Eigentum an allen Dingen, die sie durch Vermengung von Fähigkeiten, Arbeitskraft und natürlicher Umwelt im Wert steigern. Jede Inanspruchnahme der Fähigkeiten oder Arbeitskraft oder deren Produkte durch einen anderen oder eine Gruppe, wie beispielsweise den Staat käme dementsprechend der Sklaverei gleich. Das Selbsteigentum aber versteht er als Folge des Kantischen Satzes „Die vernünftige Natur ist Zweck an sich selbst.“ Was aber aus diesem Satz folgt, ist nicht etwa das Selbsteigentum,⁹⁸ sondern das Instrumentalisierungsverbot, worunter auch fällt, dass der Mensch – eigentlich jedes vernünftige Wesen – unter gerechtfertigten Strukturen nicht eigentumsfähig ist. Was eventuell aus der kantischen Rechtsphilosophie zu folgern ist, ist das allgemeine Rechtsgebot, nicht aber das Selbsteigentum.

Das allgemeine Rechtsgebot aber ist für die Theorie Nozicks verheerend. Denn unter diesen Umständen muss eingeräumt werden, dass Rechte erst durch gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenschluss entstehen, nicht aber in der Natur vorgegeben sind. So findet sich bei Kant nicht das Selbsteigentum sondern die „Freiheit (Unabhängigkeit von eines Anderen nöthigender Willkür), sofern sie mit jedes Anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetze bestehen kann“ und die „angeborene Gleichheit, d.i. die Unabhängigkeit nicht zu mehreren von Anderen verbunden zu werden, als wozu man sich wechselseitig auch verbinden kann; mithin die Qualität des Menschen sein eigener Herr (suis iuris) zu sein“⁹⁹ die ebenso bereits in der Freiheit enthalten sei. Dies allein ist das von Natur gegeben Recht, darüber hinaus ist alles Recht, und somit auch das Eigentum in das bürgerliche Recht einzuordnen, welches Kant dem natürlichen gegenüber stellt. Die spezielle Untersuchung des Eigentums findet sich entsprechend bei Kant auch unter dem Privatrecht, welches der erste Teil des bürgerlichen Rechts ist.

Selbst wenn man aber das Selbsteigentum als metaphorische Ausdrucksweise für die Selbstbestimmung akzeptieren sollte, folgt daraus nicht, dass alles, was eine Person bearbeitet und dadurch im Wert steigert, zu ihrem Eigentum wird. Weder geht in den Grundsatz ein, wie viel des Wertes durch eigene Arbeit zustande kommt, noch wie

⁹⁸ Die Möglichkeit des Selbsteigentums bestreitet Kant sogar explizit in MS 270.

⁹⁹ Kant MS 237 f.

viel der Arbeit wirklich auf eigene Verantwortung zurückzuführen ist. Nach diesem Prinzip macht es keinen Unterschied, ob eine Person aus minimalen natürlichen Ressourcen extreme Werte erzeugt, oder ob sie aus ohnehin wertvollen natürlichen Ressourcen kaum wertvollere Grundprodukte fertigt. Ebenso wenig geht darin ein, ob ihre Produktionsfaktoren ihr gehören, oder nicht, ob sie auf die Zuarbeit anderer angewiesen ist, oder nicht. Schlimmer noch, dieses Prinzip gilt nur bei der ersten Bearbeitung eines Teils der natürlichen Ressourcen. Das Prinzip ist also nicht das der Wertsteigerung, sondern das eines Rennens. Wer zuerst einen Stein von aus einem zukünftigen Acker beseitigt, besitzt das Land.

Das gesamte Prinzip struktureller Gleichheit basiert auf der Vorstellung des Primats von Eigentumsrechten. Doch Eigentumsrechte fallen nicht unter die Naturrechte, sie sind vielmehr an staatliche Ordnung gebunden und daher spezifizierbar. Ob und wie ein Staat Eigentumsrechte oder Rechte auf materielle Bedingungen einräumt, ist von dessen Verfassung abhängig, nicht aber eine Eigenschaft seiner Bürger. Im Primat der individuellen Freiheit vor dem gesellschaftlichen Raum mag der Liberalismus der moralischen Intuition folgen, aber ein Primat der Ausgestaltung individueller Eigentumsrechte vor aller politischen Entscheidung zu formulieren ist nicht sinnvoll. Die Forderung, dass der Staat persönliches Eigentum anzuerkennen hat, ist zwar von Seiten einer Theorie der Gerechtigkeit zu unterstützen. Eigentum schließt aber Umverteilungsmaßnahmen zugunsten größerer Gleichheit und größerer Freiheit der weniger Begünstigten nicht aus.

I.6.2. Ursprüngliche Aneignung und Transfer

Wie erwiesen überzeugt das Postulat naturgegebener Rechte auch bei Nozick nicht. Dennoch könnte seine Theorie der Gerechtigkeit weiterhin Plausibilität beanspruchen, wenn sie eine Struktur des Erwerbs und der Übertragung von Rechtstiteln aufstellte, die in Anwendung auf positive Rechte konsistent wäre. Eine solche Struktur bedürfte zwar der weiteren Rechtfertigung der jeweiligen Rechte, könnte aber für eine Theorie der Gerechtigkeit wichtige Aspekte bereitstellen. Die von Nozick vorgestellten Grundsätze der Gerechtigkeit lauten folgendermaßen:

- “1. A person who acquires a holding in accordance with the principle of justice in acquisition is entitled to that holding.
2. A person who acquires a holding in accordance with the principle of justice in transfer, from someone else entitled to the holding, is entitled to the holding.

3. No one is entitled to a holding except by (repeated) applications of 1 and 2.

The complete principle of distributive justice would say simply that a distribution is just if everyone is entitled to the holdings they possess under the distribution.”¹⁰⁰

Nozick verzichtet wohlweislich auf die genaue Spezifizierung des Prinzips der Gerechtigkeit in der ursprünglichen Aneignung. Die Bedingungen, die er für sie jedoch angibt, übernimmt er von Locke. Die Lockesche Bedingung für die ursprüngliche Aneignung lautet, sie sei erlaubt, wenn man den anderen genug und ebensoviel lasse als zuvor, d.h. die Aneignung ist nur dann zulässig, wenn die anderen danach insgesamt mindestens so gut gestellt sind wie zuvor. Um diese Bedingung irgendwie zu ermöglichen, setzt Nozick voraus, dass die Welt zuvor niemands Eigentum war, und durch die Inbesitznahme erst Arbeitsteilung und mit ihr Produktivitätsanstieg möglich war. Wenn also auch größere Einkommensdifferenzen entstanden seien, so doch zu jedermanns Vorteil, weil diejenigen, die zur Besitznahme zu spät kamen, von der höheren Produktivität mittels des Arbeitslohnes profitieren.¹⁰¹

Dieses Argument ist zwar schlüssig, beruht aber auf zwei starken Annahmen, nämlich erstens, dass die Welt ursprünglich niemandem gehörte, und nicht allen gemeinschaftlich, und zweitens, dass das Kriterium allein die monetäre Stellung allein in Ansicht des vorherigen Zustandes beachten muss, nicht aber mögliche alternative Zustände und Umstände, wie etwa Arbeitsbedingungen, freie Verfügung über die eigene Zeit etc. die über das monetäre hinausgehen. Wenn diese beiden Bedingungen fallengelassen werden, so stellt sich heraus, dass die Lockesche ursprüngliche Aneignung mehr als ungerecht dasteht. Diese Beurteilung spiegelt wohl auch eher wieder, dass Locke die Theorie der ursprünglichen Akquisition schrieb, um die Aneignung der Allmende durch Privatpersonen zu rechtfertigen, die durchaus dazu führte, dass Teile der Landbevölkerung sich nicht mehr zu ernähren vermochten. Während in der modernen Wirtschaftswissenschaft das Allmendedilemma wenigstens noch als Problem anerkannt wird, wird es hier schlicht ignoriert und eine offensichtlich kollektiv irrationale Lösung eingeschlagen.¹⁰² Die angemessenere klassische Position zur ursprünglichen Aneignung ist Rousseaus, der

¹⁰⁰ Nozick 1974, S. 151.

¹⁰¹ Vgl. Kymlicka 1996, Kapitel 4: *Der Libertarianismus*.

¹⁰² Eine ausführlichere Diskussion der Theorie der ursprünglichen Aneignung bei Locke findet sich im Abschnitt I.9.2. *Inhaltliche Vorgaben des Vertragsmodells* im Kapitel *Kontraktualistische Positionen*.

in der ursprünglichen Landnahme und deren Tolerierung durch die Gesellschaft die Quelle von Unrecht und Gewalt verortet. Er weist zurecht darauf hin, dass es vor dieser Landnahme keine Eigentumsansprüche einzelner an Land gegeben haben könne sondern lediglich eine gemeinsame Verfügung über die Früchte des Landes.¹⁰³

Rousseau weist nicht nur zurecht darauf hin, dass bei der ursprünglichen Akquisition die erste Ungerechtigkeit und die Grundlage weiterer Ungerechtigkeit gelegt wurde. Er macht auch deutlich, dass nicht allein die Inbesitznahme die Grundlage des Eigentums ist, sondern die Anerkennung durch die anderen erst das Rechtsverhältnis schafft.¹⁰⁴ Allerdings ist die Konsequenz, die Rousseau nahe legt ebenso wenig zwangsläufig. Es kann durchaus Eigentumsverteilungen geben, die die Früchte der gesellschaftlichen Kooperation allen zukommen lassen, und das Eigentum am Boden respektive den Produktionsfaktoren nicht zur alleinigen Einkommensquelle machen. Denn gerade gegen das Einkommen aus Landbesitz in agrarischen Gesellschaften richtete sich die Kritik in der Nachfolge Rousseaus, gegen Einkommen, dem kein aktiver Beitrag in der gesellschaftlichen Kooperation entgegenstand.

Von der zweifelhaften Begründung des Rechtsstatus abgesehen ist die Methode der Entwicklung der Gerechtigkeitsgrundsätze unbefriedigend. Hier wird in einem unbegründeten Schluss postuliert, alle rechtmäßigen Inbesitznahmen und Transfers führten zu Verteilungen, die den gleichen Gerechtigkeitsstatus haben, wie jene, aus denen sie hervorgehen. Dieses Prinzip formuliert Nozick ausdrücklich in Analogie zu wahrheitsbewahrenden Umformungen von Sätzen. Er kann aber nicht erklären, inwiefern soziale und ökonomische Positionen sich wie Sätze verhalten. Warum eine Verteilung gerecht sein soll, wenn sie durch rechtmäßige Transfers zustande gekommen ist, kann Nozick nicht angeben.

Es ist nur dann plausibel, die Wahrung des Gerechtigkeitsstatus durch rechtmäßigen Transfer anzunehmen, wenn entweder ein ideales Rechtssystem vorausgesetzt wird, oder aber die Annahme, dass Gerechtigkeit mit der Wahrung bestimmter Rechte und Prozeduren identisch ist. Dieses aber vorausgesetzt, sind seine Gerechtigkeitsgrundsätze analytisch wahr.

¹⁰³ Vgl. die Diskussion der vertragstheoretischen Eigentumsmodelle im Kapitel *Kontraktualistische Positionen*, Abschnitt I.9.2. *Inhaltliche Vorgaben des Vertragsmodells*. Dort wird die Rousseausche Position eingehender vorgestellt. Siehe Fußnote 150.

¹⁰⁴ Diese Einsicht findet sich ebenso bereits bei Grotius.

Weder kann wirklich erwiesen werden, dass die aktuellen Eigentumsverhältnisse gerecht sind, noch dass sie es zu irgendeinem Zeitpunkt der Geschichte jemals waren. Wenn rechtmäßiger Transfer gerechtigkeitswährend wäre, könnte ein prozedurales System ohne einen gerechten Ausgangszustand bestehende Ungerechtigkeiten nur fortschreiben. Für diesen Fall hat Nozick vorgesorgt, indem er ein Prinzip der Ausgleichs früherer Ungerechtigkeiten postulierte. Zwar hat er dessen Inhalt nicht angegeben, sondern sich mit dem Hinweis begnügt, es könnte vielleicht das Rawlssche Differenzprinzip sein, doch ist dieses Prinzip von Nozick nur für die einmalige Anwendung zum Ausgleich früherer Regelverstöße gedacht. Das Rawlssche Differenzprinzip beschreibt jedoch die Grundstruktur einer gerechten Gesellschaft keineswegs einen einmaligen Korrekturversuch historischer Ungerechtigkeiten.

I.6.3. Konsequenzen

Während bisher die Begründungsstruktur des Ansatzes der strukturellen Gleichheit bezweifelt wurde, stehen auch die Konsequenzen dieser Klasse von Gerechtigkeitstheorien in der Kritik. Es hat sich erwiesen, dass unter einigen regelmäßig auftretenden Voraussetzungen in einem rein prozeduralen System von Rechten durchaus katastrophale Folgen zu erwarten sind. Ein normales System von Rechten, wie es etwa in modernen Marktgesellschaften herrscht, kann unter bestimmten Umständen nationale und manchmal internationale Notstände wie Hungersnöte auslösen. Exemplarisch dafür sind Hungersnöte die durch ein Überangebot an Arbeitskräften ausgelöst werden. Normales Marktgeschehen führt in solchen Situationen dazu, dass bestimmte Gruppen aufgrund dieses Überangebotes von Arbeitskräften beispielsweise nicht mehr in der Lage sind, die nötigen Ressourcen für die von ihnen zur Verfügung gestellte Arbeitskraft einzutauschen. Obwohl jeder gemäß dem gegebenen Rechtssystem handelt, hat diese Gruppe katastrophale Konsequenzen zu tragen.

Nozick lässt die Einschränkung von Rechten im Falle katastrophaler moralischer Schrecken zu. Doch damit müsste er auch einräumen, dass die konsequentialistische Evaluation in Zweifelsfällen Priorität vor dem prozeduralen System von Rechten hat. Allerdings besteht laut Nozick darin kein Grund das Gesamtsystem zu verändern, denn er zieht sich auf die Behauptung zurück, in einem System ohne feste Eigentumsrechte hätten die Personen, die hier das Existenzminimum verlieren sogar

noch schlechter dagestanden. Das marktförmige System habe ihnen also das Leben bis heute überhaupt erst ermöglicht. Darüber hinaus habe es aber keine Aufgaben.

Andere Vertreter der libertären Position verfügen in der Frage der Folgenabwägung gesellschaftlicher Entwicklungen über Positionen, die gängigen moralischen Intuitionen näher liegen. Hayek beispielsweise fordert geradezu die Nothilfe, und gesteht auch ein, dass diese im Laufe der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft durchaus auch über das Existenzminimum hinaus gehen könne. Da diese Nothilfe sicherlich die Privatvorsorge reduziere, sei sogar die Möglichkeit einer staatlichen Zwangsvorsorge in Betracht zu ziehen. Es handelt sich hier aber offensichtlich nicht um einen Gleichheitsgedanken, sondern um eine Reaktion auf katastrophale Zustände, die keine tragende Rolle im Gesamtsystem der Verteilung spielt. Sie dient vielmehr dazu, Verzweiflungstaten der Benachteiligten vorzubeugen.¹⁰⁵ Ersichtlich wird das auch an Hayeks Antwort auf die These, der Markt könnte ungerecht sein. In seiner Argumentation stellt sich das Problem nicht. Er versucht durch eine überraschende begriffsanalytische Argumentation nachzuweisen, dass die Möglichkeit von Ungerechtigkeit des Marktes gar nicht gegeben ist. Die Bezeichnung ‚gerecht‘ könne allein auf intentionales menschliches Handeln angewandt werden, nicht aber auf strukturelle Prozesse, da diese nicht den Intentionen einzelner Beteiligter zurechenbar sein.

Es reicht an dieser Stelle, der Begriffsanalyse Hayeks zu widersprechen. Die Bezeichnung ‚gerecht‘ kann auch sinnvoll auf Verteilungszustände angewandt werden. Wenn aber Verteilungszustände als ungerecht gekennzeichnet werden können, und der Veränderung zugänglich sind, dann kann Gerechtigkeit auch als Kriterium zur Beurteilung von Verteilungsmechanismen angewendet werden. Verteilungsmechanismen werden dann als Instrumente betrachtet, die bestimmte Tendenzen in der Veränderung der Verteilungssituation an den Tag legen. Die Auswirkungen des Systems struktureller Gleichheit, welches für den überwiegenden Teil der hier diskutierten Theorien Pate gestanden hat, des kapitalistischen Marktsystems werden bereits in dessen erster systematischer Darstellung, bei Adam Smith, diskutiert. Adam Smith wird in großen Teilen der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur als Begründer des modernen laissez faire

¹⁰⁵ Eine frühe Ausprägung der libertären Position Hayeks findet sich in Hayek 1994, kritische Überarbeitungen in Hayek 1978.

Kapitalismus in Anspruch genommen und aufgrund seiner durchgängigen Ablehnung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik seiner Zeit oft als Garant für die Ablehnung jeder politischen Einflussnahme in die Privatwirtschaft zitiert. Solche Interpretationen stützen sich ausschließlich auf Smiths zweites Werk *Wealth of Nations*. Doch selbst in diesem findet sich bei einer Gesamtlektüre diese Position nur bedingt wieder.

Die Untersuchung des *Wealth of Nations* zielt auf ein System ab, unter welchem das Streben nach Reichtum in effektiven und gerechten Bahnen verlaufen kann. Smith übernimmt von Aristoteles die These, Reichtum sei nur ein Mittel zum Zweck eines guten Lebens, doch ebenso sei er für dieses gute Leben eine Bedingung.¹⁰⁶ Durch die Auswirkung der unsichtbaren Hand wird aber das Mittel von den meisten Menschen als der Zweck selbst angesehen. Durch das Streben nach diesem eigentlichen Mittel aber befreien sie die Gesellschaft von ihrer natürlichen Bedingtheit. Es kann hier also von einer zweifachen Wirkung der unsichtbaren Hand gesprochen werden. Zum einen täuscht sie die Menschen über die wirklichen Bedingungen eines guten Lebens, zum anderen wird durch diese Täuschung aber auch wirklich eine der wichtigen Bedingungen dessen erfüllt.

Doch ist das Streben nach Reichtum und Verbesserung der eigenen Situation nicht ausreichend, um eine wohlhabende Gesellschaft zu ermöglichen. Smith sieht durchaus, dass ein sich selbst überlassener Markt nicht immun gegen Versagen ist. Vielmehr bedarf ein solcher Markt bestimmter Grundbedingungen:

‘The acquisition of valuable and extensive property, therefore, necessarily requires the establishment of civil government. Where there is no property, or at least none that exceeds the value of two or three days' labour, civil government is not so necessary.

Civil government supposes a certain subordination. But as the necessity of civil government gradually grows up with the acquisition of valuable property, so the principal causes which naturally introduce subordination gradually grow up with the growth of that valuable property.’¹⁰⁷

Die Regierung und Verwaltung, die Smith als Bedingung einer auf Privatbesitz beruhenden Gesellschaft bezeichnet, ist allerdings nicht darauf beschränkt, den

¹⁰⁶Zur Theorie Aristoteles siehe die Diskussion im Rahmen des Kapitels *Capability Approach*, Abschnitt I.10.6. *Die menschliche Natur nach Aristoteles*.

¹⁰⁷Smith, WN Buch V,1,3 S. 73 f. Smith wird aufgrund der Nutzung der Reprint-Ausgabe im folgenden als WN (Wealth of Nation) oder TMS (Theory of Moral Sentiments) mit Angabe des Buchs und Abschnitts zitiert.

Besitz zu verteidigen. Obwohl Smiths Diskussion in den ersten Büchern des *Wealth of Nations* teilweise den Eindruck vermittelt, er wolle den Staat auf den Nachtwächterstaat des modernen Liberalismus beschränken, scheint er sich durchaus bewusst zu sein, dass diese Staatstätigkeit nicht ausreicht. Zwar stimmt es, dass eine Steuerung des Marktes durch die Regierung Smith widerstrebt, er diese sogar für schädlich hält und die Rolle des Staates im Marktgeschehen einzuschränken versucht, doch auch wenn er den Gesetzen in diesem Rahmen nur Schutzfunktion zuschreibt, so diskutiert Smith doch im Buch V des *Wealth of Nations* die Ausgaben des Staates, die für das Funktionieren einer Marktgesellschaft notwendig sind. Darunter fallen nicht nur die Infrastruktur und Verteidigung des Landes, sondern auch das Bildungswesen. Zwar glaubt Smith, höhere Bildung durch ein privates System effektiver gestalten zu können, doch die allgemeine Schulbildung, Alphabetisierung der Bevölkerung, Vermittlung mathematischer Grundkenntnisse, die er für das Ausüben eines Geschäftes für notwendig hält, fallen in den Aufgabenbereich des Staates.¹⁰⁸

Die Diskussion der andere Aufgaben des Staates, die neben der Bildung für die Marktgesellschaft notwendig sind, bietet einen ersten Hinweis auf das, was die modernen Wirtschaftswissenschaften Transaktionskosten nennen. Die Erkenntnis, dass der Markt dem Ideal der vollständigen Information und vollkommenen Konkurrenz so gut wie nie entspricht, ist nicht nur in die moderne Theorie des Marktes eingegangen, sondern sie findet sich schon bei Smith. Der Markt bedarf laut ihm staatlich garantierter Grundvoraussetzungen, er bedarf des staatlichen Schutzes wie möglichst vollständiger Information, um die Koordination von Angebot und Nachfrage zu gewährleisten:

‘In order, however, that this equality may take place in the whole of their advantages or disadvantages, three things are requisite even where there is the most perfect freedom. First, the employments must be well known and long established in the neighbourhood; secondly, they must be in their ordinary, or what may be called their

¹⁰⁸ Die besondere Beachtung der Bildungsaufgabe bei Smith erklärt sich aus der Rolle der Bildung für die moralische Entwicklung der Person, die er schon in der *Theory of Moral Sentiments* diskutiert. Wie für viele andere Aufklärer, so ist auch für Smith Bildung von größter Wichtigkeit bei der moralischen und politischen Entwicklung der Menschen. Die Tugenden werden bei Smith – dem Beispiel der Verstandestugenden bei Aristoteles folgend – ebenso durch Bildung erlangt, wie die Perspektive des unparteiischen Beobachters im Rahmen der individuellen Bildung entwickelt wird. Allein die Tugenden aber betten, wie bereits oben beschrieben, das Eigeninteresse in ein System ein, indem es schadlos dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen kann.

natural state; and, thirdly, they must be the sole or principal employments of those who occupy them.“¹⁰⁹

Es scheint also durchaus nicht so zu sein, als sei Smith von der Koordinationsfähigkeit des Marktes vollkommen überzeugt gewesen. Er besteht zwar mit einer gewissen Emphase darauf, dass der Markt in der Lage sei, die Koordination von allen möglichen Methoden am besten zu leisten, doch ist er sich über die Bedingungen dessen durchaus im Klaren. Und selbst unter diesen Bedingungen ist ein Marktversagen durchaus noch möglich. Ebenso aufschlussreich wie die Diskussion der Bedingungen des Marktes ist die Smithsche Position hinsichtlich dessen Wirkung.

Die emphatische Betonung der Fähigkeiten des Marktes zur Verbesserung des Reichtums der Nationen entgegen alle Widerstände ist schnell zusammengefasst, für diese Position wird Smith immer wieder von Marktbefürwortern gelobt und von Marktkritikern getadelt:

„The uniform, constant, and uninterrupted effort of every man to better his condition, the principle from which public and national, as well as private opulence is originally derived, is frequently powerful enough to maintain the natural progress of things towards improvement, in spite both of the extravagance of government and of the greatest errors of administration.“¹¹⁰

Hier knüpft Smith an die Theorien Lockes an. Das private Verfolgen des Eigeninteresses führt zum allgemeinen Fortschritt, der Staat muss nur die äußeren Bedingungen schaffen, sich aber inhaltlicher Vorgaben in den Geschäften von Privatpersonen enthalten. Doch die Position Smiths ist weitaus vielfältiger und detaillierter. Sicherlich sieht Smith im Markt das beste mögliche gesellschaftliche Koordinationsinstrument, welches nicht nur die Verteilung materieller Güter, sondern sogar die Zahl der Bewohner eines Landes den Umständen angemessen zu regeln vermag. Der Gefahren des Marktes ist sich Smith sowohl hinsichtlich des Versagens bei seiner Koordinationsfunktion, wie auch hinsichtlich des Versagens bei der Aufrechterhaltung des moralischen Status der Bürger bewusst. Die Koordinationsfunktion des Marktes, die Angebot und Nachfrage so aufeinander abstimmt, dass die Preise für Güter und Dienstleistungen nahezu auf ihren

¹⁰⁹Smith, WN Buch I,3 S. 175f.

¹¹⁰Smith, WN, Buch II,3 S. 21 f.

natürlichen Wert, der durch die investierte Arbeit definiert wird, sinken, wird insbesondere durch Kapitalgewinn und Monopolbestrebungen gefährdet.¹¹¹

Diese Entwicklung ist nicht nur für den moralischen Status des Unternehmers und die Volkswirtschaft schädlich. Durch die natürliche Vorbildfunktion, die Smith den Reichen zuschreibt, schadet das Monopol auch dem moralischen Status der gesamten Bevölkerung. Hier versagt der Markt also sowohl in seiner koordinativen, wie auch in seiner moralischen Funktion. Das Streben nach Monopolen aber ist die natürliche Einstellung derjenigen, die Kapitalgewinn ansteuern.

Den Markt und die Klugheit als Tugend des Marktes hält Smith zwar für geeignet, als eine Institution unter anderen den moralischen Status des Bürger zu befördern. Der Status der höchsten Tugend kommt der Prudence jedoch nicht zu. Die einfache Klugheit des Marktes und der selbstzentrierten Leidenschaften verbleibt in der Stellung eines Mittelweges zwischen dem unerreichbaren, utopischen System der höchsten Tugenden darunter der vollkommenen Prudence und einer Gesellschaft, in der die Menschen ohne Regeln und Grenzen nach dem eigenen Wohl allein streben. Doch für einige der Teilnehmer an diesem Markt ist auch dieser Mittelweg versperrt. In einer Passage, die ausdrücklich von Marx gelobt wird, verweist Smith auf die Auswirkungen monotoner und harter Arbeit. Diese Passage, die die Grundlage der Theorie der entfremdeten Arbeit bei Marx legt, verdient eine ausführlichere Zitation:

„In some cases the state of the society necessarily places the greater part of individuals in such situations as naturally form in them, without any attention of government, almost all the abilities and virtues which that state requires, or perhaps can admit of. In other cases the state of the society does not place the part of individuals in such situations, and some attention of government is necessary in order to prevent the almost entire corruption and degeneracy of the great body of the people.

In the progress of the division of labour, the employment of the far greater part of those who live by labour, that is, of the great body of the people, comes to be confined to a few very simple operations, frequently to one or two. But the understandings of the greater part of men are necessarily formed by their ordinary employments. The man whose whole life is spent in performing a few simple operations, of which the

¹¹¹ Smith beschreibt den sittlichen Verfall, der durch Monopole befördert wird so: ‘It is solely by raising the ordinary rate of profit that the monopoly either has proved or could prove advantageous to any one particular order of men. But besides all the bad effects to the country in general, which have already been mentioned as necessarily resulting from a high rate of profit, there is one more fatal, perhaps, than all these put together, but which, if we may judge from experience, is inseparably connected with it. The high rate of profit seems everywhere to destroy that parsimony which in other circumstances is natural to the character of the merchant. Smith, WN Buch III, 7,3, S. 437.

effects are perhaps always the same, or very nearly the same, has no occasion to exert his understanding or to exercise his invention in finding out expedients for removing difficulties which never occur. He naturally loses, therefore, the habit of such exertion, and generally becomes as stupid and ignorant as it is possible for a human creature to become. The torpor of his mind renders him not only incapable of relishing or bearing a part in any rational conversation, but of conceiving any generous, noble, or tender sentiment, and consequently of forming any just judgment concerning many even of the ordinary duties of private life.“¹¹²

Smith legt hier deutlich dar, dass das moderne Marktsystem im Rahmen der Industrialisierung eine Gruppe von Verlierern hat, die keinen der Vorteile des Marktes genießen können. Weder kommt ihnen der allgemeine Fortschritt des Reichtums zu, den Smith vom Markt erwartet, noch profitieren sie von der moralischen Institution Markt, die die Entwicklung der Gesellschaft unterstützt und leitet. Auch wenn Smith nur von einigen Fällen spricht, in denen Arbeiter in Elend dieser Art verfallen, so sieht er doch darin schon einen Grund für das Eingreifen des Staates. Die persönliche Entwicklung und Bildung scheint für Smith ein unverzichtbares Ziel zu sein, welches er zwar durch den Markt meistens gewährleistet sieht, um dessen willen er aber die Freiheit des Marktes einzuschränken bereit ist.

Der Markt stellt bei Smith also keinesfalls einen eigenen Zweck dar. Vielmehr ist er ein Instrument der Entwicklung des Wohlstandes und des moralischen Status einer Gesellschaft. Das Vertrauen darin, dass dieses Instrument das zuverlässigste für diesen Zweck ist, ist in der Aufklärung und insbesondere bei Smith noch sehr groß. Die Reflexion auf die tatsächliche Verelendungswirkung, die marktförmige Strukturen haben können, beginnt erst mit Hegel. Trotzdem ist aber eine Interpretation Smiths als Verfechter einer laissez faire Wirtschaftspolitik kurzsichtig. Smith ist in erster Linie ein Verfechter des Strebens nach Wohlstand und Wohlergehen sowie einer tugendhaften bzw. moralischen Gesellschaft. Die Wirtschaftsstrukturen, die er zu diesem Zwecke für effektiv hält, sind eben das Wirken eines freien Marktes, der nur dann aber auch immer dann eingeschränkt werden soll, wenn er den Zielen zuwider wirkt, die er zu erfüllen eingesetzt wird.

Spätestens dann, wenn sich herausstellt, dass der Markt in bestimmten Gebieten versagt, ist auch bei Smith der Griff zur Regulierung durch staatliche Eingriffe zu

¹¹²Smith, WN Buch V, 1, 3, 2. Artikel, S. 181 f.

finden. Das Vertrauen in den Markt war bei Smith aber noch ungetrübt, auch aus einer historischen Erfahrung heraus, die der heutigen kaum noch entspricht. Trotzdem aber war der sozialstaatliche Impetus, der sich zur Zeit der Aufklärung erst sehr verhalten bemerkbar machte, schon angelegt. Er findet sich exemplarisch in Smiths Insistieren auf Bildung und den Ausgleich extremer Verelendung.

Mit Nozick halten hingegen viele moderne Theoretiker aus dem libertaristischen Lager die These, der Markt könne ungerecht sein, für schlicht falsch. Weil es in Nozicks Ansatz analytisch wahr ist, dass der Markt gerecht ist – er ist die Definition von Gerechtigkeit – wäre es allerdings für ihn sinnvoller zu behaupten, diese These entbehre jeden Sinnes. Die Behauptung, der Satz „Der Markt ist ungerecht“ habe einen Sinn legt bereits nahe, dass der Markt nicht Definition der Gerechtigkeit sein kann, und stellt daher seine ganze Theorie in Frage.

Bereits Smith als erster philosophiehistorischer Vorläufer und Garant für eine libertäre Position schränkt den freien Transfer von Eigentumstiteln dann ein, wenn die Konsequenzen dieses Transfers für bestimmte Gruppen zu nachteilig werden. Ein System, dass allein auf dem Transfer von Eigentumsrechten beruht bedarf nicht nur umfangreicher Grundbedingungen, die allein durch staatliches Handeln garantiert werden können. Es bedarf ebenfalls häufig der Korrektur durch staatliches Handeln. Die Konstruktion der modernen Libertarier, die staatliches Handeln durch ein solches System des Rechtstransfers begrenzt sehen oder auf dessen Garantie reduziert sehen wollen, nehmen hier die das Mittel der festen Eigentumsrecht für den Zweck des Staates.

Aufschlussreich ist darüber hinaus, dass unter den Bedingungen eines Systems struktureller Gleichheit strategisches Verhalten zur Verbesserung der eigenen Position allgegenwärtig ist.¹¹³ Es kann sogar behauptet werden, dass der libertäre Ansatz für das Marktverhalten eine Form der Rationalität verlangt, die mit der des reinen Konsequentialismus identisch ist. Somit erben libertäre Ansätze, die sich dagegen nicht durch eine Form der Zähmung des Marktes absichern, die Probleme des Bayesschen Konsequentialismus.¹¹⁴ Aufgrund der Auflösung der Sittlichkeit, den Versagenstendenzen bei Kooperations- und Koordinationsproblemen ist daher aus eigener Perspektive die libertäre Theorie nicht wünschenswert.

¹¹³ Vgl. Zintl 2000, S. 114 f.

¹¹⁴ Siehe oben, Kapitel *Utilitarismus*, Abschnitt *I.2.3. Aggregationsverfahren* und Nida-Rümelin 1995.

I.6.4. Fazit

Wie sich herausgestellt hat, spiegelt das libertäre Wertkonzept nur den formalen Bestandteil der grundlegenden Bedingungen eines legitimen Staates wieder, Rechte sind zwar die hervorragende Methode der Regelung gesellschaftlicher Verhältnisse, sie sind jedoch nicht geeignet, um als Kriterium einer gerechten Verteilung zu dienen. Rechte dienen der Umsetzung von Gerechtigkeit, nicht ihrer Definition.

Die Verteilungsverfahren der Libertarismus entsprechen nicht einmal dem eigenen Anspruch der Verfahrensgerechtigkeit, weil sie auf eine zufällige Struktur von Eigentumsrechten und tatsächlichem Eigentum zurückgreifen. So zentral der Schutz der Rechtsfreiheit und der Abwehrrechte in jedem Staat ist, macht er dennoch keine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit aus.

I.7. Meritokratismus

Versuche, Verteilungsstrukturen gemäß dem Verdienst der Gesellschaftsmitglieder einzurichten haben eine lange Tradition, die bis auf Platon und Aristoteles zurückgeht. Während letzterer den Verdienst einer Person an ihrer Tugendhaftigkeit orientierte, spielt dieses Kriterium in der modernen Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit keine Rolle mehr.¹¹⁵ Sie stützt sich vielmehr auf Aspekte der Lockeschen Theorie und gewinnt ihre Kriterien in der Ausarbeitung und Abgrenzung von dessen Position. Locke zufolge habe alle Menschen im Naturzustand ein Anrecht auf den Besitz des ganzen Produkts ihrer Arbeit und sollen es auch im Gesellschaftszustand haben. Es handelt sich zwar in erster Linie um ein naturrechtliches Theoriestück, welches die Entstehung von Eigentum zu erklären gedacht ist, dennoch kann es als Anstoß einer Debatte um ein Verdienstkriterium gesehen werden. Die Person, die durch ihre Arbeit etwas aus dem Zustand der Natur entrückt, hat nicht nur durch die Vermengung mit etwas von Natur aus ihr gehörigem ein äußeres Objekt sich angeeignet, sondern es auch für sich und die damit für die Gesellschaft des Naturzustandes nutzbar gemacht. In dieser Nutzenstiftung liegt ein Verdienst, welches allein dieser Person zukommt.

Eine konkrete Umsetzung des Ideals der Schaffung gesellschaftlichen Nutzens aus der Natur in moderne arbeitsteilige Gesellschaften findet sich bei Locke nicht, und diesen Mangel zu beheben treten moderne Verdiensttheorien an. Im Folgenden gilt es daher maßgeblich, den Verteilungsmodus des Meritokratismus herauszustellen. Dieser ist zwar als Prinzip marktförmiger Kooperation unverzichtbar, in einem Modell der distributiven Gerechtigkeit aber zumindest fragwürdig. Ein separates Wertkonzept bringt dieser Ansatz nicht mit sich, was unter anderem daran liegt, dass er auf die am Markt zu handelnden Werte festgelegt ist.

I.7.1. Interpretation des Begriffs ‚Verdienst‘

Gemäß üblichen Differenzierungen in der Literatur¹¹⁶ wird im folgenden unterschieden zwischen drei Kriterien dessen, was den Verdienst einer Person

¹¹⁵ Tugendhaftigkeit spielt in der Individualethik eine Rolle, wo moralisch geforderte und supererogatorische Handlungen unterschieden werden, in der politischen Philosophie ist sie nicht mehr von Belang.

¹¹⁶ Ein hervorragender Überblick über meritokratische und bedürfnisorientierte Theorien findet sich in Sher 1987.

darstellt. Diese Kriterien sind der Beitrag zum Sozialprodukt, der geleistete Aufwand, mit dem dieser Beitrag geleistet wurde, und Kompensation für die durch diesen Aufwand erlittenen Nachteile. Die skizzierte Lockesche Position findet sich im ersten dieser Kriterien wieder.

Die Differenzierung des Verdienstes nach Beitrag zum Sozialprodukt oder zum gesellschaftlichen Nutzen muss darauf reagieren, dass der Beitrag zum Sozialprodukt stark nach Berufsgruppen differenziert ist. In der positiven Bewertung unterschiedlicher Beiträge zum Sozialprodukt stellen sich jedoch einige Unwägbarkeiten. Weder ist ohne weiteres zu ermitteln, wie hoch genau der Beitrag des Einzelnen zum produzierten Ganzen ist, noch kann einwandfrei definiert werden, dass ihm wirklich das Verdienst an all dem zukommt, was er produziert hat. Die Bemessung des Einzelproduktes in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist fast unmöglich zu leisten. Es ist zwar durchaus möglich, Vergleiche zwischen zwei Personen anzustellen, die in der gleichen Sparte und möglichst ähnlichen Arbeitsplätzen beschäftigt sind. Darüber hinaus aber ist Bemessung Spekulation.

Der Verweis auf den Markt und dessen Fähigkeit, diese Größe zu bestimmen, führt zwei Probleme mit sich. Das erste Problem ist das der gebrochenen Marktabhängigkeit von Löhnen und Gehältern. Arbeitslöhne und Gehälter werden nicht ausschließlich vom Markt bestimmt. Zwar können sie nur innerhalb marktbestimmter Grenzen variieren, doch durch die sozialen und historischen Einflüsse auf die Wahrnehmung und Entlohnungspraxis in den diversen Berufszweigen kann von einer Marktbestimmtheit keine Rede sein. Das zweite Problem ist viel gravierender, es muss nämlich in Zweifel gezogen werden, ob es überhaupt eine Reaktion auf das Verdienstkriterium geben könnte, wenn aller Verdienst bereits durch den Markt abgegolten würde.¹¹⁷ Dieses Problem wird im weiteren zu erörtern sein, wenn das Verhältnis von Markt und Distributionspolitik erläutert wird.

Moralische Zweifel kommen schon deshalb auf, weil bezweifelt werden muss, dass der Beitrag zum Sozialprodukt mit dem Verdienst in eins fällt. Das Einzelprodukt der Person ist nicht nur von der Arbeitsteilung abhängig und unsicher zu bestimmen.

¹¹⁷ Wenn der Verdienst durch die marktförmige Allokation jederzeit bereits in die Distribution eingegangen ist, bleibt kein Raum mehr für eine Umverteilung nach dem Verdienstkriterium, sie wäre immer schon geschehen. Dieses Problem wird Abschnitt *Verdienstorientierung in Marktgesellschaften* in diesem Kapitel ausführlicher behandelt.

Vielmehr hängt es auch vom moralischen Zufall ab. Ob eine Person zum Sozialprodukt beitragen kann, und in welcher Position sie dies zu tun in der Lage ist, entscheidet sich nicht allein, wahrscheinlich noch nicht einmal maßgeblich, durch Umstände, über die sie Kontrolle hat. Von all den Umständen, die die Berufswahl und -ausübung bestimmen, stehen nur die rationale Entscheidung und die Ambitionen bzw. der Aufwand in der Kontrolle des Einzelnen. Intelligenz, Talent, soziale Stellung der Familie, Zugang zu Bildungsinstituten, finanzielle Unterstützung, etc. aber bleiben dem Zufall überlassen. Dabei ist sicherlich zuzugestehen, dass beispielsweise der eingeschlagene Bildungsweg stark von den Ambitionen abhängt, doch auch der umgekehrte Einfluss ist nicht zu leugnen. Die Verstrickung von eigenem Aufwand und moralischem Zufall ist nicht zu lösen.

Eine Reaktion auf diese Unwägbarkeiten ist die Verabschiedung des sozialen Beitrages zugunsten des erbrachten Aufwandes als Kriterium für Verdienst. Im Gegensatz zur erbrachten Leistung scheint der Aufwand, den eine Person treibt, nur von Umständen abzuhängen, die in ihrem Einfluss stehen. Dazu zählt beispielsweise nicht angenehmes Äußeres oder eine hohes musikalisches Talent. Während aber solche Charakteristika einer Person tatsächlich positive Anerkennung von Seiten der Gesellschaft erfahren, können sie in einer Theorie der Verteilungsgerechtigkeit, die sich auf den Aufwand der Person konzentriert, nicht in Erscheinung treten. Sie ist darauf verpflichtet, den moralischen Zufall auszuschließen, und kann die positive Reaktion auf solche Eigenschaften nur zur Kenntnis nehmen und als Kriterien für die Verteilungsgerechtigkeit im weiteren ignorieren. Es ist zwar möglich sogar den Aufwand, den eine Person treibt, als Produkte des moralischen Zufalls anzusehen, im weiteren wird aber um des Argumentes willen davon ausgegangen, dass die Person über diesen Umstand zurechenbar zu verfügen in der Lage ist.

Während also davon auszugehen ist, dass der geleistete Aufwand tatsächlich nicht dem Zufall überlassen, sondern dem Individuum zuzurechnen ist, steht noch die Entscheidung darüber aus, welcher Aufwand in die gesellschaftliche Distribution eingehen soll. Dabei ist der Aufwand entlang zweier Merkmale zu unterscheiden. Zum einen ist der Zweck des Aufwandes zu beachten, zum anderen muss entschieden werden, ob und wie Aufwand entlohnt wird, der zeitlich zurückliegt, aber den gegenwärtigen Aufwand ermöglicht hat.

Aufwand, den eine Person in Aktivitäten steckt, die gesellschaftlich keinerlei Nutzen bringen, soll wahrscheinlich nicht gleichermaßen entlohnt werden wie mühsame Arbeit im Dienste der Gemeinschaft. Ganz zu schweigen ist hierbei von solchem Aufwand, der dem gesellschaftlichen Wohl entgegensteht. Diese Unterscheidung kann in beliebiger Tiefe angelegt werden. Eine einfache Einteilung wäre die in nützliche Tätigkeiten und unnütze Tätigkeiten, wobei allein der Aufwand, der in nützliche Tätigkeiten einfließt, als Verteilungskriterium gilt. Abgesehen von der problematischen Entscheidung, welche Tätigkeiten gesellschaftlich nützlich sind, steht dann noch aus, in welchem Umfang diese Tätigkeiten erbracht werden müssen, und ab welchem Umfang weiterer Aufwand nur noch entgangener Aufwand für wichtigere Projekte ist.

Allein schon die erste Entscheidung über den gesellschaftlichen Wert legt aber schon genug Grund zu Einwand bereit. Eine solche Entscheidung definiert eine einzige verbindliche Theorie des gesellschaftlichen Guten, der sich alle anderen Interessen unterzuordnen haben. Ein so starker Perfektionismus ist auch dann gegenüber Andersdenkenden diskriminierend, wenn er durch Mehrheitsentscheid definiert wird. Eine Anbindung der Distribution gesellschaftlicher Güter an den Aufwand, den eine Person in eine Konzeption des Guten steckt, die sie möglicherweise nicht teilt, ist kaum zu rechtfertigen. Es kann argumentiert werden, dass eine Definition des gesellschaftlichen Guten in einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft so umfangreich sein dürfte, dass wahrscheinlich niemand einen Beruf annehmen müsste, der seinen Überzeugungen entgegensteht. Allerdings spekuliert dieses Argument lediglich mit der Wahrscheinlichkeit einer hinreichend umfangreichen Definition des Gesellschaftlichen Guten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Berufswahl restriktiven Bedingungen unterworfen ist, die es Personen nicht erlaubt, Berufe auszuwählen, die sie unter liberaleren Bedingungen gewählt hätten.¹¹⁸

Selbst wenn es eine akzeptable Form eines so starken Perfektionismus geben sollte, so wäre doch das Ende der Probleme damit nicht erreicht. Die Ausrichtung am gesellschaftlichen Nutzen verlangt auch danach, den Aufwand, der in jedem Bereich getrieben wird, auf ein angemessenes Maß zu begrenzen. Somit ist nur eine begrenzte Zahl Tätiger in den jeweiligen Bereichen wünschenswert, und die

¹¹⁸ Exemplarisch für solche Fälle werden oft Künstler angeführt, näher liegen aber Wissenschaftler, deren Arbeitsgebiete unpopulär oder den Entscheidungsgremien unverständlich sind.

Entlohnung jedes darüber hinausgehenden Aufwandes in diesem Bereich muss zu einem geringeren Anteil an der Verteilung des gesellschaftlichen Nutzens für jeden führen, der in dem überbesetzten Bereich Aufwand leistet. Auf diese Weise wäre zu verhindern, dass zuviel Aufwand in bestimmte Aufgaben investiert würde. Die andere Verfahrensweise, diesen überzähligen Aufwand zu verhindern wäre, ihn durch restriktive Maßnahmen einzuschränken. Welche Form auch immer diese Aufwandssteuerung annimmt, sie kommt nicht ohne entweder theoriefremde¹¹⁹ Entlohnungsmechanismen oder aber stark restriktive Gesetzgebung und gravierende Eingriffe in die individuelle Lebensplanung aus.

Eine weniger starre und restriktive Methode der Bestimmung gesellschaftlichen Nutzens wäre es, einzelnen Tätigkeiten eine Maßzahl gesellschaftlichen Nutzens zuzuordnen. Die Entlohnung geschähe dann nach dem Produkt dieser Maßzahl und dem erbrachten Aufwand. Wiederum aber wären hier theoriefremde Kriterien der Verteilung notwendig. Darüber hinaus müsste auch damit gerechnet werden, dass Personen sich vermehrt den Berufen mit hohen Maßzahlen widmen, woraufhin der Aufwand, der darin erbracht würde aufgrund der schieren Menge an Wert verlöre. Die feste Formulierung gesellschaftlichen Nutzens führt in jeder Version zu Ineffizienzen und Eingriffen in die individuelle Autonomie, die weder ökonomisch noch ethisch zu rechtfertigen sind.

Das Problem der zeitlichen Verteilung des Aufwandes liegt darin, dass bestimmte Verrichtungen einen vorherigen Aufwand in der Ausbildung verlangen, der jedoch selbst nicht von gesellschaftlichem Nutzen ist. Es erscheint jedoch nicht gerecht, diesen Aufwand, der die Bedingung für späteren Aufwand darstellt, nicht in die Verteilungsstruktur aufzunehmen. Wird dieser Aufwand jedoch aufgenommen, so steht die Unterscheidung zwischen dem Aufwand an, der spätere Leistung ermöglicht, während diese Leistung später nicht wirklich erbracht wird, und dem, der tatsächlich in spätere Leistung einmündet. Ebenso muss dann entschieden werden, ob der frühere Aufwand wirklich als Aufwand oder vielmehr bereits als Partizipation am gesellschaftlichen Nutzen zu interpretieren ist und nur als Zusatzeffekt späteren Aufwand ermöglichte. Hierbei ist in erster Linie an Ausbildung in akademischen Einrichtungen zu denken, die zwar für die Studierenden Aufwand bedeuten, aber

¹¹⁹ Theoriefremd sind die Entlohnungsmechanismen zur Steuerung gesellschaftlichen Aufwands deshalb, weil gleicher Aufwand von Individuen ungleich entlohnt wird. Das Distributionskriterium ist nicht mehr Aufwand, sondern gesellschaftlicher Nutzen.

ebenso bereits als Privilegierung anzusehen sind. Wenn dies aber für diesen Aufwand gilt, ist weiter zu fragen, wie denn der Aufwand zu bewerten ist, der eigentlich dem Vergnügen der Person dient, aber – sozusagen nebenher – gesellschaftlichen Nutzen stiftet. Letztlich ist es nicht möglich, Privileg und Aufwand immer zu trennen. Besonders dort, wo Tätigkeiten erst durch hohe Ausdifferenzierung und Wohlstand einer Gesellschaft möglich sind, verschwimmt die Trennlinie von Aufwand und Nutznießen.

Diese Überlegungen legen es nahe, nicht den Aufwand als Verdienstkriterium zu akzeptieren, sondern die Unannehmlichkeiten, und in der verdienstorientierten Verteilung die Kompensation für die durch Aufwand erlittenen Nachteile zu fordern. Während bei der Betrachtung des Aufwandes eine Form der doppelten Entlohnung auftritt, gilt es nach diesem Kriterium, nur das zu entlohnern, was tatsächlich erlitten worden ist.

Unter dieses Kriterium zählen gefährliche und unangenehme Arbeiten, für die als Beispiele gern der Gerüstbau und die Mülltrennung genannt werden. Neben diesen stehen aber oft auch Arbeiten mit hoher Verantwortung und langer Ausbildungszeit als Beispiele von zu erleidenden Nachteilen da. Diese gälte es ebenso zu kompensieren, weil die hohe Verantwortung etwa von Ärzten hohe Belastung mit sich bringe, die unangenehmer sei, als sie bloß körperliche Belastung anderer Arbeiten. Ebenso bedeute die lange Ausbildung einen hohen Aufwand von Lebenszeit, deren Verlust natürlich kompensiert werden müsse. Solche Einschätzungen muten mehr als befremdlich an. Empirisch sind es dann scheinbar die schlimmsten Arbeiten, die Menschen mit großer Überzeugung und Begeisterung ergreifen, und die gesellschaftlich mit einer Mischung aus Neid und Bewunderung angesehen werden. Ärzte, wirtschaftliche Führungskräfte, Akademiker im allgemeinen sind nach dieser Theorie nicht mehr Bevorteilte sondern fast schon Opfer der sozialen Arbeitsteilung und auf derselben Belastungs- und Entbehrungsstufe mit Personen, die zur Mülltrennung am Fließband stehen oder nach einigen Jahren Bautätigkeit kaum noch intakte Gelenke haben.

Die Absurdität dieser Ausformulierung ist offenbar, doch immerhin ist dies nur eine Interpretation des Kriteriums der Kompensation für entstandene Kosten. Um diesem Kriterium etwas mehr Plausibilität zu verleihen, muss davon ausgegangen werden, dass lange Ausbildungszeiten insbesondere im akademischen Bereich nicht als

Aufwand zu bezeichnen sind. Die Rechnung, diese Zeit hätte ansonsten für Erwerbstätigkeit zur Verfügung gestanden, mag ein – selbst dort noch schlechtes – Argument für die Rentenpolitik sein, ansonsten ist aber davon auszugehen, dass Personen auf diese Weise die Chance wahrnehmen, einen Lebensplan zu verfolgen, der ihren Interessen entspricht. Die verbreitete Tendenz, sich auch aus ökonomischen Gründen für solche Berufe zu entscheiden, führt den Anspruch auf Kompensation für den ökonomischen Aufwand durch die lange Ausbildungszeit ad absurdum. Wenn Personen sich aus ökonomischen Gründen für einen langen Ausbildungsweg entschließen, so kann es kaum angemessen sein, sie für die ökonomischen Nachteile dessen zu entschädigen. Weiterhin verkennt diese Annahme schlicht die Motivationsstruktur bei der Wahl eines Lebensweges, die Entscheidung für einen Ausbildungsweg ist nur in den allerwenigsten Fällen allein von ökonomischen Erwägungen bestimmt.

Darüber hinaus ist das Kriterium des unangenehmen Aufwandes, der entstandenen Kosten, wenig präzise. Während es tatsächlich sein mag, dass Personen Verantwortung als unangenehm empfinden, streben andere nach Berufen mit maximaler Verantwortung. Was als unangenehm empfunden wird, ändert sich nicht nur von Person zu Person, sondern ist auch bei einer Person in unterschiedlichen Lebensumständen und -abschnitten unterschiedlich. Daher läge es nahe, solche Umstände auszugleichen, die objektiv unangenehm sind. Die empirischen Probleme dieser Forderung sind aber kaum zu bewältigen. Es gälte solche Umstände zu finden, die alle Personen als unangenehm empfinden. Es muss davon ausgegangen werden, dass solche Umstände allein durch die natürliche Ausstattung des Menschen definiert werden können. Es mag auf dieser Basis gelingen, beispielsweise extrem beengte Arbeitsräume als objektiven Nachteil zu kennzeichnen. Allerdings unterliegt eine solche Klassifizierung von objektiv unangenehmen Umständen starken Verzerrungen, die aus schwer erklärbaren Handlungsweisen und Vorlieben von Individuen resultieren. So haben Menschen eigentlich auch eine natürliche Höhenangst und trotzdem springen einige an dünnen Seilen von möglichst hohen Brücken.

Ob es aber damit getan ist, solche Umstände in der Verteilung auszugleichen, oder ob nicht vielmehr verlangt werden muss, sie generell auszuschließen, darüber herrscht wenig Einigkeit. Die moralische Antwort ist die Forderung nach Vermeidung solcher Umstände. Wenn die dennoch aufgrund von Sachzwängen zu

einer Notwendigkeit werden, dann ist eine Entschädigung tatsächlich zu fordern. Unter solchen Umständen liegt aber kaum noch eine Situation vor, in der von Verdienst gesprochen werden kann. Vielmehr herrscht hier der Gedanke einer ausgleichenden Gerechtigkeit vor, die entstandenen Schaden auszugleichen bemüht ist. Der Bereich der distributiven Gerechtigkeit und ihres Verdienstbegriffes ist in dieser Konstellation bereits verlassen. Die Formulierung, eine Person habe sich in solchen Umständen verdient gemacht und sei dafür zu belohnen, ist weniger zutreffend als die, sie habe ein Recht auf Kompensation erlittenen Schadens oder Leids.

Die Betrachtung der einzelnen Verdienstkriterien führt also dazu, die ersten beiden als unzureichend für ein Theorie der Verteilungsgerechtigkeit und darüber hinaus als intern inkonsistent zu kennzeichnen, das letzte aber aus der Theorie der Verteilungsgerechtigkeit in das der ausgleichenden Gerechtigkeit zu überstellen. Darüber hinaus kann aber auch nachgewiesen werden, dass das Prinzip des Verdienstes insgesamt in einer modernen Gesellschaft kein angemessenes Kriterium der distributiven Gerechtigkeit sein kann.¹²⁰

I.7.2. Verdienstorientierung in Marktgesellschaften

Der Gedanke der Verdienstorientierung macht nur insofern Sinn als die Möglichkeit besteht, den Verdienst unterschiedlicher Handlungen zu differenzieren. Wie bereits diskutiert ist die Bemessung des genauen Beitrags in einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft nicht zu leisten, ebenso wenig wie die Messung des Aufwandes. Daher kann nur dann eine sichere Differenzierung von verdienstlichem und nicht-verdienstlichem Handeln gezogen werden, wenn es möglich wäre, dass eine Person nichts zu den sozialen Gütern beiträgt, d.h. sich der sozialen Kooperation vollständig verweigern könnte. Diese Möglichkeit besteht innerhalb einer Gesellschaft nicht, denn jede Form der Kooperation zu verweigern, weder als Kunde noch als Anbieter, weder als Wähler noch als Gewählter, weder als Unterstützungsempfänger noch als Gehaltsempfänger zu fungieren ist allein durch das vollständige Ausscheiden aus der Gesellschaft zu erreichen. Mit dem Austritt aus der Gesellschaft aber, der so radikal wie hier erfordert wahrscheinlich nur durch den Tod erfolgen kann, tritt der Verweigernde aus jedem Bezugsrahmen distributiver Gerechtigkeit aus. Es gibt

¹²⁰ Eine kritische Stellungnahme zu aufwandsbasierten Verteilungsverfahren findet sich in Lamont 1995.

keine Möglichkeit, nicht an der sozialen Kooperation teilzunehmen. Selbst als Trittbrettfahrer der sozialen Institutionen nimmt man noch an diesen Teil. Zwar schließt dies nicht aus, ein Mehr oder Weniger, eine grobe Rangordnung einzelner Verdienstelemente aufzustellen, dies ist aber insbesondere dort möglich, wo der jeweilige Beitrag zum Sozialprodukt betrachtet wird. Wie oben gesehen, liegt es jedoch nahe, diesen zugunsten des Aufwandskriteriums aufzugeben. Wie aber eine angemessene Ordnung von Aufwand zu erzielen ist, ist wiederum weniger offenkundig, als im Falle des finanziellen Beitrags.

Das Verdienstprinzip kann also erst dort greifen, wo Unterschiede in Umfang und Art der Kooperation vorliegen. Diese Unterschiede mögen in wirtschaftlichem, politischen oder sozialem Engagement liegen, in privaten wie im öffentlichen Bereich. Nur wenige von ihnen lassen sich in irgendeiner Form in verteilungsrelevanten Größen messen, und die, die dies zulassen, werden, wenn sie nicht ehrenamtlich ausgeführt werden, in einer Marktgesellschaft zumindest zum Teil direkt durch eben solche Größen in die primäre, marktförmige Verteilung einbezogen.

Die marktförmige Verteilung ist somit eine Verteilungsform, die auf den Verdienst reagiert, wenn auch unvollkommen und teilweise ungerecht. Die Ungerechtigkeit der marktförmigen Verteilung ist aber keiner weiteren verdienstorientierten Umverteilung mehr zugänglich, weil jede nachgeschaltete Umverteilung nach Verdienst einen direkten Angriff auf die Vertragsautonomie und die freie Lebensgestaltung der Gesellschaftsmitglieder bedeuten müsste. Es wäre dann keine mögliche Wahl mehr, ein Leben der ehrenamtlichen Tätigkeit zu widmen, die gerade durch den Mangel an finanzieller Vergeltung gekennzeichnet ist. Eine nachgeschaltete Redistribution nach Verdienstmerkmalen würde gerade solche Leistungen zusätzlich entlohnen und ihnen damit ihren ehrenamtlichen Charakter nehmen. Ebenso verhält es sich mit der Möglichkeit, für bestimmte Tätigkeiten einen individuellen Lohn auszuhandeln. Jedes Verhandlungsergebnis wäre von Anfang an nichtig, da die Umverteilung an demselben Kriterium angreift, wie der Vertrag und diesen daher umstößt.

Einzugestehen ist allerdings, dass es durchaus wünschenswert ist, dass Personen in gewissem Maße durch ihre eigenen Ambitionen und den getriebenen Aufwand Einfluss auf ihre finanzielle und soziale Lage haben. Soziale Mobilität ist eine

Bedingung einer nicht restriktiven, liberalen Gesellschaft. Soziale Mobilität ist aber immer auch ein Merkmal von Marktgesellschaften, wenn bestimmte Tendenzen des Marktes durch soziale Regelungen eingeschränkt werden. Unbeschränkte Märkte tendieren dazu, gegebene Ungleichheiten fortzuschreiben und zu vertiefen. Soziale Mobilität leidet aber unter dieser Tendenz. Daher ist gerade nicht ein weiteres Beharren auf dem Verdienstprinzip, sondern vielmehr ein Ausgleich der bereits durch den Markt institutionalisierten Orientierung am Verdienst Forderung der Theorie distributiver Gerechtigkeit.

I.7.3. Fazit

Der Meritokratismus ist der zentrale Verteilungsmodus der gesellschaftlichen Kooperation am Markt. Gerade deswegen kann er aber die vom Markt verursachten oder geduldeten Ungleichheiten nicht korrigieren. Er verfügt darüber hinaus nicht über ein Konzept dessen, was als zu beachtender Wert einer Verteilungsentscheidung zu gelten hat, sondern muss sich an den gehandelten Marktwerten orientieren. Insofern dient er der Theorie der distributiven Gerechtigkeit eher als Kontrastfolie, die diejenigen gesellschaftlichen Zustände bestimmt, auf die durch Modelle der Verteilungsgerechtigkeit reagiert wird.

Die Option, den Markt als Modell der Verteilungsgerechtigkeit heranzuziehen, findet sich wie bereits ausgeführt in weit überzeugenderer Weise bei Ronald Dworkin durchgeführt. Es handelt sich hierbei nicht mehr um eine Theorie, die Distribution am Verdienstkriterium orientiert, sondern um eine genuin egalitaristische Theorie.

I.8. Solidarität

Im Gegensatz zu libertären Ansätzen treten die ihnen verwandten Ansätze des Solidaritätsparadigmas nicht mehr unter dem Deckmantel des Egalitarismus auf. Mit stark antiegalitaristischem Programm konzipieren sie unter dem Banner der Ermächtigung politischer und gemeinschaftlicher Entscheidung Gesellschaftsstrukturen, die sich auf der einen Seite am libertären Modell freier Marktwirtschaft, auf der anderen Seite an der kommunitaristischen Tendenz zum Vorrang der Gemeinschaftsentscheidung vor dem Individualrecht orientieren.

Der konstruktive Kerngedanke dieses Ansatzes ist der Austausch des Gerechtigkeits- und Gleichheitsanspruches als Paradigma der gesellschaftlichen Ordnung durch das Paradigma der Solidarität. Allein auf dieser Basis und im Ansehen einer vollständigen Theorie der Person in ihrer kontingenten Beschaffenheit könnte eine angemessene Berücksichtigung der Verantwortung und des Verdienstes der Individuen geschehen. Im Sinne dieser Verantwortung sei es auch, die Absicherung des individuellen Lebens zu reduzieren.

Im Folgenden wird dargestellt, welchem Wertkonzept Vertreter des Solidaritätsparadigmas¹²¹ beipflichten. Allerdings kann es sich aufgrund der engen Verknüpfung von Verteilungsmodus und Wertkonzept hierbei nur um eine Annäherung handeln, die im folgenden Abschnitt zu konkretisieren sein wird. In diesem folgenden Abschnitt werden der Verteilungsmodus und der Zweck der Verteilung näher untersucht.

I.8.1. Wertkonzept

Die Herleitung des Wertkonzepts des Solidaritätsparadigmas orientiert sich an der kontingenten Beschaffenheit der jeweiligen Person. Um aus dieser Beschaffenheit ein werttheoretische Überlegungen zu gewinnen, bedarf es einer Differenzierung der Willkür,¹²² die die Entwicklung der Person bestimmt. Modelle der Solidarität kritisieren an den egalitaristischen Theorien, diese würden der kontingenten Verfasstheit der Person und ihrer Umstände nicht gerecht, weil sie die

¹²¹ Ein an Solidarität orientierter Ansatz wird insbesondere von Kersting vertreten. Vgl. Kersting 2000.

¹²² Der Begriff der Willkür bezeichnet hier eher Zufälligkeit. Obwohl er häufig als Bezeichnung für das Zustandekommen für Handlungen verwendet wird, ist hier eher das Zustandekommen von Zuständen, unabhängig von Handlungen gemeint.

Unterscheidung zwischen moralisch auffälliger und moralisch unauffälliger Willkür vernachlässigten. Moralisch unauffällige Willkür sei solche, die in Kontexten auftrete, in denen für eine zu treffende Entscheidung keine ausreichenden Gründe zur Verfügung stünden. Moralisch auffällige Willkür liege aber dann vor, wenn Entscheidungen zwar nach Gründen, nicht aber nach Gründen auf der Basis allgemein anererkennungswürdiger Prinzipien gefällt werden. In der ‚Lotterie der Natur‘ d.h. der natürlichen Ausstattung der Menschen liege aber moralisch unauffällige Willkür vor. Moralisch unauffällige Willkür sei gerade kein angemessener Anwendungsbereich von Gerechtigkeits- oder anderen moralischen Überlegungen, sie werde aber von egalitären Liberalen unter moralischen Blickwinkel betrachtet und als moralisch willkürlich verworfen, obwohl sie naturgegeben und damit moralisch neutral sei.

Die Verteilung der natürlichen Begabungen und Fähigkeiten der Menschen findet allerdings keineswegs als Entscheidung unter Mangel von Gründen statt. Es gibt hier keine Handlung, kein Entscheidungssubjekt. Diese Analyse bestätigt die Behauptung moralischer Neutralität natürlicher Eigenschaften. Doch die Behauptung, nur eine Handlung, also eine zurechenbare, auf Gründen beruhende Veränderung der Sachverhalte¹²³ könne unter moralischer Perspektive betrachtet werden, folgt aus dieser Analyse nicht.¹²⁴ Diese Behauptung ist es, gegen die sich der Egalitarismus stellt, indem er die Ausstattung und Umstände des Individuums nicht als nachträglich unveränderbar hinnimmt. Das zugrunde liegende Prinzip der gesellschaftlichen Entscheidung im Egalitarismus ist es, all die Ungleichheiten unter den Menschen auszuschalten, die diese nicht durch moralisch zurechenbare und vertretbare Handlungen oder Entscheidungen hervorgebracht haben. Dass es sich bei der genetischen Diversität nicht um einen moralischen oder unmoralischen Prozess handelt, ist unstrittig. Ob und wie Menschen aber ihr Leben zu führen in der Lage sind, ist eine genuin moralische Frage, und sie nicht zu beantworten, weil ein moralisch neutraler Prozess Einfluss darauf hatte, ist nicht begründbar.

¹²³ Der Handlungsbegriff ist nicht abschließend geklärt, insbesondere in der naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise sind die Kriterien dafür, was eine Handlung darstellen kann, umstritten. In der vorliegenden Arbeit wird als Handlung sprachliches oder körperliches Verhalten verstanden, das auf Gründen beruht und dem Handelnden zurechenbar ist. Dazu ist es nicht nötig, dass der Handelnde hätte anders handeln können.

¹²⁴ Vgl. hierzu auch Bennett 1995 der nachweist, dass der Unterschied zwischen Tun und Unterlassen im Falle der Handlungsfähigkeit keinen moralischen Unterschied macht.

Weil diese am Solidaritätsparadigma orientierte Kritik des liberalen Egalitarismus den Ausgleich natürlicher Ausstattung ablehnt, kann das zugrunde liegende Wertkonzept für diese Unterschiede zwischen Menschen und die darauf basierenden Unterschiede in der Lebensführung nicht sensibel sein. Dementsprechend sind auch die konkreten politischen Aussagen wie die Forderungen nach einem breiten Niedriglohnsektor, der Abschaffung oder Entmachtung der Gewerkschaften als Tarifparteien oder der Reduzierung der Leistungen des Sozialstaates auf eine Grundgüterversorgung, zu verstehen.

Das Wertkonzept des Solidaritätsparadigmas muss sich am Minimalkonsens gesellschaftlich etablierter Werte orientieren, da weder individuelle Eigenschaften der Person noch deren Vorstellung von einem guten Leben der gesellschaftlichen moralischen Entscheidung zugänglich sind. Insofern liegt es nahe, eine Minimalausstattung mit Subsistenzmitteln oder mit monetären Ressourcen, die die Subsistenz zu sichern vermögen, zu wählen.

I.8.2. Verteilungsmodus

Entsprechend der These der moralisch unauffälligen Ungleichheit kann sich das Solidaritätsparadigma darauf berufen, dass die normale gesellschaftliche Kooperation am Markt ausreicht, um eine Situation gerechter Verteilung herzustellen. Wenn die natürliche Ausstattung des Menschen nicht in die gesellschaftliche Verteilungsentscheidung einbezogen werden muss, reicht ein rein prozedurales System von Übertragungsverfahren. Die Argumentation verläuft dann ähnlich wie in libertären Positionen, von einer gerechten Ausgangsverteilung über gerechten Transfer. So gesteht Kersting dem Marktsystem einen Verdacht der Vorzugswürdigkeit zu. Während egalitäre liberale Theorien davon ausgehen – worin sie sowohl vom empirischen wie auch von theoretischen Teil der Wirtschaftswissenschaften bestätigt werden – dass der Markt durchaus der Regelung bedarf, glaubt beispielsweise Kersting in ihm ein Instrument zur angemessenen Belohnung von Leistung und Fähigkeiten zu finden. Dabei ignoriert er, dass Märkte zur Intensivierung von Ungleichheiten maßgeblich auf der Basis von Vermögen und oft unabhängig von Leistung oder Fähigkeit tendieren.

Der zugrunde liegende Gedanke ist allerdings der der Gesellschaft als Kooperationsgemeinschaft, der von Rawls entlehnt wird. Gesellschaftsmitglieder kooperieren demnach am Markt zur Sicherung und Verteilung der wirtschaftlichen

Lebensbedingungen, im öffentlichen Raum im Sinne der politischen Willensbildung. Diese Kooperation ist nicht als Möglichkeit, sondern als gesellschaftliche Verpflichtung anzusehen, die Verteilung, die jenseits des Marktes geschieht, kann daher auch nur dazu dienen, Personen, die unverschuldet aus dem Markt ausgeschieden sind wieder darin zu integrieren. Mit Kooperationsverweigerung kann sich eine so verstandene Gesellschaft nicht solidarisch erklären, ohne ihre eigene Verfassung anzuzweifeln.

Allerdings ist dabei zu beachten, dass eine moderne Marktwirtschaft nicht nur friktionelle und freiwillige Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat, sondern auch von struktureller Arbeitslosigkeit geprägt ist. Das natürliche (oder inflationsneutrale) Arbeitslosigkeitsniveau konfrontiert diesen Ansatz mit der Frage, wie den die Kooperationsverhinderung von Seiten der Gesellschaft zu behandeln ist, denn um nichts anderes handelt es sich ja bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit.¹²⁵ In diesem Fall kann eine Gesellschaft die Solidarität nicht verweigern, wenn sie nicht unverschuldete Nachteile zusätzlich bestrafen will.

Leider sind aber die Grenzen zwischen freiwilliger und unfreiwilliger, friktioneller und struktureller Arbeitslosigkeit jenseits der Lehrbuchdefinitionen nicht so klar zu ziehen. Eine Gesellschaft läuft immer Gefahr, den Trittbrettfahrer zu subventionieren, oder aber den unfreiwillig von der Kooperation ausgeschlossenen zu bestrafen. Die Solidarität müsste sich an der Kooperationsbereitschaft der Person orientieren. Diese aber ist nicht zweifelsfrei intersubjektiv feststellbar, und somit als Kriterium der gesellschaftlichen Entscheidung ungeeignet. In dieser Situation stehen Solidaritätstheoretiker vor der Entscheidung, wie sie die Grenzen der Solidaritätsgemeinschaft ziehen. Ziehen sie diese Grenze sehr weit, so laufen sie Gefahr, einigen Personen Vorteile zu gewähren, die selbst dazu nicht bereit wären. Ziehen sie diese eng, so gehen sie das Risiko ein, Personen, die sich solidarisch verhielten, wenn sie es könnten, auszuschließen.

Als Folge der Unsicherheit hinsichtlich des Umfangs der Solidaritätsgemeinschaft ist der Ansatz auch gezwungen überall dort, wo doch Leistungen erbracht werden sollen, auf die Idee der Gleichheit zurückzugreifen. Diese Bereiche sind das

¹²⁵ Damit ist nicht impliziert, dass ein Staat die Arbeitslosigkeit gefahrlos unter ihren natürlichen Wert zu senken in der Lage oder aufgefordert ist. Hier wird nur der Sachverhalt gekennzeichnet, dass Personen willens sind, an der Marktkooperation teilzunehmen, aber aufgrund nicht verschuldeter Umstände aus der Kooperation ausgeschlossen bleiben.

Bildungswesen, über das zwar wenig positive Aussage gemacht wird, zu dem aber gleicher Zugang herrschen soll und die Bedingungen der Entwicklung zum Bürger, die sich ähnlich, wenn auch umfangreicher ausgearbeitet bei Rawls findet. Auch im Rahmen solidaritätstheoretischer Modelle sollen Personen in die Lage versetzt werden, als Bürger an der gesellschaftlichen Kooperation, also an der politischen Willensbildung insbesondere aber am Markt teilzunehmen. Die Sicherung der Grundbedürfnisse bzw. die Nothilfe sind dazu gedacht, diejenigen, die aus irgendwelchen Gründen am Markt nicht bestanden haben, wieder in die Lage zu versetzen, an diesem teilzunehmen. Kersting bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt, der Wohlfahrtsstaat „ist für den Markt da“.¹²⁶ Der Markt aber dient zur Entwicklung und Verteilung gesellschaftlichen Wohlstandes. Wohlfahrt und Hilfeleistungen orientieren sich hier also nicht an den Bedürfnissen der Einzelperson sondern an den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Kooperation. Sie sind eher als sekundär gegenüber der gesellschaftlichen Grundstruktur zu betrachten, während sie in egalitären Ansätzen in diese Grundstruktur der Gesellschaft integriert werden. Wie oben bereits gesehen, ist die Grundstruktur der Gesellschaft jedoch in solidaritätsorientierten Ansätzen nicht für Gerechtigkeitsentscheidungen zugänglich.

Dennoch ist mit Kersting eine wichtige Kritik des Solidaritätsansatzes an möglichen egalitären Theorien geltend zu machen, wenn er auf die Gefahr der vollständigen Entmachtung politischer Entscheidung in einer Gesellschaft hinweist. Zwar wählt er für diese Kritik mit John Rawls oder Thomas Nagel, deren Theorien von starken republikanischen Elementen geprägt sind, die falschen Adressaten, doch ist durchaus zuzugestehen, dass extremer Egalitarismus dazu neigen kann, den Raum des Politischen unnötig zu begrenzen. Am ehesten tendiert zu diesem Fehler die Theorie von Dworkin, die mit einem Verteilungsmodus, der dem restriktiven Leximin-Verfahren gleicht, breite Bereiche möglicher wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen ausschließt. Gerade die Konstitution gesellschaftlich geteilter Theorien des guten Lebens, über grundlegende Gleichheit hinausgehende Förderungen besonderer Befähigungen oder Leistungen können durch einen zu starken Gleichheitsgedanken gefährdet werden.

¹²⁶ Kersting 2000, S. 247

I.8.3. Fazit

Es bleibt festzustellen, dass das Paradigma der Solidarität einen vollkommen anderen Bereich beschreibt, als das der Gerechtigkeit. ‚Solidarität‘ bedeutet Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl und die praktische Umsetzung dessen in der gegenseitigen Unterstützung zur Erreichung gemeinsamer Ziele. Es handelt sich also um eine Einstellung innerhalb einer beliebig gearteten Gemeinschaft, deren Wirkung im Inneren als Nothilfe beschrieben werden kann. Währenddessen ist Gerechtigkeit als ein Innenverhältnis einer Gesellschaft oder Gruppe zu verstehen, welches es gebietet, jedem das seine zukommen zu lassen. Gerechtigkeit verlangt nach Rechtsform,¹²⁷ Solidarität muss nur dann verrechtlicht werden, wenn sie im Schwinden begriffen ist. Gerechtigkeit ist ein Verhältnis unter Gleichen, Solidarität sagt über Status und Hierarchie nichts aus.

Das Konzept der Kooperationsgemeinschaft, welches das Solidaritätsparadigma heranzieht, bedarf eigentlich einer Begründung, die entweder durch ein Vertragsmodell, oder aber durch ein kommunitaristisches Modell der gewachsenen Gemeinschaft zu leisten wäre. Während das Vertragsmodell in der Theorie von John Rawls herangezogen und im Sinne einer Theorie der Gerechtigkeit ausgedeutet wird, müsste sich ein Solidaritätsmodell eher auf eine kommunitaristische Argumentation stützen. Die offenkundige Instabilität der traditionellen Gemeinschaft überführt die Hilfeleistungen der Solidarität in den Anspruch auf gerechte Behandlung innerhalb einer gesellschaftsvertraglichen Kooperationsgemeinschaft.

Das Wertkonzept des Modells ist sogar explizit darauf angelegt, die Bedingungen eines guten Lebens nicht widerzuspiegeln, ebenso, wie der Verteilungsmodus zwar auf das Ideal der Verfahrensgerechtigkeit, nicht aber auf eine grundlegende Gleichheit festgelegt ist. Es handelt sich insofern zwar um ein Modell der Kooperationsgemeinschaft, aber um das einer Kooperationsgemeinschaft ohne System der Verteilungsgerechtigkeit.

Eine treffende Bewertung des Solidaritätsparadigmas im Rahmend der distributiven Gerechtigkeit findet sich ebenfalls bei seinem wichtigsten Verfechter: „Gerechtigkeit ist nicht Solidarität“¹²⁸ und ebenso gilt der Schluss: Solidarität ist nicht Gerechtigkeit.

¹²⁷ Vgl. Kant, MS 237 f.

¹²⁸ Kersting 2000a, S. 50.

I.9. Kontraktualistische Positionen

Der derzeit wohl prominenteste gerechtigkeits-theoretische Ansatz ist John Rawls Theorie der Gerechtigkeit und ihre Fortschreibung in Political Liberalism. Rawls konstruiert auf der Basis eines imaginären Urzustandes Regeln, denen alle Gesellschaftsmitglieder ohne Wissen um ihre jeweilige Position in der Gesellschaft zustimmen würden.

Die Rawlssche Konstruktion eines Urzustandes und einer Zustimmungssituation steht deutlich in der Tradition der klassischen Vertragstheorien. Das Modell eines Gesellschaftsvertrages¹²⁹ löst im Empirismus die bis dahin vorherrschende Theorieströmung der politischen Philosophie, die Naturrechtslehre ab. Es stellt die überzeugendste Antwort darauf dar, wie Herrschaft von Menschen über Menschen legitimiert werden kann. Dabei handelt es sich nicht um historische Betrachtungen, obwohl es in der analytisch-genetischen Methode etwa Thomas Hobbes manchmal so wirken kann, sondern vielmehr um ein geltungstheoretisches Argument, ein Gedankenexperiment. Dieses Experiment nimmt einen Dreischritt vor, der aus den Bedingungen des Naturzustandes die Notwendigkeit und Form eines Vertrages begründet, der eine bestimmte Gesellschaft ins Leben ruft.¹³⁰ Die Beschreibung des Naturzustandes bildet dabei nicht nur die Rechtfertigung, überhaupt eine Gesellschaft und ein Herrschaftssystem zu konstituieren, sondern sie liefert auch die Desiderata, denen in der Gesellschaft entgegenzukommen ist. Somit bestimmt die Naturzustandsbeschreibung die Form der konstituierten Gesellschaft.

Im Mittelpunkt der klassischen Vertragstheorien stehen Erwägungen der Herrschaftslegitimation, der Frage nach der Rechtfertigung von Herrschaft überhaupt. In der modernen Wiederaufnahme durch John Rawls dominiert jedoch die Ableitung sozialetischer Prinzipien staatlichen Handelns. Das Problem der Herrschaftslegitimation ist für Rawls nicht mehr akut, die Frage nach dem Souverän und dessen Verhältnis zur Bevölkerung ist in der modernen politischen Philosophie geklärt.

Trotz dieses augenscheinlichen Unterschiedes ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Differenzierung der Vertragstheorie zwischen Herrschaftslegitimation und

¹²⁹ Seine frühesten Erwähnungen findet der Vertragsgedanke bereits bei den Sophisten im fünften vorchristlichen Jahrhundert. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine ausgeführte Vertragstheorie.

¹³⁰ Vgl. Kersting 1994.

Prinzipienbegründung nicht vollständig trennscharf ist. In der traditionellen Vertragstheorie finden sich jenseits des theoretischen Fokus bereits wichtige Begründungen sozialetischer und politikethischer Prinzipien, die unter anderem die Basis des modernen Menschenrechtsgedankens gelegt haben. Auf diese Grundlage rekurrieren moderne Vertragstheoretiker wie John Rawls.

Da die inhaltlichen Bestimmungen der jeweiligen Vertragstheorien sich den Konstruktionen des Naturzustandes und der vertragsermöglichenden Bedingungen verdanken, gilt das Hauptinteresse der Untersuchung der jeweils zugrunde liegenden Anthropologie und Vernunftkonzeption. Die Protagonisten der traditionellen Vertragstheorien sind im Folgenden Thomas Hobbes und John Locke, sie bilden die Kontrastfolie, vor der die weiterführende Theorie John Rawls analysiert werden soll.

I.9.1. Das Vertragsmodell

Thomas Hobbes ist als der Begründer des modernen Vertragsargumentes anzusehen, mit ihm beginnen der moderne Individualismus und der konsequente atomistische Reduktionismus sowohl in der politischen Philosophie wie in der Ethik insgesamt. Das Hobbessche Werk bietet einen irritierenden Kontrast von radikalem legitimatorischem Individualismus und ebenso radikalem Absolutismus im Modell politischer Herrschaft. Die Stringenz des Hobbesschen Argumentes basiert nahezu vollständig auf der ausführlichen Ausarbeitung des Naturzustandes und der anthropologischen Voraussetzungen.¹³¹

¹³¹ Die Methode, die Hobbes zu seiner Anthropologie führt, ist aus moderner Sicht kaum mehr haltbar. Er bemüht sich, die naturwissenschaftliche Vorgehensweise seiner Zeit nachzuahmen, wenn er den Menschen durch eine Analyse unabhängig von allen Verbindungen und Einflüssen der Außenwelt zu bestimmen versucht. In einer solchen Analyse werden Menschen zu einzelnen Atomen, denen intrinsische Eigenschaften zukommen. Aus diesen Atomen gilt es dann die Gesellschaft genetisch zu erklären. Die Darstellung insbesondere im *Leviathan*, welcher die ausgeführteste Version der politischen Theorie Hobbes enthält, verführt zu dem Schluss, hier würde eine historische Rekonstruktion angestrebt. Es handelt sich aber nur um einen Effekt der Darstellungsweise, Hobbes orientiert sich an der Physik nicht an der Geschichte, seine analytisch-genetische Methode ist geltungstheoretisch zu verstehen nicht historisierend.

Wenn aber alle Eigenschaften des Menschen als intrinsische Eigenschaften beschrieben werden, so ist es problematisch, eine Entwicklung dieser Eigenschaften zu begründen und unmöglich, relationale Eigenschaften in die Analyse einzubeziehen. Demzufolge leidet die Plausibilität des Gedankenexperiments schon deshalb, weil dadurch, dass alle Eigenschaften des Menschen zu intrinsischen Eigenschaften werden, der Effekt der Sozialisation und Entwicklung in Hobbes Blick ausgeblendet ist. Der Mensch ist immer schon, was er eigentlich erst im Laufe seines Lebens wird, und was er immer nur unter bestimmten Umständen wird. Die jeweilige Form, die diese Verkürzung annimmt wird in der Darstellung der Bedingungen des Vertrags noch expliziert.

Die wohl berühmteste Formulierung Hobbes ist der Satz ‚homo homini lupus‘ der aber weit mehr beschreibt, als eine aggressive Triebnatur. Sicherlich finden sich bei Hobbes unzählige Formulierungen, die die aggressiven und asozialen Triebe beschreiben, die die Menschen immer wieder in den Konflikt treiben. Der Grund für den Satz, der Mensch sei dem Menschen ein Wolf ist aber in drei Charakteristika jenseits der Triebstruktur zu finden. Dies sind die Vernunftfähigkeit und der erste Zweck des Menschen, als den Hobbes die Selbstbehauptung versteht, sowie die Knappheit in seinen Lebensumständen.

Das erste Charakteristikum der menschlichen Natur ist keineswegs das, was er mit anderen Raubtieren teilt. Das anthropologische Charakteristikum schlechthin ist dasselbe, welches die gesamte Philosophiegeschichte bestimmt hat, die Vernunft.¹³² Allerdings führt Hobbes eine Version der Vernunft ein, die ihr alle normative Kraft streitig macht. Hobbes Vernunftbegriff ist der einer instrumentellen Vernunft, die Teil des appetitiven Apparates der Maschine Mensch bleibt. Menschen handeln ebenso zweckrational wie Tiere nach ihren Instinkten handeln, sie können nicht anders, wenn sie ihre Vernunft auch zu trainieren vermögen. Untersuchungsbereich der Vernunft sind ausschließlich Mittel, nicht jedoch die zu verfolgenden Ziele. Die Ziele oder letzten Zwecke des Menschen sind gegeben, wenn auch jenseits des obersten Ziels nicht abschließend von Hobbes vorgestellt.

Das erste aller menschlichen Ziele besteht in der Selbsterhaltung. Hobbes ist klar, dass das Leben eine notwendige Voraussetzung jeden guten Lebens ist, und solange dies nicht gesichert ist, keine weiteren Ziele angestrebt werden können. Im Gegensatz zu antiken Vorbildern wird jedoch die Selbsterhaltung nicht mehr als unausweichliches Streben allein gekennzeichnet. Vielmehr wird es zum bewusst angestrebten Ziel des menschlichen Lebens.¹³³ Die Kombination von instrumenteller Rationalität und Selbsterhaltungsinteresse unter den Bedingungen von Knappheit ist

¹³² Hobbes diskutiert den Unterschied zwischen Mensch und Tier in den Kapiteln 5 und 6 des ersten Teiles des Leviathan. Neben anderen ist die Formulierung „der Mensch unterscheidet sich von den übrigen Tieren nicht bloß durch Vernunft, sondern auch durch diese Leidenschaft, die Neugier genannt wird“ am einschlägigsten. Die zu entwickelnde Vernunft und die bereits angeborenen Leidenschaften charakterisieren das Wesen des Menschen.

¹³³ Der Begriff der Selbstbehauptung wird hier in dem einfachen Sinne der Erhaltung des eigenen Lebens verwendet. Obwohl mit diesem Begriff zentrale Umdeutungen in der Geschichte der politischen Philosophie verbunden sind, kann für diese einfache Verwendungsweise auf eine Diskussion etwa seiner Rolle in der Umkehrung teleologischer Erklärungsweisen verzichtet werden. Eine ausführliche Darstellung der Debatte um den Begriff der Selbstbehauptung findet sich in Ebeling 1976.

hinreichend um Hobbes in Theoriesituationen zu führen, die in der modernen Entscheidungstheorie als Problem des Gefangenendilemmas und der Trittbrettfahrer-Problematik mittlerweile hinreichend bekannt sind.

Wäre die Hobbessche Vernunft von normativer Kraft, so läge hier noch kein wirkliches Problem vor. Wie er selbst erkennt, bietet die Vernunft in dieser Situation bereits einen Ausweg, den Hobbes selbst als die Naturgesetze bezeichnet. Insbesondere das erste Naturgesetz ‚suche Frieden und jage ihm nach‘ ebenso wie seine Folgerung im zweiten Naturgesetz ‚sobald seine Ruhe und Selbsterhaltung gesichert ist, muss auch jeder von seinem Rechte auf alles – vorausgesetzt, dass andere dazu auch bereit sind – abgeben und mit der Freiheit zufrieden sein, die er den übrigen eingeräumt wissen will‘¹³⁴ stellen bereits die spieltheoretische Lösung der Situation dar. Da es sich hierbei keinesfalls um das klassische Gefangenendilemma im nicht wiederholten Spiel sondern um ein Spiel mit unendlicher Wiederholung handelt, ist ein stabiles Gleichgewicht auf der Basis der tit-for-tat Strategie möglich. Handelten wirklich alle Individuen nach den gerade genannten Naturgesetzen der Vernunft, so würden sie im ersten Zug kooperieren, und im weiteren nur dann die Kooperation verweigern, wenn ihr Partner dasselbe tut. Weil aber alle kooperieren, führt der Naturzustand in dieser Konstruktion noch zu perfekter Harmonie. Insofern wäre das dritte der Naturgesetze eher eine direkte Konsequenz der Befolgung der ersten beiden. Es lautet: *Pacta sunt servanda*.

Es scheint also so, als folge aus Hobbes Konstruktion des Naturzustandes und der anthropologischen Merkmale noch keine Veranlassung, den Naturzustand zu verlassen. Um die ‚*ex eundem ex statu naturalis*‘ Maxime zu entwerfen, die jede Vertragstheorie letztlich vertritt, muss er die genannten Charakteristika noch stärker fassen, als dies bisher getan wurde. Die Argumentation dafür, dass dieser Naturzustand zu verlassen ist, unterstellt, dass die menschliche Vernunft jederzeit von Zukunftsangst fast irrationalen Ausmaßes geprägt ist.

Der Mensch wird nun deshalb zum Wolf, weil Knappheit herrscht. Um das von der Vernunft der Naturgesetze abweichende Verhalten als weiterhin instrumentell rational zu kennzeichnen führt Hobbes hier zwei umstrittene Regeln ein. Zum einen schränkt er das dritte Naturgesetz des ‚*pacta sunt servanda*‘ auf Situationen ein, in

¹³⁴ Vgl. Hobbes 1970, S 119.

denen keine Furcht herrscht, der andere könne den Vertrag seinerseits brechen. Aufgrund der vorhersehenden Vernunft sei es dann nämlich rational, den Vertrag zuerst zu brechen, um den Trittbrettfahergewinn einzustreichen. Zum anderen könne die instrumentelle Rationalität mit der einmal gesicherten Selbsterhaltung nicht zufrieden sein, sondern müsse nach immer mehr Macht streben, um die spätere Selbsterhaltung ebenfalls zu sichern. Es sei also davon auszugehen, dass jeder immer fürchten müsse, der andere würde um dieser Macht willen jeden Vertrag brechen. Dies sind aber gerade die Gegenpositionen zu den oben formulierten ersten Naturgesetzen. Sie sind selbst dann nicht herzuleiten, wenn die instrumentell rationalen Individuen darum wissen, dass auch die anderen rationale Egoisten sind. Die einzige Begründung für diese Position kann ein Pessimismus hinsichtlich der menschlichen Natur sein. Dennoch ist diese Furcht ein anthropologisches Hauptcharakteristikum im Naturzustand der Hobbesschen Theorie. Die Furcht jedes vor jedem definiert den Kriegszustand, aus dem für ihn der Naturzustand besteht. Dieser wird nicht durch tatsächliche Kampfhandlungen sondern durch Unsicherheit und Furcht beschrieben. Allein die Furcht vor dem anderen, die nur durch unbegrenzte Machtakкумуляtion zu beruhigen ist, macht den Menschen zum Raubtier.

Obwohl die aus der instrumentellen Rationalität resultierende Argumentation für einen Kriegszustand die konsistenteste und plausibelste im Hobbesschen Werk ist, findet sich noch ein paralleler Argumentationsstrang, der auf die Leidenschaften des Menschen abstellt. Menschen sind demzufolge von so vielen unsozialen Leidenschaften getrieben, dass es ihnen im ungezügelten Zustande nicht möglich ist, eine Gemeinschaft zu bilden. Das Bild vom menschlichen Wolf hat durchaus auch die Bedeutung des triebhaften Raubtieres.

Die Hobbessche Lösung des Dilemmas ist nun die absolute Herrschaft eines Leviathan, dessen Geburt durch einen Vertrag aller Individuen untereinander ermöglicht wird. Die Individuen versprechen einander, ihr Recht zugunsten eines dritten, eines Vertragsunbeteiligten aufzugeben, und konstituieren sich somit als eine Volksgemeinschaft. Gleichzeitig autorisieren sie diesen dritten, das Volksganze zu regieren, und zwar in einer institutionellen Form, die als letzter freier Akt des Volkes im Vertragsschluss festgelegt wird. Mit dem Vertragsschluss wird die Institution geschaffen, die diesen und alle anderen Verträge garantieren kann, eine absolute

Herrschaft, die der Furcht vor dem Nächsten ein Ende setzt, weil sie über unwiderstehbare Gewalt zu sanktionieren verfügt.

Diese Gewalt aber kann wenig Einschränkungen unterliegen. Der Hobbessche Vertrag legitimiert die Herrschaft, er setzt ihr im Gegensatz zu den Herrschaftsverträgen des Naturrechts kaum Grenzen. Der Grund hierfür ist offensichtlich, der oberste Herrscher ist weder Vertragspartner, noch kann irgendeine andere Macht über ihn richten, ohne dass er aufhört, der oberste Herrscher zu sein. Die einzigen Pflichten des Herrschers sind diejenigen, zu deren Zweck er eingesetzt wurde. Diese Pflichten sind aber der Konstruktion zufolge nur der Schutz des Volksganzen und die Erhaltung des inneren Friedens. Darüber hinaus ist der Souverän zu nichts verpflichtet. Auch wenn Hobbes durchaus Unterschiede zwischen guten und schlechten Herrschaften anerkennt, kann doch schlechte Herrschaft kein Grund zu Ungehorsam sein. Der einmal geschlossene Vertrag ist nicht wieder aufzuheben, hier gibt es weder Willensirrtum des Bürgers noch Nichterfüllung der Vertragspflichten des Herrschers.

Die Grenze des Gehorsams des Bürgers liegt in dem, was er niemals in einem Verträge veräußern könnte. Dies ist das Recht zur Selbsterhaltung. Hobbes erklärt jeden Vertrag, der der Selbsterhaltung eines Individuums zuwiderläuft, für ungültig. Dies gilt auch für den Gesellschaftsvertrag. Weder kann von einem Bürger verlangt werden, sich selbst zu töten, vor Gericht anzuklagen, Geständnisse ohne Begnadigungszusage zu machen, noch sich nicht gegen Gewalt zu wehren.

Das Vertragsmodell John Lockes geht von ganz anderen Voraussetzungen aus. Sein Naturzustandsmodell beschreibt keinen gesetzlosen Kriegszustand, vielmehr legt Locke bereits in die Beschreibung des Menschen im ursprünglichen Zustand normative Strukturen. Der Lockesche Naturzustand ist ein Zustand, in dem Menschen nach dem Gesetz der Vernunft zusammenleben, geprägt von Kooperation und vollkommener Freiheit. In dieser Situation verfügen die Menschen über ursprüngliche Rechte, Rechte auf ihr Leben, ihre Freiheit und ihren Besitz. Der gesamte Bereich des ‚suum‘ des Naturrechts findet sich bei Locke wieder, ebenso die These von der natürlichen Rechtsform dieser Ansprüche. Die Begründung hierfür

liegt wie im Naturrecht auch im Willen des Schöpfers und den Regeln der Vernunft.¹³⁵

Diesen Rechten der ersten Ordnung stehen als Rechte zweiter Ordnung das Recht zur Selbstverteidigung und das Recht zu strafen gegenüber. Das Recht zur Selbstverteidigung kann analytisch aus den Rechten erster Ordnung gefolgert werden. Das Recht zu strafen jedoch hat einen eigenständigen Status. Locke behauptet wie Pufendorf, auf den er sich mehrfach affirmativ beruft, dass ein Gesetz immer auch Sanktion impliziert, er muss also eine Sanktionsmöglichkeit für das Recht der Natur einführen, wenn dieses Recht nicht nichtig sein soll. Statt aber wie in der Tradition durchgängig üblich an die transzendente Strafe zu appellieren, stellt er ein allgemeines Recht, Gesetzesübertritte abzustrafen, auf. Somit bleibt es nicht bei der Verteidigung des Rechtes in eigener Sache, sondern ein jeder kann auch in fremder Sache Sanktionsgewalt anwenden. Der Bemessung der Sanktion liegt einerseits die Idee der Spezialprävention und Wiedergutmachung zugrunde. Andererseits aber stellt Locke fest, dass der, welcher sich gegen die Gesetze der Natur wendet, auch den Anspruch auf die korrespondierenden Rechte aufgibt. Er wird zu einem subhumanen, rechtlosen Wesen, mit welchem umzugehen ist wie mit einem Raubtier.

Die Situation, in die derjenige, der das Naturrecht verletzt, eintritt, ist der Kriegszustand der Lockeschen Theorie. Er ist dem Naturzustand immer schon inhärent, weil Menschen über die Möglichkeit verfügen, sich entgegen der Vernunft zu verhalten. Im Gegensatz zu Hobbes verfügt Locke über einen Vernunftbegriff, der normative Kraft aufbringt. Die Gesetze der Natur sind durch die Vernunft erkennbar und fallen mit dem zusammen, was ihr gemäß ist. Die Übereinstimmung von Willen Gottes, Natur und Vernunft ist ein weiteres Element, welches Locke vom klassischen Naturrecht übernimmt. Eine Konsequenz dieser normativen Vernunftkonzeption besteht darin, dass der Lockeschen Theorie zufolge die Möglichkeit existiert, entgegen der Vernunft zu handeln. Während die Vernunft laut Hobbes als Triebkraft wie nach einem mechanischen Gesetz wirkt, dem sich der Mensch nicht entgegenstellen kann, ist es nach der Lockeschen Theorie möglich, wieder die Gesetze der Vernunft und damit der Natur zu handeln.

¹³⁵ Vgl. die Darstellung der zentralen Naturrechtlichen Positionen im Kapitel *Libertäre Positionen und strukturelle Gleichheit*, Abschnitt I.6.2. *Die Grundlage der Rechte*.

Gründe, gegen die Vernunft zu handeln liegen in der menschlichen Motivationsstruktur vor, der Mensch strebt auch bei Locke nach Lust und vermeidet Schmerz.¹³⁶ Diese Gründe sind aber nur von sekundärer Bedeutung in der Lockeschen Theorie. Der entscheidende Grund für die Verfehlungen gegenüber den natürlichen Gesetzen liegt in der Unsicherheit der Interpretation der Naturgesetze. Ohne eine sichere Auslegung führen Interpretationsdifferenzen zu Situationen des Kriegszustandes. Eine Person kann sich noch als im Rahmen des natürlichen Gesetzes handelnd empfinden, während andere sie schon als Straftäter ansehen. Diese Tendenzen nehmen beide mit der Komplexität der gesellschaftlichen Zustände zu.¹³⁷

Folge der zunehmenden Rechtsunsicherheit und des immer häufiger auftretenden Kriegszustandes im Naturzustand ist wie auch bei Hobbes die Notwendigkeit, den Naturzustand zu verlassen. Allerdings steht in der Lockeschen Theorie einiges auf dem Spiel, während bei Hobbes alles zu gewinnen ist. Die Naturzustandsbewohner Lockes laufen Gefahr, ihre ursprünglichen Rechte zu gefährden, für sie kommt daher die Einrichtung eines Leviathan nicht in Frage.

In einer ausführlichen Hobbeskritik weist Locke auf, dass es nicht im Interesse der Personen sein kann, sich zwar gegen die Gewalt der anderen, nicht aber gegen die Gewalt eines viel größeren, nämlich des Staates zu schützen. Die zentrale Aufgabe einer zu bildenden Gemeinschaft kann aber nur die Aufhebung der Nachteile des Naturzustandes sein, und diese Nachteile liegen gerade in der herrschenden Unsicherheit. Es liegt also nahe, die Vorteile eines Staates nicht auf Kosten der

¹³⁶ Dies ist keine genauere Festlegung hinsichtlich dessen was für den einzelnen Lust oder Schmerz bedeutet, das kann nicht vorhergesagt werden. Die Lust - Schmerz Distinktion wird dadurch beschrieben, dass wir nach dem einen streben, und das andere zu vermeiden suchen. Es handelt sich also entweder um einen Zirkel, oder aber das Eingeständnis, dass die menschliche Motivationsstruktur aufgrund ihrer Komplexität nicht vollständig beschrieben werden kann sondern nur radikal vereinfachender Darstellung zugänglich ist. Gerade aufgrund dieser Komplexität ist es aber auch möglich, zu Dingen motiviert zu sein, die wider die Vernunft und das Naturgesetz sind, obwohl sie die Strafe aller nach sich ziehen.

¹³⁷ Handlungen wider die Vernunft oder das Naturrecht, die aufgrund von Luststreben getätigt werden, sieht Locke als Formen der Gier an. Ist in Situationen, in denen niemand mit mehr Eigentum als er verbrauchen kann, etwas anzufangen weiß, die Gefahr des Übertritts aus Gründen der Gier noch sehr gering, ändert sich dies mit der Einführung unverderblicher Güter, insbesondere des Geldes. Insofern führt also der Fortschritt zur modernen Wirtschaft zu häufigerer Versuchung, dem Motiv der Gier nachzugeben. Ebenso wird aber mit einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft die Interpretation des Naturrechtes schwieriger, da die Fälle beständig komplexer werden. Im Zentrum der Argumentation Lockes für die *exeundum ex statu naturali* These steht also eine sozial-evolutionäre Annahme. Daran ist bereits abzusehen, dass Locke seine Vertragstheorie nicht allein als analytisches, sondern auch als historisches Argument begreift.

natürlichen Rechte aufzugeben, sondern vielmehr nur einen Teil der natürlichen Rechte auf eine verlässliche Instanz zu übertragen. Zu übertragen sind die Rechte der zweiten Ordnung, aus deren Anwendungsdefiziten oder Missbrauch das Sicherheitsrisiko entsteht. Im Gegensatz zum Hobbesschen Rechtsübertrag handelt es sich bei dieser Übertragung eher um eine Bevollmächtigung zur Ausübung des jeweiligen Rechts als um einen vollkommenen Rechtsverzicht. Die Zielsetzung dieses Rechtstausches nämlich die Sicherheit und verlässliche Schiedsrichterschaft, ebenso wie die Form des Vertrages als Versprechen eines jeden gegenüber allen anderen Staatsmitgliedern gleichen der Hobbesschen Konstruktion.

Die Bildung einer politischen bzw. bürgerlichen Gesellschaft sieht Hobbes erst mit der Unterwerfung unter eine höchste Macht und deren Autorisierung als abgeschlossen. Locke hingegen, der die Einsetzung eines solchen volksexternen Souveräns als die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft ansieht, muss mit dem Versprechen auf Rechtsübertragung bereits die politische Gemeinschaft als gegründet betrachten. Weil aber eine politische Gemeinschaft Handlungsfähigkeit braucht, muss ebenso wie bei Hobbes eine Methode der Beschlussfassung in den Vertrag mit eingehen. Diese stellt für Locke die Mehrheitsregel dar. Sie wird als die der bürgerlichen Gesellschaft angemessenste Entscheidungsregel verstanden, da auf Einstimmigkeit schon aus praktischen Gründen nicht zu rechnen ist. Dennoch ist es bemerkenswert, dass die Einstimmigkeitsregel bei Locke wie auch später bei Rousseau den Vorzug erhielte, wäre sie praktisch durchführbar.

Die Rechtsübertragung der Rechte zweiter Ordnung stiftet die legislative und die exekutive Gewalt des gegründeten Staates. Zwar muss noch durch Mehrheitsentscheid festgelegt werden, welche Form die Institutionen haben sollen, die diese Kräfte wahrnehmen, die Aufgabenstellung ist jedoch bereits deutlich. Sie umfasst zum einen die verbindliche Interpretation und Verlängerung des Naturrechts in das staatliche Recht, und zum anderen die vorhersagbare und zuverlässige Ahndung der Verstöße gegen dieses Recht. Die Anwendungsmacht dieser staatlichen Instrumente ist ebenfalls durch den ursprünglichen Vertrag festgelegt. Sie umspannt Person und Eigentum aller Individuen, die dem Vertrag beigetreten sind. Der Vertrag bindet niemanden, der ihm nicht beigetreten ist, kann also auch beispielsweise die Nachkommen der Gründer nicht verpflichten. Als Vertragsempirist hat sich Locke mit den Kriterien des Beitritts eine Hürde aufgebaut, deren Überwindung ihm in der Literatur nicht immer zugetraut wird.

Für Locke kann es zwei unterschiedliche Weisen des Beitritts zu einer politischen Gemeinschaft geben. Offene und stillschweigende Zustimmung zum Vertrag binden beide den Zustimmungenden an die Gesetze des Staates. Die Kritik, die sich hieran entzündet hat, verläuft in folgenden Bahnen: für die offene Zustimmung ist kein explizites Programm aufgestellt worden, Locke schweigt darüber, was als offene Zustimmung zu gelten hat.

Eine explizite Ausarbeitung der Beitrittsformel zu fordern scheint bei einem allgemein anwendbaren System wohl kaum eine sinnvolle Forderung zu sein. Die Treueide der unterschiedlichen Nationen mögen sich beliebig unterscheiden, mit mehr oder weniger Pomp aufgeführt werden, Gott oder nur das Wort des Beitretenden zum Zeugen herbeirufen, etc., die Funktion bleibt doch dieselbe. Eine genaue Angabe von John Locke wäre in dieser Hinsicht wenig hilfreich gewesen.

Die stillschweigende Zustimmung hingegen kann nur in der Form konkludenten Verhaltens ausgedeutet werden. Weil aber Personen, die in einem Staate geboren werden nur selten die Möglichkeiten haben, den Bindungen in diesem Staat zu entkommen, ohne ihre Selbsterhaltung zu gefährden, kann hier von einer Wahl und damit von einer Zustimmung keine Rede sein. Hume formuliert diese Kritik so:

„Can we seriously say, that a poor peasant or artizan has a free choice to leave his country, when he knows no foreign language or manners, and lives from day to day, by the small wages which he acquires? We may as well assert, that a man, by remaining in a vessel, freely consents to the dominion of the master; though he was carried on board while asleep, and must leap into the ocean, and perish, the moment he leaves her“.¹³⁸

Diese Kritik ist zwar stichhaltig, übersieht aber einige Aspekte der Lockeschen Formulierungen. Es ist korrekt, dass es sich um keine Zustimmung handeln kann, wenn keine Wahl besteht. Es ist jedoch möglich eine Struktur von Zustimmung und Zustimmungsfähigkeit zu konturieren, die sowohl der Lockeschen Legitimitätsbedingung, wie auch der Humeschen Kritik Rechnung trägt. Diese Struktur, deren Ausarbeitung die nächsten Abschnitte gelten, trägt die Aufgabe, Zustimmungs- und Ablehnungsfähigkeit zu garantieren, an den Staat heran und ermöglicht auf diese Weise dessen Legitimierung durch stillschweigende Zustimmung des Bürgers.

¹³⁸ Hume 1987, S. 475.

Locke unterscheidet zwischen zwei unterschiedlichen Formen der Unterwerfung unter die Gesetze. Zum einen kann man in einem Land leben, dort alle Privilegien genießen und den Gesetzen unterworfen sein, ohne zum Mitglied des Staates zu werden. Genau diese Form der Unterwerfung unter die Gesetze kann laut Locke die stille Zustimmung leisten. Stille Zustimmung bedeutet dann schon der Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Staates. Wer sich dort aufhält muss den Gesetzen Folge leisten und kann dort seinen Geschäften normal nachgehen, ohne dass er von den Staatsmitgliedern wie ein Individuum im Naturzustand behandelt werden darf. Ihm gilt also auch der Schutz des Staates im Falle eines Verbrechens an ihm. Es steht ihm dennoch frei, nach Verlassen des Hoheitsgebietes, einem anderen Staat beizutreten, oder gar einen eigenen zu gründen. Eine Person könnte also ihr Leben unter den Gesetzen und im Herrschaftsgebiet eines Staates verbringen, ohne jemals zur politischen Gemeinschaft zu gehören.¹³⁹ Allein die offene Beitrittserklärung kann laut Locke eine Person zum Staatsmitglied machen.

„And thus we see that foreigners, by living all their lives under another government, and enjoying the privileges and protection of it, though they are bound, even in conscience, to submit to its administration as far forth as any denizen, yet do not thereby come to be subjects or members of that commonwealth. Nothing can make any man so but his actually entering into it by positive engagement and express promise and compact.“¹⁴⁰

Der Einwand Humes gegen Lockes Theorie der stillschweigenden Zustimmung trägt einiges Gewicht. Es ist in einer Gesellschaft tatsächlich häufig nicht möglich, die Zustimmung zu ihren Strukturen zu verweigern. Hume beschreibt die Situation dessen, der zwar mit den Prinzipien der Gesellschaft nicht einverstanden ist, aber auf die Kooperation in ihr angewiesen bleibt, sehr treffend. Die Lösung dieses Problems kann es nicht allein sein, den expliziten Vertragsschluss von jedem Individuum zu verlangen. Vielmehr ist es darüber hinaus erforderlich, die Ablehnung der gesellschaftlichen Strukturen zu ermöglichen. Das Vertragsargument basiert auf der Zustimmungsfähigkeit der Gesellschaftsmitglieder, Zustimmungsfähigkeit impliziert aber auch die Fähigkeit, die Zustimmung zu versagen. Wenn das Humesche

¹³⁹ Eine Formulierung der Konsequenzen findet sich bei Locke nicht, wahrscheinlich aber würde dies die Teilnahme an Mehrheitsentscheiden ausschließen. Was die Teilnahme am staatlichen Handeln angeht, ist die Kritik, es läge keine Wahl vor, zumindest teilweise berechtigt. Es liegt keine Wahl vor, an welches Staates Politik sich Personen beteiligen wollen, wenn sie nicht in der Lage sind, ihren Geburtsstaat zu verlassen. Es liegt aber die Wahl vor, sich zu beteiligen oder nicht.

¹⁴⁰ Locke 1970 S.367.

Argument entkräftet werden soll, so muss es als Forderung nach der tatsächlichen Fähigkeit zur Zustimmungsverweigerung interpretiert werden. In einer Gesellschaft, in der Personen die Möglichkeit haben, ihre Zustimmung entweder teilweise, also durch politische Opposition, oder vollständig, also durch Auswanderung, zu verweigern, kann Humes Argument nicht mehr greifen. Es handelt sich also um ein Argument für die Gewährung weiter positiver Freiheit, in Ergänzung zur negativen Freiheit, auf der Locke explizit besteht.

Mit der bisherigen Konstruktion entwirft Locke nicht nur eine menschenrechtliche Ordnung, sondern ebenso eine basisdemokratische Staatskonstitution.¹⁴¹ Er vereinigt mit dieser Struktur die grundlegenden Intuitionen des früheren Naturrechtes, die durchaus eine normative Rolle der natürlichen Gesetze für den Staat annehmen, mit dem legitimatorischen Individualismus. Während Hobbes und Locke mit der Konstruktion eines Urzustandes die Legitimation von Herrschaft sowie ihrer Struktur bezweckten, steht im Mittelpunkt der Rawlsschen Überlegungen die legitime Ausgestaltung von Herrschaft. Für Rawls kann es daher auch keine ‚ex eundem ex statu naturalis‘ Forderung geben. Er diskutiert immer schon auf der Ebene einer existierenden Gesellschaft. Der Rawlssche Vertragsgedanke beruht auf der Konstruktion eines Urzustandes, jedoch explizit nicht eines Naturzustandes. Rawls beschreibt die Situation der Teilnehmer an der Verhandlungen zum Gesellschaftsvertrag mit der Metapher des Schleiers des Nichtwissens. Die Akteure verfügen lediglich über Wissen über die physische, psychische und moralische Konstitution von Menschen, über die Vernunftfähigkeit, und die Gewissheit, einen Platz in der zu konstituierenden Gesellschaft einnehmen zu werden. Ihnen sind jedoch die eigene körperliche Konstitution, ihre Wünsche, Interessen, ihr spezifischer Platz in der Gesellschaft, alle konkreten personenbezogenen Informationen unbekannt.

Es ist davon auszugehen, dass Individuen sich in der Situation des Schleiers des Nichtwissens gegenseitig als gleiche Vertragspartner anerkennen. Weil sie keine andere Basis haben, werden sie alle Entscheidungen, die sie zu treffen haben, auf der Basis des rationalen Eigeninteresses treffen. Da aber Eigeninteresse hier nicht durch Wissen um die eigenen Präferenzen definiert werden kann, wie dies in der

¹⁴¹ In den Ausführungen zur Bildung der Institutionen zieht Locke eine konstitutionelle Monarchie vor. Mit ‚basisdemokratisch‘ ist hier die Methode der Verfassungsgebung und der Regierungskontrolle gemeint.

Bayesschen Entscheidungstheorie der Fall ist, kann das Eigeninteresse jedes einzelnen Individuums sich nur nach allgemeinen Merkmalen, die allen Vertragspartnern gemein sind, richten. Dieses Richtmaß des Eigeninteresses wird von Rawls dahingehend zusammengefasst, dass es soziale Werte gebe, die alle späteren Gesellschaftsmitglieder rationaler Weise wollen würden, weil sie in jedem Lebensplan nützlich oder doch zumindest nicht hinderlich sind. Diese sozialen Werte fasst Rawls zusammen als Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen des Selbstachtung.

Der Entscheidungsprozess hinter diesem Schleier des Nichtwissens soll die Verfassungsgrundsätze der zu konstituierenden Gesellschaft festlegen. Rawls geht davon aus, dass in der beschriebenen Situation jedes Individuum seine Entscheidung so treffe, dass es an jedem Ort in der Gesellschaft mit ausreichend sozialen Grundgütern ausgestattet wird, um seinen Lebensplan zu verfolgen. Weil es aber keine vorherbestimmte Relation von gesellschaftlichen Positionen und Lebensplänen gibt, wird das Egalitätsprinzip die Entscheidung dahingehend beeinflussen, jedem gleichermaßen am gesellschaftlichen Kooperationserfolg zu beteiligen. Diese Prinzip wird allein durch das Dominanzprinzip beschränkt, wonach ein gesellschaftliche Situation, in der alle besser dastehen, einer anderen vorzuziehen ist, selbst, wenn die Schere der Ungleichheit weiter geöffnet ist.

Rawls bringt also die Voraussetzungen der Rationalität, der gleichen Anerkennung und des Ideals der Gesellschaft als Kooperationsgemeinschaft in die Vertragsverhandlungen mit ein. Das Ziel der Verhandlungen ist dabei nicht die Legitimation einer Herrschaft sondern die Gewinnung der Prinzipien, auf der diese Herrschaft zu beruhen hat. In diesem Punkt unterscheidet sich Rawls von den klassischen Vertragstheorien bei Hobbes und Locke. Er hebt direkt auf die Konstruktion inhaltlicher Bestimmungen des gesellschaftlichen Systems ab, die in der Tradition der Vertragstheorie erst durch Rousseau in den Vordergrund getreten sind. Dennoch kann auch in der Frage der inhaltlichen Ausgestaltung des Gesellschaftssystems eine direkte Linie zwischen den klassischen Vertragstheorien und der Rawlsschen Theorie gezogen werden.

In Anlehnung an die Theorien von Hobbes, Kant und Rawls stellt Otfried Höffe eine Version des Vertragsarguments vor, welches die Unwägbarkeiten der ‚ex eundem ex statu naturalis‘-Forderung durch eine transzendentalphilosophische Argumentation

einzufangen versucht. Die Legitimation durch die Figur eines Tauschs transzendentaler Interessen, also einen transzendentalen Tausch, greift auf sehr sparsame Voraussetzungen in der Ethik und der Anthropologie zurück. In der Ethik handelt es sich in erster Linie um ein Konzept von Tauschgerechtigkeit, welches individuelle Rationalität in eine grundlegende Form der Reziprozität überführt, in der Anthropologie um grundlegende Bestimmungen des Menschen unter Verzicht auf teleologische Formeln oder Vollendungsbedingungen. Im Folgenden wird kurz beleuchtet werden, wie sparsam diese Voraussetzungen sind, und was auf dieser Basis begründet werden kann.

Die ethische Voraussetzung der Tauschgerechtigkeit kann weitgehend auf ein Modell individueller Rationalität zurückgeführt werden. Ein Tausch ist dann gerecht, wenn durch den Austausch ungefähr gleichwertiger Elemente allen Beteiligten ein Vorteil entsteht. Ein solcher Tausch wird von jedem Beteiligten nur dann ausgeführt, wenn sein Gegenüber ebenfalls eine Leistung erbringt, er schließt Trittbrettfahrerverhalten aus und orientiert sich an einem starken Pareto-Kriterium, gegen das von Seiten einer Rationalitätstheorie kaum etwas einzuwenden ist. Dennoch fehlt auch nach dieser Charakterisierung des Tauschprozesses noch eine Bestimmung und zwar die der Zustimmung der Tauschpartner. Mit den Begriffen der Reziprozität und des starken Pareto-Kriteriums ist aufgewiesen worden, dass ein solcher Tausch gerecht und rational ist, dennoch kommt er nur dann zustande, wenn die tauschenden Individuen Interesse an den Tauschobjekten haben. Der Tausch wird zum transzendentalen Tausch dadurch, dass es Tauschobjekte gibt, an denen Menschen ein notwendiges Interesse haben, ein transzendentes Interesse.

Die anthropologische Voraussetzung wird durch den Begriff der transzendentalen Interessen beschrieben. Er steht für die These, Menschen hätten Interessen einer höheren Stufe, deren Erfüllung eine Bedingung der Möglichkeit anderer, niedrigstufigerer Interessen und deren Erfüllung ist. Es handelt sich bei diesen höherstufigen Interessen und ihrer Erfüllung letztlich um die Ermöglichung der Handlungsfähigkeit. Die Argumentationsfigur ist also: Nur wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, dann ist der Mensch als handelndes Subjekt möglich. Daher stellt die Verbindung des Tauschgedankens und der transzendentalen Interessen eine sparsame aber effektive Legitimationsfigur dar. Wenn Menschen handlungsfähige Subjekte sein wollen, wenn sie Interessen nachgehen wollen, dann müssen sie sich gegenseitig garantieren, auf die Verletzung ihrer transzendentalen

Interessen zu verzichten. Sie tauschen insofern einen Handlungs- oder Gewaltverzicht. Ob man diesen Verzichtstausch auch als Vertrag bezeichnen kann, ist vorerst eine sekundäre Frage, allerdings kann darauf hingewiesen werden, dass ‚Tausch‘ eine universellere Begrifflichkeit darstellt als ‚Vertrag‘.

Durch den transzendentalen Tausch errichten Menschen vorerst eine rechtliche Ordnung, jedoch noch keinen Staat. Insofern handelt es sich um eine Legitimation von vorstaatlichen Menschenrechten. Dennoch bestimmt der transzendente Tausch die Notwendigkeit eines Staates, insbesondere die Notwendigkeit der drei klassischen Staatsgewalten. Menschenrechte bedürfen der verbindlichen Definition durch eine Legislative, des Schutzes durch eine Exekutive sowie der Kontrolle durch eine Judikative.

Diese Vorgabe ähnelt der Theorie eines Doppelvertrages. In einem ersten Schritt definieren die Vertragschließenden untereinander, dass sie einen Rechtszustand anstreben, in einem zweiten Schritt widmen sie sich der staatlichen Ausgestaltung. Otfried Höffe weist darauf hin, dass die formale Legitimation kaum Vorgaben für die inhaltliche Ausgestaltung der Staatsform bedeutet, lediglich eine Trennung der Gewalten ist bereits vorgezeichnet. Die Argumentationsfigur kann dahingehend zusammengefasst werden, dass Menschen ein notwendiges Interesse an Handlungsfähigkeit haben, dieses kann nur unter der Bedingung einer menschenrechtlichen Ordnung erfüllt werden, die durch einen transzendentalen Tausch errichtet wird. Diese menschenrechtliche Ordnung kann wiederum nur unter bestimmten Bedingungen der einheitlichen Interpretation, Kontrolle und Durchsetzung funktionieren, die allein durch staatliche Strukturen zu leisten ist. Der Staat wird hier als Garantie menschlicher Handlungsfähigkeit legitimiert.

Handlungsfähigkeit ist ein Phänomen, in dem Grade auszumachen sind. Die Fähigkeiten zu unterschiedlichen Handlungen bedürfen unterschiedlicher Bedingungen. Der Begriff der Handlungsfähigkeit in dieser Allgemeinheit würde den Bereich der Menschenrechte je nach Auslegung sehr weit oder aber extrem eng fassen können. Otfried Höffe kommt diesem Problem entgegen, indem er seine Anthropologie weiter spezifiziert. Der Mensch ist danach als Leib- und Lebewesen, als Sprach- und Vernunftwesen sowie als Sozial- und Kulturwesen zu begreifen. Diese Dreiteilung der anthropologischen Beschreibung entspricht der Dreiteilung der Menschenrechte in die eines status negativus, eines status activus und eines status positivus also Abwehr-, Mitwirkungs- sowie soziale und kulturelle Rechte.

Allerdings kann man fragen, inwieweit es sich bei Interessen der Mitwirkungs- und kulturellen Rechte noch um transzendente Interessen handelt.

Der Begriff der transzendentalen Interessen gewinnt seine theoretische Bedeutung aufgrund seiner Sparsamkeit. Der Nachweis, dass Menschen nur dann Handlungsfähigkeit erlangen können, wenn grundlegende Interessen hinsichtlich der Sicherheit vor Gewalt gewährleistet werden, bedarf keiner Ausformulierung höherstufiger menschlicher Tätigkeiten oder Eigenschaften. Er bedarf so geringer Voraussetzungen, dass er als unkontrovers angesehen werden kann. In dieser Hinsicht wird der Mensch allerdings nur als Leib- und Lebewesen betrachtet. Alle anderen Betrachtungsweisen erhalten erst dann Relevanz, wenn die Bedingungen des Leib- und Lebewesens erfüllt sind. Insofern sind diese auch Bedingungen der Möglichkeit aller anderen Tätigkeiten des Menschen.¹⁴² Höherstufige Tätigkeiten der politischen und kulturellen Partizipation hingegen sind die Bedingung der Möglichkeit bestimmter Gesellschaftsformen und Versionen eines guten Lebens. Sie stellen jedoch nicht die Bedingung der Möglichkeit von Handlungsfähigkeit überhaupt dar, lediglich die Bedingung bestimmter Handlungen.

Aus universalistischer Perspektive ist es unstrittig, dass Menschen auch Sozial- und Kulturwesen sind, und dass sie einen Anspruch auf Handlungsfähigkeit in ihrer Gesellschaft und Kultur haben. Dennoch erscheint hier die Bezugnahme auf eine andere Begründungsfigur hilfreich. Es mag zwar sein, dass es sich bei der Erfüllung der Interessen des Sozial- und Kulturwesens um Bedingungen genuin menschlicher Handlungsfähigkeit handelt. Diese genuin menschliche Handlungsfähigkeit ist jedoch möglicherweise durch einen umfangreicheren Begriff eines menschlichen Lebens besser beschrieben, als ihn die sparsame Anthropologie in Otfried Höffes Argumentation liefert.

Die Legitimationsfigur eines Tausches aller mit allen läuft ihrerseits, ebenso wie die der Tauschinhalte ‚transzendente Interessen‘, auf eine Begründung in erster Linie der Abwehrrechte hinaus. Ein notwendiges Interesse ist fast nur das Interesse am Gewaltverzicht. Ein Tausch der Gewährleistung von Partizipationsmöglichkeiten an gesellschaftlichen oder kulturellen Belangen muss auf stärkere

¹⁴² Diese Struktur deckt sich mit den Ergebnissen der Untersuchung der Grundbedürfnis-Theorien. Die Erfüllung der transzendentalen Interessen des Leib- und Lebewesens kann als identisch mit der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Substistenz angesehen werden. Weiterreichende Interpretationen der Grundbedürfnisforderung entsprechen den transzendentalen Interessen des Sprach- und Vernunftwesens sowie des Sozial- und Kulturwesens.

Begründungsstrukturen zurückgreifen, da es scheinbar durchaus möglich ist, als handlungsfähiges Individuum zu leben, ohne am kulturellen Leben teilnehmen zu wollen oder zu können. Während die Abwehrrechte im transzendentalen Tausch eine überzeugende Legitimation finden, bedürfen höherstufige Rechte der Bezugnahme auf die Bedingungen eines guten Lebens, nicht lediglich auf die Bedingungen der Handlungsfähigkeit. Obwohl die Struktur der Begründung ähnlich ist, handelt es sich bei den Bedingungen eines guten Lebens um eine weitaus kontroversere Legitimationsfigur, die in weit höherem Maße auf den interkulturellen Diskurs und Konsens angewiesen ist.

In der Übertragung der Legitimationsfigur transzendentalen Tausches auf Staatenbünde, deren Individuen Einzelstaaten sind, zieht Höffe charakteristischerweise eine Differenzierung zwischen einem Pflichtvertrag und einem Wahlvertrag ein. Der Pflichtvertrag orientiert sich an den basalen oder transzendentalen Interessen der Integrität und Selbstbestimmung. Dieser Vertrag ist insofern Pflicht, als er auf dem Austausch von Interessengewährung beruht, ohne die ein friedliches Nebeneinander von Staaten nicht möglich wäre. Der Pflichtvertrag entspricht dem Analog der individuellen Abwehrrechte. Der Wahlvertrag hingegen orientiert sich an freiwilligen Formen der Kooperation, insbesondere wirtschaftlicher und kultureller Interaktion zwischen den Staaten. Die Interessen, die hierbei verfolgt werden sind keineswegs transzendente Interessen, diese Kooperation kann man verweigern, es sind Staaten möglich, die daran kein Interesse haben. Ebenso können die Mitglieder eines Wahlvertrages Antragstellern den Zugang verweigern, ihren Interessen nicht entgegenkommen, was in einem transzendentalen Tausch nicht möglich wäre.

Wenn man die unterschiedlichen Gesellschaftsverträge auf zwischenstaatlicher Ebene auf diejenigen auf interindividueller Ebene bezieht, müsste es eine Differenz zwischen einem basalen, Grundrechte garantierenden Tausch bzw. Vertrag und einem höherstufigen Vertrag geben, der diejenigen Interessen anspricht, die über die transzendentalen hinausgehen. Auf zwischenstaatlicher, europäischer Ebene handelt es sich hierbei um die „Aufgaben, den Reichtum Europas, den sprachlichen, kulturellen und wissenschaftlichen, den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Reichtum zu wahren und zu mehren.“ Übertragen auf die individuelle Ebene handelt es sich dabei um die Menschenrechte der Artikel 26 und 27 der Allgemeinen

Erklärung der Menschenrechte.¹⁴³ Diese orientieren sich an den Aspekten der Bildung und der Teilnahme am kulturellen Leben der Gemeinschaft.

Die Interpretation, die kulturellen Rechte einer Person als Entsprechung eines transzendentalen Tausches zu verstehen, diese einer Rechte Gemeinschaft lediglich als die eines Wahlvertrages kann zwar damit begründet werden, dass staatliche Gemeinschaften immer schon über ein kulturelles und wissenschaftliches Leben verfügen, dessen Garantie mit der Garantie der staatlichen Integrität zusammenfällt. Dennoch kann der Gedanke des Wahlvertrages durchaus auch für die Ebene individueller Rechte fruchtbar gemacht werden. Allerdings handelt es sich hierbei nicht mehr um transzendente Interessen sondern um Umstände, die eine Gemeinschaft vorzugswürdig macht. Der Gedanke der distributiven Vorteilhaftigkeit, der bereits in der Idee des transzendentalen Tauschs enthalten ist, kann sich nicht allein mit transzendentalen Interessen verbinden, er kann auch in eine Gesellschaftsvertragstheorie eingehen, die mit weniger basalen Interessen und damit etwas weniger sparsam agiert. Während das Modell der transzendentalen Interessen bei Akzeptanz der Beschreibung anthropologischer Bedingungen auf festem Fundament steht, läuft es doch Gefahr, gerade aufgrund seiner Anthropologie angegriffen zu werden. Ein möglicher Vorwurf lautet, hier würden Erfüllungsbedingungen des Humanums unter der Hand als Bedingungen der Handlungsfähigkeit ausgegeben. Die Interessen, die als transzendental ausgewiesen werden, seien lediglich Bedingungen einer bestimmten, westlich geprägten Lebensweise.

Eine mögliche Alternative bestünde darin, den interkulturellen Diskurs über die Bedingungen menschlichen Lebens zu suchen. Diese Vorgehensweise hätte den Vorteil, möglicherweise sogar ein breiteres Fundament der Menschenrechte zu ergeben, weil bei hinreichendem Konsens die Beschränkung auf transzendente

¹⁴³ Artikel 26: 1.Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offen stehen. 2.Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein. 3.Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27: 1.Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben. 2.Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Interessen nicht mehr notwendig wäre. Allerdings läuft diese Argumentationsstruktur Gefahr, den Konsens zu verfehlen und durch die Reduktion dessen, was als transzendentes Interesse angesehen wird, hinter dem zurückzubleiben, was bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte etabliert ist.

I.9.2. Inhaltliche Vorgaben des Vertragsmodells

Unter der Voraussetzung der Notwendigkeit einer Gesellschaft und irgendeiner Form der Herrschaft, gilt es, das klassische Vertragsargument daraufhin zu prüfen, ob und wie es inhaltliche Bestimmungen politischer Institutionen im Bereich der distributiven Gerechtigkeit fordert. Der zentrale Impetus des traditionellen Vertragsarguments wird in dieser Behandlung schon akzeptiert, die Frage, ob ein Gesellschaftsvertrag politische Herrschaft legitimieren kann also bejaht.¹⁴⁴ Mit dieser Voraussetzung wird dem Vertragsargument keineswegs alles zugestanden, was es zu erweisen versucht. Vielmehr tritt die Hauptschwierigkeit für den Kontraktualisten dort auf, wo er über die allgemeine Form ‚Gesellschaft‘ hinaus zu inhaltlicher Argumentation gezwungen wird. In der Diskussion gerade von Eigentumsfragen wird deutlich, dass bereits die klassische Vertragstheorie über die Herrschaftslegitimation hinaus argumentierte und konkrete sozialetische Positionen vertrat.

Obwohl die Hobbessche Vertragstheorie die Rechte des Leviathan gegenüber seinen Bürgern allein durch ein minimales Widerstandsrecht einschränkt, ist der Theorie zufolge der Souverän über die innere und äußere Sicherheit hinaus verpflichtet, sich um das Wohl des Volkes zu sorgen. Diese Pflicht hat er jedoch nicht gegenüber dem Volk selbst, sondern nur gegenüber Gott und nach dem Recht der Natur. Die Sorge für die Sicherheit und den Rechtsfrieden innerhalb des Staates ziehen so unterschiedliche Aufgaben nach sich wie die politische Bildung der Bürger und die Versorgung derer, die zu keinem eigenen Einkommen fähig sind. Zu letzterem dürfen sogar Mittel wie die Beschlagnahmung fremden Eigentums, Landreformen oder im äußersten Notfall Krieg eingesetzt werden. Dies alles darf aus der

¹⁴⁴ Die modernen Vertragstheorien von Rawls und Höffe orientieren sich wie bereits dargestellt nicht mehr an dem Ziel, politische Herrschaft überhaupt zu legitimieren. Ihnen wird mit diesem Zugeständnis an die traditionellen Vertragstheorie insofern nichts eingeräumt.

Überlegung heraus geschehen, „wie nachteilig aber einem Staate die Geringschätzung der ärmeren Bürger werden kann“.¹⁴⁵

Die Begründung sozialer Leistungen verdankt sich bei Hobbes der Zwecksetzung des Staates oder gar dessen Selbstzweckhaftigkeit. Er geht davon aus, dass der Zweck der Selbsterhaltung jedes Menschen grundlegendstes Ziel ist. In Situationen, in denen die Selbsterhaltung gefährdet ist, treten Menschen wieder in den Naturzustand gegenüber allen anderen, weil sie keine Gesetze oder Verträge akzeptieren können, in deren Rahmen ihre Selbsterhaltung gefährdet ist. Um den Staat und dessen Sicherheit zu gewährleisten, darf es keine Situationen geben, in denen ein Teil der Bürger um ihre Selbsterhaltung fürchten müssen. Hier gehen sowohl anthropologische Annahmen wie auch der Staatszweck in die Argumentation ein. Das grundlegendste Recht der Selbsterhaltung schlägt auch in den Gesellschaftszustand durch. Sich diesem zu verweigern kann nicht im Interesse eines Staates sein, und hierzu hat er auch kein Recht. Obwohl er aufgrund des Vertrages zwar keine direkte Pflicht zu irgendeiner Hilfeleistung hat, ist es doch im Interesse aller, diese Hilfe dann zu erbringen, wenn anderenfalls der kollektive Schaden höher wäre, als der, der durch diese Leistung entsteht. Der kollektive Schaden durch die Gefährdung des Staates wäre aber uneinholbar. Es handelt sich hierbei nicht um ein menschenrechtliches Theoriestück oder um Erwägungen aus der Würde oder Selbstzweckhaftigkeit des Menschen, teleologische Überlegungen oder ethische Ansprüche, sondern allein um instrumentell rationale Nutzenabwägung, deren Effekt dennoch einer Forderung auf einen minimalen Lebensstandard gleichkommt.

Festzuhalten ist ebenso, dass Hobbes erstmals die politische Brisanz von Armut und Verelendung erfasst hat. Diese treten damit aus dem Schatten der Leidenschaften wie Ruhm- und aggressiver Gewinnsucht, Neid oder Geiz heraus und als Ursache für gesellschaftliche Veränderungen und Gefahren auf. Die bei Grotius angelegte ethische Argumentation, wonach niemand einem Vertrag zustimmen könnte, der seine Selbsterhaltung gefährde, wird bei Hobbes nicht nur ausgeführt, sondern sogar

¹⁴⁵ Hobbes 1970, S. 286. Die Übersetzung dieser Stelle ins Deutsche ist recht frei, bei Hobbes steht dort: „The consequences of this partiality towards the great proceed in this manner. Impunity maketh insolence; insolence, hatred; and hatred, an endeavour to pull down all oppressing and contumelious greatness, though with the ruin of the Commonwealth.“ Dennoch zeigt sich an dieser Stelle, dass Hobbes in der Ungleichbehandlung von Bürgern unterschiedlicher Schichten eine Gefahr für den Zusammenhalt des Staates sieht.

in die stärkere Form gebracht, wonach es rationaler ist, extrem verarmte Lebenssituationen für die Vertragsteilnehmer zu verhindern.

Anders strukturiert ist der Eigentumsdiskurs der Theorie Lockes. Vom Naturrecht ebenso wie von Hobbes hebt er sich in seiner Betrachtung von Eigentums- und Verteilungsfragen ab. Während im Naturrecht das Eigentum des bürgerlichen Zustands im Gegensatz zum Besitz des Naturzustands konstruiert und von Konventionen abhängig gemacht wurde, deklariert Locke das Eigentum als Teil des Naturrechts, welcher unabhängig vom Gesellschaftsvertrag und durch diesen auch nicht auflösbar ist. Die Lockesche Theorie sieht Eigentum durch die Vermischung von Arbeit und natürlicher Umgebung konstituiert. Da die Arbeit unmittelbar Teil dessen ist, was im naturrechtlichen Verfügungsrahmen der Person steht wird durch ihre Anwendung alles, was sie veredelt ebenfalls zum Eigentum der jeweiligen Person. Dieser Aneignung sind zwei Grenzen gesetzt. Zum einen darf der Mensch sich nichts aneignen, um es verderben zu lassen, zum anderen darf die Aneignung die anderen Menschen nicht schlechter gestellt zurücklassen als zuvor.

Die erste dieser Einschränkungen wird mit der modernen Geldwirtschaft nichtig, da der Wert der Geldes zwar schwankt aber nicht wirklich verdirbt. Geld als konventioneller Wertgegenstand ist dadurch, dass sein Wert allein von der Wertzusprache abhängt, dem üblichen Prozess des Wertverderbs nicht ausgesetzt. Allerdings ist es auch in der ursprünglichen Wirtschaft nicht vorhanden, die Locke diskutiert.

Die zweite Grenze hängt wiederum stark von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, und kann durch Formen der Arbeitsteilung und formalen Abhängigkeit schnell unzureichend werden. In der ursprünglichen Tauschwirtschaft gilt es, sich von den jeweiligen Naturgegenständen inklusive des Landes nur soviel anzueignen, dass alle anderen Personen ebenfalls genug zur Stillung ihrer Bedürfnisse finden. Das menschliche Grundbedürfnis der Selbsterhaltung und die Reziprozität stellen hier alle Kriterien zur Verfügung, um das aufkommende Allmendedilemma zu lösen. Im Rahmen der komplexer werdenden Wirtschaft kann diese einfache Lösung aber scheitern. Zum einen wird durch Dienstverhältnisse die direkte Verbindung von Arbeit und Eigentumsnahme aufgelöst. Nun gilt auch das als Besitz des Familienvorstandes, woran sein Knecht gearbeitet hat, denn der pater familias hat dessen Arbeitskraft von ihm gekauft. In dieser Konstellation ist es aber auch

möglich, dass der Erwerb von zusätzlichem Land durch eine Familie dazu führen kann, dass von ihr abhängige Personen besser gestellt werden. Dies lässt Locke ausdrücklich zu und beginnt damit die Spirale aus Besitzmehrung durch das Familienoberhaupt und gezwungene Abhängigkeitsverhältnisse, in die diejenigen treten müssen, die zuvor Vorteil vom gemeinen Land genommen haben. Es mag zwar richtig sein, dass durch Bebauung größerer Flächen und Intensivierung der Arbeit in größeren Gruppen mehr aus dem jeweiligen Land zu gewinnen ist. Doch selbst, wenn dieser Gewinn an die zuvor unabhängigen Landarbeiter weitergegeben würde, hätten sie damit dennoch die Möglichkeit eines unabhängigen Lebenserwerbs verloren. Mehr noch als in Lockes Theorie des Beitritts zu einem Staatsverhältnis scheint es hier an der Möglichkeit einer genuinen Wahl zu mangeln. Der Landarbeiter unterstellt sich entweder dem Familienoberhaupt der expandierenden Familie, oder aber er ist der Armut preisgegeben. Ebenso unterstellt sich eine Person von normalem Einkommen entweder dem Staat, in dem sie lebt, oder aber sie ist der politischen Machtlosigkeit preisgegeben.

Dieser Zug in der Lockeschen Theorie verdankt sich dessen starken Begriff negativer Freiheit, dem keine inhaltlichen Bestimmungen an die Seite gestellt werden. Wie oben gesehen, können aus der Hobbesschen Theorie immerhin minimale Ansprüche auf soziale Leistungen abgeleitet werden. Obwohl sich Hobbes fast vollständig von der Literatur der Herrschaftsbewertung gelöst hat, die einen großen Teil der politischen Philosophie von der Antike bis ins Mittelalter bestimmt hat, steht er ebenso wie die Naturrechtler noch in dieser Tradition. Bei Locke, der sich wieder stärker auf naturrechtliche Theorie beruft, findet sich keinerlei Behandlung der Armutsproblematik. Der einzige Hinweis auf die Möglichkeit staatlicher Einflussnahme auf Eigentumsverhältnisse ist mehr als vage:

„But government, into whosoever hands it is put, being as I have before shown, entrusted with this condition, and for this end, that men might have and secure their properties, the prince or senate, however it may have power to make laws for the regulating of property between the subjects one amongst another, yet can never have a power to take to themselves the whole, or any part of the subjects' property, without their own consent; for this would be in effect to leave them no property at all.“¹⁴⁶

¹⁴⁶ Locke 1970 S. 379.

Dieses Zugeständnis münzt eher auf die Berechtigung der Regierung, das bürgerliche Recht, und das Vertragsrecht zu kodifizieren, als auf die Möglichkeit einer Sozialpolitik.

Die prominentesten Vertragstheorien der philosophischen Literatur, die Pate für moderne kontraktualistische Theorien wie die von Rawls, Höffe oder Scanlon stehen, liefern entgegen der ursprünglichen Intention nicht nur Argumente für die formale Legitimität eines Staates. Vielmehr sind sie direkt mit inhaltlichen Forderungen an die staatlichen Institutionen verbunden. Obwohl diese Forderungen in den hier vorgestellten Modellen aus unterschiedlichen Begründungen zu rekonstruieren sind, laufen sie doch auch ähnliche Inhalte hinaus. Während das Hobbessche Argument ein reines Prudentialitätsargument ist, in dem explizit auf die Notwendigkeit der Armutsvorsorge hingewiesen wird, muss das Lockesche Argument erst aus den Bedingungen seiner eigenen Zustimmungstheorie rekonstruiert werden. Dennoch ist es aufgrund seiner Bindung an die Legitimität anstatt der Zweckrationalität des Staates stärker als das Hobbessche Argument. Während nach Hobbes ein Staat, der seine Bewohner in radikaler Armut leben lässt nur irrational handelt, ist nach Locke ein solcher Staat schlicht illegitim.

Allerdings bedarf das Lockesche Argument der Zustimmungs- und damit der Verweigerungsfähigkeit einer komplexen praktischen Ausarbeitung, die zu klären hat, was es bedeutet, Staatsbürgern die Möglichkeit der Zustimmungsverweigerung einzuräumen. Darunter ist sicherlich das Recht zur Aufgabe der jeweiligen Staatsbürgerschaft und Beantragung einer anderen zu fassen, ebenso sicher gehören dazu die Rechte zu Auswanderung und zum Besitztransfer, sowie ein umfangreiches Recht auf Bildung.¹⁴⁷

Bemerkenswert ist dieses Ergebnis auch deshalb, weil die klassische Vertragstheorie in erster Linie an der Legitimität eines Staates orientiert ist, und Fragen der Gestaltung staatlicher Strukturen nicht im Kern ihres Interesse liegen. Dennoch muss auch die Vertragstheorie sogar in der Hobbesschen Version bestimmte inhaltliche

¹⁴⁷ Problematisch ist ebenfalls, dass die Zustimmungsverweigerung unter bestimmten Umständen dazu führen kann, in keinem Staat an der gesellschaftlichen Kooperation teilnehmen zu können. Die Zustimmungsverweigerung bedarf mindestens eines weiteren Staates, der sich zur Aufnahme der verweigernden Person bereit erklärt. Insofern könnte argumentiert werden, dass dieses Argument die Legitimität des Staates von der anderer Staaten abhängig macht. Da aber Staaten ebenso nur für Umstände verantwortlich gemacht werden können, die in ihrem Einfluss stehen, ist dies ein schwaches Argument. Auch für Staaten gibt es über das Können hinaus kein Sollen.

Voraussetzungen für staatliche Strukturen fordern, um ihr Hauptziel, die Legitimität und Rationalität eines Staates, zu garantieren.

Rousseau sieht im Gesellschaftsvertrag von Autoren wie Hobbes und Locke eine Begebenheit der historischen Entwicklung,¹⁴⁸ allerdings nicht in dem Sinne, dass tatsächlich Menschen einen Vertrag geschlossen hätten, sondern insofern, als diese Vertragskonzeptionen tatsächlich die Struktur ihm kontemporärer Gesellschaften erklärten. Da aber diese Gesellschaften Verfallsformen sind, können diese Vertragstheorien auch nur Rechtfertigungsversuche und Erklärungen moralisch verwerflicher Zustände sein. Die Gesellschaftsvertragstheorien beschreiben daher die Betrugsverträge, die inegalitäre Gesellschaften legitimieren sollen.¹⁴⁹ Das Zustandekommen dieser Verträge ist ein geschickter Betrug, mit dem die Bevorteilten zufälliger Verteilung den Benachteiligten ihre Zustimmung zur Ungleichheit abgepresst hätten, um diese Ungerechtigkeit zu zementieren. Im ersten Gesellschaftszustand herrschen durch Gewalt erzeugte Besitz- und ungleiche Anerkennungsverhältnisse, die aber jederzeit durch Gegengewalt aufgehoben werden können. Sind diese Zustände auch ungerecht, so sind sie doch reversibel. Rousseaus gesamtes politisches Konzept wird von einem Egalitarismus bestimmt, die

¹⁴⁸ Der Beitrag Rousseaus zur Debatte sowohl um die Vertragstheorie sowie um die Verteilungsgerechtigkeit ist eine eingehende Kritik der Vertragsmodelle Hobbes' und Lockes sowie des Naturrechts, der eine vorwärtsgewandte Konstruktion eines möglichen, neuen Gesellschaftsvertrages an die Seite gestellt wird. Den Großteil der kritischen Arbeit leistet Rousseau in der *Abhandlung über die Ursachen und Gründe für die Ungleichheit unter den Menschen* und dem ersten Buch des *Gesellschaftsvertrages*. Dem konstruktiven Entwurf einer politischen Gemeinschaft ist der gesamte *Gesellschaftsvertrag* gewidmet. Während Rousseau im *Emile* mit einer Möglichkeit aufwartet, unter den korruptierten Lebensbedingungen der Moderne individuell ein authentisches Leben zu führen, stellt der *Gesellschaftsvertrag* dieser Möglichkeit den Entwurf einer alternativen, moralisch intakten Gesellschaft an die Seite. Die Diagnosen der *Abhandlung über die Ungleichheit* bilden einen eigenen wichtigen Beitrag zur Diskussion um Vertragstheorien. Es gilt daher, diese Diagnosen zuerst zu rekonstruieren, und dann aufzuzeigen, wie Rousseau im *Gesellschaftsvertrag* darauf reagierte. Die Kritik der klassischen Vertragsmodelle wird in die Verfallsgeschichte eingereiht, die den Grundzug der Rousseauschen Philosophie bestimmt. Demnach ist der Mensch von Natur aus gut oder zumindest moralisch neutral, wird aber durch die Einflüsse einer von Grund auf verfehlten kulturellen Entwicklung moralisch korruptiert. Eine ausführlicher Darstellung der Philosophie Rousseaus findet sich in Sturma 2001.

¹⁴⁹ Obwohl Rousseau wahrscheinlich als Beispiel der Betrugsverträge die Lehnungsverträge des Mittelalters im Sinne hatte, beschreibt seine Formulierung des Betrugsvertrages doch einschlägig den Unterwerfungsvertrag Hobbesschen Stils: „‚Wir wollen und vereinigen‘ sagte er zu ihnen; ‚wir wollen die Schwachen vor Unterdrückung bewahren, die Ehrgeizigen in Schranken halten und einen jeden dasjenige in Sicherheit besitzen lassen, was ihm gehört. Wir wollen Verordnungen der Gerechtigkeit und des Friedens erlassen, denen zu folgen jedermann ohne Ansehen der Person verpflichtet sein soll und die in gewisser Weise die Launen des Glücks wiedergutmachen, indem sie Starke wie Schwache einerlei Pflichten gegeneinander unterwerfen.‘“ Rousseau 1981 S.107. Die staatlichen Aufgaben entsprechen genau denen, die Hobbes für seinen Vertrag formuliert. Der Verweis auf die Gleichheit der Pflichten untereinander schließt aus, dass Rousseau hier allein den Lehnvertrag im Auge hat, in dem die Pflichten der Starken und Schwachen gerade nicht gleich waren.

Begründung der bürgerlichen Gesellschaft aber ist ihm zufolge der paradigmatische Fall von Ungleichheit. Rousseau prägnante Formulierung für diesen Fall verdient die erneute Zitation:

„Der erste, welcher ein Stück Land umzäunte, es sich in den Sinn kommen ließ zu sagen: *Dieses ist mein*, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Verbrechen, Kriege, Morde wieviel Elend und Greuel hätte der dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle herausgerissen, den Graben zugeschüttet und seinen Menschen zugerufen hätte: ‚Glaubt diesem Betrüger nicht, ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören, der Boden aber niemandem!‘“¹⁵⁰

Eigentum ist demnach, und ebenso wie bei Grotius und Pufendorf, keine ursprüngliche Berechtigung des Menschen, sondern wird erst durch die Anerkennung durch die Gesellschaft konstituiert. Diese Konstitution kann gegebene Machtverhältnisse und Gewaltakte anerkennen, oder aber, sie kann sich an Kriterien wie Gleichheit oder Effizienz orientieren. Der Gesellschaftsvertrag, zumindest in der Lockeschen Formulierung, die Rousseau hier augenscheinlich im Blick hatte, orientiert sich an gegebenen Machtverhältnissen. Diese Machtverhältnisse sind ursprünglich nichts anderes als durch Gewalt oder die Androhung derselben konstituierte Vorteile.¹⁵¹ Mit der Anerkennung durch die Gesellschaft und die

¹⁵⁰ Rousseau 1981 S. 93.

¹⁵¹ Das Szenario des Naturzustandes beschreibt die Menschen als unabhängig und ungesellig, allein die Bedürftigkeit treibt sie zur Kooperation zusammen. Das grundlegende anthropologische Merkmale dieses Zustandes ist der Selbsterhaltungstrieb, die amour de soi. Der Kontakt zu anderen Menschen ist anfangs allein bestimmt durch die körperlichen Bedürfnisse der Fortpflanzung. Der natürlichen Bedürftigkeit nach Selbsterhaltung ist jedoch unter diesen Umständen nur mit Mühe zu entsprechen. Der Zufall der natürlichen Umstände, der die Umweltbedingungen erschwert, treibt den Menschen dazu, in Gruppen zu agieren, um die eigene Selbsterhaltung zu sichern. Mit der Kooperation tritt der Mensch aus dem reinen Naturzustand aus, und bildet eine erste Form des Gruppenlebens, aber noch keine eigentliche Gesellschaft. Dieser Schritt zeigt aber neben der kooperativen eine weitere Facette, den erst durch das Todesbewusstsein ist der Mensch in der Lage, seine Vernunft zur Antizipation der Zukunft zu gebrauchen. Die Kooperation um der Selbsterhaltung willen bedarf dieses Vernunftgebrauches notwendigerweise. Der frühe Gruppenzustand ist der einzige Zustand, in dem vom Menschen gesagt werden kann, er sei moralisch gut. Denn erst in diesem Zustand ist er überhaupt erst der moralischen Bewertung zugänglich, und es ist der letzte Zeitpunkt, in dem die Verfallsgeschichte der modernen Zivilisation noch nicht eingesetzt hat. Der Verfall dieses Zustandes beginnt mit der Einführung der Kulturtechniken von Ackerbau und Metallurgie. Mit ihnen geht die Einführung des Eigentums einher, und sie ermöglichen bald auch Muße und Bequemlichkeit. Unter diesen Umständen kommt es zu ersten Ungleichheiten der Anerkennung, die sich aus eigentlich ganz harmlosen Anlässen ergeben. Die Muße ermöglicht erst die Selbstdarstellung, diese jedoch strebt immer nach der ungleichen Anerkennung der anderen. Sie legt den Keim für eine Entwicklung ungleicher Anerkennung und entfremdeter Anerkennungskriterien. Die ursprüngliche Selbstbehauptung bzw. Selbsterhaltung tendiert in gesellschaftlichen Zuständen bald dazu, durch Eigennutz, amour propre, ersetzt zu werden. Der Eigennutz lässt die Bewertungskriterien, die das Individuum auf sich anwendet, von der Umgebung diktieren, der Mensch muss also aus sich heraustreten und tritt in die beständige Konkurrenz mit seinen Artgenossen ein. Im frühen

Übernahme in einen institutionellen Rahmen aber, werden unfaire Vorteile nachträglich mit einem Schein der Rechtfertigung umgeben. Die Zustimmungenden legen sich selbst die sprichwörtlichen Ketten an.

Der Vertrag, der hier geschlossen wird, entspricht also nur den Interessen einiger weniger, ist aber aus der aufgeklärten Perspektive der weniger Bevorteilten nicht zustimmungsfähig. Es liegt zwar in ihrem wie im Interesse aller anderen, rechtliche Sicherheit zu erlangen. Dieses Interesse stellt die Voraussetzung der vertraglichen Vergesellschaftung dar, ohne es ist ein Gesellschaftsvertrag nicht denkbar. Sicherheitserwägungen können in der Rechtfertigung bzw. Konstitution jedoch nicht allein bestimmend sein. Rousseau deutet hier bereits über die üblichen Positionen und Fragestellungen der Vertragstheorie hinaus, indem er aufzeigt, dass die untersuchten Bereiche gesellschaftlichen Lebens nicht einfach auf einen sicherheitspragmatischen Grundkonsens reduziert werden können. Zwar darf dieser Konsens in keinem Gesellschaftsvertrag fehlen, doch es liegt kein Grund vor, auf die Erwägung weiterer Aspekte des zu schließenden oder geschlossenen Vertrages zu verzichten. Ein solches Vorgehen kann immer nur diejenigen zufrieden stellen, die keiner weiteren Erwägung bedürfen, weil ihre grundlegenden Interessen bereits gedeckt sind. Die Beschränkung auf die Interessen derer, die der Gesellschaft nur zur Sicherung des Erreichten bedürfen, ist jedoch eine Beschränkung auf partikulare Interessen und kann insofern ohne weitere Argumentation keinen allgemein verbindlichen Vertrag konstituieren.

Rousseau fordert demgegenüber, die grundlegenderen Bedürfnisse der Selbsterhaltung des Menschen ebenfalls in die Vertragsverhandlungen mit aufzunehmen. Demnach müssten auch die Lebensbedingungen innerhalb der Gesellschaft ein Thema des Vertrags sein. Dies sei aber in der Entstehung der modernen Gesellschaften nicht geschehen, ihre Verträge haben laut Rousseau immer nur im Interesse der Bevorteilten gelegen. Sie sind daher weder zustimmungsfähig

Gesellschaftszustand wird die *amour propre*, die sich erst ausbilden muss, noch vom Mitleid im Zaum gehalten, dieser Ausgleich wird aber über die Zeit hinweg sukzessive aufgelöst. Die ursprüngliche Selbstbehauptung, die *amour de soi* wird während der Entwicklung der gesellschaftlichen Bindungen und Abhängigkeiten sukzessive durch ihre Verfallsform, die *amour propre* ersetzt. Die in dieser Situation eintretende Konkurrenz, Neid und Ungleichheit führen in einen Zustand, der dem Hobbesschen Naturzustand sehr ähnelt. Mag es sich auch nicht um einen Kriegszustand handeln, so ist doch alles Recht in dieser Situation auf Gewalt und ihrer Androhung gebaut und somit so instabil wie die wechselnden Allianzen, mit denen auch die Gewalt des Stärksten zu brechen ist.

noch gerechtfertigt, bilden aber dennoch die Grundlage aller modernen staatlichen Institutionen. Einer möglichen neuen Gesellschaft wendet er sich im *Gesellschaftsvertrag* zu und eine letzte Möglichkeit ein authentisches Leben auf der Basis von Bildung und Erziehung zu ermöglichen beschreibt er im *Emile*. Für die politische Theorie ist aber insbesondere der *Gesellschaftsvertrag* von Interesse.

Wie Wolfgang Kersting¹⁵² rekonstruiert, gibt es zwei Möglichkeiten, wie die materiellen Bedingungen in einen Gesellschaftsvertrag eingehen können. Diese Möglichkeiten sind von Rawls und Rousseau vorgestellt worden. Nach der Rawlsschen Version müssen die gesellschaftlichen Institutionen so geschaffen werden, dass sie unabhängig von den Eingangsvoraussetzungen zu eines jeden Vorteil sind und soziale Ungleichheiten sukzessive ausgleichen. In Rawls Ausführung der Vertragskonstitution werden die materiellen Anfangsbedingungen explizit ausgeschlossen. Die Rousseausche Version geht den entgegengesetzten Weg, und integriert die materiellen Bedingungen der Gesellschaftsmitglieder von Anfang an in die Konstitution des idealen Vertrages. Der Rousseausche Egalitarismus fordert nicht nur eine Gleichheit an negativer Freiheit, wie die Verträge Hobbes und Lockes, sondern darüber hinaus weitgehend materielle Gleichheit.

Der ideale Vertrag, den Rousseau fordert, unterscheidet sich insofern von den Verträgen, die Hobbes und Locke beschreiben, als er dabei die Rekonstruktion verlässt. Rousseau grenzt seinen Gesellschaftsvertrag vom Betrugsvertrag ab, der neue Gesellschaftsvertrag wurde noch nicht geschlossen, sondern er stellt die Möglichkeit bereit, auf politischer Ebene aus der Fehlentwicklung der modernen westlichen Kultur auszubrechen. Seine zentrale Bestimmung ist die Erweiterung der individuellen Freiheit in die politische Freiheit. Wie Hobbes bedarf auch Rousseau der Übertragung der Rechte der Person an die Gesellschaft, doch erhält die Person im Austausch für ihre natürliche Unabhängigkeit die politische oder bürgerliche Freiheit. Als Teil des Souveräns, den hier das gesamte Volk stellt, ist jeder direkt an der Freiheit der politischen Handlung beteiligt. Während bei Hobbes die Übertragung zur Schaffung einer absoluten Instanz führt, die dem Volk gebietet, steht bei Rousseau das Volk als Gesetzgeber und Souverän über jeder von ihm zur Verwaltung beauftragten Instanz.

¹⁵² Vgl. Kersting 1994, Kapitel 5.1.2.

Durch den Vertrag konstituiert sich ein Volk als Staatskörper, es umfasst dabei alle diejenigen, aber nur diejenigen, die dem Vertrag beigetreten sind. Unu actu konstituiert sich hierbei der Gemeinwille, das wahrscheinlich umstrittenste Theoriestück Rousseaus. Es steht dabei zu beachten, dass der Gemeinwille als der Wille des gesamten Staatskörpers betrachtet wird. Es handelt sich aber nicht um den Individualwillen eines Herrschenden oder gar um einen ideologisch definierten Staatszweck. Vielmehr ist der Gemeinwille ein definitorischer Kunstgriff Rousseaus, der das beschreibt, was im Interesse des Staates ist. Dies aber zu ermitteln kann nur im Rückgriff auf die Mehrheitsregel geschehen. Rousseau beschreibt ausdrücklich, dass die Abstimmung über die Gesetzgebung nicht nach dem Einzelwillen der Personen fragt, sondern vielmehr danach, was ihrer Meinung nach im Sinne des Gemeinwillens ist.¹⁵³ Weil der Gemeinwille aber nur der Wille des Volkes sein kann, tritt hier eine Unterscheidung im Wollen der einzelnen Person ein. Sie hat zum einen ihren Einzelwillen, ihr Partikularinteresse, zum anderen aber hat sie Teil am Gemeinwillen, wie ihn der Mehrheitsentscheid ermittelt hat. Sie kann also nach einer solchen Abstimmung über den Gemeinwillen selbst dann nicht mehr ihr Partikularinteresse dem Gemeinwillen vorziehen, wenn diese einander widersprechen, denn die Person müsste dann ja gegen einen Teil ihres eigenen Willens, den Gemeinwillen handeln. Es handelt sich bei der Konstruktion Gemeinwille also um eine Interpretation der basisdemokratischen Legislativgewalt.

Der neue Gesellschaftsvertrag zielt auf zwei wichtigste Werte ab, die Freiheit und die Gleichheit. Freiheit ist zu verstehen als die bürgerliche Freiheit der Teilnahme am politischen Leben der Gemeinschaft, nicht nur als negative Freiheit, wie sie Locke vorführt, und die von Rousseau schlicht Unabhängigkeit genannt wird. Gleichheit ist deshalb anzustreben, weil Freiheit ohne sie nicht existieren kann. Rousseau erkennt an, dass aus der ursprünglichen Gleichheit im Naturzustand keine moralische Norm folgen kann. Ungleichheit kann ebenso wenig auf Rechtfertigung aus vormoralischen Zuständen hoffen wie Gleichheit, denn aus diesen Zuständen führt kein Rechtfertigungsweg in den moralischen Zustand. Dennoch prägt der Egalitarismus seine politische Konzeption. Dies geschieht aber deshalb, weil Ungleichheit die

¹⁵³ Rousseau beschreibt das Abstimmungsverfahren und dessen Ergebnis so: „Wenn man in der Volksversammlung ein Gesetz vorschlägt, fragt man im Grunde nicht, ob die Versammelten den Vorschlag gutheißen oder verwerfen, sondern ob dieser dem Gemeinwillen, also dem ihrigen, entspricht oder nicht; jeder tut indem er seine Stimme gibt, auch seine Meinung dazu kund, und aus der Summe der Stimmen geht die Äußerung des Gemeinwillens hervor.“ Rousseau 1981 S. 361.

politische Freiheit gefährdet. Sie führt zur wachsenden Bedeutung von Partikularinteressen gegenüber dem Gemeinwillen und kann diesen sukzessive auflösen. Daher ist der Gleichheit der Vorrang vor der Ungleichheit zu geben, alle Ungleichheit bedarf der zusätzlichen Rechtfertigung. Rousseau definiert die Gleichheit, die in der bürgerlichen Gesellschaft vonnöten ist so:

was die Gleichheit anbelangt, so darf man unter diesem Wort nicht verstehen, daß der Grad an Macht und Reichtum für alle genau gleich sein müßte, sondern daß, was die Macht anbelangt, diese fern von jeglicher Gewalt bleiben sollte und nie anders als kraft eines Amtes und der Gesetze ausgeübt werden dürfe, und was den Reichtum betrifft, daß kein Bürger so reich sein sollte, um einen anderen kaufen zu können, und niemand so arm, dass er gezwungen wäre, sich zu verkaufen.¹⁵⁴

Die Anbindung an die bürgerliche Freiheit kann nur soviel bedeuten, dass es jedem Bürger möglich sein muss, an der politischen Willensbildung teilzunehmen, ohne daran durch seine Armut oder Abhängigkeitsverhältnisse gehindert zu werden. Eine detailliertere Auskunft, was dazu alles gehört, ist bei Rousseau leider nicht zu finden. Sicher ist von den Bedingungen der Selbsterhaltung auszugehen, ob jedoch auch die Möglichkeiten von Bildung dazuzuzählen sind, bleibt der Spekulation überlassen.¹⁵⁵

Die Rousseausche Vertragstheorie und -kritik zeigt die Schwächen der Vertragslehre deutlich auf. Gerade die Beschränkung auf die negative Freiheit und die Anspruchslosigkeit der inhaltlichen Vorgaben des Vertrages lassen die Vertragsgesellschaften Ungleichheiten akzeptieren, die auch eine Gefahr für die Gesellschaft und den Vertrag selbst darstellen. Durch die Einschränkung der anthropologischen Grundannahmen wird ein Vertrag konstruiert, der den eigentlichen Interessen der Vertragspartner nicht entgegenkommen kann, weil er von ihrer tatsächlichen Situation zu weit abstrahiert, ohne wie es später Rawls getan hat, Sicherungsmechanismen einzubauen, die extreme Ungleichheiten verhindern. Zwar hat Hobbes bereits erkannt, dass soziale Verelendung staatsgefährdend sein kann. Aber erst Rousseau weiß aufzuklären, dass jede erzwungene ungleiche Beteiligung an politischen oder wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Verhältnissen nicht nur ein Risiko für die gesellschaftliche Ordnung sondern auch unmoralisch ist. Erst er zieht den Schluss, der als programmatisch für die Theorie

¹⁵⁴ Rousseau 1981 S. 311.

¹⁵⁵ Allerdings muss im Ansehen des *Emile* durchaus davon ausgegangen werden, dass Rousseau allgemeine Bildung als ein Desideratum des neuen Gesellschaftsvertrages verstanden hat.

John Rawls gelten kann: „Eben – deshalb, weil die Gewalt der Dinge stets darauf aus ist, die Gleichheit zu zerstören, muß die gesetzgebende Gewalt stets darauf aus sein, diese zu erhalten.“¹⁵⁶

Dieser Schluss Rousseaus beinhaltet zentrale argumentative Voraussetzungen der Rawlsschen Theorie. Eine der breitesten Debatte der politischen Philosophie hat Rawls seit Erscheinen der *Theorie der Gerechtigkeit* mit den Vertretern neoliberaler Ansätze wie Nozick, Buchanan und Hayek auszufechten. Während diese Ansätze eine Theorie struktureller Gleichheit vertreten und sozialstaatliches Handeln ablehnen, ist Rawls einer der wichtigsten theoretischen Verfechter sozialstaatlicher Einrichtungen geworden. Diese Auseinandersetzung geht auf eine zentrale Differenz in der Beurteilung von Marktgeschehen zurück. Während neoliberale Ansätze den Markt typischerweise als geeignetes Allzweckmittel oder gar als Definition von Gerechtigkeit ansehen, sieht Rawls in ihm ein Instrument der distributiven Koordination, welches aufgrund seiner immanenten Tendenzen korrekturbedürftig ist. Rawls erkennt, dass der Markt tatsächlich dazu neigt, die Gleichheit zu zerstören, eine Erkenntnis die der modernen Wirtschaftswissenschaft geläufig ist. Und weil an der Basis der Rawlsschen Theorie eine egalitaristische Position liegt, folgt er dem Rousseauschen Schluss darin, dass die Kraft der Gesetzgebung so eingerichtet werden muss, dass sie die Gleichheit aufrechterhält.

Dennoch ist Rawls keineswegs einer einfachen Gleichsetzung von Gleichheit und Gerechtigkeit aufgesessen. Sein Ansatz bietet vielmehr einen differenzierten Ausgleich der Ansprüche des Einzelnen und der Gesellschaft sowie eine Anerkennung sowohl der Schutz- und Abwehrrechte neoliberaler Position wie auch positiver Freiheiten, die einen breiteren Bereich der Lebensbedingungen der Gesellschaftsmitglieder erfassen.

Den Kern der Rawlsschen Theorie bilden zwei Gerechtigkeitsgrundsätze, in deren Formulierung bereits der Ausgleich von Grundfreiheiten und sozialen Ansprüchen niedergelegt ist. Diese Grundsätze sind es, die das Ergebnis der Gesellschaftsvertragsverhandlungen hinter dem Schleier des Nichtwissens darstellen. Die beiden Grundsätze der Gerechtigkeit, die Rawls für allgemein zustimmungsfähig hält sind:

¹⁵⁶ Rousseau 1981 S. 311.

„1. Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für jedermann verträglich ist.

2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermann Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedermann offenstehen.“¹⁵⁷

Diese Prinzipien bezeichnet Rawls als einen Spezialfall einer allgemeineren Gerechtigkeitsvorstellung, deren Formulierung zu entnehmen ist, welches die Kriterien aller Verteilung sind:

„Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung – sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.“¹⁵⁸

Die zwei Gerechtigkeitsgrundsätze gelten in lexikographischer Ordnung, um etwa die Veräußerung von Freiheiten zugunsten materieller Ressourcen auszuschließen.

Im Mittelpunkt der Diskussion und Kritik des Rawlsschen Ansatzes stand sein Konzept liberaler Grundfreiheiten, welches auch der Auslöser eines eigenen Stranges der Liberalismus-Kommunitarismus Debatte war. Die Bewertung seines Konzepts distributiver Gerechtigkeit stand im Schatten breiterer Liberalismuskritiken, die sich mit den Details der Verteilungskonzeption wenig befasst haben. Gerade diese Konzeption aber ist methodisch sehr ausgefeilt und bietet einen interessanten Kompromiss von Gleichheit und der Sicherung eines sozialen Mindeststandards.

In den folgenden drei Abschnitten wird daher erläutert, wie die Theorie der Verteilungsgerechtigkeit bei John Rawls konzipiert ist. In den ersten beiden Abschnitten werden die Verteilungsmodi Leximin-Verfahren und Grundbedürfnissicherung vorgestellt. Beide sind bereits aus anderen Theorien bekannt, stehen aber bei Rawls auf der Basis eines breiten Verständnisses der Gesellschaft als Kooperationsgemeinschaft. Diese Grundlage ermöglicht es Rawls die zentralen Schwierigkeiten, die in den Kapiteln *Total Utility Ansätze* und *Grundbedürfnisse* diskutiert worden sind, auszugleichen.

Die Schwierigkeit des Rawlsschen System liegt in dem im dritten Abschnitt diskutierten Wertkonzept der Grundgüter. Wie sich herausstellen wird, sind die

¹⁵⁷ Rawls 1996 S. 81, in *Political Liberalism* korrigiert er das ‚umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten‘ zu einem ‚völlig adäquaten System‘. Der Unterschied ist für die vorliegende Diskussion aber nicht erheblich, da in ihrem Mittelpunkt das Zweite Prinzip steht. Auch dieses erfuhr mehrere Formulierungen. Die Auswahl dieser Version wird im weiteren noch erläutert.

¹⁵⁸ Rawls 1996, S 83.

Grundgüter entweder als Waren und Dienstleistungen zu verstehen, was ein zu enges Verständnis wäre, oder aber sie fallen nahezu in eins mit den im Kapitel *Capability approach* diskutierten Befähigungen.

I.9.3. Leximin-Verfahren

Die Theorie der Gerechtigkeit versteht Gerechtigkeit als Fairness, als eine Form der Verfahrensgerechtigkeit. Das Verfahren, welches zur Definition und Erreichung der Verteilungsgerechtigkeit angewandt wird ist das Leximin-Verfahren. Dieses bereits oben diskutierte Verfahren orientiert sich in dieser Version an sozialen Werten oder Grundgütern nämlich Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und den sozialen Grundlagen der Selbstachtung.¹⁵⁹

Die Festlegung auf die Verfahrensgerechtigkeit entspricht der Einsicht, dass es unmöglich ist, jede konkrete gesellschaftliche Situation quantitativ zu erfassen und mit jeweils neuen Verteilungsmaßnahmen darauf zu reagieren. Es müsse sogar damit gerechnet werden, dass es kein allgemeingültiges Ideal eines gerechten Zustandes gebe.¹⁶⁰ Vielmehr müsse die Grundstruktur der Gesellschaft so gestaltet sein, dass in allen Situationen dafür gesorgt wird, dass Ungleichheiten gleichermaßen zugunsten der am wenigsten Bevorteilten geregelt werden.

Die Verbindung von Gleichheit, Dominanzprinzip und Leximin fasst Rawls dahingehend zusammen, dass „niemand weniger haben sollte, als er bei gleicher Verteilung der Grundgüter erhalten würde, und dass, falls die Erträge sozialer Kooperation eine allseitige Verbesserung erlauben, die bestehenden Ungleichheiten zum Nutzen derjenigen dienen müssen, deren Lage sich – gemessen an der Gleichverteilung – am wenigsten verbessert hat.“¹⁶¹

Während in der Diskussion oftmals davon ausgegangen wurde, das Differenzprinzip verlange ständige Umverteilungen, die jede Entscheidung und Transaktion der Gesellschaft belasten, weist Rawls explizit darauf hin, dass allein die Grundstruktur

¹⁵⁹ Vgl. Rawls 1996, S 112.

¹⁶⁰ Dieses Argument muss auch gegen Dworkins Theorie der Ressourcengleichheit gerichtet werden. Wie oben dargestellt, konstruiert diese Theorie einen Zustand idealer Verteilung, um ihn als Korrektiv für wirkliche Gesellschaften verwenden zu können.

¹⁶¹ Rawls, J 1998 S. 397. Aus der hier zitierten Formulierung geht der Leximin-Gedanke nicht ganz genau hervor. Er findet sich besser in den endgültigen Formulierungen der Gerechtigkeitsgrundsätze in Rawls 1996 S. 336 f. und Rawls 1998 S. 406, wo jeweils der Vorteil der größte Vorteil der am wenigsten Begünstigten gefordert wird. Zur weiteren Erläuterung des Verfahrens vgl. Rawls 1996 S. 103 f.

durch das Leximin-Verfahren beeinflusst wird. Im praktischen Kontext bedeutet dies, dass die Steuer- und Wirtschaftspolitik dementsprechend eingerichtet werden. Weil aber allein die Grundstruktur davon betroffen ist, muss von Seiten der Bürger nicht mit unvorhergesehenen oder unberechenbaren Eingriffen in ihre verteilungswirksamen Handlungen gerechnet werden, die Rechts- und Vertragssicherheit im wirtschaftlichen Verkehr bleibt also gewahrt.

Die Behauptung Rawls, das Leximin-Verfahren würde im Urzustand gewählt, erfährt immer wieder Kritik insbesondere von entscheidungstheoretischer Seite. Der Einwand beruft sich darauf, dass das Leximin oder Maximin Verfahren in der Entscheidungstheorie maximale Risikoaversion ausdrückt. Stattdessen sei vielmehr die individuelle Risikobereitschaft zu berücksichtigen, die durchaus auch zu einem Maximax-Verfahren führen könnte. Diese Kritik verwechselt aber zwei unterschiedliche Ebenen. Das Leximin-Verfahren in der Verteilung ist gerade kein Entscheidungsinstrument, welches bei Unsicherheit vorgibt, welche Handlung zu wählen ist. Es handelt sich um ein Verteilungsprinzip, welches bei vorliegenden Informationen eine Handlung vorschreibt. Der Begriff der Risikoeinstellung ist hierfür nicht anwendbar, eine Gesellschaft, die nach dem Maximax-Prinzip verteilt ist nicht besonders Risikofreudig, sondern ungerecht und instabil.

Die Regel für die Entscheidung im Urzustand kann nur mit Mühe als Maximin bezeichnet werden, da vollkommen andere Argumente in eine Entscheidung nach der Entscheidungstheorie und in die Entscheidung im Urzustand eingehen. Die Entscheidungstheorie diskutiert Auszahlungen und Wahrscheinlichkeiten; im Urzustand geht es um eine gesellschaftliche Grundstruktur. Und selbst wenn man zugestünde, dass sich hier eine Analogie ziehen lässt, so scheint die Wahl der Entscheidungsregel doch mehr als angemessen. Auch von der modernen Entscheidungstheorie wird zugestanden, dass bei Entscheidungen, bei denen die Existenz des Entscheidungsgremiums auf dem Spiel steht eine risikoaverse Verfahrensweise angemessen ist. In der Situation des Urzustandes geht es nicht einfach um eine Investition, die eine Person oder Organisation ökonomisch ruinieren kann, sondern um das gesamte Leben eines Menschen. Alles andere als Risikoaversion wäre in diesem Falle unangemessen. Die Risikoeinstellung des

Entscheidungsträgers kann ebenso rational oder irrational sein wie eine Entscheidung, sie ist nicht als Datum hinzunehmen.¹⁶²

Ökonomische Ungleichheiten sind aus gesellschaftlicher Sicht unter Umständen ungerecht, in persönlicher Perspektive aber allzu oft zentraler Motivationsfaktor wirtschaftlichen Handelns. Das Differenzprinzip reagiert auf diese doppelte Rolle von Einkommens- und Vermögensdifferenzen, indem es solche Ungleichheiten ausschaltet, die gesellschaftliche Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Dies sind alle die Ungleichheiten, die gemessen an einer gleichen Verteilung des jeweiligen anerkannten Wertes zulasten einer gesellschaftlichen Gruppe gehen. Wenn aber Ungleichheiten so entstehen oder geregelt werden können, dass sie auch die Gruppen, die nicht primär von diesen Ungleichheiten profitieren besser stellen, heben sie das gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsniveau. Die Rolle, ökonomischer Motivationsfaktor zu sein, kann auf diese Weise bewahrt bleiben, ohne zuzulassen, dass Gewinne zu Lasten derer gehen, die ohnehin am unteren Rand der gesellschaftlichen Wohlfahrtsschere stehen.

Diese Interpretation des Differenzprinzips wird durch einige seiner Formulierungen zwar erlaubt aber nicht nahe gelegt. In diesen Formulierungen heißt es, es seien nur diejenigen Ungleichheiten gerechtfertigt oder zulässig, die die Aussichten der am wenigsten Begünstigten maximieren. Diese Versionen sind teilweise dahingehend ausgelegt worden, dass eine große Gruppe von wirtschaftlichen Handlungen ausgeschlossen, nicht aber durch Steuer- und Wirtschaftspolitik zu gestalten seien. Die oben zitierte Version hingegen fordert geradezu die verteilungswirksame Gestaltung der Grundstruktur und entspricht den Institutionen, die Rawls im Detail diskutiert am besten. Sie wirkt nicht restriktiv, sondern vielmehr konstruktiv¹⁶³ auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben, und ist allein dadurch Theorien überlegen, die darauf festgelegt sind, eine Gruppe von wirtschaftlichen Entscheidungen zu verbieten.

¹⁶² Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass mit dem Schleier des Nichtwissens natürlich auch die Risikoeinstellung eines jeden Individuums verdeckt würde.

¹⁶³ Die Differenzierung zwischen restriktivem und konstruktivem Leximin-Verfahren findet sich im Abschnitt I.3.2. *Leximin-Verfahren* des Kapitels *Total Utility Ansätze*.

1.9.3.1. Gruppenorientierung

Rawls diskutiert die Grundlage von Distributionsentscheidungen mit einer prägnanten Formulierung: „Bei der Gerechtigkeit als Fairness kommen die Menschen überein, natürliche und gesellschaftliche Zustände nur hinzunehmen, wenn das dem gemeinen Wohl dient.“¹⁶⁴ Anhand der Diskussion des Ausgleichsprinzips, welches gebietet, unverdiente Ungleichheiten auszugleichen, und einem Vergleich mit dem zweiten der Gerechtigkeitsprinzipien, dem Unterschiedsprinzip versucht Rawls aufzuzeigen, dass seine Prinzipien der Gerechtigkeit dem gesamtgesellschaftlichen Wohl am dienlichsten sind. So könne eine zusätzliche Bevorteilung von natürlich besser gestellten Individuen für die Gesamtbevölkerung vorteilhaft sein. Ein Beispiel für diese Möglichkeit wäre etwa im Bildungssektor durch die gesellschaftlichen Vorteile ausgewiesen, die eine Bildungselite für eine Gesellschaft bedeuten kann.

Ebenso verhält es sich mit dem Differenzprinzip, welches sich nicht an dem am schlechtesten gestellten Individuum sondern an der sozialen Gruppen ausrichtet. Diese Betrachtungsweise ist für Rawls insofern notwendig, als eine Orientierung an der Stellung des Individuum die Einberechnung der zuvor ausgeschlossenen Aspekte der Wohlfahrt wie Präferenzen oder Konzeptionen des guten Lebens einbeziehen müsste. Soziale Gruppen gleicher oder ähnlicher ökonomischer Stellung hingegen sind in diesen Merkmalen so divers, dass ihre Betrachtung solche Detailanalysen nicht erlaubt. Weil das im Differenzprinzip herangezogene Merkmal der sozialen bzw. ökonomischen Stellung in dieser Betrachtungsweise konstituierend für diese Gruppenbildung ist, gilt die soziale Gruppe als die Orientierungsgröße für das Differenzprinzip. Da die Garantien des Differenzprinzips aber nur der ökonomisch definierten Gruppe der am schlechtesten gestellten Bürger zugute kommen, kann ein wirksamer Ausgleich von nicht ökonomischen Benachteiligungen nur als Konsequenz gesamtgesellschaftlicher Effizienzerwägungen, nicht aber als integraler Bestandteil des Differenzprinzips verankert werden. Im Gegensatz dazu ist das erste der beiden Prinzipien der Gerechtigkeit stark individualistisch ausgerichtet. Bei der Betrachtung der Theorie Rawls in ihrer Gesamtheit, muss daher analysiert werden, wie diese Prinzipien jenseits der Leximin Anordnung voneinander abhängen.

¹⁶⁴ Rawls, 1996 S. 123.

I.9.4. Grundbedürfnisse und sozialer Mindeststandard

Weniger Beachtung als das Leximin-Verfahren fand das Konzept der Deckung eines sozialen und politischen Mindeststandards in der Diskussion der *Theorie der Gerechtigkeit*. Dabei bietet Rawls mit seiner Definition des Mindeststandards eine interessante Alternative zu den üblichen Theorien der Grundbedürfnisse an.

Grundbedürfnisse werden normalerweise mit Bezug auf die Subsistenz des Menschen definiert. Rawls hingegen geht über die menschlichen Existenzbedingungen hinaus und richtet die Grundstruktur so ein, dass jedes Individuum, welches in irgendeiner Form dazu fähig ist, sich zur vollständigen Person¹⁶⁵ und zum Bürger entwickeln kann. Das Ziel des Mindeststandards ist, dass alle Personen „sich am politischen und sozialen Leben beteiligen können“.¹⁶⁶

Diese überraschend weit gehende Forderung verdankt sich ebenso wie die Gleichheitsforderung, die im Leximin-Verfahren steckt, zwei grundlegenden Ideen der Theorie der Gerechtigkeit und des politischen Liberalismus. Diese Ideen sind die der Gesellschaft als sozialer Kooperationsgemeinschaft, und die der Menschen als gleiche und freie moralische Personen.

Die Kritik des Rawlsschen Ansatzes basiert oft auf der These, dass sein Konstruktionsverfahren der Gerechtigkeitsgrundsätze durch die Grundstruktur nicht ausreiche. Vielmehr verdankten sich die Grundsätze seinen Konzeptionen der Person und der Gesellschaft als Kooperationsgemeinschaft. Diese These ist sicherlich angemessen, stellt aber keine Kritik dar. Vielmehr sind diese Konzeptionen gerade eine Stärke der Rawlsschen Theorie. Wie bei Dworkin gesehen, laufen Theorien der Verteilung oft darauf hinaus, gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln einschränken zu müssen, wenn man die Gesellschaft als reines Konkurrenzsystem versteht. Dort kann es nur darum gehen, die vorhandenen Ressourcen möglichst gleich zu verteilen, ein konstruktiver Umgang mit neu entstehenden Ressourcen und Ungleichheiten ist aber nicht möglich. Dieser Umgang muss vielmehr in einem über die eigentliche Theorie hinausgehenden Schritt ermittelt werden.

Rawls hingegen sieht die Gesellschaft von vornherein als Kooperationssystem. Ihm zufolge gilt es nicht einfach, vorhandene Ressourcen gleich aufzuteilen, sondern die

¹⁶⁵ Der Begriff der Person wird hier im starken Sinne gebraucht. Vgl. Sturma 1997.

¹⁶⁶ Rawls 1998, S 258.

Vorteile und Lasten der gesellschaftlichen Kooperation angemessen zu verteilen. Diese Kooperation ist nicht nur ein kontingentes Faktum des jeweiligen Lebens, sie ist vielmehr eine notwendige Bedingung des menschlichen Lebens in der Gesellschaft. „Es gibt keine Alternative zur Kooperation außer widerwilliger und grollender Befolgung oder Widerstand und Bürgerkrieg“.¹⁶⁷ Aber nicht nur aufgrund der von Rawls explizit thematisierten Natur des sozialen Lebens der Menschen, gibt es zur Kooperation keine Alternative. Die Verweigerung der Kooperation bedeutet nämlich nichts anderes als die Auflösung der Gesellschaft und des Staates. Diese sind aber die Bedingung jeder Theorie der distributiven Gerechtigkeit.¹⁶⁸ Somit ist Kooperation auch eine Bedingung jeder Theorie der Gerechtigkeit. Sie schließt Konkurrenz nicht aus, sondern erkennt diese vielmehr als einen motivationalen Faktor des Wirtschaftslebens an, ohne aber in ihr die zentrale Bestimmung der Gesellschaft zu sehen.

Mit dieser Definition der Gesellschaft als kooperative Vereinigung geht ein bestimmtes Bild der Person einher. Eine Kooperationsgesellschaft erfordert Individuen, die zu sozialer und politischer Kooperation in der Lage sind.

Die Fähigkeit zur sozialen Kooperation bedarf laut Rawls der Ausbildung eines Gerechtigkeitssinnes und einer Theorie des Guten. Der Gerechtigkeitssinn ist die Bedingung dafür, dass Personen die gerechten Bedingungen der Kooperation anerkennen und sich danach richten. Die Theorie des Guten ermöglicht es der Person, innerhalb der gerechten Grundordnung ihre Fähigkeiten und Ressourcen mit konkreten Zielen einzusetzen und in wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge Ziele zu verfolgen. Diese beiden Fähigkeiten definieren im Rahmen der politischen Theorie die moralische Person. Zwar gibt Rawls zu, dass darüber hinausgehende moralische Bestimmungen der Person in eine vollständigen Theorie der Moral eingehen müssen, für die politische Theorie reichten diese aber aus. Mit der Anerkennung einer gerechten Grundordnung und dem entwickelten Gerechtigkeitssinn ist weiterhin vorausgesetzt, dass die Personen als gleich angesehen werden. Der Gedanke der Entwicklung einer Theorie des Guten impliziert

¹⁶⁷ Rawls 1998, S. 418.

¹⁶⁸ Es sei denn, unter Verteilungsgerechtigkeit wird der Zustand verstanden, den jede Person sich durch ihre eigenen Kräfte und individuelle Absprachen im Zustand weitgehender Anarchie sichern kann. Eine solche Position verdient aber nicht mehr den Namen der distributiven Gerechtigkeit.

auch die Freiheit, innerhalb der Grundordnung einen eigenen Lebensplan zu verfolgen.

Die Elemente ‚Gerechtigkeitssinn‘ und ‚Theorie des Guten‘ bezeichnen Aspekte der den Personen zukommenden Fähigkeiten der Vernunft und Rationalität¹⁶⁹. Sie markieren damit auch die Grundlage für die ihnen entsprechenden gesellschaftlichen Prinzipien der Kooperation und der Konkurrenz. Keiner der beiden Aspekte menschlicher Rationalität darf in dieser Theorie zugunsten des anderen aufgegeben werden, ebenso wenig, wie sie aufeinander zu reduzieren sind.

Die Gleichheitsforderung ist jedoch aus den gegebenen Voraussetzungen nicht abzuleiten. Diese vorgebliche Schwäche teilt die Rawlssche mit anderen Theorien. Die Forderung nach grundlegenden Gleichheit bei der Konstituierung der Grundstruktur ist nicht weiter zu begründet. Ebenso wenig bedürfen der Konkurrenz- oder der Kooperationsgedanke der Voraussetzung der Gleichheit. Sowohl Konkurrenz als auch Kooperation sind in streng hierarchisch gegliederten Gesellschaften möglich. Der einzige Grund, den Rawls in diesem Zusammenhang anzuführen vermöchte, ist der, dass es in einer Konzeption der Gerechtigkeit gilt, alle moralischen Zufälle auszuschließen. Weil aber jede Form der moralischen Hierarchie auf Zufällen beruht, und sogar dem Verdacht der Amoralität ausgesetzt ist, kann auf dieser Basis eine Gleichheitsforderung gestellt werden. Diese Überlegungen gehen jedoch über die rein politische Konzeption hinaus. Innerhalb dieser kann nur damit argumentiert werden, dass es keinen Grund für eine von der Gleichheit abweichende Gewichtung gibt. Wie aber bereits in der Diskussion der Aristotelischen Ethik im Kapitel *Total Utility Ansätze* gezeigt, ist davon auszugehen, dass der Begriff der Gleichheit für denjenigen der Gerechtigkeit konstitutiv ist.

Diese Bedingungen, das Verständnis der Gesellschaft als Kooperationsgemeinschaft und die Konzeption der freien und gleichen moralischen Person, begründen die Forderung nach Erfüllung sozialer Grundbedingungen. Die kooperative Gesellschaft ist auf bestimmte Fähigkeiten ihrer Mitglieder angewiesen, dies sind die Fähigkeiten eines kooperationsfähigen Bürgers. Eine gerechte Grundordnung kann allein durch diese voll kooperationsfähigen Bürger definiert werden. Demzufolge sind die

¹⁶⁹ Vgl. Rawls 1998, S. 119 ff. Rawls macht die Unterscheidung von Vernunft und Rationalität um zwei Aspekte menschlichen Denkens und Handelns, nämlich den zweckorientierten und den moralisch sensiblen begrifflich zu trennen. Beide werden von Rawls als unverzichtbarer Teil des Vermögens eines Bürgers dargestellt.

sozialen und politischen Mindeststandards geradezu die Bedingung einer gerechten Gesellschaft. Mit dieser Argumentationsstruktur zeichnet sich bereits eine Parallele zu dem auf Lockes Theorie des Staatsbeitritts basierendem Argument der Fähigkeit zur Zustimmungsverweigerung ab. Diesem Argument zufolge kann eine legitime Grundordnung nur durch zustimmungsfähige Bürger definiert werden. Auch in dieser Konstruktion sind soziale Mindeststandards, die als Bedingung der Zustimmungsfähigkeit verstanden werden müssen, zugleich Bedingungen einer legitimen Gesellschaft.

I.9.5. Grundgüter

Was unter der Deckung des sozialen und politischen Mindeststandards zu verstehen ist, und was es durch das Leximin-Verfahren über diesen Standard hinaus zu verteilen gilt, richtet sich ebenfalls nach Bestimmungen der Konzeption der freien und gleichen moralischen Person. Das Bemessungskriterium der distributiven Gerechtigkeit erläutert Rawls im Zuge des Urzustandes, welcher laut Rawls die Konzeption der Person nachbildet. Da es dort gälte, von allen Informationen über die eigene Theorie des Guten abzusehen, würde ein solches Verteilungsmedium gewählt, welches im Rahmen aller möglichen Lebensgestaltungen von Nutzen ist. Mit der Hilfe dieses Verteilungsmediums sei nicht nur gewähren, dass alle Gesellschaftsmitglieder zu Bürgern werden können, es müsse auch in allen Konzeptionen des Guten eine positive Rolle spielen können. Dieses Allzweckmittel stellen für Rawls die Grundgüter dar. Mit ihrer Hilfe wird jede Person in die Lage versetzt, ihre Vorstellung vom Guten innerhalb der Rechtsordnung zu verfolgen. Sie stellen ein universelles Mittel zum Zweck eines guten Lebens dar, ohne dass dieses Leben näher spezifiziert werden muss. Dennoch ist natürlich zu definieren, welche Güter ein gutes Leben in beliebigen Lebensplänen befördern, der Begriff der Grundgüter bedarf der Konkretisierung. Diese liest sich bei Rawls so: „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung“¹⁷⁰

Doch auch diese Formulierung des Bemessungskriteriums des Rawlsschen Egalitarismus entzieht sich der konkreten Definition. Durch die Vagheit der Formulierung ist eine positive Angabe, was die Grundgüter sind, nicht ohne weiteres

¹⁷⁰ Rawls 1996, S. 83.

zu leisten. Grundgüter dürfen keine Erfüllungsbedingungen für eine spezifische Theorie des Guten oder aber des Humanen sein. Die positiven Bestimmungen, die sich finden lassen schließen es aber aus, die Grundgüter mit Waren und Dienstleistungen zu identifizieren, wie es Rawls oft als Warenfetischismus vorgeworfen worden ist. Waren machen nur einen Teil dessen aus, was Rawls beschreibt:

“Die Stammliste der Grundgüter (die wir bei Bedarf ergänzen können) hat fünf Rubriken:

- Grundrechte und Grundfreiheiten, die ebenfalls in einer Liste angeführt werden;
- Freizügigkeit und freie Berufswahl vor dem Hintergrund vielfältiger Möglichkeiten;
- Befugnisse und Zugangsrechte zu Ämtern und Positionen innerhalb der politischen und ökonomischen Institutionen der Grundstruktur;
- Einkommen und Besitz; und schließlich
- Die sozialen Grundlagen der Selbstachtung.”¹⁷¹

Unter der Benennung einer ‚schwachen Theorie des Guten‘ firmieren diese Güter als Bemessungsgrundlage der distributiven Gerechtigkeit. Es lässt sich allerdings bezweifeln, ob diese Grundgüter in jeder Theorie des Guten gleichen Rang einnehmen. Es könnte eine Ungleichheit darin bestehen, dass die Grundgüter in einer individualistische Theorie des Guten eine wichtigere Rolle spielen, als in einer stark gemeinschaftlich geprägten, in einer konsumorientierten relevanter seien als in einer asketisch ausgerichteten.

Diese Kritik muss aber danach differenziert werden, wo sie ansetzt. Die Deckung der Grundbedürfnisse ist im Rahmen dieser Einwände schwer zu kritisieren, denn allein unter der Bedingung ihrer Erfüllung kann die Formulierung einer selbstbestimmten Theorie des Guten geschehen. Ein Einwand, der die Grundbedürfnisse der moralischen Person in Zweifel stellt, muss extrem heteronome Lebensverhältnisse akzeptieren, die einer politischen Rechtfertigung nicht mehr zugänglich sind. Diese Annahme weitet Rawls insofern aus, dass er damit rechnet, dass unter der Bedingung der Multikulturalität und Varianz in den Lebensbedingungen unterschiedliche Ausprägungen der Grundgüter zu erwarten sind:

„Der wesentliche Verfassungsinhalt ist hier vielmehr, dass Menschen unterhalb eines bestimmten Niveaus des materiellen und sozialen Wohlergehens sowie der Bildung und Ausbildung sich nicht als Bürger und schon gar nicht als gleiche Bürger am sozialen Leben beteiligen können. Es ist nicht die Aufgabe einer politischen

¹⁷¹ Rawls 1998, S. 275.

Konzeption, das Niveau des Wohlergehens und der Bildung festzulegen, unterhalb dessen dies nicht mehr möglich ist. Man muss sich die Gesellschaft, um die es geht, anschauen.“¹⁷²

Im Rahmen des Leximin-Verfahrens ist jedoch die Überlegung legitim, ob nicht durch die Struktur der Grundgüter bestimmte Theorien des Guten effizienter gefördert werden, als andere. Einwände dieser Art können in zwei Versionen eingebracht werden. Zum einen werden bestimmte Theorien des Guten unter den Umständen bestimmter Verteilungsstrukturen eher angenommen. Es kann durchaus als eine Beförderung der Ausbildung individualistischer Vorstellungen angesehen werden, dass gemäß der *Theorie der Gerechtigkeit* solchen Theorien ausreichend Raum und Erfüllungsmöglichkeit zur Verfügung stehen. Theorien des Guten werden durchaus in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Güter gebildet.

Allerdings steht dabei zu beachten, welche Theorien des Guten durch die Grundgüter weniger wahrscheinlich ausgebildet, und welche ganz ausgeschlossen werden. Ausgeschlossen sind natürlich alle, die die grundlegende Gleichheit und Freiheit der Bürger nicht akzeptieren. Weniger wahrscheinlich ausgebildet werden jedoch sicherlich auch solche, die für das eigene Leben von der Grundgütern keinen Gebrauch verlangen. Weil aber genuin unsoziale Theorien des Guten kaum jemals von einer politisch gerechtfertigten sozialen Ordnung gestützt oder gar als wünschenswert beurteilt wurden, ist diese Einschränkung nur für asketische Konzeptionen des guten Lebens fraglich.

Die zweite Version des Einwandes ist, dass die Grundgüter in bestimmten Konzeptionen des guten Lebens nicht ebensoviel zum Gelingen beitragen wie in anderen. Dieser Einwand bezieht sich auf die genannten asketischen Vorstellungen des guten Lebens. Während individualistische Lebenskonzepte von den Grundgütern der Freiheiten und Rechte, sowie des Einkommens und Vermögens stark profitieren, kann es sein, dass Konzeptionen religiösen Lebens von diesen Grundgütern nur wenig Beförderung erfahren, insbesondere insofern die Glaubensfreiheit schon in der zugrunde liegenden Struktur der Verteilung festgeschrieben ist. Annahmegemäß decken sich die Theorien des Guten, die seltener ausgebildet werden, mit denen, die geringere Beförderung durch die Grundgüter erfahren.

¹⁷² Rawls 1998, S. 259.

Charakteristischer Weise sind aber diejenigen Konzeptionen des Guten, die durch die Grundgüter weniger gefördert werden im überwiegenden Teil solche, die auf Verzicht basieren. Somit ist die Kritik nicht ganz gerechtfertigt, denn Verzicht bedarf der Voraussetzung, dass Güter vorhanden und erreichbar sind, auf die verzichtet werden kann. Wie Sen es formuliert, Fasten ist etwas anderes als Hungern, denn Fasten ist eine freiwillige Entscheidung. Die Möglichkeit einer Entscheidung für den Verzicht ist Bestandteil der hier betrachteten Theorien des Guten.

Während die Unterschiede in der Theorie des Guten kaum Anlass zum Einwand gegen die *Theorie der Gerechtigkeit* bilden, kann innerhalb dieses Ansatzes auf Fälle von objektiv erfassbaren Einschränkungen nicht reagiert werden. Dem Behinderten, der im Prinzip mehr Einkommen bräuchte, um keinen schlechteren Lebensstandard zu erleiden, würde dieser Theorie gemäß zusätzliches Einkommen nicht aufgrund und angemessen seiner Behinderung zur Verfügung gestellt. Die Ressourcen, die ihm nach dem Leximin-Verfahren zugute kommen, bemessen sich nach der sozialen Schicht, in die er fällt, also an einem allgemeineren Kriterium, als zur Darstellung der durch seine Behinderung entstehenden zusätzlichen Bedürfnisse vonnöten wäre.¹⁷³

Im Rahmen der Sicherung der Grundbedürfnisse könnte der Ausgleich für solche Einschränkungen noch insofern geschehen, als die sozialen Grundlagen der Selbstachtung für unterschiedliche Personen unterschiedlich hoch sein können. Das Ziel der Grundbedürfnissicherung ist immerhin, Menschen in die Lage kooperationsfähiger Bürger zu versetzen, dies kann bei unterschiedlichen Menschen unterschiedlichen Aufwand bedeuten. Doch schon im ersten Schritt der Grundbedürfnissicherung kommt ungleichen persönlichen Bedingungen gemäß der Rawlsschen Theorie keine explizite Behandlung zu. Er scheint vielmehr davon auszugehen, dass die Grundbedürfnisse zwar nach Kulturkreis, nicht aber individuell variieren. Bevor er die Zielsetzung der Behandlung von Behinderungen und Krankheiten im Rahmen der Mindestsicherung, „die Menschen durch Gesundheitsfürsorge wieder in den Stand zu setzen, voll kooperative

¹⁷³ Rawls diskutiert diesen Einwand von A. Sen in *Political Liberalism*, und gibt zu, dass die Einschränkungen des Behinderten ungerechtfertigt und somit eigentlich auszugleichen sind, insbesondere, wenn sie ihn am Erreichen des Status eines freien kooperativen Mitgliedes der Gesellschaft hindern. Die eingehendere Diskussion wird aber zugunsten eines kurzen Verweises auf mögliche medizinische Strukturen und die Notwendigkeit einer weiteren Diskussion vernachlässigt.

Gesellschaftsmitglieder zu sein“¹⁷⁴ erwähnt, verweist er einschränkend auf das Verhältnis der anfallenden Kosten zu allen anderen Staatsausgaben.

Sobald aber das Leximin-Verfahren greift, versetzt die geringere Effizienz, mit der einige behinderte Personen beispielsweise Einkommen und Besitz umsetzen können, diese in eine schlechtere Lage, als andere Mitglieder ihrer sozialen Gruppe. Das Resultat ist, dass sie entweder durch beständige Mehrausgaben in geringere soziale Gruppen absinken, oder aber ihren Lebensplan so stark einschränken müssen, dass ihnen die Verfolgung einer Theorie des Guten kaum mehr möglich ist.

Die Kritik, dass soziale Mobilität in negativer Richtung und die Verteilung der Bevölkerung auf die jeweiligen sozialen Gruppen keine Entsprechung in der Theorie Rawls finden, führt dazu, über die Grundgüter hinausgehende, individuellere Messverfahren heranzuziehen. Während Rawls darauf hinweist, dass soziale Mobilität in seiner Theorie nicht ausgeschlossen ist, und daher der soziale Status bei Geburt keine Berücksichtigung in den Grundgütern finden muss, finden die Auswirkungen von solchen Benachteiligungen in der Diskussion des Wertes der Freiheiten eine Entsprechung. Den Wert der Freiheit definiert Rawls als das Ausmaß, in dem das Verfügen über soziale Grundgüter die Ausübung der Freiheiten der Grundstruktur limitiert. Warum aber diese Limitierungen nicht in das Leximin-Verfahren eingehen sollen, ist nicht plausibel zu machen. Vielmehr wäre zu fordern, dass Ungleichheiten in der Möglichkeit Freiheiten auszuüben, vorrangige Behandlung im Ausgleichsverfahren genießen, weil der Wert der Freiheit den primären Wert der Gerechtigkeit darstellt. Insofern ist die Möglichkeit, Freiheiten auszuüben, auch den Grundgütern gegenüber primär zu behandeln.

Rawls verweist explizit darauf, dass das Konzept der freien moralischen Person ihn darauf verpflichtet, den Einfluss externen Zufälligkeiten auszugleichen. Diesen grundlegenden Gedanken teilt er mit einer breiten Mehrheit liberal-egalitaristischer Gerechtigkeitstheorien. Daher wäre eigentlich damit zu rechnen, dass objektive Einschränkungen der Lebensführung insoweit ausgeglichen werden müssen, dass sie zumindest keinen Einfluss auf die Möglichkeit erhalten, grundlegende Freiheiten auszuüben. Die Unterscheidung in die Freiheiten und ihren Wert ist ein Manöver, welches nur schwer zu rechtfertigen ist. Auch der Hinweis darauf, dass durch das

¹⁷⁴ Rawls 1998, S. 279.

Leximin-Verfahren die Einschränkungen des Wertes der Freiheiten sukzessive abgebaut werden, kann über die Fälle nicht hinweg täuschen, in denen diese Form des Ausgleiches ungenügend ist.

Wie der Ausgleich individueller Beschränkungen bei der Umsetzung der Grundgüter in ein gelungenes Leben, so werfen auch kulturelle bzw. Umweltbedingungen Fragen an den Rawls'schen Ansatz auf. Rawls verweist immer wieder darauf, dass er nur eine Gesellschaft ohne Austrittsmöglichkeit und ohne Beziehung zu anderen Gesellschaften betrachtet. Selbst wenn man diese Einschränkung für eine Theorie der Gerechtigkeit akzeptiert, muss doch darauf hingewiesen werden, dass auch unter diesen Bedingungen die jeweilige Gesellschaft charakteristische Umstände auf das Leben ihrer Mitglieder einberechnen muss. Während bei der Deckung des Mindeststandards darauf verwiesen wird, dass die jeweilige Gesellschaft zu betrachten ist, um den jeweiligen Mindeststandard zu definieren, fehlt bei der Diskussion des Leximin-Verfahrens bzw. bei der Definition der Grundgüter dieser Hinweis.

Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass das jeweilige zu verteilende Gut in unterschiedlichen Gesellschaften extremer Variation unterliegen kann. Kultursensitivität in der Anwendung der Theorie der Gerechtigkeit geht über die engen Grenzen des Mindeststandards hinaus. Sie ist bereits in der Liste der Grundgüter angelegt und bedarf nur der eindeutigeren Ausführung. Exemplarisch für diesen Umstand ist der letzte Punkt der Liste, die sozialen Grundlagen der Selbstachtung.

Selbstachtung ist integraler Bestandteil jeder moralischen Person, denn ohne sie ist das Individuum nicht in der Lage, eine Konzeption des Guten als verfolgenswert zu empfinden, somit ist sie zur gesellschaftlichen Kooperation und dem damit einhergehenden Gerechtigkeitssinn nicht fähig. Selbstachtung hängt aber von externen Umständen ab, darunter auch von „bestimmten öffentlichen Merkmalen grundlegender gesellschaftlicher Institutionen und von der Form ihres Zusammenwirkens“.¹⁷⁵

Selbstachtung erfordert immer, sich selbst mit den Augen der anderen zu sehen, und sich in dieser Perspektive achten zu können. Unter welchen Umständen dies aber

¹⁷⁵ Rawls 1998, S. 437

möglich ist, bestimmen die gesellschaftlichen Umstände. Soziale Ausgrenzung findet in unterschiedlichen Gesellschaften unter unterschiedlichen Umständen statt. Während in westlichen Gesellschaften Analphabetismus dazu führt, sich an zentralen Diskursen nicht beteiligen zu könne, mag die notwendige Ausdrucksfähigkeit in Stammesgesellschaften mit geringem Technisierungsgrad aufgrund ganz anderer Mängel fehlen. Dort mag Analphabetismus die Norm, nicht aber die Ausnahme sein.¹⁷⁶

Die sozialen Grundlagen der Selbstachtung beinhalten neben den Bedingungen der Subsistenz sicherlich immer Bildung, doch welche Form der Bildung, geht nur aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen hervor. Ebenso verhält es sich aber mit anderen Bestandteilen der Liste der Grundgüter. Einkommen und Besitz sind in westlichen Gesellschaften möglicherweise in der Form eines Gehaltes oder Lohnes, einer Wohnung, grundlegender technischer Ausstattung zu finden. In nomadischen Gesellschaften mag der Mangel an Vieh ein Grund sozialer Ausgrenzung sein, wie es in der Bundesrepublik Deutschland die Obdachlosigkeit ist.

Rawls Theorie ist also in dieser Hinsicht zu ergänzen. Sie bedarf einer Empfindlichkeit für die Unterschiede zwischen den Menschen, die beeinflussen wie Grundgütern in ein gelungenes Leben umgesetzt werden. Rawls tut zwar Recht daran, diese Ausrichtung mit dem Hinweis auf den Perfektionismus und die Unsicherheiten des Präferenzindividualismus des Utilitarismus als problematisch zu kennzeichnen. Doch die faktisch vorhandenen Unterschiede zwischen den Menschen, die er in der Diskussion der Einwände von A. Sen anspricht, legen es nahe, auf die objektiv ermittelbaren Einschränkungen und Vorteile bei der Formulierung und Verfolgung einer eigenen Theorie des Guten zu reagieren. Eine konkrete Möglichkeit, diese Ergänzung zu vollziehen wurde von Amartya Sen und Martha Nussbaum vorgeschlagen. Sie wird ausführlich im Kapitel *Capability approach* diskutiert.

¹⁷⁶ In dieser Überlegung offenbart sich der Mangel, eine Theorie der Gerechtigkeit nur für eine abgegrenzte Gesellschaft ohne Beziehung zu anderen zu diskutieren. Während es in einer solchen Gesellschaft durchaus normal sein mag, weder lesen noch schreiben zu können, und dies innerhalb der Gesellschaft kleinen Mangel bedeutet, stellt diese Unfähigkeit in einer von Mobilität zwischen Gesellschaften gekennzeichneten Welt eine fundamentale Einschränkung dar. Wenn es, wie hier argumentiert wurde, ein Legitimitätskriterium für Staaten ist, ihre Bewohner in die Lage zu versetzen, ihnen die Zustimmung zu verweigern, dann kann eine Einschränkung auf die Fähigkeiten der eigenen Gesellschaft durchaus problematisch sein.

Obwohl der Rawlssche Ansatz die Diskussion lange Zeit dominiert hat, finden sich noch immer einige Missverständnisse in der Interpretation, die es auszuräumen gilt. Das Rawlssche Differenzprinzip wird in einigen Darstellungen so interpretiert, als lege es einen fixen Verteilungszustand fest.¹⁷⁷ Es ist daher noch einmal darauf hinzuweisen, dass das Differenzprinzip ein Modus der Verteilung ist. Wenn davon die Rede ist, dass kein Gesellschaftsmitglied einen geringeren Anteil der Ressourcen erhalten solle, als bei gleicher Verteilung, so wendet sich Rawls hier nicht dem einfachen Egalitarismus zu. Vielmehr dient die reine Gleichverteilung der Ressourcen als Kontrastfolie. Es handelt sich dabei um den statischen Zustand einer unproduktiven Gesellschaft, das Leximin-Verfahren gibt an, in welche Richtung die Entwicklung dieser Gesellschaft laufen sollte.¹⁷⁸

Problematischer aber ist die Einschätzung, die in der *Theorie der Gerechtigkeit* aufgestellten Grundsätze der Gerechtigkeit gälten nur für diejenigen, die selbstversorgungsfähige Marktteilnehmer seien, sozial Bedürftige fielen aber aus der Kooperationsgemeinschaft heraus und hätten daher auch keinen Anspruch auf die Vorteile, die durch die Sicherung des Mindeststandards und das Differenzprinzip allen zugute kommen. Eine solche Interpretation findet sich beispielsweise bei Kersting, der schreibt, man suche

„in seinen (Rawls) Schriften vergeblich nach der ihm unaufhörlich von der Forschungsliteratur nachgesagten Sozialstaatsbegründung. Rawls hat zwar alle methodischen und konzeptuellen Requisiten für die Entwicklung einer vollständigen, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit umklammernden Gerechtigkeitstheorie bereitgelegt, aber erst andere sollten mit diesem konstruktivistischen Handwerkszeug eine egalitäre Gerechtigkeitskonzeption herstellen und mit ihr sozialstaatliche Umverteilungsprogramme begründen.“¹⁷⁹

Diese Deutung des Rawlsschen Ansatzes orientiert sich scheinbar daran, dass die Konstruktion der gesellschaftlichen Regeln unter der Annahme der politischen

¹⁷⁷ So findet sich bei Kymlicka der Versuch, einen Grundzustand in Berufung auf das Unterschiedsprinzip zugrunde zu legen, und die darin auf der Basis eines anderen Prinzips vorgenommenen Veränderungen zu diskutieren. Vgl. Kymlicka 1996, Kapitel 3.

¹⁷⁸ Hierbei ist auf Einsichten der modernen Entwicklungstheorie zu verweisen, die nicht nur wirtschaftliches Wachstum in Bruttoinlandsprodukt gemessen, sondern auch den Grad der Gleichverteilung als wichtigen Indikator von Entwicklung ansieht. Es kann offenbar eine hohe Korrelation von distributiver Gerechtigkeit und Wachstumschancen ermittelt werden. Das Leximin-Verfahren kann also nicht nur gerechtigkeits-theoretische Plausibilität sondern unter den Bedingungen bestimmter Gesellschaftsstrukturen auch ökonomische Rationalität für sich reklamieren.

¹⁷⁹ Kersting 2000a, S. 31.

Kooperation vernünftiger Bürger, die eine Konzeption des Guten verfolgen, geschieht. Die Gruppe der Beteiligten bei der Konstruktion der Prinzipien kann aber nicht als ihr einziger Anwendungsbereich gedeutet werden. Das einzige Problem, dem Rawls sich hier zu stellen hat, ist das eines Paternalismus, denn ein Satz von Regeln wird auf Menschen angewandt, die diesen nicht zugestimmt haben. Allerdings sind diese Menschen annahmegemäß nicht zur Zustimmung oder Ablehnung in der Lage.

Es kann keinen Sinn machen, mit ‚Kooperationsgemeinschaft‘ hier nur die Gruppe der Marktteilnehmer (die übrigens auch sehr viel breiter ist, als in dieser Kritik behauptet, auch Konsumenten mit geringem oder staatlich bereitgestelltem Einkommen sind Marktteilnehmer) angesprochen zu sehen. Rawls fordert, wie bereits diskutiert, alle Personen in den Stand von kooperationsfähigen Bürgern zu versetzen, bei denen dies möglich ist. Der Stand des kooperationsfähigen Bürgers bedarf der Mindestsicherung der Grundbedürfnisse, wozu unter der Rubrik „soziale Grundlagen der Selbstachtung“ in einer modernen Gesellschaft durchaus auch ein Arbeitsplatz zu rechnen ist. Aus dieser Konstruktion zu schließen, diejenigen, bei denen es unmöglich ist, sie in den Stand der vollen Kooperationsfähigkeit zu heben, müssten aus der Betrachtung der Verteilungsgerechtigkeit herausfallen, findet in der Rawlsschen Konzeption keine Entsprechung.

Zudem sind es die wirklich extremen Fälle, die das Kriterium voller Kooperationsfähigkeit nicht erfüllen können. Zu denken ist hier an so starke geistige und körperliche Behinderungen, dass eine selbstbestimmte Lebensführung nicht mehr möglich ist. Die Schlussfolgerung, diesen Personen gegenüber bestehe eine besondere Versorgungspflicht, liegt aber durchaus näher als die Interpretation Kerstings. Die Forderungen der *Theorie der Gerechtigkeit* umfassen also die Ermöglichung der vollständigen Kooperation für alle Personen, die geistig und körperlich dazu in der Lage sind, und besondere Versorgungspflichten für die anderen. Dies ist eine starke Konzeption eines Sozialstaates, kein Mangel einer solchen Konzeption.

I.9.6. Fazit

Die Rawlssche Theorie der Gerechtigkeit liefert bisher die plausibelsten Verteilungsmodi. Sie rekurriert dabei maßgeblich auf die Bestimmung der Kooperationsgemeinschaft und die des kooperationsfähigen Bürgers. Der Verzicht

auf anthropologische Argumente entspricht nicht nur der argumentativen Vorsicht Rawls, sondern ebenso seiner Beschränkung auf die jeweiligen Gesellschaft. In späteren Beiträgen schränkt er den Fokus seiner Betrachtung sogar auf die amerikanische Gesellschaft ein. Dass eine solche Verengung nicht nötig ist, wird sich anhand der Argumente von Martha Nussbaum im Kapitel *Capability Approach* zeigen. Dass sie schädlich ist, hat sich bereits in der Diskussion des Legitimitätskriteriums Zustimmungsfähigkeit gezeigt. Wenn die Möglichkeit, einem Staat zuzustimmen und ihm damit Legitimität zu verleihen von der Möglichkeit abhängt, ihn abzulehnen und sich ihm auch durch Auswanderung zu entziehen, so bedeutet eine Konzentration allein auf die Umstände einer Gesellschaft eine riskante Verkürzung. Aus der Verpflichtung eines Staates, seinen Bürgern auch die Zustimmungsverweigerung zu ermöglichen, ist zu schließen, dass das Verhältnis zu anderen Staaten thematisiert werden muss.

Neben diesem engen Fokus ist an der Rawlsschen Theorie ein weiterer Mangel aufzuzeigen. Dieser liegt in der schmalen Wertebasis, die in die Maßnahmen distributiver Gerechtigkeit eingeht. Da Rawls sich aufgrund der Gruppenorientierung seines Leximin-Verfahrens maßgeblich an sozioökonomischen Kriterien orientieren muss, verliert er individuelle Bedingungen der Lebensführung aus dem Auge.

Von diesen Mängeln abgesehen stellt Rawls mit der Staffelung der Verteilungsmodi Grundbedürfnisorientierung und Leximin-Verfahren eine überzeugende Option vor, sowohl die Bedingungen bürgerlicher Existenz und gesellschaftlicher Kooperation wie auch ihre Folgen in einer Theorie der Distribution zu erfassen. Während die Grundbedürfnissicherung jede Person nach Möglichkeit zur Kooperation als Bürger befähigt, lässt die am Leximin-Verfahren orientierte Grundstruktur jedem Bürger einen Anteil an der gesellschaftlichen Kooperation zuteil werden.

I.10. Capability approach

In diesem Abschnitt wird der Capability approach, ein Beitrag des Nobelpreisträgers für Ökonomie 1998, Amartya Sen, zur Debatte um Verteilungsgerechtigkeit vorgestellt. In einem ersten, kurzen Abschnitt werden die Geschichte des Ansatzes skizziert und die wichtigsten Publikationen, in denen er entwickelt wurde aufgeführt. Um Unklarheiten in der Interpretation vorzubeugen, die sich in der Debatte aufgetan haben, werden in einem zweiten Abschnitt einige begriffliche Klärungen vorgenommen. Einer Darstellung der etwas abweichenden Ansätze von Martha Nussbaum und Amartya Sen folgt eine Synthese, die sowohl den Ansatz von John Rawls wie auch den Capability approach einbezieht, und deren egalitaristisches Programm sowohl die Sicherung grundlegender Befähigungen, wie auch das Leximin-Verfahren beinhaltet.

I.10.1. Entwicklung des Ansatzes

Der Capability Approach wurde von Amartya Sen in seiner Tanner Lecture *Equality of what?* 1979 vorgetragen und 1980 publiziert. Im Vergleich zu utilitaristischen Ansätzen, total utility Ansätzen und den Gerechtigkeitsprinzipien von John Rawls entsteht dort ein Egalitarismus hinsichtlich der Befähigungen zu wertvollen Funktionen.

Während Sen in Sen 1970 Probleme interpersoneller Vergleichbarkeit noch als problematisch kennzeichnet, aber als in einem utilitaristischen Rahmen prinzipiell lösbar betrachtet, finden sich erste Ansätze zu einer Betrachtung von Ungleichheit auf der Basis von Bedürfnissen bereits in Sen 1973. In direktem Bezug auf Marx argumentiert Sen dort gegen Paradigmen der Verteilungsgerechtigkeit wie Leistung und Verdienst sowie für eine stärkere Einbeziehung von Bedürfnissen in die Bemessung von Ungleichheiten. Schon dort hebt er explizit auf Bedürfnisse, die aus körperlichen Nachteilen entstehen, ab.

Über die Orientierung an Bedürfnissen geht Sen dann in bei der Vorstellung seines Capability Approach hinaus. Sein Vorschlag in diesem Aufsatz lautet, Bedürfnisse und Interessen in der Form von grundlegenden Befähigungen (basic capabilities) zu interpretieren. Seine philosophischen Bezugspunkte sind dort Rawls, Hart, Nagel und Scanlon.

Der Begriff der Basic Capabilities weicht bereits 1981 dem einfacheren „Capabilities“, welche in Sen 1982 im Zusammenhang mit Rechten und dem Kontrast von positiver und negativer Freiheit diskutiert werden. Eine vollständige Version des Ansatzes findet sich in Sen 1984, die Bezugnahme auf die Aristotelische Ethik, die Sen Martha Nussbaum zu verdanken hat, ergänzt den Ansatz erst in Sens Tanner Lecture The Standard of Living von 1985, die 1987 veröffentlicht wurden.¹⁸⁰ Die umfangreichste Herstellung des Bezugs zur aristotelischen Ethik ist in dem von Nussbaum und Sen gemeinsam herausgegebenen *Quality of life* zu finden.

Die Position von 1987 ist in weiteren Veröffentlichungen verteidigt und geklärt worden. Tief greifende Veränderungen hat die Theorie seit dem nicht mehr erfahren. Erste praktische Umsetzungen des Ansatzes finden sich in Beiträgen zur Armutsanalyse und Familienungleichheiten und später im World Development Report, an dessen Informationsbasis Sen bereits sei 1989 mitwirkte.

I.10.2. Semantische Klärungen

Eine Darstellung des capability approach leidet an zwei semantischen Problemen. Zum einen ist bereits im englischen Original nicht immer ganz klar, inwiefern der Begriff „capability“ nutzbringend gewählt ist, und was – im Rahmen dieses Ansatzes – in sein semantisches Feld zu rechnen ist. Zum anderen stellt sich ein Übersetzungsproblem, denn die direkte Übersetzung mit „Fähigkeiten“ trifft den Kern des Ansatzes nicht.

Das erste Problem wird exemplarisch von G.A. Cohen¹⁸¹ diskutiert, der moniert, dass „capability“ nur den Teil persönlicher Wohlfahrt erfasse, der aktiv verfolgbar oder erreichbar ist. Ausgespart blieben aber Aspekte, die durch unbeeinflussbare Vorgänge oder Zustände gewährleistet werden. Er schlägt daher vor, sich auf das, was er „midfare“ nennt zu konzentrieren. Diese definiert er als den Bereich zwischen Gütern und Nutzen, von dem capabilities ein Teil seien. Midfare beschreibt laut Cohens Definition Zustände von Personen, die durch Güter hervorgerufen werden, und auf deren Basis Nutzen entsteht. Ein klärendes Beispiel wäre die Sättigung, die ein Mensch durch Nahrungsmittel erfährt, und die einen Nutzen für ihn darstellt. In dieser Kritik stützt Cohen sich stark auf Sens Dewey Lecture *Equality of what?* in

¹⁸⁰ Sen 1987.

¹⁸¹ Cohen 1993.

der die Definition von „capabilities“ noch „a person being able to do certain basic things“ lautet. Allerdings hat Sen seitdem mehrfach klargemacht, dass es sich hier nicht nur um die aktive Verfolgung von Zielen oder Präferenzen handelt, sondern ein breiterer Ansatz zu Identifikation von capabilities nötig ist.

In Sen 1993 (Capability and Well-being) wird deutlich, dass auch er mit dem Begriff „capability“ nicht vollständig zufrieden ist. Allerdings klärt er in einem auch, was gemeint ist: „a person's ability to do valuable acts or reach valuable states of being“. Insofern werden auch die Gelegenheiten, Vorteile zu erreichen, die Personen ohne aktive Bemühungen oder Tätigkeiten auf ihrer Seite genießen, in den Raum der capabilities gerechnet. Dies trifft insbesondere auf sozialstaatliche Projekte und Entwicklungshilfen zu.

Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass Cohens Begriff der Midfare eher auf das zutrifft, was Sen functionings nennt. Auf diese wird auch bei der Definition von „capability“ Bezug genommen. Functionings sind die oben genannten wertvollen Zustände und Tätigkeiten, Capabilities die Möglichkeit des Zugangs zu denselben. Weil Sen mehrfach aus gutem Grund dafür plädiert, die Wohlfahrtsanalyse auf den capabilities anstatt der functionings basieren zu lassen, greift Cohens Kritik zu kurz. Sen hat sie schon vorweggenommen und als unzureichend verworfen, denn Functionings oder Midfare beinhalten besondere Aspekte menschlicher Wohlfahrt nicht – namentlich wellbeing-freedom und agency-freedom. Agency-freedom beschreibt gemäß Sen die Möglichkeit der Wahl zwischen alternativen Handlungen, wellbeing-freedom die Freiheit, Wohlergehen anzustreben. Zwar ist ein hoher Lebensstandard auch dann möglich, wenn nur eine Handlungsmöglichkeit zur Verfügung steht, doch ist für Sen die Freiheit, zwischen alternativen Formen des Lebensstandard zu wählen ein integraler Bestandteil eines guten Lebens. Diese Wahlmöglichkeit wird mit dem Begriff der „Capabilities“ erfasst, durch Midfare und Functionings jedoch ausgeschlossen.

Die Übersetzung von „Capability“ und „functioning“ muss sowohl den aktiven, wie auch den passiven Bereich der möglichen Vorteile hinsichtlich menschlicher Wohlfahrt erfassen. Die übliche Übersetzung von functioning als Funktion kann zwar übernommen werden, jedoch ist dabei kein mechanistisches Menschenbild zu unterstellen. Mit Funktionen sind hier die Handlungen und Zustände von Personen in ihrer Lebenswelt gemeint. Der Begriff bezieht sich auf empirische Gegebenheiten

und eröffnet die Möglichkeit kultursensitiver Ausgestaltungen. Die Übersetzung von „Capability“ wird normalerweise mit Fähigkeit angegeben. Dies scheint aber unzureichend, weil hier nur die aktiven, individuellen Bemühungen erfasst werden. Passender wäre Befähigung, da hierin impliziert ist, dass Menschen immer schon über Anlagen zu Fähigkeiten verfügen, aber durch zusätzliche Umstände dazu befähigt werden, diese zu entwickeln und auszubilden. Der Begriff „Möglichkeit“ schließt diese Reihe auf der anderen Seite ab, denn er impliziert nur die externen Umstände, nicht aber die menschliche Eigenschaft, zu bestimmten Funktionen imstande zu sein. Somit stellt sich die Reihe der zentralen Begriffe folgendermaßen dar: Anlagen beschreiben natürliche, biologische Gegebenheiten des Menschen, Möglichkeiten die extern gegebenen Umstände wie Umwelteinflüsse und gesellschaftliche Einflüsse. Funktionen sind die Handlungen und Zustände, die Personen unter dem Einfluss ihrer Möglichkeiten und Anlagen tatsächlich realisieren. Befähigungen sind die Optionen zur Realisierung von Funktionen. Sie umfassen also sowohl Anlagen wie auch Möglichkeiten, natürliche wie gesellschaftlich-kulturelle Gegebenheiten. Die im weiteren benutzte Übersetzung des capability approach lautet also Befähigungs-Ansatz.

I.10.3. Darstellung des Befähigungs-Ansatzes

Der capability approach von Amartya Sen und später Martha Nussbaum stellt ursprünglich eine Definition von Lebensqualität und ein Verfahren zur Messung von Wohlfahrt dar. Dabei wird Wohlfahrt verstanden im weiten Sinn von well-being oder Standard of Living also nicht dem klassisch ökonomischen Begriff „welfare“, der dem deutschen „Wohlfahrt“ am nächsten kommt. Als ethische Fundierung der Wohlfahrtsökonomie und Entwicklungspolitik soll der Ansatz sowohl eine subjektive, als auch eine objektive Betrachtung menschlichen Lebens beinhalten. Die Einbeziehung dieser doppelten Perspektive entspringt der Kritik an üblichen Methoden der Wohlfahrtsmessung. Zu denken ist dabei allerdings nicht an einen präferenzorientierten Ansatz, sondern an eine positive Auffassung von Freiheit, die es erlaubt, Personen in die Lage zu versetzen ihren subjektiven Vorstellungen von einem guten Leben nachzugehen. Die subjektive Theorie des Guten geht hier einher mit objektiven Bedingungen ihrer Verfolgung.

Durch die Integration von Ethik, Politik und Ökonomie steht Sen der neoaristotelischen Ethik nahe, die gemäß der Einleitung der Nikomachischen Ethik

die Bemühungen der praktischen Wissenschaft auf die Staatskunst, die Ökonomik und die Ethik beziehen. In der Aufnahme dieser Zusammenführung liegt eine explizite Abkehr von verengenden, unangemessen reduktiven Menschenbildern. Die darin kritisierten Modelle vom Menschen sind der *homo oeconomicus* der Wirtschaftswissenschaften auf der einen Seite. Aber auf der anderen Seite auch moraltheoretische Idealisierungen, die die Betrachtung von Handlungsfolgen aus dem Blick verlieren. In der Verengung der Informationsbasis bei der Beurteilung des Lebensstandards liegt laut Sen die Schwäche der herkömmlichen Ansätze in der politischen Philosophie im allgemeinen und in der Debatte um die Verteilungsgerechtigkeit im besonderen.¹⁸² Sen versucht daher, im Gegensatz zu den kritisierten Modellen, eine möglichst breite Informationsbasis zuzulassen, um der Komplexität des zu untersuchenden Phänomens Lebensstandard gerecht zu werden.

Mit der Frage, wie Menschen ihr Leben führen können sollten, und auf welche Weise sie ein glückliches Leben zu führen in der Lage sind, rekurriert der Befähigungs-Ansatz entgegen einiger Kritiken nicht auf eine metaphysische Bestimmung oder ein externes Faktum über das Wesen des Menschen, sondern verweist vielmehr auf die empirischen Bedingungen und Eigenheiten menschlicher Lebensführung. Im Kern des Ansatzes steht die These, dass es für Menschen und andere Wesen wertvoll sei, die Freiheit zu haben, ihre angelegten Fähigkeiten zu bilden, und gemäß ihren Fähigkeiten zu leben. Die Freiheit, gemäß seinen Fähigkeiten zu leben, beinhaltet die sozialen, psychologischen und materiellen Grundbedingungen, die es ermöglichen, diese Fähigkeiten zu entwickeln und auszuüben.

Eben dieser Sachverhalt ist in dem Begriff „Capabilities“ enthalten. Diese Befähigungen sind als die Verbindung von natürlichen Dispositionen und gesellschaftlichen Möglichkeiten zu verstehen.¹⁸³ Die Verbindung dieser Dispositionen und Möglichkeiten erlaubt, bestimmte Funktionen auszuüben.

¹⁸² Sen hat bereits in seinen Arbeiten über das Arrow-Theorem auf den entscheidenden Einfluss unzureichender Informationen hingewiesen. Er hat zeigen können, dass eine Wohlfahrtstheorie dann dem Unmöglichkeitsbeweis entgehen kann, wenn sie sich den üblichen Informationsbeschränkungen entzieht. Vgl. Sen 1969a,b.

Eine Darstellung der Kritik an reduktiven Menschenbildern durch Sen und Nussbaum sowie deren konstruktiven Vorgaben für die Verwendung eines Konzeptes der menschliche Natur findet sich in Sturma 2000.

¹⁸³ Die Unterscheidung in interne Fähigkeiten, gesellschaftliche Möglichkeiten und externe Fähigkeiten als Aufschlüsselung der Befähigungen diskutiert Nussbaum insbesondere in Nussbaum 1999b, S. 102 ff.

Funktionen sind wertvolle Handlungen und Zustände, die Wesen auszuführen bzw. zu durchleben in der Lage sind, wenn sie ihre natürlichen Anlagen ausbilden können. In die Bewertung eines Lebensstandards gehen Informationen über materielle Ressourcen, individuelle Präferenzen, individuelle Bedürfnisse und Lebensumstände ein. Somit werden die Informationen, die andere Maße der Verteilungsgerechtigkeit einzeln betrachten, hier kombiniert.

Der Befähigungs-Ansatz stützt sich auf den Begriff der Freiheit. Er erfordert ein positives Verständnis von Freiheit, um die Integrationsleistung von subjektiven und objektiven Bestimmungen des individuellen Lebens leisten zu können. Sen diskutiert im Zusammenhang mit Systemen von Rechten ausgiebig, inwiefern negative Freiheiten bei der Sicherung eines Lebensstandards zu kurz greifen. Während negative Freiheit Personen und Organisationen nur verpflichtet, in das Leben einer Person nicht hindernd einzugreifen, sie also bei der Erreichung eines Lebensstandards nicht zu hemmen, würde ein positives Verständnis von Freiheiten die Pflicht auferlegen, bei verhinderbaren Verletzungen der positiven Freiheit einer anderen Person durch Dritte einzugreifen.¹⁸⁴ Somit wären auch solche Fälle von Einschränkungen des Lebensstandards der Korrektur zugänglich, die nicht auf der Verletzung eines negativen Freiheitsrechtes beruhen. Mit Sen: Es bestünde die Verpflichtung nicht nur den in den Fluss gestoßenen, sondern auch den hinein gefallen zu retten.

Im Gegensatz zu kommunitaristischen Positionen stellt positive Freiheit hier keine eigene Eingrenzung des Freiheitsraumes dar, es handelt sich nicht um eine „Freiheit zu x“, wobei x als ein Set bindender gemeinschaftlicher Konventionen zu verstehen ist, sondern beinhaltet lediglich das Fehlen anderer Einschränkungen. Solche Einschränkungen der Fähigkeit, eine eigene Konzeption des guten Lebens zu verfolgen wären etwa Armut oder Mangel an Bildung, die es durch geeignete Organisationen oder Strukturen abzustellen gilt. Die Eingrenzung bzw. Ausformulierung des Freiheitsraumes geschieht durch die gesellschaftliche Regelung des Rechts.

¹⁸⁴ Diese Kritik Sens richtet sich in erster Linie gegen libertäre Ansätze. Deren zwiespältige Betrachtungsweise der Konsequenzen eines Systems gleicher Rechte wurde im Abschnitt I.6.3. *Konsequenzen des Kapitels Libertäre Positionen und strukturelle Gleichheit* diskutiert. Sen hat in empirischen Untersuchung von Hungersnöten auf die Verbindung von starren Marktsystemen und der Entwicklung von Armut hingewiesen.

Im Gegensatz zur Rawlsschen Orientierung an der sozialen Gruppe und dem jeweiligen repräsentativen Individuum bei der Verteilung der Grundgüter, bedarf der Capability approach einer starken Anbindung an das Individuum. Durch die Bemühung, die objektiven Bedingungen der Umsetzung von externen Umständen in Funktionen in die Verteilungsentscheidung eingehen zu lassen, ist die von Rawls vorgenommene Vereinfachung dem Befähigungsansatz nicht zugänglich. Das bedeutet zwar nicht, dass er für jede Person und jeden Fall nur Einzelentscheidungen treffen kann, was ihn direkt in den verwaltungstechnischen Utopismus einreihen würde. Doch die Breite der Kriterien bei der Entscheidung darüber, wie Ressourcen zu verteilen sind, ist erheblich größer. Dies entspricht der allgemeinen Tendenz, der Arbeiten Sens, Reduktionen der Informationsbasis entgegen zu wirken. Der Preis ist der deutlich höhere Aufwand, der bei der Umsetzung seiner Theorie zu leisten ist. Exemplarisch zu ersehen ist dies in den Bewertungen von Armut, die er zu liefern versucht. Während herkömmliche Messungen sich am Einkommen orientieren, ist Sen darauf festgelegt, breite empirische Erhebungen über Bildungsstand, Ernährungsstand, medizinische Versorgung etc. vorzunehmen.¹⁸⁵

I.10.4. Der Befähigungsansatz nach Sen

Amartya Sen verortet seine eigene Position zwischen Arrow und Rawls, und bezeichnet sich selbst als Anhänger des letzteren. Daher sieht er den Capability approach als Ergänzung der *Theorie der Gerechtigkeit* die einige der genuin Rawlsschen Züge besser umsetzt, als dieser das selbst tut. Diese Züge sieht Sen im Universalismus und der Freiheitsorientierung Rawls, die mit den Methoden der modernen politischen Theorie, der Wirtschaftswissenschaften und der Entscheidungstheorie umgesetzt werden.

Den Mangel in der Rawlsschen Theorie verortet Sen in der Theorie der Grundgüter, die ihm keine ausreichende Garantie für wirklich genossene Freiheiten zu sein scheinen. An ihrer statt präsentiert er die Orientierung an den tatsächlich genossenen Freiheiten, den Capabilities, in die nicht nur die Grundgüter, sondern auch die limitierenden Umstände der Umsetzung von Gütern in Lebensweisen und Handlungen eingehen. Obwohl es in Sens frühen Schriften so aussieht, als würde er eine eigene Aufstellung der Befähigungen liefern, die für ein menschenwürdiges

¹⁸⁵ Vgl. Sen 1983.

Leben unumgänglich sind, und er dort auch noch von basic capabilities spricht, konkretisiert er seine Theorie mehr und mehr dahin, in den Befähigungen die Einheit zu sehen, die im Leximin-Verfahren zu verteilen ist. Von der Ausstattung mit Grundbefähigungen spricht er zwar wiederholt in Beispielen und stellt diese auch als politische Forderung auf, ihren Stellenwert in seiner Theorie verdeutlicht er aber in seinen späteren Arbeiten immer weniger. Dort nimmt das Leximin-Verfahren dominante Stellung ein. Die konstatierte Bedürfnisorientierung des Senses Ansatzes ist vielmehr darin zu sehen, dass er durch die Verlagerung des Equalisanda von Grundgütern auf Befähigungen besondere Eigenheiten bei der Umsetzung von Gütern in positive Freiheiten, also Bedürfnisse, berücksichtigt. Die in den Equalisanda angelegte Bedürfnisorientierung findet sich in der Diskussion der Verteilungsmodi nicht wieder

Mit dieser Abkehr von der Orientierung an Grundbedürfnissen geht auch eine Weigerung einher, Listen notwendiger Grundbefähigungen aufzustellen, die in der Grundstruktur zu verankern wären. Vielmehr sind nach Sen die Befähigungen, die gesellschaftlich als wertvoll betrachtet werden, Ergebnis kollektiver Entscheidung. Es ist ihm in diesem Zusammenhang aber zugute zu halten, dass er sich der Bedingungen kollektiver Entscheidungen bewusst ist. Für Sen bedeutet kollektive Entscheidung immer demokratische, aufgeklärte Entscheidung. Dass diese aber nur unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen stattfinden können, ist nicht nur immer wieder Thema seiner theoretischen, sondern auch Antrieb seiner praktischen Arbeit in der Entwicklungsökonomie gewesen. Die Grundbefähigung zum Bürger, die in seinen Beiträgen daher kaum noch thematisiert wird, ist sine qua non der kollektiven Entscheidung.

Der eigenartige Mangel der Thematisierung dieser Bedingungen geht in eins mit dem allgemeinen Mangel an positiven Aussagen zum Modus der Verteilung. In seiner ersten Tanner-Lecture *Equality of what* bemerkt er zwar die Kompatibilität seines Kriteriums capabilities mit grundlegender Gleichheit, Leximin oder auch der Aggregation, welche aber letztlich erstrebenswert ist, enthält Sen seinem Leser lange vor. Seine Berufung auf Rawls ist dabei wenig hilfreich, da er an dessen Theorie maßgeblich das Leximin Verfahren thematisiert. Weil aber an diesem auch deutliche Kritik geübt, die Sicherung der Entwicklung zu Bürger aber nicht erwähnt wird, ist Sens Entscheidung für das Leximin-Verfahren nur verhalten. Es ist aber davon auszugehen, dass Sen einen Befähigungsansatz auf der Basis dieses

Verteilungsmodus im Sinn hat, obwohl er auch in diesem Verfahren Lücken zu erkennen glaubt.¹⁸⁶ Die Probleme, die er in Anwendung des Leximin-Verfahrens auf das Kriteriums des Nutzens, also im Zusammenhang mit total utility-Ansätzen diskutiert, scheinen aber ausräumbar zu sein. Zum einen stellt sich das Problem, wie viel Umverteilung zugunsten des am wenigsten Begünstigten vorzunehmen ist, doch dies scheint eher ein praktisches Problem von Steuersätzen und Sozialleistungen zu sein. Diese können aber der genaueren Ausarbeitung durch gesellschaftliche Entscheidung überlassen werden. Eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit hat nicht zu entscheiden, wie hoch ein Steuersatz zu sein hat, sondern nur, dass es eine Methode geben muss, das Leximin-Verfahren umzusetzen, wie etwa eine progressive Einkommenssteuer. Zum anderen sieht Sen das Problem, dass nicht deutlich wird, wie viele Personen aufgrund des Vorteils des weniger Begünstigten schlechter gestellt werden sollen. Doch dieses Problem stellt sich nur beim Vergleich unzusammenhängender Gesellschaftszustände, wie Sen sie in diesem Zusammenhang diskutiert. In der Anwendung des Leximin-Verfahrens auf ohnehin entstehende Ungleichheiten ist diese Frage irrelevant, weil sie von den Charakteristika der entstehenden Ungleichheit beantwortet wird.

In den Senschen Arbeiten kann eine starke Orientierung an der Operationalisierbarkeit seiner Kriterien und damit an punktuellen Vergleichen von einzelnen Befähigungen in unterschiedlichen Umständen festgestellt werden, die zulasten einer einheitlichen Theorie des menschlichen Guten – egal ob vage oder konkret, schwach oder stark – geht. Er gewinnt durch diesen Zug jedoch eine Stufe des Universalismus, die Rawls sich zu nehmen scheut, nämlich den Bezug auf internationale Vergleiche. Der Senses Ansatz verweigert sich der einschränkenden Bedingung Rawls, nur Mitglieder einer Gesellschaft zu betrachten, nur gegenüber solchen Personen ein Gerechtigkeitsverhältnis anzustreben, mit denen wir durch gemeinsame Institutionen verbunden sind. Vielmehr zeigt Sen, dass diese Bedingung auch für den Rawlsschen Ansatz überflüssig ist. Er gesteht zwar ein, dass es pragmatische Grenzen der Erfüllung von Gerechtigkeitsforderungen geben kann, doch die prinzipielle Einschränkung, die sich in der *Theorie der Gerechtigkeit* findet,

¹⁸⁶ Vgl. Sen 1980, S. 359 f. Einen Überblick über die Nachteile des Leximin-Verfahrens hat bereits das Kapitel *Total Utility Ansätze*, Abschnitt I.3.2. *Leximin-Verfahren* geliefert.

und für die auch dort kaum Begründung gegeben wird, lässt Sen nicht gelten. In Hinsicht auf internationale Verteilungsprobleme schreibt er:

In a universalized consequentialist moral structure, the population of the world has to be viewed together, and the outcome morality chosen has, in principle, to be applied to the world population as a whole. (Needless to say actual moral debates must be based on less exacting exercises in view of practical difficulties, but the general approach is the one against which practical shortcuts have to be judged.)¹⁸⁷

I.10.5. Der Befähigungsansatz nach Nussbaum

Martha Nussbaum vertritt ebenfalls eine Form des Befähigungsansatzes, die sich jedoch insbesondere durch den Modus der Verteilung von dem Sens unterscheidet. Sie kritisiert Sen dahingehend:

Sen has focused on the general defense of the capability space, and has not offered any official account of what the most central human capabilities are, although in practice he has to some extent done so, by focusing on some areas of human life and not others in constructing measures used in the *Human Development Reports*.¹⁸⁸

Nussbaum sieht sich ebenfalls in der Nachfolge und Erweiterung der Rawlsschen Theorie begriffen, und ebenso wie Sen greift sie Rawls Konzentration auf die Grundgüter an. Diese seien nicht nur unzureichend, sondern teilweise auch inkonsistent, weil ihre Auflistung sowohl Güter wie auch Befähigungen umfasse. Eine bereinigte Liste müsse die Befähigungen enthalten, derer es bedarf, um ein gutes, vollständiges menschliches Leben zu ermöglichen. Im Gegensatz zu Sen bezieht sich Nussbaum in ihrer Argumentation ausführlich auf die Tradition der Ethik und der politischen Philosophie. Ihre Version des Befähigungsansatzes ist in erster Linie von neoaristotelischen Argumenten geprägt. Inwieweit Nussbaum in ihrer Aristoteles Interpretation diesen zu positiv behandelt, ist für die Entwicklung des Ansatzes hier nicht zentral, sicherlich ist ihr Aristoteles Universalist, kein Partikularist.

Nussbaums methodische Zugangsweise zur Theorie eines guten Lebens verbindet Prozesse der Selbstinterpretation einer Gesellschaft mit Erkenntnissen der modernen Naturwissenschaften. In einer Variante der Narrativitätsthese menschlicher Identitätsstiftung geht sie davon aus, dass Menschen in allen Kulturen das, was sie

¹⁸⁷ Sen 1984b, S. 295.

¹⁸⁸ Nussbaum 1997, S. 285.

gemeinsam haben, und was ihre Menschlichkeit definiert, in Form von Geschichten und Mythen ausgedrückt haben und ausdrücken. Dabei verweist sie auf religiöse Mythen etwa des griechischen Polytheismus. In diesen Mythen und Erzählungen würde der Unterschied, den Menschen zwischen sich und tierischen bzw. übernatürlichen Wesen machen, zutage fördern, wessen es bedarf, um ein menschliches Leben zu führen und als Mensch anerkannt werden zu können.

In den kulturübergreifenden Bestimmungen, die Nussbaum als sehr umfangreich ansieht, kann ein Kern des Humanen ausgemacht werden, bei dessen Mangel ein Wesen als so fremd empfunden wird, dass seine Anerkennung als menschlich schwer fällt. Gleichzeitig bedeutet dies aber, dass Lebensbedingungen als so fremd angesehen werden können, dass menschlichen Individuen nicht zugemutet werden kann, in ihnen zu leben. Manche Lebenssituationen können in diesem hermeneutischen Zugriff als kennzeichnend für tierische oder übermenschliche Wesen ausgewiesen werden. Nussbaum vertritt die These, dass der interkulturelle Vergleich von Lebenssituationen, die im jeweiligen kulturellen Kontext als nicht für Menschen sondern für Tiere oder andere nicht-menschliche Wesen charakteristisch angesehen werden, große Übereinstimmung aufweist.

Der hermeneutische Prozess der gesellschaftlichen Selbstinterpretation ist dazu geeignet, die interne Perspektive der jeweils betrachteten Gesellschaft einzubeziehen. Sie ermöglicht damit eine interne Kritik am jeweiligen Konzept des guten Lebens, die dafür Sorge zu tragen hat, dass die Bewertung des gesellschaftlichen und individuellen Lebens nicht von Idealisierungen externer Betrachter bestimmt wird. Darüber hinaus aber handelt es sich um eine Methode, die in der Lage ist, relativistische Einwürfe von Seiten externer Betrachter abzuwehren. Allein eine dichte Beschreibung beziehungsweise eine Teilhabe an der betrachteten Kultur kann es einem Betrachter ermöglichen, Kritik an den Bewertungskriterien für ein gutes Leben zu üben. Die externe Perspektive versetzt nicht in die Lage, an diesem hermeneutischen Prozess teilzuhaben, vielmehr ist sie daran gebunden, Kriterien anzulegen, die nicht der betrachteten Kultur entspringen. Es kann sich, wenn keine Idealisierungen der eigenen Kultur bemüht werden sollen, dabei nur um universalistische Kriterien handeln. Mit diesem hermeneutischen Argument liegt also nicht nur eine Methode vor, die interne Perspektive einer Kultur bei der Bewertung ihrer Lebensumstände einzubeziehen, vielmehr kann auf dieser Basis auch ein Argument gegen den Relativismus gewonnen werden. Es erweist sich aber auch, dass

diese hermeneutische Methode universeller Kriterien als Korrektiv bedarf. Die interne Perspektive allein läuft Gefahr, in einem hermeneutischen Zirkel gefangen zu bleiben und den kritischen Blickwinkel zu verstellen, sie bedarf der Ergänzung durch eine universalistische Annäherung an die Kriterien eines guten Lebens.

Die universalistische methodische Annäherung basiert auf dem aristotelischen Funktionenargument, wonach das Ziel eines Staates bzw. einer Gesellschaft das gute Leben aller Mitglieder ist. Es wird hierbei das intrinsisch Gute eines Wesen gesucht, und nicht instrumentelle Güter, die Nussbaum mit Aristoteles etwa im Reichtum sieht. Das intrinsisch Gute eines Wesens sei seine Möglichkeit, gemäß seinen Fähigkeiten zu Leben. Als die distinguierende Fähigkeit des Menschen wird die Vernunft verstanden, die ihn vom Tier unterscheide. Das Funktionenargument des Aristoteles kann einen Grund für eine grundlegende Form der Verteilungsgerechtigkeit liefern. Seinen Fähigkeiten gemäß leben bedeutet nämlich mehr, als in der reinen Naturbestimmtheit zu verweilen, seinen Fähigkeiten gemäß leben kann der Mensch nur unter der Bedingung bestimmter externer Umstände und Institutionen, zu denen materielle Grundbedürfnisse ebenso zählen wie Bildung oder die Möglichkeit politischer Teilhabe.

I.10.6. Die menschliche Natur nach Aristoteles

Das aristotelische Leitbild der menschlichen Natur, welches das Leitbild der politischen Theorie bis in die frühe Neuzeit gestellt hat, konzentriert sich um die Behauptung: „Anthropos zoon politikon physei estin“¹⁸⁹. Der Mensch sei von Natur aus ein politisches Lebewesen. Diese Aussage ist seit Thomas Hobbes und in der modernen Debatte Zielpunkt umfangreicher Kritik geworden. Die anthropologische These des Aristoteles ließe sich nur im Rahmen eines teleologischen Systems verstehen, nicht nur beruhe sie damit auf einem metaphysischen Verständnis des Menschen, sie schließe zudem auch den großen Teil der Menschen von allen Betrachtungen aus, die das Telos des politischen Lebens nicht erreichen.

Diese Kritik ist sicherlich stichhaltig, insbesondere dort, wo sie auf den ausschließenden Charakter der Polis gegenüber Metöken, Sklaven, Barbaren aber auch gegenüber Frauen und Kindern hinweist. Sie ist auch insofern zutreffend, als das aristotelische Weltbild insgesamt teleologisch verfasst war. In einer Theorie, in

¹⁸⁹ Aristoteles, Politik 1253a 2.

der alles auf einen Zweck ausgerichtet ist, gilt dies auch für den Menschen. „Anthropos zoon politikon physei estin“ bedeutet sicherlich auch, der Mensch werde nur in der Polis seinem Telos gerecht. Es muss aber die Frage gestellt werden, ob es nicht auch noch etwas anderes bedeutet, ob die Telosformel den ganzen Inhalt dieser anthropologischen Grundthese erfasst.

Aristoteles bezeichnet nicht nur den Menschen als zoon politikon, sondern ebenso die „Biene und jedes schwarm- oder herdenweise lebende Tier“. ¹⁹⁰ Der Mensch ist es nur in stärkerem Maße, mehr noch als die anderen. Aristoteles hebt hier auf einen Aspekt des Begriffs des zoon politikon ab, der dem biologischen Begriff des Menschen entspricht und nur in zweiter Linie eine kulturelle Eigenheit bezeichnet. Die Rekonstruktion der aristotelischen Anthropologie muss in diesem Zusammenhang darauf achten, dass der Mensch mit dem Kriterium der Gesellschaftlichkeit nicht als aus der Natur herausgegriffen, sondern als Teil derselben betrachtet wird.

Die Trennung von tierischen Lebensformen macht Aristoteles an anderen Kriterien fest. Sprachfähigkeit und Vernunft heben den Menschen aus der Natur hervor. Sie ermöglichen die spezifische menschliche Gesellschaft. Notwendig wird sie durch die mangelnde Autarkie des Menschen, der sich selbst nicht genug ist, und seiner natürlichen Aggressivität, die außerhalb der Bändigung durch die Gesellschaft das Überleben der Menschen gefährden müsste. ¹⁹¹

Neben diesen eher biologischen Wesensmerkmalen steht im Zentrum der Staatsbegründung der Aristotelischen *Politik* die Tugend der Freundschaft. Auch sie ist geeignet, den Menschen in gesellschaftliche Strukturen einzugliedern, bzw. gesellschaftliche Strukturen zu ermöglichen. Allerdings stellt sie eine nicht notwendige Zusatzannahme dar. Die bisherigen Annahmen zur menschlichen Natur reichen vollkommen aus, um eine genetische Erklärung von Gesellschaften und Staaten zu liefern. Die mangelnde Autarkie und das damit einhergehende Interesse an der Selbsterhaltung, also die ursprüngliche Selbstbehauptung, und die Aggressivität des vereinzelt Menschen machen eine Organisation des

¹⁹⁰ Aristoteles, *Politik* 1253a 8.

¹⁹¹ Vgl. Aristoteles, *Politik* 1252a 26- 1253a 8. Aristoteles weist dort explizit auf die Gefahren, die von der menschlichen Aggressivität ausgehen hin. Dieses Theoriestück wird also nicht erst durch Hobbes in die Diskussion eingebracht. Allerdings ist die aristotelische Anthropologie durch die Annahme des zoon politicon Charakters reichhaltiger.

Zusammenlebens nötig. Die Eigenschaft, ein *zoon politicon* zu sein, macht sie möglich. Durch Vernunft und Sprachfähigkeit wird die menschliche Gemeinschaft über die tierische erhoben, weil sie durch diese Fähigkeiten auf das gute Leben (*eu zên*) nicht mehr allein auf das Überleben (*zên*) ausgerichtet werden kann und muss.

Von diesen Bedingungen der menschlichen Gesellschaft wird auch in der modernen Theorie nur eine einzige bestritten, nämlich die Eigenschaft des *zoon politicon*. Sprachfähigkeit, Vernunft und mangelnde Autarkie sind Gemeinplatz jeder Anthropologie und politischen Philosophie.

Es soll hier allerdings nicht verschwiegen werden, dass diese Einteilung der genuinen menschlichen Eigenschaften bei Aristoteles zu Abgrenzungen zwischen den Menschen genutzt werden. Jene, die Defizite in der Vernunft aufweisen, sind von Natur aus zum Beherrschten geboren, und erlangen niemals den Status freier Menschen und damit Bürger. Menschen mit einem kognitiven Defizit mutet Aristoteles zu, körperliche Arbeit, derer sie eher fähig seien, unter Bedingungen zu verrichten, die heute als menschenunwürdig betrachtet werden. Dabei ist es weder schlüssig, dass Aristoteles ihnen eine höhere Eignung zu körperlichen Arbeiten zuspricht, noch dass er rät, Sklaven ihre Freilassung in Aussicht zu stellen. Die Freiheit kann für einen Sklaven von Natur aus kein Gut sein. Wenn Aristoteles diese aber als erstrebenswert für den Sklaven ansieht, so muss er entweder behaupten, dem Sklaven sei es nicht möglich festzustellen, dass die Freiheit kein Gut für ihn ist, und er strebe entgegen seinem eigenen Besten danach. Dann muss der Sklavenhalter diesen aber täuschen und seine Freiheitsversprechen brechen, oder aber ihn in ein für ihn schlechteres Leben entlassen. Die andere Option ist, dass Freiheit auch für den Sklaven besser ist als Sklaverei, dann aber kann es keine Sklaven von Natur aus geben und Aristoteles reagiert nur auf die Gegebenheiten seiner Zeit.

Diese Inkohärenz hilft, ein Missverständnis aufzuklären. Wenn Aristoteles davon spricht, dass eine Person von Natur aus (*physei*) eine Eigenschaft zukomme, so kann dies nicht allein bedeuten, dass eine bestimmte Entwicklung gut für sie sei. Anderenfalls könnte Aristoteles nicht vom Sklaven von Natur aus sprechen, und trotzdem vorschlagen, ihm seine Freiheit in Aussicht zu stellen. Vielmehr muss in die zugeschriebene Eigenschaft auch eine empirische Komponente eingehen. Dieser Sachverhalt könnte dahingehend interpretiert werden, dass diese Eigenschaft in der Natur eines Wesens insofern angelegt ist, als ein Wesen sie entwickelt oder

ausbildet, wenn man ihm seine natürlichen Entwicklungswege nicht vorenthält. „Anthropos zoon politikon physei estin“ müsste dann so interpretiert werden, dass der Mensch sich zum politischen oder sozialen Wesen entwickelt, wenn er seinem naturgemäßen Entwicklungsrahmen nicht entrissen wird. In dieser Formel ist aber ebenso enthalten, dass dieser naturgemäße Entwicklungsrahmen des Menschen die Partizipation in der Gesellschaft ist. Der Mensch entwickelt sich nur unter gesellschaftlichen Umständen überhaupt, diesen antiken Gemeinplatz hat gerade die Aufklärung mit erschreckenden Experimenten nachzuweisen gewusst. Er entwickelt sich in einer Gesellschaft zu einem politischen Wesen. Diese Erkenntnis wird ihm Rahmen des Funktionenarguments der Nikomachischen Ethik zur Basis der aristotelischen Theorie eines guten Lebens.

I.10.7. Aristoteles Funktionenargument

Das Funktionenargument bei Aristoteles ist eine klassische Fundstelle für die teleologische Struktur seines gesamten Weltbildes. Anhand seiner Konstruktion lässt sich zeigen, inwiefern das aristotelische Menschenbild weniger eine Sonderstellung als vielmehr eine theorieimmanent notwendige Position einnimmt. Das Funktionenargument ist die aristotelische Version des Übergangs von den deskriptiven Befunden der Naturphilosophie zur praktischen Philosophie und ihren Normen.

Dem Aristotelischen Funktionenargument geht bereits das Platonische Funktionenargument aus dem ersten Buch der Politeia voraus. Platon konstruiert den Begriff der Funktion eines Wesens oder Gegenstandes ohne Rückgriff auf teleologische oder metaphysische Bestimmungen, die in der Aristotelischen Version scheinbar kaum zu eliminieren sind. Allerdings ist die Definition Platons, die Funktion eines Dinges sei das, was allein mit diesem Ding, oder am besten mit diesem Ding geschehe, sehr schwach. Auf der Basis dieser Definition könnte die Funktion eines Auges das Blinzeln oder die des Menschen das Stehlen sein.¹⁹²

Aristoteles geht ebenfalls davon aus, dass einem jeden Ding eine genuine Tätigkeit oder Verrichtung zukommt.

„Wie für einen Flötenspieler, einen Bildhauer oder sonst einen Künstler, und wie überhaupt für alles, was eine Tätigkeit oder Verrichtung hat, in der Tätigkeit das Gute

¹⁹² Platon, Politeia I 352 St. - 354 St.

und Vollkommene liegt, so ist es wohl auch bei dem Menschen der Fall, wenn anders es eine eigentümliche menschliche Tätigkeit gibt.“¹⁹³

Wie bereit oben gesehen, ist dies bei Lebewesen so zu verstehen, dass es in ihrer Natur liegt, sich auf eine bestimmte Weise zu entwickeln und zu verhalten, es sei denn, externer Einfluss verhindert dies. Diese Entwicklung und Verhaltensweisen sind es, auf die Aristoteles sich mit dem Begriff der Funktion bezieht. Die jeweilige Funktion eines Dinges ist aber je nach dessen Beschaffenheit entweder analytisch oder empirisch zu gewinnen. Gegenstände, die allein zu einem bestimmten Gebrauch gefertigt sind, haben eine zuvor festgelegte Funktion, für sie bedarf es keiner weiteren empirischen Untersuchung. Für Pflanzen oder Tiere aber bedarf es der Naturforschung wie der Biologie, um ihre Funktion, d.h. ihre natürliche Beschaffenheit, Entwicklung und Verhalten festzustellen.¹⁹⁴

In der *Politik* findet sich im Rahmen der Diskussion von Besitz und Erwerb die wenig plausible These, die Tiere seien ebenso für den Menschen da, wie die Pflanzen für die Tiere. Wie auch die Diskussion der Sklaverei ist dieser Abschnitt aber wenig erhellend, denn er bedient sich der offensichtlich kurzschlüssigen Argumentation, weil der Mensch in der Lage sei, die Tiere zu nutzen, sei dies auch ihre Bestimmung. Das Funktionenargument aus der *Nikomachischen Ethik* ist im Gegensatz dazu überzeugender angelegt.

Den Übergang zwischen der Beschreibung der menschlichen Natur und einer ethischen Konzeption kann Aristoteles also nur machen, wenn er eine genuin menschliche Entwicklungsweise, bzw. ein solches Verhalten ausmachen kann. Dies darf sich nicht mit Eigenschaften von Tieren decken, wenn Menschen eine andere Behandlung angemessen ist als diesen. Das *zoon politicon* Axiom scheidet insofern aus, da es mit anderen Wesen geteilt wird. Aristoteles weist im folgenden nach, dass der Mensch tatsächlich über eine eigentümliche Tätigkeit verfügt. Diese Tätigkeit wird als das rekonstruiert, wozu eben nur Menschen in der Lage sind, nicht aber der Rest der belebten Natur. Die genuin menschliche Funktion ist laut Aristoteles

¹⁹³ Aristoteles, NE 1097b 25.

¹⁹⁴ Die Tragweite eines solchen Argumentes geht über die Aristotelische Ethik hinaus. So kann man auf dieser Basis darauf beharren, dass die natürliche Entwicklung und das natürliche Verhalten eines Huhnes nichts mit dem gemein haben, zu dem sich Hühner in Legebatterien entwickeln. Allerdings muss bei Argumenten für artgerechte Tierhaltung wohl auch gefragt werden, warum sie auf den Menschen als einziges Tier nicht anwendbar sind.

Aktivität der Seele gemäß einem rationalen Prinzip.¹⁹⁵ Wie auch in der *Politik* wird der Mensch von den anderen Wesen durch seine Vernunftfähigkeit abgesondert. Gesellschaftliche und ethische Regeln sind allein auf ihrer Basis möglich.

Mit der teleologischen Struktur kann Aristoteles auch darauf reagieren, dass menschliche Wesen durchaus nicht immer vernünftig sind, und schon gar nicht vernünftig – oder frei – geboren werden. Menschen entwickeln sich zu Wesen, die in der Lage sind, sich vernünftig zu verhalten, wenn sie nicht durch Vereinzelung oder gesellschaftliche Mechanismen daran gehindert werden.

I.10.8. Teleologische und moderne Naturwissenschaft

Die menschliche Natur, zu deren Verfügung alle anderen Wesen erschaffen sind, eingebettet in ein zweckmäßig gestaltetes Welt Ganzes, entspricht dem modernen naturwissenschaftlichen Weltbild in keiner Weise mehr. Argumente, die des Rückhaltes in einer solchen Theorie bedürfen, können heute nicht mehr überzeugen. Es muss allerdings gefragt werden, ob nicht die Argumente wie das der Selbsterhaltung, der Soziabilität und der Trennung von natürlichem und sittlichem Gut sowie das Aristotelische Funktionenargument und seine Festlegung auf ein höchstes Ziel, die Eudaimonia auch ohne das teleologische Weltbild der Antike auskommen. Das Gegenargument, sie seien in einem anderen Weltbild entstanden und daher nicht stichhaltig, ist ebenso kurzschlüssig wie die ungeprüfte Übernahme.

Das teleologische Weltbild ist zu unterscheiden in eine interne Teleologie, also die These, dass dem menschlichen Verhalten und Handeln Ziele zugrunde liegen, und der externen Teleologie, die eine wesensmäßige Zielhaftigkeit in allen natürlichen Objekten sieht, die demzufolge nach der Ausübung der in ihrer Natur liegenden Funktion streben. Die externe Teleologie muss weiterhin unterschieden werden in eine anthropozentrische Teleologie und eine azentrische Teleologie. Die anthropozentrische Teleologie behauptet, die Welt oder gar der Kosmos sei so geschaffen, dass sich die Funktionen einer großen Zahl oder gar aller anderen Objekte, insbesondere der belebten Natur, auf den Menschen bezögen. Die klassische Formulierung dieser Vorstellung findet sich bei Aristoteles:

„Man sieht aber ebenso, wie auch nach dem Eintritt ins fertige Dasein für alles Lebendige die Annahme gelten muss, einmal, dass die Pflanzen der Tiere wegen, und

¹⁹⁵ Aristoteles, NE 1098a 13

dann, dass die anderen animalischen Wesen der Menschen wegen da sind, die Zahmen, zur Dienstleistung und Nahrung, die Wilden, wenn nicht alle, so doch die meisten, zur Nahrung und zu sonstiger Hilfe, um Kleidung um Gerätschaften von ihnen zu gewinnen.“¹⁹⁶

Eine weitere Unterscheidung in der Teleologie kann durch das Begriffspaar ‚immanent‘ und ‚metaphysisch‘ vorgenommen werden. Demnach bedeutet metaphysisch den Bezug auf einen extramundanen Willen oder Zweck, immanent ist der Zweck, der dem jeweiligen betrachteten Objekt naturhaft innewohnt. Während Platon nur einen metaphysischen Telosbegriff hatte, kann Aristoteles Konzept der Entelechie auch als Begriff eines immanenten Telos interpretiert werden.¹⁹⁷

Die immanente Teleologie kann weitgehend in Begriffen der modernen Naturwissenschaften reformuliert werden. Es handelt sich dabei um Selbststeuerungsphänomene, die mithilfe empirischer Forschung zumindest nomologisch analog zu kybernetischen Systemen erklärt werden können. Bestrebungen, teleologische Formulierungen auf deterministische oder statistische Gesetze zu reduzieren, profitieren zumindest derzeit noch von Funktionsanalysen. Obwohl auch diese auf der Liste der zu reduzierenden Terme stehen, erfüllen sie in der Weltbeschreibung doch nicht nur eine vorläufige Rolle, sondern charakterisieren eine breite Gruppe natürlicher Terme. Das teleologische Problem einer zeitlich invertierten Kausalkette kommt in diesen Formulierungen nicht mehr vor, es handelt sich also eher um eine hilfreiche façon de parler als um einen Überrest unwissenschaftlichen Denkens.

Diese allgemeine Darstellung kann nun bei der Bewertung der in der Antike eingeführten Begriffe Selbsterhaltung, Soziabilität und natürlichem Gut erweisen, dass es sich nicht um invalide Argumente handelt, wenn auf sie Bezug genommen wird. Für den Begriff der Selbsterhaltung ist dieser Schritt fast überflüssig, da nahezu alle modernen Theorien der politischen Philosophie, aber auch einige Theorien der modernen Biologie sich seiner bedienen. Selbsterhaltung kann mit Bezug auf die Systemzustände eines beliebigen Systems so erklärt werden, dass durch kausale

¹⁹⁶ Aristoteles, Politik 1256b 14-23.

¹⁹⁷ Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die teleologischen Argumente der Nikomachischen Ethik und der Politik auf die Aristotelische Metaphysik Bezug nehmen und bei Aristoteles durchaus als in diesem Rahmen konzipiert zu verstehen sind. Die Trennung, die hier vorgenommen wird, ist also keine Aristoteles Exegese, sondern der Versuch, seine Argumente für die heutige Debatte nutzbar zu machen. Einen ähnlichen Weg bei der Rekonstruktion der Metaphysik schlägt Otfried Höffe in Höffe 1996 ein.

Gesetzmäßigkeiten alle Abweichungen von einem spezifischen Normzustand ausgeglichen werden. Es bedarf dazu nicht des Bezuges auf einen Zweck, sondern allein die Feststellung, dass beispielsweise bei fast allen Organismen Mechanismen des Temperatenausgleichs die Systemtemperatur auf einen bestimmten Normzustand regulieren, die chemischen Vorgänge in Zellen deren Zusammensetzung über die Zeit hinweg in engen Grenzen halten, etc.¹⁹⁸ Dieser und weitere Regulationsmechanismen stehen für einen Aspekt dessen ein, was Selbsterhaltung genannt wird. Darunter fallen nicht nur interne Steuermechanismen, sondern auch Beeinflussungen der Umwelt durch das System, um von bestimmten Normzuständen nicht abzuweichen. Im Falle der Temperaturregulation reicht dies von so einfachen Beispielen wie dem Ortswechsel eines Kaltblüters bis hin zu so komplexen Verhaltensweisen wie dem Einbau einer Klimaanlage. Andere Normzustände verlangen andere Verhaltensweisen, worunter auch Nahrungsaufnahme, Schlaf, etc. also körperliche Grundbedürfnisse zu zählen sind.

Ebenso verhält es sich mit dem Begriff des natürlichen Guten. Es handelt sich hierbei um eine rein kriterielle Verwendung des Ausdrucks ‚Gut‘. Er bedeutet insofern gut im Bezug auf den Zustand der natürlichen Ausstattung eines Organismus. Es steht allerdings zu beachten, dass zur natürlichen Ausstattung eines Organismus mehr zu zählen ist, als allein die rein körperlichen Funktionen. Obwohl sie auch körperlich verursacht sind, müssen auch psychologische Aspekte bei Wesen berücksichtigt werden, die über solche Eigenschaften verfügen. Es gibt keinen Grund, diese Aspekte aus der Reihe dessen, was wir als natürliche Eigenschaften bezeichnen, zu tilgen.

Die Analyse des Begriffs der Soziabilität verläuft in ähnlichen Bahnen. Er bedeutet keine Bezugnahme auf das Telos einer staatlichen Gesellschaft oder einer Gemeinschaft kulturell geteilter Werte. Es handelt sich vielmehr um die einfache Feststellung, dass der Mensch ein Gruppenwesen ist, dessen Selbsterhaltung in der Gruppe wahrscheinlicher ist als außerhalb. Indizien dafür erbringen nicht nur die gescheiterten Versuche, Kinder ohne sozialen Kontakt aufwachsen zu lassen, sondern auch evolutionsbiologische Eingliederungen der Spezies homo sapiens sapiens.

¹⁹⁸ Eine Vielzahl solcher Regulationsmechanismen wird mit dem Begriff der Homöostase bezeichnet, der einen festen Bestandteil des Begriffssystems der modernen Biologie ausmacht.

Die angeführten Begriffe und Argumente der antiken politischen Philosophie müssen also nicht verworfen werden, sondern es gilt nur, sie von der Bezugnahme auf extramundane Zwecksetzungen zu befreien. Die Annahme eines immanenten Telos lässt sich heute durch Selbststeuerungsmechanismen und genetische Dispositionen erklären, es reicht also, die modernen Verwendungsweise für die alte einzusetzen. Die implizite oder explizite Aufnahme klassischer Argumente in modernen Positionen des Naturrechts und der Vertragstheorie stehen also keineswegs unter generellem Verdacht, es muss nur analysiert werden, inwiefern Auslassungen und einseitige Betonungen in den anthropologischen Annahmen verzerrend gewirkt haben.

Die Ausformulierung des menschlichen Weges zu einem guten Leben, die eudaimonistische Ethik, die sich an das Funktionenargument anschließt, ist für die aktuelle Diskussion von nur geringer Relevanz. Es sei nur soviel dazu bemerkt, dass sie zwar in der jeweiligen konkreten Form der Tugenden an die jeweilige Gesellschaft gebunden bleibt, die Grundstruktur des Erwerbs von Geistes- und Charaktertugenden durch Belehrung und Gewöhnung jedoch aufgrund der Natur des Menschen universelle Geltung beanspruchen kann. Während Aristoteles gerade in der *Politik* oft als Partikularist erscheint, ist seine These in der *Nikomachischen Ethik*, es gebe in jeder Gesellschaft dieselben Tugenden, und sie würden überall durch dieselben Mechanismen erworben. Nur die Interpretation, was jeweils als tapfer oder großzügig gilt, sei von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich. Dieser Argumentation folgt später auch Rousseau, der behauptet, es gäbe keine Gesellschaft „wo es ein Verbrechen ist, sein Wort zu halten, gütig, wohlthätig und großmütig zu sein, wo der ehrliche Mann verachtet, und der treulose geehrt wird.“¹⁹⁹ Einen ähnlichen ethischen Universalismus in der politischen Ethik ermöglicht das aristotelische Funktionenargument, indem es aufzeigt, dass bestimmte Lebensbedingungen in jeder Gesellschaft für Menschen als gut gelten können.

Dem starken Perfektionismus des Aristoteles entgeht Nussbaum, indem sie statt dessen Bestehen auf Funktionen und der meritokratischen Zuordnung von Gütern gemäß diesen Funktionen die Befähigung zu diesen Funktionen in den Mittelpunkt rückt. Die Wahl, welche Funktionen ein Mensch ausführen will, bleibe diesem selbst innerhalb der Ordnung der Gesellschaft überlassen, er werde nicht zu Fähigkeiten

¹⁹⁹ Rousseau 1997 S. 369.

gedrängt. Vielmehr habe die Gesellschaft oder der Staat die Verpflichtung, ihm die grundlegenden menschlichen Funktionen zu ermöglichen.

Das Funktionenargument kann in der modernen Variante noch etwas stärker gemacht werden, als es bei Martha Nussbaum geschieht. Nussbaum wird häufig ein Essentialismus vorgeworfen. Das aristotelische Argument dafür, dass es gut für ein Individuum sei, seine natürlichen Anlagen ausbilden zu können, kann aber ohne weiteres durch ein kantisches Argument gestützt werden. In der *Grundlegung* findet sich bereits die Forderung nach der vollen Entfaltung der aller Fähigkeiten der Person. Diese Forderung kann umstandslos auf den ersten Satz von Kants Ethik der Autonomie zurückgeführt werden, nach dem die vernünftige Natur Zweck an sich ist. Es ist darauf zu verweisen, dass es sich hier um die vernünftige Natur, nicht allein deren Vernunft handelt. Als vernünftige Natur ist der Mensch als Zweck an sich zu behandeln, und damit auch die Bedingungen der Vernunftausübung. Menschliche Vernunft ist an materielle Bedingungen gebunden, die ebenso Teil des selbstzweckhaften Wesens sind.

Mit dieser kantischen Argumentation kann allerdings die Forderung nach der Möglichkeit zur Ausbildung der jeweiligen Fähigkeiten nur auf vernünftige Wesen bezogen werden. Die im aristotelischen Argument ebenso formulierbare Forderung nach der Möglichkeit der naturgemäßen Entwicklung für tierische Lebensformen findet hier keine Unterstützung. Sie spielt aber für das Thema der Verteilungsgerechtigkeit keine Rolle.

Der auf dem aristotelischen Funktionenargument beruhende Strang der Nussbaumschen Theorie kann sich aufgrund der Ersetzbarkeit eines teleologischen Weltbildes durch ein modern naturwissenschaftliches auf die Erkenntnisse der Naturwissenschaften beziehen. Die These des Funktionenarguments lautet dann, dass es naturwissenschaftlich beschreibbare Zustände und Eigenschaften gibt, die menschliche Wesen in einer unverletzten Entwicklung erwerben, und dass der Erwerb dieser Zustände und Eigenschaften eine Bedingung eines guten Lebens ist. Dieser Argumentationsstrang Nussbaums erlaubt den Rückgriff auf die Humanwissenschaften, die Biologie und die Medizin, aber auch die Soziologie und Pädagogik, um die Bedingungen eines guten menschlichen Lebens zu erfassen.

Die grundlegenden menschlichen Funktionen, auf die beide Argumentationsstränge – der hermeneutische und der vom Funktionenargument geprägte – bei Nussbaum

hinauslaufen, fasst sie in einer Liste von Fähigkeiten zusammen. Diese Liste ist nicht als verbindliche Aufstellung der Natur des Menschen zu verstehen, was entgegen Nussbaums wiederholten Korrekturen und Klarstellungen in der Kritik allzu häufig angenommen wurde. Eine solche Auflistung könnte ihrer Theorie allein deshalb nicht entsprechen, weil sie einen kulturübergreifenden Diskurs durch die Narrativitätsthese bereits angelegt hat, und daher aus theorieimmanenten Gründen nicht darauf verzichten könnte. Vielmehr soll ihre Liste eine Diskussionsgrundlage für einen interkulturellen Diskurs darüber darstellen, welche Befähigungen einem Menschen zukommen müssen, um die Bedingungen eines gelungenen menschlichen Lebens zu bilden. Die Liste sieht derzeit ungefähr folgendermaßen aus: 1) Leben, 2) Körperliche Gesundheit, 3) Körperliche Unversehrtheit, 4) Sinneswahrnehmung, Vorstellung und Denken, 5) Gefühle, 6) Praktische Vernunft, 7) (A) Verbundenheit als Fähigkeit mit anderen zusammenzuleben und (B) über die soziale Grundlage des Selbstrespekts zu verfügen, 8) Andere Spezies, 9) Spiel, 10) (A) Politische und (B) Materielle Kontrolle über die eigene Umwelt.²⁰⁰

Die Kritik an Nussbaums Liste übersieht gerne, dass Rawls ebenso eine Liste aufgestellt hat, welcher Dinge es bedarf, um ein gutes Leben führen zu können. Dieser Rawlsschen Idee ist Nussbaum verpflichtet, und diese Idee grundlegender Bedingungen, derer es bedarf, um überhaupt ein gutes Leben zu wählen und anzustreben, setzt sie in dieser von ihr vage stark Idee des Guten genannten Liste um.

Der von Sen übernommene Verteilungsmodus des Leximin-Verfahrens findet bei Nussbaum dagegen keine Verwendung. Sie sieht die Aufgabe der Verteilungspolitik darin, diese grundlegenden Befähigungen bereit zu stellen, nach deren Erreichung Menschen selbst in der Lage seien, ihre eigene Version des Guten Lebens zu verfolgen. Sie schreibt:

Wenn der Staat also für jeden Bürger Bildungsmöglichkeiten bereitgestellt hat, die ausreichen, um ihn über eine – wie auch immer definierte – Schwelle zu bringen, können weitergehende Bestrebungen den Menschen vernünftigerweise selbst

²⁰⁰ Vgl. Nussbaum 2000, S78 ff. Eine ausführlichere Diskussion dieser und anderer Listen von Grundbedürfnissen findet sich im Teil *Befähigungen in der Praxis*.

überlassen bleiben, da diese aufgrund der schon erreichten Fähigkeiten gute Voraussetzungen haben, sie weiterzuentwickeln.²⁰¹

Eine Theorie des gerechten oder fairen Anteils an der gesellschaftlichen Kooperation liefert Nussbaum nicht. Sie konzentriert sich bei ihren Arbeiten wie auch bei ihrem politischen Engagement in der Entwicklungspolitik allein auf den Bereich der grundlegenden Befähigungen und der Menschenrechte.

I.10.9. Die Synthese der Befähigungsansätze

Eine konsequente Umsetzung des Befähigungsansatzes als umfassende Theorie distributiver Gerechtigkeit bestünde in einer Kombination der Theorien von Rawls, Nussbaum und Sen. Während die letzteren sich jeweils nur auf einen Aspekt der Verteilung beschränken, mangelt es ersterem an einer angemessenen minimalen Theorie des Guten. Daher gilt es, die Grundliste der Befähigungen, die Nussbaum liefert als die Grundbedingung des kooperativen Gesellschaftsmitglieds und Bürgers zu verstehen, und die Konzeption des Leximin-Verfahrens unter Berücksichtigung individueller Befähigungen als Umsetzung der Idee eines fairen Anteils an den Früchten der gesellschaftlichen Kooperation anzusehen. Beide Verteilungsmodi wurden von Rawls vorgeschlagen, das Equalisandum aber geht über dessen Vorschlag hinaus, weil es die individuellen Unterschiede zwischen den Menschen zu berücksichtigen in der Lage ist.

Durch dieses Verfahren wird auf der einen Seite garantiert, dass jeder Mensch, unabhängig auch von dem Land in dem er lebt, befähigt wird, ein menschliches Leben zu führen. Auf der anderen Seite bleibt aber der politische Prozess gesellschaftlicher Selbstbestimmung gewahrt. Die Liste der Grundbefähigungen ist zwar in einem interkulturellen Prozess zu erarbeiten, doch ihre Geltung muss allein schon aufgrund der Struktur der sie fordernden Argumente universell wie die der Menschenrechte sein. Grundbefähigung entsprechen einem Verständnis des Menschen, wonach dieser in die Lage zu versetzen ist, seiner Natur gemäß zu leben. Welche Befähigungen aber im Rahmen der darüber hinausgehenden Verteilung des Leximin-Verfahrens von der Gesellschaft als erstrebenswert gesehen werden, bleibt Bestandteil der gemeinschaftlichen politischen Entscheidung. Welche der Befähigungen die einzelne Person entwickelt oder umsetzt bleibt ihr selbst

²⁰¹ Nussbaum 1999a, S. 64.

überlassen. Sie hat einen breiten Spielraum positiver Freiheit, der aus den allgemeinen Grundbefähigungen und den gesellschaftlich geförderten Befähigungen des jeweiligen Kulturraumes besteht. Somit ist starker Universalismus mit Liberalismus, Kultursensitivität und Republikanismus vereinbar.

Die Grundsicherung der Befähigungen entspricht in dieser Konzeption der Einsicht, dass Menschen nur unter bestimmten Bedingungen in der Lage sind, als zurechnungsfähige und kooperative Gesellschaftsmitglieder ihr Eigenes und das Wohl einer Gesellschaft zu verfolgen. Die von Martha Nussbaum aufgestellte Liste mag zwar in einigen Bereichen ebenso wie die Grundrechtskataloge der Menschenrechtserklärungen unzureichend oder problematisch sein, doch als Annäherung an die Bedingungen bürgerlicher Existenz stellen sie zumindest eine akzeptable Diskussionsgrundlage dar. Sie bedürfen selbstverständlich der Revision in der Hinsicht, dass darin möglicherweise noch verborgene Idealisierungen westlichen Selbstverständnisses enthalten sind. Diese aber zu kennzeichnen ist Aufgabe derer, die diese Idealisierungen als ihnen fremd empfinden, also gerade nicht westlicher Kulturrelativisten, sondern Angehöriger anderer Kulturkreise.

Ein ähnliches Beharren auf der Sicherung grundlegender Fähigkeiten findet sich trotz des Mangels an theoretischer Einbettung bei Amartya Sen. Stärker tritt dieses Konzept aber beispielsweise bei John Rawls oder Ottfried Höffe zutage, die diesen Zug einer Kantischen Konzeption verdanken. Gerade um die Forderung nach der Erfüllung der Grundbedürfnisse ist wenig Streit zu erwarten. Obwohl unterschiedliche Konzepte dahinter stehen, wie etwa die Nothilfe in libertären Vorstellungen, die Entwicklung zur Person auch im Solidaritätsparadigma etwa bei Kersting oder die Erwartung sehr hohen Nutzens auf Basis eines hohen Grenznutzens am Existenzminimum, wird die grundlegende Überlebenssicherung doch allgemein als Bedingung eines menschenwürdigen Lebens anerkannt.

Das aristotelische Funktionenargument legt die globale Anwendung dieser Verteilungsregel fest. Die Forderung nach Erfüllung der Grundbefähigungen ist nach diesem Konzept nicht von der jeweiligen Kultur oder Umgebung abhängig. Es gilt nur, die vage Formulierung der Grundbefähigungen der Kultur und der Umgebung gemäß auszuformulieren. Insbesondere im Bereich der Bildung oder der Form politischer Beteiligung kann es große Unterschiede geben, doch die Forderung nach

Bildung, Beteiligung am politischen und sozialen Leben ist keiner Kultur oder Tradition respektive keinem politischen oder kulturellen System zu opfern.

Diese Konzeption ist trotz der Diskussionen um die Menschenrechte auch mehr und mehr Stand der öffentlichen Debatte, in der die Menschenrechte zwar oft als eurozentrisch angegriffen werden, in der ihre prinzipielle Gültigkeit unabhängig von der aktuellen Form aber nicht mehr zur Disposition steht. Die aktuellen Debatten um die Menschenrechte und ihre Umsetzung greifen zwar häufig spezielle Inhalte an, die Entwicklung geht aber vermehrt zu einer Ausbreitung anstatt zu einer Einschränkung hin.

Über diese Grundsicherung hinaus, werden die Bedingungen eines menschlichen Lebens von Bedingungen innerhalb der jeweiligen Gesellschaft und der Teilhabe des Individuums an derselben geprägt. Diese Teilhabe, insbesondere die Verteilung der ‚Früchte der Kooperation‘, aber auch die Bestimmung der jeweiligen kulturell anerkannten Werte werden über das Leximin-Verfahren geregelt. Das Leximin-Verfahren fordert zwar eigentlich die Verteilung von Befähigungen, doch ist dies nicht als direktes Verteilungsverfahren zu verstehen, Befähigungen können nicht verteilt werden wie Ämter oder Güter. Vielmehr bedeutet die Anwendung des Befähigungskriteriums, dass die Datenbasis der Verteilung und der Bemessung des jeweils am schlechtesten gestellten Individuums erweitert werden muss. Es kann im Gegensatz zur Theorie von John Rawls mehrere am wenigsten begünstigte Individuen geben, und zwar in Hinsicht auf unterschiedliche Befähigungen. So mag eine konkrete Umsetzung in einer Gesellschaft, die Mobilität, Genuss unverschmutzter Natur und Zugang zu Literatur als wichtige Befähigungen unter anderen ansieht, durchaus drei unterschiedliche Gruppen als am wenigsten begünstigt ermitteln. Während die Bevölkerung maßgeblich agrarischer Gebiete in Hinsicht auf den Zugang zur Literatur vielleicht am schlechtesten gestellt ist, mag sie in Hinsicht auf den Genuss unverschmutzter Natur zu den Bevorteilten gehören. Demgegenüber mag sich das Verhältnis in Ansehen dieser Befähigungen bei der Bevölkerung in Ballungsgebieten genau umkehren, während bestimmte Bevölkerungsanteile, etwa Gehbehinderte in beiden Wohngebieten gleichermaßen benachteiligt sind, wenn die Mobilität betrachtet wird.

Befähigungen als Kriterium des Leximin-Verfahrens zu nutzen würde in diesem Fall nicht bedeuten, allen einfach mehr Geld zukommen zu lassen, sondern die jeweiligen

Beschränkungen der Befähigungen auszugleichen, also Literaturdistribution in der agrarischen Umgebung, Maßnahmen zur Reduktion der Umweltverschmutzung in Ballungsgebieten und eventuell Gelegenheiten, diese regelmäßig zu verlassen, sowie notwendige Gehhilfen oder Fahrdienste für Gehbehinderte in beiden Umgebungen. Der Vergleich mit anderen Optionen, die sich auf die Marktlösungen stützen, bedarf nur des Verweises auf das zu genüge diskutierte Allmendedilemma, welches genau dazu führt, dass die privaten Maßnahmen zur Luftverbesserung nicht eingehalten, die privaten Zahlungen für Bibliotheken oft nicht getätigt werden, und die wenigen Maßnahmen zur Luftverbesserung dafür sorgen, dass das Auto auch für Gehbehinderte in der Innenstadt nicht erlaubt oder aufgrund horrender Gebühren oder Parkplatzabbau praktisch nicht nutzbar ist, und ihnen somit die restliche Mobilität genommen wird.

Das letzte Beispiel zeigt, dass Befähigungen auch einfach durch bestimmte zusätzliche Rechte oder institutionelle Strukturen wie spezielle Erlaubnisse für Gehbehinderte erreicht werden können, das Allzweckmittel der finanziellen Ressourcen aber durchaus versagensanfällig ist.²⁰² Eben diese These bestreitet Dworkin, der ein Beispiel konstruiert, in dem eine Person stark behindert ist, das Geld, das ihr zum Ausgleich dieser Behinderung erhielte, aber lieber in eine Stradivari investieren würde, durch die sie weit mehr Nutzen – gemessen in Lustgewinn oder Zufriedenheit – erführe als durch die möglichen medizinischen Ausgleichsmaßnahmen der Behinderung. Dworkin sieht hier die Ressourcen nicht effizient genutzt oder aber die freie Entscheidung der behinderten Person übergangen. Es mag um des Argumentes willen über das bereits zurückgewiesene Nutzenkalkül hinweggesehen werden. Der Fehler des Argumentes liegt darin, dass hier der faire Anteil der gesellschaftlichen Ressourcen in zwei vollkommen unterschiedlichen Bereichen aggregiert wird. Es ist sicherlich zu unterscheiden in Mobilität, die Befähigung, sich normal zu bewegen, und den puren Lustgewinn durch eine seltene Geige. Und selbst wenn die künstlerische Betätigung oder die Sammlerei wertvoller Musikinstrumente als gesellschaftlich wichtige Befähigung anerkannt wurde, so ist doch die Aggregation in eine Gesamtbefähigungssumme nicht sinnvoll. Sie würde vielmehr dem Impetus des gesamten Ansatzes

²⁰² Hiermit ist nicht impliziert, dass eine Lösung durch finanzielle Transfers in jedem Falle ausgeschlossen wird. Sie ist jedoch nicht als die Musterlösung anzusehen, als die sie in wirtschaftswissenschaftlicher Literatur oft dargestellt wird.

widersprechen. Eine Person ist durch maximales Nahrungsangebot bei extremer Behinderung und Freiheitsberaubung eben nicht ebenso gut gestellt, wie eine Person, die sich ihrer normalen Freiheit bei normalem Nahrungsangebot und ohne Behinderungen erfreuen kann. Befähigungen sind nicht gegeneinander aufzurechnen.²⁰³

Im Gegensatz zur Sicherung der Grundbefähigungen ist die Argumentation für das befähigungssensitive Leximin-Verfahren auf Gesellschaften begrenzt. Die Forderung nach einem fairen Anteil an den Früchten gesellschaftlicher Kooperation verlangt noch nicht nach globaler Umverteilung. Allerdings ist zu beachten, dass durch die Herausbildung kontinentaler und internationaler Gebietsverbände der Geltungsbereich sukzessiv vergrößert wird. Ein erstes Beispiel bildet die Europäische Sozialcharta,²⁰⁴ die erstmals einigermaßen verbindlich wirtschaftliche und soziale Rechte in internationalem Rahmen festschreibt und so über die U.N. Sozialcharta hinausgeht. Ausgleichsverfahren die historische Ungerechtigkeiten zu revidieren versuchen ist hierdurch natürlich kein Riegel vorgeschoben. Sie fallen in den Bereich der kommutativen Gerechtigkeit, auch wenn es bisher keine einklagbaren Rechte auf Entschädigung etwa von Kolonisationsfolgen gibt.

Der Befähigungsansatz erklärt, und welchen Bedingungen Personen ein gelungenes Leben zu führen in der Lage sind. Er orientiert sich damit primär an der inhaltlichen Ausgestaltung eines gesellschaftlichen Systems, nicht jedoch an dessen Legitimation und Verpflichtungscharakter. Dennoch kann in Anlehnung an kontraktualistische Argumente, die in der Diskussion der Ansätze von John Rawls und Otfried Höffe dargestellt wurde, aus der inhaltlichen Ausgestaltung ein starkes Legitimitätsargument geschlossen werden.

Zwei zentrale Stränge des Arguments sind dabei zu unterscheiden. Der erste Strang schließt an die Legitimation einer menschenrechtlichen Ordnung durch Otfried Höffe an, der zweite Strang orientiert sich am Humeschen Argument gegen Lockes Theorie

²⁰³ Es ist zwar möglich, Sen in *Equality of what* so zu verstehen, als sei auch eine Beurteilung anhand von Aggregation von Befähigungen möglich, doch bezieht er sich auf gesamtgesellschaftliche Aggregation zur Erwägung, ob die Maßzahl der gesellschaftlich geförderten Befähigungen zu erhöhen ist, nicht aber auf Aggregation der Befähigungen einer Person. Er orientiert sich in diesem Zusammenhang an Maßzahlen der Entwicklungshilfe, wie etwa dem Human Development Index (HDI) der Weltbank.

²⁰⁴ European Social Charter, Turin, 18.X.1961, in revised Form, Strasbourg, 3.V.1996.

der stillschweigenden Zustimmung.²⁰⁵ Sie liefern unterschiedlichen Aspekten eines staatlichen Systems der capability-orientierten Distributionsgerechtigkeit ihre Rechtfertigung, wobei die an Höffes transzendentalen Tausch anschließende Argumentation basaler ist.

Die Figur des transzendentalen Tausch kann wie oben gezeigt Abwehrrechte durch die Annahme transzendentaler Interessen an Gewaltverzicht und die Figur eines reziproken, stark pareto-optimalen Tauschs legitimieren. Die menschenrechtliche Ordnung, die hiermit als legitim erscheint, bedarf jedoch der drei staatlichen Gewalten, um eine einheitliche Interpretation, eine Kontrolle und Durchsetzung zu ermöglichen. Weil aber in der Theorie Höffes keine inhaltlichen Kriterien an die Ausgestaltung dieser Gewalten gestellt werden, könnte es so erscheinen, als sei auf kontraktualistischem Wege allein ein Staat zu begründen, der die basalen Abwehrrechte achtet.

Die Begründung weiterer Rechte wird sowohl durch das Vertragsargument bei John Rawls, als auch durch das modifizierte Argument der stillschweigenden Zustimmung von John Locke ermöglicht. Gerade das Modell der Zustimmungsfähigkeit, welches hier aus der Diskussion der Lockeschen Theorie durch Hume gefolgert wird, agiert ebenso wie das Argument Höffes mit sehr geringen Voraussetzungen. Während bei Höffe die Figur der Tauschgerechtigkeit als ethische und transzendente Interessen als anthropologische Voraussetzung in Anwendung gebracht werden, beruht das Argument der Zustimmungsfähigkeit auf dem Satz ‚volenti non fit iniuria‘ sowie der These, Zustimmung werde selbst immer nur vor der Möglichkeit der Ablehnung möglich.

Das bekannte Vertragsmodell baut in erster Linie auf dem Gedanken auf, gesellschaftliche Strukturen seien so aufzubauen, dass sie zustimmungsfähig seien. Zustimmungsfähig wird in dem starken Sinne verstanden, dass ihnen niemand begründeterweise die Zustimmung verweigern könne. Die Zustimmung begründetermaßen verweigern könne man aber dann, wenn man von den gesellschaftlichen Strukturen keinen Nettovorteil habe. Es handelt sich hier also um eine Rückführung auf den rationalen Egoismus der Einzelperson. Das Modell der Zustimmungsfähigkeit ergänzt diese Überlegung durch einen weiteren Gedanken.

²⁰⁵ Vgl. das Kapitel *Kontraktualistische Positionen*, Abschnitt I.9.2 *Inhaltliche Vorgaben des Vertragsmodells*.

Auch wenn das Vertragsmodell nur eine Metapher ist, die allein legitimatorische Ziele verfolgt, so kann doch das Konzept der Zustimmungsfähigkeit ergänzt werden. Wenn eine Gesellschaftliche Struktur so eingerichtet werden soll, dass sie wie ein Vertrag zustimmungsfähig ist, dann ist es angemessen zu fordern, dass sie auch so eingerichtet wird, dass die Person wie in Vertragssituationen in der Lage ist, die Zustimmung zu verweigern.

Es ist aufschlussreich, zu sehen, dass Höffes erster Vertrag lediglich eine menschenrechtliche Ordnung schafft, jedoch keine staatlichen Strukturen. Ein Pflichtvertrag kann niemals mehr leisten, als das, dem eine Person notwendigerweise zustimmen muss, es reicht hier nicht, dass sie rationaler Weise zustimmen muss. Ein Vertrag, der inhaltliche Vorgaben über Kultur, Herrschafts- und Wirtschaftsstruktur beinhaltet, kann nur dann als legitim angesehen werden, wenn Personen in der Lage sind, diesen Vertrag wieder zu kündigen.

Diese Argumentation kann den Verdacht erregen, der Gesellschaftsvertrag werde hier als realer Vertrag ausgelegt, sein Charakter als Metapher überschritten. Indem in existierenden Gesellschaften ein Recht auf Vertragskündigung eingeführt würde, würde das Vertragsmodell zu einem realweltlichen Vertrag umgedeutet. Diesem Einwand ist entgegenzuhalten, dass hier lediglich aus der Struktur der Metapher Schlüsse auf die realweltliche Ausgestaltung der gesellschaftlichen Strukturen gezogen werden. Es handelt sich dabei um dasselbe Vorgehen, welches jede Vertragstheorie an den Tag legt.

Akzeptiert man das Argument der Zustimmungsfähigkeit, dann bedarf es lediglich der Ausgestaltung dessen, wessen es für eine Person bedarf, um in der Lage zu sein, aus einer Gesellschaft auszutreten. Diese Ausgestaltung kann nicht lediglich in der Begrifflichkeit von Rechten geschehen, sondern bedarf der weiteren Begrifflichkeit von Fähigkeiten oder besser Befähigungen, weil es sich dem Argument ja gerade nicht um eine formelle sondern um eine tatsächliche Möglichkeit handeln muss.

Bereits in der Erklärung der Menschenrechte von 1948 kann eine Struktur gesehen werden, die genau dieser Forderung nach Zustimmungsverweigerung nachkommt. Da die Möglichkeit der Zustimmungsverweigerung nicht lediglich von den rechtlichen Möglichkeiten des Heimatstaates abhängen „Artikel 15: 1.Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit. 2.Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu

wechseln“ ist auf den „Artikel 28: Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können“ zu verweisen. Die darüber hinausgehenden individuellen Bedingungen sind durch die in den Artikeln 26 und 27 geforderten Bildungs- und kulturellen Rechte, ebenso aber auch durch die klassischen Abwehr- und Partizipationsrechte eingefangen. Mit Artikel 28 kann noch einmal darauf hingewiesen werden, dass Gerechtigkeit der Berücksichtigung der Bedingungen in anderen Gesellschaften bedarf und sich nicht in der ausschließlichen Konzentration auf die Innenverhältnisse einer einzigen Gesellschaft thematisieren lässt. Zu der Möglichkeit, seine Zustimmung zu verweigern gehört auch die Möglichkeit auszuwandern.

Über die Rechtsstruktur hinaus bedarf es gerade dessen, was Rawls als den Wert der Freiheit bezeichnet hat. Das formale Recht der Menschenrechtserklärung ist gerade durch Bildungsangebote, Partizipationsmöglichkeiten etc. zu ergänzen, um jeder Person die Zustimmungsverweigerung und damit die Zustimmung zu einer Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Anspruchscharakter der Befähigungen resultiert also aus einem Argumentationsstrang, der folgendermaßen zusammenzufassen ist: Menschen sind nur dann handlungsfähig, wenn sie eine menschenrechtliche Ordnung eingehen. Eine menschenrechtliche Ordnung ist nur durch einen Staat zu garantieren. Die Ausgestaltung eines Staates kann nur dann legitim sein, wenn alle Staatsmitglieder ihr zustimmen können. Zustimmungsfähig ist eine Person nur dann, wenn die in der Lage ist, ihre Zustimmung zu verweigern.

I.10.10. Fazit

Das hier vorgestellte Modell distributiver Gerechtigkeit orientiert sich sowohl an Vorgaben aus der Tradition und Gegenwart der politischen Philosophie, wie auch an den gegenwärtigen Debatten der Ökonomie und der Ethik. Die zentrale Vorgabe, die sich seit dem Aufkommen der Vertragstheorie durchgesetzt hat, ist die des legitimatorischen Individualismus. Sie nimmt zweierlei Formen an, zum einen müssen Institutionen und Strukturen einer Gesellschaft für jedes Individuum zustimmungsfähig sein. Zum anderen müssen sich die Strukturen, im hier betrachteten Fall die Strukturen der staatlichen Distribution, am Individuum orientieren.

Wie bereits in der Darstellung des Kontraktualismus anhand von Humes Locke-Kritik gezeigt, muss dieses Argument so verstanden werden, dass Strukturen dann gerechtfertigt sind, wenn Menschen in der Lage sind, ihre Zustimmung teilweise oder vollständig zu verweigern. Die Legitimität lässt sich also an der tatsächlichen Fähigkeit von Bürgern messen, an politischen Entscheidungen zu partizipieren, sich eine eigene Meinung über die gesellschaftlichen Strukturen zu bilden, und im Extremfall die Gesellschaft zu verlassen. Diese Fähigkeit kann nur dann verwirklicht werden, wenn Bürger über eine grundlegende allgemeine und politische Bildung verfügen, Zugang zu Informationen über die gesellschaftliche Struktur und Politik haben und sich am öffentlichen Meinungsbildungsprozess beteiligen können. Die Bedingungen für die bereits sehr komplexen Befähigungen liegen in grundlegenden physiologischen und sozialen Befähigungen. Politische Partizipation ist unter Bedingungen von Not und Armut kaum möglich. Aufgrund dieser Analyse wurde das Modell der Deckung einer bestimmten Grundausstattung mit Befähigungen vorgeschlagen. Diese Grundausstattung ist die Bedingung der Teilnahme oder auch der Verweigerung der gesellschaftlichen Kooperation.

Die Forderung nach der Orientierung der Verteilungsstrukturen am Individuum ist eigentlich im Begriff des legitimatorischen Individualismus enthalten. Es wird hier noch einmal darauf hingewiesen, weil tatsächlich existierende Strukturen, die sich auf dasselbe Konzept stützen, häufig an Haushalten orientiert sind. Die Möglichkeit und das tatsächliche Auftreten von Haushaltsungerechtigkeit verbieten aber ein solches Vorgehen. Obwohl gegenüber Kindern ein gewisser Paternalismus durch die Erziehungsberechtigten nicht zu behindern ist, muss ein legitimatorischer Individualismus die materielle Gleichbehandlung aller Individuen, also auch der Kinder fordern. Paternalismus darf nur zugunsten, nicht aber zulasten der Schutzbefohlenen gehen.

Der legitimatorische Individualismus geht mit einer grundlegenden Gleichheitsforderung einher. Er fordert nicht nur, die gesellschaftlichen Strukturen am Individuum auszurichten, sondern auch, die Behandlung von Individuen nur anhand von Kriterien zu variieren, denen jedes der betroffenen Individuen zustimmen könnte. Diese Forderung kommt der Forderung von Verfahrensgerechtigkeit gleich. Diese Kriterien sind ebenso Teil des Gesellschaftsvertrages, wie die gesellschaftlichen Strukturen selbst. Sie können sogar als Teil dieser Strukturen angesehen werden, womit sie direkt dem Vertragsargument

unterliegen. Zustimmungsfähig im Sinne des Vertragsargumentes und der Verfahrensgerechtigkeit ist aber nur eine ursprüngliche Gleichbehandlung der Bürger.

Gleichbehandlung der Bürger steht aber vor dem Problem der tatsächlichen Ungleichheit. Die Bürger einer Gesellschaft unterscheiden sich sowohl physiologisch, psychisch, in ihrer materiellen Ausstattung etc. Weil diese ursprüngliche Ausstattung aber nicht Teil des Vertrages ist, kann die gesellschaftliche Struktur so eingerichtet werden, dass sie zum Vorteile aller ist. Es bedarf daher Kriterien zur Qualifizierung der Gleichbehandlung, um dem Ziel des Gesellschaftsvertrages zu entsprechen. Mit Aristoteles ist die Freiheit als das geeignete Kriterium dieser Qualifizierung zu bezeichnen. Ihm zufolge ist Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln, und Ungleiches bedeutet hier Personen mit ungleicher Freiheit. In Abgrenzung zu Aristoteles ist Freiheit hier aber nicht lediglich als der Grund sondern gerade auch als das Ziel möglicher Ungleichbehandlung zu betrachten. Das zugrunde liegende Konzept muss hier das der Gleichheit sein, also das Ziel, Personen mit geringerer Freiheit mehr Freiheit zu verschaffen. Ein ähnliches Argument findet sich bei John Rawls, der dem gesellschaftlichen Wohl damit am meisten gedient sieht, dass Personen mit der geringsten Ausstattung an Grundgütern ein höheres Niveau dieser Güter ermöglicht wird. Obwohl Rawls Konzentration auf Grundgüter hier abgelehnt wird, scheinen die Forderung nach qualifizierter Gleichheit, Verfahrensgerechtigkeit und der legitimatorische Individualismus doch das von ihm vorgestellte Leximin-Verfahren nahe zu legen.

Der Begriff der Freiheit ist aber weiter zu klären, wenn sie als Kriterium der Differenzierung der Behandlung der Bürger dienen soll. Mit Aristoteles Funktionenargument, der Forderung nach der Möglichkeit der Selbstbehauptung und dem Verweis darauf, dass negative Freiheit ihre eigenen Bedingungen ignoriert, ist hier dafür argumentiert worden, ein Modell positiver Freiheit heranzuziehen. Dieses Modell der positiven Freiheit versteht unter Freiheit die tatsächlichen Möglichkeiten von Personen, für wertvoll erachtete Funktionen auszuüben und Zustände zu erreichen. In der Tradition der politischen Philosophie hat sich das Modell negativer Freiheit erst relativ spät durchgesetzt, seine erste konsequente Ausarbeitung findet es bei John Locke. Obwohl bereits von Hume sehr schlagende Kritik an diesem Modell geäußert wurde, hat es sich in der liberalistischen Strömung der Philosophie

durchgesetzt. Dieses Modell ist aber insofern unvollständig, als es die Bedingungen des vorgestellten Wertes Freiheit aus den Augen verliert. Negative Freiheit kann nur dann einen Wert für Menschen darstellen, wenn sie von ihren Optionsräumen auch Gebrauch machen können. Diese Fähigkeit ist es aber, die der Begriff der positiven Freiheit beschreibt.

Die Befürchtung, ein System positiver Freiheit schränke immer die negativen Freiheiten ein, ist eine Verallgemeinerung aus einem bestimmten Verständnis positiver Freiheit, welches mit bestimmten politischen Modellen assoziiert ist. Das hier vorgestellte Modell positiver Freiheit stellt kein System gesellschaftlich festgelegter Optionen zu bestimmten Handlungen auf. Es handelt sich nicht bereits um eine starke Theorie des guten Lebens, sondern vielmehr nur um die Bedingungen des Entwerfens und Verfolgens einer individuellen Konzeption des guten Lebens.

Mit dem Kriterium der positiven Freiheit geht eine Ausweitung der Datenbasis für die Analyse des Lebensstandards direkt einher. Sowohl die Diversität menschlicher Individuen, wie auch die der Kulturen und möglichen Konzepte eines guten Lebens verbieten die Reduktion auf einen einzigen Indikator. Vielmehr muss auf der Basis empirischer und hermeneutischer Analysen menschlicher Lebensweisen eine möglichst weite Übereinstimmung in deren Grundbedingungen ermittelt werden. Die hermeneutische Analyse der jeweiligen Lebensform ist geeignet, die interne Perspektive der Kultur bzw. des Individuums in die Bewertung ihrer Lebensumstände einzubeziehen. Diese Partizipation wird dem zugrunde liegenden Anspruch des legitimatorischen Individualismus gerecht. Sowohl die gesellschaftlichen Strukturen, wie auch deren Bewertung haben aus der Perspektive des Individuums zu geschehen.

Der legitimatorische Individualismus verlangt aber auch danach, eventuelle kulturelle Einflüsse auf den rationalen Entscheidungsprozess des Individuums auszugleichen. Die Tendenz gerade von geschlossenen Gesellschaften, das Urteil ihrer Bürger fundamental zu beeinflussen widerspricht den hier dargelegten legitimatorischen Prinzipien. Es ist zwar weder möglich noch wünschenswert, dass Individuen ohne gesellschaftlichen Hintergrund entscheiden. Dennoch können gesellschaftliche Strukturen, insbesondere Unterdrückung und Verarmung, die Bedingungen rationalen Entscheidens in Frage stellen.

Diesem Risiko, dem der hermeneutische Ansatz unterliegt, wirkt der empirische Ansatz entgegen. In diesem Ansatz wird eine externe, natur- und sozialwissenschaftlich bestimmte Perspektive herangezogen, um die möglichen Verzerrungen der internen Perspektive zu begrenzen. Auf dieser Basis können gerade solche kulturellen oder gesellschaftlichen Modelle kritisiert werden, die zentrale Bedingungen des physischen oder psychischen Überlebens und Wohlbefindens der Gesellschaftsmitglieder gefährden. Derartige Gesellschaftsmodelle können weder Anspruch auf Rationalität noch auf Legitimität erheben.

II. Befähigungen in der Praxis

Das Konzept der Befähigung stellt zwar die plausibelste Version eines Wertkonzeptes für die Theorie der distributiven Gerechtigkeit dar. Es ist jedoch sowohl für die theoretische Entwicklung wie für praktischen Anwendung, auf den dieser Bereich der angewandten Ethik abzielt, zusätzliche methodische Arbeit zu leisten. Zum einen ist zu ermitteln, welches die Befähigungen sind, die in einem interkulturellen Konsens etabliert werden können. Zum anderen ist zu ermitteln, wie die Erfüllung der Grundbedürfnisse an Befähigungen gemessen werden kann. Einer der prominenten Kritikpunkte an konkurrierenden Maßen für den Lebensstandard, der im zweiten Kapitel geäußert wurde, war die Unmöglichkeit der Operationalisierung. Aus diesem Grund wird in diesem Kapitel in erster Linie zu zeigen sein, dass es möglich ist, das Grundbefähigungskonzept durch interkulturellen Diskurs soweit zu präzisieren, dass eine umfangreiche Liste konkreter Befähigungen angegeben werden kann. Für diese wird überdies dargestellt werden, dass sie in empirischen Untersuchungen ermittelbar sind.

II.1. Die Befähigungslisten

Obwohl es unzählige Auflistungen menschlicher Grundbedürfnisse in unterschiedlichsten Kontexten gibt, können doch vier Ansätze besondere Beachtung in der anstehenden Debatte reklamieren. Dabei handelt es sich durchweg um Bemühungen, eine universalistische Basis für die Beschreibung eines guten Lebens zu ermitteln. Die ersten beiden dieser Ansätze sind diejenigen von Martha Nussbaum und von John Rawls, die bereits kurz vorgestellt wurden und im weiteren genauer untersucht werden. Der dritte Ansatz wird von Paul Streeten diskutiert und orientiert sich an der Entwicklungshilfepraxis. Der vierte Bereich wird durch den klassischen Versuch, eine allgemeine Beschreibung der Implikationen der Menschenwürde aufzustellen, durch die Erklärung der Menschenrechte repräsentiert.

Es handelt sich dabei immer um die Befähigungen, deren Verteilung im Rahmen der Grundbedürfnisdeckung stattzufinden hat, nicht die weiteren Befähigungen des Leximin-Verfahrens. Insofern kann hier auch von Grundbefähigungen gesprochen werden. Im Folgenden werden sowohl die theoretischen Gründe für die jeweilige Liste, wie auch die Liste selbst vorgestellt. Obwohl es hier nicht um eine abschließende Formulierung eines Grundkonsenses zur Bewertung gesellschaftlicher

Zustände geht, kann im Fazit dennoch auf eine breite Übereinstimmung der vorgestellten Befähigungslisten und ihrer methodischen Verfahren hingewiesen werden. Es wird dort darum gehen, die Bedürfnisse und Rechte der Listen von Rawls, der Entwicklungshilfepraxis und der Menschenrechtserklärung in das Modell der Grundbefähigungen umzusetzen.

II.1.1. Die ‚Nussbaum Liste‘

Martha Nussbaum geriet mit ihrer Formulierung einer Liste grundlegender menschlicher Befähigungen und Bedürfnisse früh in die Kritik besonders von kulturrelativistischer Seite. Wie bereits formuliert handelt es sich bei ihrer Liste jedoch nicht um eine externe Beurteilung fremder Kulturen, sondern vielmehr um ein Dialogangebot mit dem Ziel, zu einem Verfahren zu gelangen, wie Lebensbedingungen in unterschiedlichen kulturellen Umfeldern bewertet werden können.

Ihre Vorgehensweise zur Formulierung dieser Liste speist sich aus der Doppelstrategie von sozial- und naturwissenschaftlicher Forschung sowie hermeneutischem Zugang zu den Traditionen und Überlieferungen der jeweiligen Kultur. Während die Biologie das Korrektiv für Mängel in den physischen und grundlegenden psychischen Bedingungen menschlichen Lebens formuliert, ist der hermeneutische Prozess geeignet, die kulturellen Aspekte der menschlichen Lebensform zu erfassen. Auf diese Weise bemüht sich Nussbaum, in ihrer Liste sowohl der Naturbeschaffenheit, wie auch der kulturellen Bedingtheit des Menschen Rechnung zu tragen.

Ihre eigenen hermeneutischen Analysen menschlicher Bedingtheit orientieren sich in erster Linie an der griechischen Mythologie, in der sie dem Thema des Gegensatzes zwischen menschlicher Bedingtheit, Verletzlichkeit und Sterblichkeit und göttlicher Unabhängigkeit von weltlichen Bedingungen nachspürt. Auf diese Weise gewinnt Nussbaum in einem ersten Anlauf eine Reihe von Kriterien, anhand derer wir Mitglieder fremder Kulturen als Menschen erkennen und anerkennen. Personen oder besser Gesellschaften, denen eines dieser Merkmale nicht zukommt, können wir Nussbaum zufolge nicht als menschliche erkennen. Diese Eigenschaften wiederum konstituierten den Kern dessen, wozu ein menschliches Individuum in der Lage sein sollte, bzw. unter welchen Bedingungen eine Gesellschaft diesen Individuen mindestens zu leben gestatten muss.

Diese Methode Nussbaums weist einen eigentümlichen Zug darin auf, dass sie nicht nur auf Wesen abzielt, die auf bestimmte Weise in narrativen Strukturen charakterisiert werden, sondern auf solche, die sich in diesen Strukturen bzw. in einer Art der deskriptiven und normativen Zugangsweise selbst thematisieren und charakterisieren. Dies führt zwar wie in allen Situationen der Selbstinterpretation in einen hermeneutischen Zirkel, macht darüber hinaus aber auf eine Besonderheit aufmerksam, die in Nussbaums Liste der Fähigkeiten kaum gesondert erscheint: Die Fähigkeit das eigene Dasein zu interpretieren und in normativen Strukturen zu überschreiten. Die Möglichkeit der Gestaltung des eigenen Lebens fasst Nussbaum zwar unter ‚Praktische Vernunft‘, es ist aber aus methodischen Gründen darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Wesen, die Nussbaum beschreibt, immer schon um Wesen handelt, die individuell wie kollektiv in der Lage sind, auf die Bedingungen ihres Lebens zu reflektieren und dieses unter normative Vorgaben zu stellen. Sie sind insofern auch in der Lage, die Theorie des Guten, die in einer solchen Liste konzipiert wird, zu bewerten.

Die Liste Martha Nussbaum lässt sich folgendermaßen aufschlüsseln:

1) Leben:

- Die Befähigung, ein menschlichen Lebens normaler Länge zu führen.
- Die Befähigung, nicht vorzeitig oder bevor das Leben nicht mehr lebenswert ist zu sterben.

2) Körperliche Gesundheit:

- Die Befähigung, sich guter körperlicher wie reproduktiver Gesundheit²⁰⁶ zu erfreuen.
- Die Befähigung, sich ausreichend zu ernähren.
- Die Befähigung, hinreichende Unterkunft zu finden

3) Körperliche Unversehrtheit

- Die Befähigung, sich frei zu bewegen.
- Die Befähigung, Kontrolle über den eigenen Körper und seine Grenzen auszuüben.
- Die Befähigung, vor Gewalt und Übergriffen jeder Art geschützt zu sein.

²⁰⁶ Der Begriff der ‚reproductive health‘ umfaßt „complete physical, mental and social well-being and not merely the absence of disease or infirmity, in all matters relating to the reproductive system and its process. Reproductive Health therefore implies that people are able to have a satisfying and save sex life and that they have the capability to reproduce and the freedom to decide if, when, and how often to do so.“ So beschlossen auf der International Conference on Population and Development (ICPD) 1994.

- Die Befähigung zu sexueller Befriedigung.
- Die Befähigung zur Wahl hinsichtlich der Reproduktion.

4) Sinneswahrnehmung, Vorstellung und Denken

- Die Befähigung, die Sinne zu gebrauchen, zu informierten Vorstellungen, Gedanken und Vernunftgebrauch.
- Die Befähigung, sich Bildung anzueignen. (mindestens Alphabetisierung, grundlegende mathematische und naturwissenschaftliche Kenntnisse)
- Die Befähigung, künstlerischen, literarischen, musikalischen und religiösen Selbstausdruck zu rezipieren und produzieren.
- Die Befähigung, sich frei auszudrücken.
- Die Befähigung, seine Religion frei auszuüben.
- Die Befähigung, selbst eine Vorstellung vom Sinn des Lebens zu bilden.
- Die Befähigung, lustvolle Erlebnisse zu haben und unnötige Schmerzen zu vermeiden.

5) Gefühle

- Die Befähigung, an Gegenständen und Personen zu hängen, sie zu vermissen.
- Die Befähigung zu Liebe, Trauer, Sehnsucht, Dankbarkeit und gerechtfertigtem Ärger.
- Die Befähigung, ein Gefühlsleben unversehrt von Angst oder Trauma zu entwickeln.

6) Praktische Vernunft

- Die Befähigung, eine eigene Vorstellung des Guten Lebens zu entwickeln.
- Die Befähigung, kritisch über den eigenen Lebensplan zu reflektieren.
- Die Befähigung zur Gewissensfreiheit.

7) Verbundenheit (A)

- Die Befähigung, mit anderen zusammenzuleben.
- Die Befähigung, andere anzuerkennen und Sorge um andere zu zeigen.
- Die Befähigung, mannigfaltige soziale Interaktionen einzugehen
- Die Befähigung, sich in die Situation eines andern hineinzusetzen und Mitgefühl für die Situation zu haben.
- Die Befähigung zu Gerechtigkeit und Freundschaft.
- Die Befähigung, sich frei mit anderen zu versammeln.
- Die Befähigung, frei seine Meinung zu äußern.

7) Verbundenheit (B)

- Die Befähigung, über die soziale Grundlage des Selbstrespekts und der Freiheit von Erniedrigung zu verfügen
- Die Befähigung, als gleichwertiges Individuum mit der gleichen Würde wie andere angesehen zu werden.

- Die Befähigung, vor Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Kaste, Volkszugehörigkeit oder Nationalität geschützt zu werden.
- Die Befähigung, als menschliches Wesen zu arbeiten.
- Die Befähigung, praktische Vernunft bei der Arbeit auszuüben.
- Die Befähigung, in bedeutungsvolle Beziehung zu anderen Arbeitern zu treten.

8) Andere Spezies

- Die Befähigung, in Beziehung zu Tieren, Pflanzen und der Welt der Natur zu leben und Sorge für diese zu empfinden.

9) Spiel

- Die Befähigung zu lachen, spielen und erholsame Aktivitäten zu genießen.

10) (A) Politische Kontrolle über die eigene Umwelt

- Die Befähigung, effektiv an den Entscheidungen zu partizipieren, die das eigene Leben bestimmen.
- Die Befähigung zu politischer Partizipation berechtigt zu sein.
- Die Befähigung, seine Meinung frei zu äußern.
- Die Befähigung, sich mit anderen frei zu Vereinigungen zusammenzuschließen.

10) (B) Materielle Kontrolle über die eigene Umwelt.²⁰⁷

- Die Befähigung, Eigentum und Besitz an beweglichen und unbeweglichen Sachen zu haben und auszuüben.
- Die Befähigung, gleiche Eigentums- und Besitzrechte wie andere zu haben.
- Die Befähigung, auf gleicher Basis wie andere Anstellung zu suchen.
- Die Befähigung, willkürlicher Durchsuchung und Beschlagnahme zu entgehen.

An dieser Liste wird häufig kritisiert, sie verbinde unzusammenhängende Charakteristika, von denen zwar einige als grundlegende menschliche Eigenschaften angesehen werden könnten, andere aber bestenfalls westliche Idealisierungen seien. Wie bereits in Kapitel 2 angemerkt, ist diese Kritik dann am ehesten berechtigt, wenn sie von Gesellschaften formuliert wird, die sich mit dieser Liste nicht identifizieren können. So sind möglicherweise Gesellschaften denkbar, die keinerlei Verbindung zu anderen Spezies mehr aufweisen, doch gerade diese Gesellschaften sind es, die sich in angeblichen westlichen Idealisierungen wieder finden müssten, namentlich westliche Großstadtkulturen. Dennoch ist auch in diesem Falle zu bezweifeln, ob die Selbstinterpretation der betroffenen Menschen wirklich von dieser Fähigkeit absehen kann. Obwohl der direkte Kontakt zu anderen Spezies weitaus geringer ist als unter

²⁰⁷ Vgl. Nussbaum 2000, S. 78 ff.

ländlichen Lebensbedingungen, definieren doch auch unter solchen Umständen Personen ihr eigenes Leben auch im Bezug auf die natürliche Umwelt, zu der auch die Tier- und Pflanzenwelt gehören.

Auffällig an Nussbaums Liste ist der Mangel an Bezugnahmen auf rechtliche Grundsätze, die breite Bereiche der Menschenrechtskataloge bestimmen. Diese Auslassung weist bereits auf einen problematischen Bereich des interkulturellen Diskurses hin. Gerade in juristischer Hinsicht ist das europäische Gesellschaftsmodell bereits selbst eine Mischung aus universellen Bestimmungen wie etwa dem Willkürschutz oder aber einigen Schutzrechten und kulturellen Eigenheiten wie etwa dem Rechtsbehelfsanspruch, der ein bestimmtes, professionalisiertes Rechtssystem voraussetzt.

Insgesamt sind wenige tatsächliche Idealisierungen in der Liste Nussbaums enthalten. Sie verhält sich dennoch konträr zu vielen tatsächlichen Lebensbedingungen, insbesondere dort, wo die Gleichheit und Freiheit in der Lebensführung einzelner Gruppen eingeschränkt wird. Während der Kulturrelativismus gerade gesellschaftliche Differenzierungen, die auch mit unterschiedlichen Lebensbedingungen einher gehen können, als Kennzeichen einer Kultur und Bedingung ihres Zusammenhalts ansieht, weist Nussbaum darauf hin, dass solche Differenzierungen nur dann statthaft sein können, wenn sie nicht nur das informierte und freie Einverständnis der Betroffenen haben, sondern darüber hinaus ihre grundlegenden Lebensbedingungen nicht schmälern. Exemplarisch für Fälle, in denen diese Bedingung verletzt wird, sind natürlich die Behandlung von Frauen in bestimmten fundamentalistischen Regimen und das indische Kastensystem. Ebenso lassen sich aber unzählige multiethnische Staaten, in denen einzelne Volksgruppen unter rechtlicher und ökonomischer Ungleichheit zu leiden haben, als Beispiele heranziehen. Während der Kulturrelativismus in Gleichheitsforderungen, die auf solche Verhältnisse gerichtet sind, Idealisierungen einer abendländischen Tradition sieht, versucht Nussbaum sie als ungerechtfertigte Machtausübung und Unterdrückung zu entlarven, die unter dem Deckmantel der Tradition auftritt. Die Tatsache, dass die Konzepte der Grundbefähigungen oder der Menschenrechte in erster Linie in der europäischen Tradition so formuliert wurden, ist ihres Erachtens kein Beweis dafür, dass es sich hierbei nicht um universelle Bestimmungen handeln kann.

Nussbaum begegnet der Kritik, westlichen Idealisierungen eine dominante Rolle in der Politik anderer Staaten einräumen zu wollen, mit drei zentralen Argumenten. Die ersten beiden sind von John Rawls übernommen, es handelt sich dabei um die Konzepte des Überlegungsgleichgewichtes und des überlappenden Konsenses. Das Ziel ihres Dialogangebotes ist sowohl ein konsistentes d.h. im Überlegungsgleichgewicht entstandenes ethisches Modell der menschlichen Grundbedürfnisse wie auch ein internationaler, überlappender Konsens über dieses Modell. Darüber hinaus führt sie gerade das Konzept der Befähigung als Argument gegen angebliche Fremdbestimmung an. Im Begriff der Befähigung liegt bereits die Selbstbestimmung des Individuums, von dem vorhandenen Angebot Gebrauch zu machen und bestimmte Funktionen zu realisieren, oder dies zu unterlassen. Wie das im zweiten Kapitel vorgestellte Argument, Legitimität werde zentral durch die Möglichkeit der Verweigerung der jeweiligen Struktur oder Entscheidung konstituiert, so spricht auch für die Befähigungen gerade die Möglichkeit, keinen Gebrauch von ihnen zu machen.

II.1.2. Rawls ‚Grundbefähigung zum kooperativen Gesellschaftsmitglied‘

Die Grundbedürfnisliste von John Rawls ist weniger dicht formuliert. Er beschränkt sich darauf, die Bedingungen anzugeben, unter denen ein Mensch an der gesellschaftlichen Kooperation teilnehmen kann. Weil die Teilnahmemöglichkeit an der gesellschaftlichen Kooperation aber nicht nur das Ziel des Rawlsschen Ansatzes sondern wie oben dargestellt auch die Legitimitätsbedingung einer Gesellschaftsordnung ist, kann im weiteren davon ausgegangen werden, dass diese Bedingungen als die Grundbedürfnisse einer Person bezeichnet werden müssen.

Eine starke Formulierung der Grundbedürfnisforderung findet sich in Rawls *Theorie der Gerechtigkeit* noch nicht. Dort spricht er zwar davon, dass „die Umverteilungsabteilung ein bestimmtes Wohlfahrtsniveau gewährleistet und auf die Bedürfnisse eingeht“,²⁰⁸ doch in diesem Werk thematisiert Rawls die Grundbedingungen des kooperativen Gesellschaftsmitgliedes nicht im Detail. In *Politischer Liberalismus* hingegen macht er diese Forderung nach einem bestimmten Wohlfahrtsniveau sehr viel stärker. Er konstatiert, es seien „Maßnahmen notwendig, um die Grundbedürfnisse aller Bürger zu befriedigen, damit sie sich am politischen

²⁰⁸ Rawls 1996, S. 310.

und sozialen Leben beteiligen können.²⁰⁹ Diese Forderung wird allerdings nur dahingehend präzisiert, „dass Menschen unterhalb eines bestimmten Niveaus des materiellen und sozialen Wohlergehens sowie der Bildung und Ausbildung sich nicht als Bürger und schon gar nicht als gleiche Bürger am sozialen Leben beteiligen können.“²¹⁰ Weil es aber in jeder Gesellschaft unterschiedliche Bedingungen der Partizipation am sozialen und politischen Leben gäbe, müsse man sich die jeweilige Gesellschaft ansehen, um zu beurteilen, welches das adäquate zu fordernde Niveau des Wohlergehens und der Bildung sei. In jedem Falle handele es sich bei dieser Grundausrüstung nicht um die Ausrüstung, auf die das Differenzprinzip zielt. Vielmehr müsse diese Grundausrüstung vor jeder Anwendung des Differenzprinzips immer schon gewährleistet sein, sie sei ein wesentlicher Verfassungsinhalt.

Leider schlüsselt Rawls jedoch weder exemplarisch noch allgemein auf, wie die Grundbedürfnisse eines Bürgers sich zusammensetzen. Er beruft sich wiederum auf die Liste der Grundgüter, die in *Politischer Liberalismus* ‚Grundrechte und Freiheiten, Freizügigkeit, freie Berufswahl, Einkommen, Besitz und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung‘ lautet. Gerade die Begriffe der Bildung und Ausbildung, die zu den Bedingungen der Kooperation als Bürger gehören tauchen aber hierin nicht auf. Es ist also wie schon in *Eine Theorie der Gerechtigkeit* damit zu rechnen, dass die sozialen Bedingungen der Selbstachtung sehr weit auszulegen sind, und wahrscheinlich so disparate Elemente wie Bildung und beispielsweise eine zureichende Unterkunft oder Bekleidung umfassen.

Die genannten Grundbedürfnisse des kooperationsfähigen Bürgers sind aber gleichzeitig auch die Bedingungen unter denen Menschen in der Lage sind, eine eigene Konzeption des guten Lebens zu formulieren. Diese Fähigkeit gehört für Rawls wie selbstverständlich zu den Eigenschaften des Bürgers, sie ist aber aufgrund der Ähnlichkeit zum Argumentation Nussbaum noch einmal hervorzuheben. Wie auch Nussbaum, die auf diejenigen Wesen abhebt, die sich in narrativen Strukturen selbst interpretieren, beschreibt Rawls Wesen, die unter der Bedingung bestimmter Grundbedürfnisse in der Lage sind, eine eigene Konzeption des guten Lebens zu entwickeln. Rawls verzichtet auf eine Charakterisierung des Prozesses, der zu einer solchen Vorstellung eines guten Lebens führt. Es kann sich dabei durchaus um eine

²⁰⁹ Rawls 1998, S. 258.

²¹⁰ Rawls 1998, S. 259.

narrative Selbstinterpretation handeln, wie Nussbaum sie vorstellt. Zentral ist für ihn allein die Möglichkeit einen Lebensplan und damit einer Interpretation des eigenen Lebens zu konzipieren.

Wenn die Rawlssche Konzeption in die Form einer Liste gebracht werden soll, so sieht diese Liste folgendermaßen aus:

- ein bestimmtes Niveau des materiellen Wohlergehens
- ein bestimmtes Niveau des sozialen Wohlergehens
- ein bestimmtes Niveau der Bildung
- ein bestimmtes Niveau der Ausbildung
- Bürgerstatus
- Gleichheit des Bürgerstatus aller
- die Fähigkeit, sich am sozialen Leben beteiligen zu können
- Grundrechte
- Freiheiten
- Freizügigkeit
- freie Berufswahl
- Einkommen
- Besitz
- die sozialen Grundlagen der Selbstachtung

Obwohl Rawls sich im Laufe seiner Arbeit mehr und mehr darauf zurückgezogen hat, westliche oder nur die amerikanische Gesellschaft zu betrachten, kann diese Liste doch bis auf einen Punkt als Vorlage für eine universalistische Konzeption von Grundbedürfnisse angesehen werden. Die problematische Bestimmung ist die der freien Berufswahl. Man kann darüber streiten, ob eine freie Berufswahl nicht schon eine stark differenzierte Gesellschaft voraussetzt, die in breiten Bereichen der gegenwärtigen Welt so noch nicht gegeben ist. Wenn mit freier Berufswahl nur gemeint ist, dass gesellschaftliche oder staatliche Stellen einer Person ihre berufliche Laufbahn nicht vorschreiben haben, so ist der Punkt unstrittig. Wenn aber damit gemeint ist, einer Person stünde es frei, einen Beruf zu wählen, dessen Dienste von niemandem nachgefragt werden, und dann bei Verdienstausschlag darauf zu pochen, sie müsse von staatlichen Stellen versorgt werden, so ist dieser Punkt

problematisch.²¹¹ Die Forderung Nussbaums nach der Befähigung ein Anstellung zu suchen ist in dieser Hinsicht weniger problematisch.

Darüber hinaus mangelt es der Rawlsschen Liste natürlich an der konkreten Ausführung notorisch vieldeutiger Begriffe wie den ‚sozialen Grundlagen der Selbstachtung‘ aber auch des ‚sozialen Wohlergehens‘.

II.1.3. Entwicklungshilfepraxis

Die Entwicklungshilfepraxis orientiert sich in erster Linie an den physischen Grundbedürfnissen der Subsistenz. Mit dieser Konzentration jenseits der politischen und sozialen Rechte stellt sie in der hier vorgestellten Auswahl eine Ausnahme dar. Diese Konzentration ist darauf zurückzuführen, dass die praktische Umsetzung von Entwicklungshilfe derzeit an die Bedingungen bestehender Staaten gebunden ist. Eine Einforderung politischer und sozialer Rechte würde nur dazu führen, dass die Hilfeleistung als Angriff auf die nationale Souveränität verstanden und abgelehnt würde. Ähnliche Kritik wird immer wieder an den bedingten Krediten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds laut, die nur bei Strukturreformen der staatlichen Wirtschaftspolitik gewährt werden. Ein Eingriff, der über die Wirtschaftspolitik hinausginge oder über eine weniger einflussreiche Geberanstalt angestrebt würde, wäre wohl kaum durchzusetzen.

Insofern spiegelt die vorgestellte Liste der Grundbedürfnisse das Ergebnis einer pragmatischen Abwägung wieder. In der Begründung der jeweils geförderten Grundbedürfnisse findet sich dieser Pragmatismus aber nicht. Selbstverständlich ist die primäre Begründung aller Entwicklungshilfe die Versorgung Not leidender Menschen. Wahrscheinlich ist die primäre Begründung, diese Entwicklungshilfe staatlich zu finanzieren, noch zu großen Teilen Interessenpolitik der jeweiligen

²¹¹ Eine Klärung dieses Punktes bedürfte der Diskussion, wann einer Person der Gesellschaft ihre Kooperation verweigert, und wie die Gesellschaft auf eine Kooperationsverweigerung reagieren kann und darf. Zu dieser Problemstellung sei nur soviel gesagt: Eine Person, die willentlich und wissentlich die Kooperation in einer Gesellschaft verweigert, stellt Ansprüche an andere Personen, mit denen sie explizit die Bindung aufkündigt. Insofern kann sie sich in diesen Ansprüchen kaum mehr auf eine gegenseitige Verpflichtung berufen, aus der sie die anderen ja mit ihrem eigenen Austritt befreit hat. da aber die willentliche und wissentliche Aufgabe der gesellschaftlichen Kooperation in den meisten Fällen stillschweigend getätigt wird, ist es jenseits von schweren Straftaten nur schwer festzustellen, welche Personen sich der Gesellschaft verweigern. Da aber die Sanktionsmaßnahmen nur für solche Personen gerechtfertigt sind, und keinesfalls für diejenigen, denen die Gesellschaft die Kooperation nicht ermöglicht, oder die aus unverschuldeten besonders aber ungewollten Gründen nicht kooperieren können, kann die Sanktion der Kooperationsverweigerung praktisch nur sehr eingeschränkt realisiert werden.

Staaten. Von größerem methodischen Interesse sind aber die Überlegungen zur langfristigen Wirkung des Grundbedürfnisansatzes. Der Erfüllung der Grundbedürfnisse und insbesondere der Bildungsbedürfnisse wird nämlich zugetraut, die Bedingungen der zukünftigen Selbstversorgung zu schaffen.

In der Diskussion um das Verhältnis von Grundbedürfnissicherung und Wachstum, die anfänglich von der Ansicht bestimmt war, die Grundbedürfnispolitik ginge auf Kosten des ökonomischen Wachstums, wurde von einigen Ökonomen die These vertreten, die Erfüllung der Grundbedürfnisse habe wachstumssteigernde Wirkung. Exemplarisch hierfür ist die Feststellung von Streeten:

„The process of meeting basic needs may reduce growth insofar as resources are diverted from investment to consumption, but the achievement of massive investment in human capital will speed up growth because human capital has become more productive“.²¹²

Weil die Erfüllung von Grundbedürfnissen eine direkte Erhöhung der Arbeitsproduktivität darstellt, ist in der Tat davon auszugehen, dass eine wichtige Variable der volkswirtschaftlichen Produktion positiv beeinflusst wird. Das Argument, Ressourcen würden für diesen Zweck von den anderen drei variablen (Boden, Kapital, technischer Fortschritt) abgezogen, ist nur dann stichhaltig, wenn ohne die Grundbedürfnissicherung mehr Ressourcen in diese Bereiche geflossen wären. Da aber die Entwicklungshilfe darauf abzielt, Menschen in Not zu helfen, nicht aber fremde Volkswirtschaften um ihrer selbst willen aufzubauen, ist die zu vergleichende Alternative das Ausbleiben des Ressourcenflusses.²¹³ Das Argument, Ressourcen würden von anderen wichtigen Bereichen abgezogen, beruht auf der Voraussetzung, die Hilfeempfänger wäre in der Lage, entweder die volkswirtschaftliche Investitionstätigkeit oder aber die Grundbedürfnissicherung durch ihr eigenes Bruttoinlandsprodukt zu decken, weitere Ressourcen stünden jedoch nicht zu Verfügung. Für gewöhnlich ist aber keines von beiden der Fall. Weder reicht das BIP der Empfängerländer zur Deckung der Investitionstätigkeit, noch ist das BIP der einzige Ressourcenfluss. Vielmehr handelt es sich hier um eine

²¹² Streeten 1981, S. 100.

²¹³ Dies stellt insoweit eine idealisierte Situation dar, in der Entwicklungshilfe nicht an das Eigeninteresse des Staates gebunden bleibt und somit nicht geleistet wird, wenn sie den Not leidenden nicht hilft. Es ist aber damit zu rechnen, dass diese Situation insofern realistisch ist, als Geberländer auf ihre eigeninteressierten Investitionen ohnehin nicht verzichten und Entwicklungshilfe darüber hinaus leisten.

Frage der Prioritätensetzung der Geberländer. Soll mehr Geld in den möglicherweise renditeträchtigen Aufbau der Volkswirtschaft eines potentiellen Handelspartners investiert werden, oder soll Entwicklungshilfe um der Not leidenden willen gewährt werden. Dabei schließen eigentlich nur die Budgets der jeweiligen Geberländer aus, dass beides getan wird.

Die Grundbedürfnisse, die im Rahmen der Entwicklungshilfe zu erfüllen gesucht werden, sind unter anderem dazu ausgewählt worden, spätere Eigenleistung zur Deckung dieser und weiterer Bedürfnisse zu ermöglichen. Insofern liegt eine ähnliche Argumentationsstruktur vor, wie bei Martha Nussbaum und John Rawls, wobei aber hier auf das Feld der Selbstinterpretation und der persönlichen und politischen Autonomie verzichtet wurde. Die Liste der Grundbedürfnisse, die in den meisten Entwicklungshilfeplänen und Projekten angestrebt wird ist:

- Gesundheit
- Unterkunft
- Ausbildung
- Nahrung
- Wasserversorgung
- Sanitäre Versorgung

Diese Liste hat den Vorteil, keine westlichen Idealisierungen zu enthalten, und in der Praxis von jedem Staat und jeder Kultur anerkannt zu werden. Weil sie sich auf die Minimalbedingungen des Überlebens und der späteren Selbstversorgung beschränkt, kann sie als unstrittige Schablone dienen, über die zwar die meisten Formulierungen von Grundbedürfnissen hinausgehen, hinter die aber kein Modell zurücktreten darf.

Insofern diese Liste den Begriff der Ausbildung enthält, geht sie über die physiologischen Bedürfnisse menschlicher Wesen hinaus, sie macht aber vor sozialen und kulturellen Eigenschaften und den daraus resultierenden Bedürfnissen von Menschen halt. Die zugrunde liegende Argumentation nimmt auf soziale und kulturelle Bestimmungen keinen Bezug. Weil auf diese Weise jede kulturelle Eigenschaft, unabhängig ob universell oder kulturspezifisch, ausgeblendet wird, ist dieser Ansatz gegenüber allen Gesellschaftsformen indifferent, gleichgültig inwieweit sie legitim sind. Insofern greift diese Liste zu kurz, da sie offenbar eine zentrale Bedingungen einer gerechten Gesellschaftsordnung, nämlich die Möglichkeit, ihr die Zustimmung zu verweigern, nicht in den Blick bekommt. Diese

Verkürzung der Perspektive schränkt wie bereits im zweiten Kapitel dargestellt die Tauglichkeit des Grundbedürfnisansatzes als vollständige Theorie der Gerechtigkeit ein. Und, wie hier dargestellt wurde, ist auch die Liste der Grundbedürfnisse nicht umfangreich genug, um die Bedingungen einer gerechten Gesellschaft, auf die die Theorie der Grundbefähigungen abzielt, zu erfassen. Im Rahmen dieser Kritik ist aber darauf hinzuweisen, dass die Entwicklungshilfepraxis dies auch nicht zu leisten hat. Sie ist darauf ausgelegt jenseits von weiterführenden Gerechtigkeitserwägungen innerhalb des jeweiligen Landes Hilfe für Not leidende zu leisten. Ihr Absehen von weiterführenden Ansprüchen und Kritik an der jeweiligen Gesellschaft ist eine Notwendigkeit, um diese Aufgabe erfüllen zu können.

Sie liefert dennoch oder gerade deswegen ein unhintergebares Fundament menschlicher Grundbedürfnisse, welches durchaus noch kritisches Potential für solche Verhältnisse und Strukturen aufwirft, die einzelne Personen oder Gruppen in absoluter Armut zu leben zwingen.

II.1.4. Human Rights Declaration

Im Gegensatz zur Entwicklungshilfe stehen im Mittelpunkt der Erklärung der Menschenrechte die politischen Rechte, während die sozialen und wirtschaftlichen Rechte erst in späten Artikeln und darüber hinaus wenig prägnant formuliert werden. Die Betrachtung geht von der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 aus, weil dieser Erklärung die meisten Staaten zugestimmt haben, und sie sich zumindest der Intention auf alle Menschen bezieht, und nicht nur auf Bewohner bestimmter Staaten (Banjul Charta) oder Mitglieder einer bestimmten Religionsgemeinschaft (Kairoer Erklärung, Erklärung der Menschenrechte im Islam). Allerdings sind viele der alternativen Erklärungen gerade aus der Kritik an der 48er Erklärung entstanden, sie verallgemeinere westliche Gesellschafts- und Wertstrukturen. Dieser Vorwurf wird im folgenden untersucht werden, wobei sich herausstellt, dass gerade bei den sozialen und wirtschaftlichen Werten sehr wohl Idealisierungen westlicher Strukturen zu finden sind.

Wie auch die zuvor untersuchten Listen hat die Erklärung der Menschenrechte eine selbstbestätigende Struktur, aber nicht insofern sie die Bedingungen ihrer eigenen Erfüllung beschrieb und fordere, sondern vielmehr insofern, als sie Institutionen fordert, die die Umsetzung garantieren. Während sich die Listen von Nussbaum, Rawls und der Entwicklungshilfepraxis an menschlichen Fähigkeiten zur Erfüllung

der in der Liste geforderten Grundbedürfnisse und ihren Bedingungen orientierten, konzentriert sich die Erklärung der Menschenrechte auf klare politische Forderungen an die staatliche und internationale Ordnung. Sie stellt nicht nur Kriterien auf, denen nationale und internationale Normen und Verhältnisse entsprechen sollen, sie formuliert vielmehr selbst eine internationale Norm.

Gerade dieser starke konkrete Anspruch hat auch dazu geführt, dass die Erklärung nicht den Status einer völkerrechtlichen Dokumentes erhalten hat. Sie lässt relativ wenig Spielraum in der staatlichen Ausdifferenzierung der einzelnen Normen, sondern tritt bereits als konkrete Anweisung auf. Die Stärke und Konkretheit des Anspruches gepaart mit den bestehenden Idealisierungen westlicher Strukturen können eine Ablehnung durchaus rechtfertigen. Allerdings ist auch zuzugestehen, dass eine nicht zu übersehende Zahl von Ablehnungen der Menschenrechtserklärung eher darauf basieren, dass Regime auch die grundlegendsten Bedürfnisse von Menschen nicht anzuerkennen bereit sind. Eine Ablehnung aus solchen Gründen kann nicht gerechtfertigt werden.

Im Folgenden wird eine aufgeschlüsselte Liste der Menschenrechte laut der Erklärung von 1948 dargestellt, die von Unklarheiten in der Formulierung befreit ist wo möglich und nur die Artikel darstellt, in denen wirklich Menschenrechte formuliert werden.

- § 2: universeller, diskriminierungsfreier Anspruch auf die folgenden Menschenrechte
- § 3: Leben, Freiheit, Sicherheit der Person
- § 4: Freiheit vor Sklaverei oder Leibeigenschaft
- § 5: Körperliche und psychische Unversehrtheit, Abwehr von jeglicher grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung
- § 6: Rechtsfähigkeit
- § 7: rechtliche Gleichheit, Diskriminierungsverbot
- § 8: Rechtsbehelfsanspruch
- § 9: Willkürverbot gegenüber Festnahme, Haft und Landesverweis
- § 10: Recht auf gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen, unparteiischen Gericht
- § 11: Unschuldsvermutung, sine lege nulla poene, nulla poene supra lege
- § 12: Willkürverbot gegenüber Privatleben, Familie und Wohnung, Briefgeheimnis, Ehrenschatz
- § 13: Bewegungsfreiheit, freie allgemeine Ausreise und freie Einreise in Heimatland

- § 14: Asylrecht
- § 15: Recht auf Staatsangehörigkeit und deren Wechsel, Schutz vor willkürlichem Entzug der Staatsangehörigkeit
- § 16: freie, freiwillige Eheschließung und Familiengründung, Gleichberechtigung der Partner
- § 17: Eigentum, Schutz des Eigentums
- § 18: Gedankenfreiheit, Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit der Religionsausübung
- § 19: Meinungsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung, Informationsfreiheit
- § 20: Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit
- § 21: politische Partizipation, gleicher Zugang zu Ämtern, Volkssouveränität, Wahlmodus
- § 22: soziale Sicherheit, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedingungen der Würde und Entwicklung der Person
- § 23: Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, gerechte befriedigende Arbeitsbedingungen, Schutz vor Arbeitslosigkeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gerechte und befriedigende Entlohnung, der menschlichen Würde entsprechende Existenzsicherung durch Lohn und soziale Schutzmaßnahmen, Gewerkschaftsbildung und -beitritt
- § 24: Freizeit, Erholung, vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit, regelmäßiger bezahlter Urlaub
- § 25: Mindestlebensstandard (Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung, notwendige soziale Leistungen), Unterhaltssicherung im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel
- § 26: Bildung, unentgeltliche obligatorische Primärbildung, allgemeine Verfügbarkeit von sekundärer Bildung, allgemeine qualifizierte Verfügbarkeit tertiärer Bildung, Bildungswahl für Nachkommen
- § 27: Teilnahme am kulturellen Leben der Gemeinschaft, Kunstrezeption, Teilhabe am Fortschritten der Wissenschaft und dessen Errungenschaften, Urheberschutz

Trotz der Zusammenfassung sind in dieser Erklärung noch unzählige Unklarheiten enthalten. Gerade Begriffe wie ‚unmenschlich‘ (§ 5) aber auch ‚Würde‘ (§§ 22, 23), ‚vernünftig‘ (§ 24) oder ‚gerecht‘ (§ 10) setzen einen Konsens voraus, der jedoch scheinbar nicht besteht oder zumindest der expliziten Formulierung bedürfte.

Darüber hinaus sind aber einige der Artikel tief im westlichen Wirtschafts- bzw. Rechtssystem verankert. Darunter fallen die Artikel 10, 11 sowie 23, 24 und 27. Im Einzelnen setzt die Forderung nach einem Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, gerechte befriedigende Arbeitsbedingungen und Schutz vor Arbeitslosigkeit (§ 23) ein differenziertes Wirtschaftssystem voraus, welches zu einem überwiegenden Teil

aus Arbeitnehmern mit Arbeits- und Lohnvertrag nach westlichem Muster besteht. Gerade auf agrarische Produktionskollektive oder Subsistenzlandwirtschaft, aus denen ein breiter Bereich der Produktionsstruktur armer Länder besteht, sind diese Modelle jedoch nicht anwendbar. Weder kann von einem Recht auf Arbeit gesprochen werden, wenn die Möglichkeit zu arbeiten vollständig von den Zyklen der Natur und den Subsistenzbedürfnissen diktiert wird, noch ist der Begriff der gerechten und befriedigenden Arbeitsbedingungen auf jede Arbeit anwendbar, deren Leistung unabdingbar ist. Das Problem der freien Berufswahl wurde bereits im Rahmen der Diskussion der Rawlsschen Liste erwogen, dabei hat sich herausgestellt, dass dieser Begriff nur als Abwehrrecht gegen staatliche oder gesellschaftliche Zwangsmaßnahmen Sinn macht.

Ähnlich eingeschränkt ist die Forderung nach einer vernünftigen Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigem bezahlten Urlaub (§ 24). Weder ist klar, was eine vernünftige Begrenzung ist, noch ist sie in jedem Falle anwendbar. Sinnvoller ist in diesem Zusammenhang der erste Teil des Artikels, der Freizeit und Erholung fordert. Bezahlter Urlaub ist ebenso von bestimmten Wirtschaftsstrukturen abhängig und oft kaum anwendbar. Hierbei ist nicht an japanische Arbeitnehmer zu denken, die zum Urlaub gezwungen werden müssen, sondern wiederum an die Subsistenzlandwirtschaft. Entscheidender ist in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer der menschlichen Würde entsprechenden Existenzsicherung durch Lohn und soziale Schutzmaßnahmen bzw. einen Mindestlebensstandard. Diese Rechte setzen kein bestimmtes Wirtschaftssystem voraus sondern können vielmehr allen kulturellen Umfeldern angepasst werden.

Der Artikel 10 ist aufgrund seiner unklaren Formulierung problematisch, weil er mit dem Terminus des Gerichts und der Forderung nach der Öffentlichkeit eines Verfahrens auf eine bestimmte Struktur des Rechtssystems abzielt. Wenn der Begriff Gericht in einer weiten Auslegung interpretiert wird, so kann darunter durchaus auch eine Gelehrtenversammlung, ein Stammesrat oder eine andere Recht sprechende Versammlung gefasst sein. Diese weite Interpretation wäre mit einem universellen Anspruch durchaus vereinbar, wobei unter Umständen die Öffentlichkeitsforderung zu überdenken ist, die immerhin auch in westlichen Demokratien aus diversen Gründen, wie etwa dem Schutz des Angeklagten hinreichend oft eingeschränkt wird. Die zentrale Forderung des Artikels 10 ist vielmehr das Sondergerichtsverbot, dem ohne weiteres zuzustimmen ist.

Innerhalb eines europäisch geprägten Rechtssystems sind die Forderungen des § 11 sicherlich gerechtfertigt, dennoch muss in Zweifel gezogen werden, dass jede dieser Forderungen universellen Charakter hat. Die Strafbegrenzung, die in Artikel 11 gefordert wird, setzt bereits voraus, dass für Straftaten immer eine gesetzliche Höchststrafe formuliert wird. Die Idee einer festen Strafhöhe geht aber auf die jüdisch-christliche und islamische Idee der Wiedervergeltung zurück. Ein mögliches Strafrecht, welches sich von diesem eher transzendent begründeten Strafprinzip abwendet, könnte durchaus auf der Basis des Gesellschaftsschutzes ohne eine im vorhinein festgelegte Strafhöhe verfahren. Auf ein solches denkbare und legitime Strafrecht wäre diese Forderung des Artikel 11 nicht ohne weiteres anwendbar.

Der Artikel 27.2 formuliert eine Forderung nach Urheberschutz, die teilweise über die in westlichen Staaten realisierten Lösungen hinaus geht. Es ist nicht klar, wie ein hohes Schutzniveau für wissenschaftliche und künstlerische Werke ohne eine bestimmte Eigentumsstruktur gefordert werden kann. Weil aber nur das abstrakte Recht auf Eigentum und Besitz, nicht aber eine konkrete Eigentumsordnung als Universalie etabliert werden kann, ist dieser Artikel bereits zu voraussetzungsreich. Darüber hinaus sind selbst in der europäischen Union die Fragen nach dem Werkscharakter von wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen sowie nach deren Schutz noch nicht hinreichend geklärt, um ein urheberrechtliches Regelwerk als abschließend etabliert bezeichnen zu können. Als Menschenrechtsforderung scheint dieses Recht sowohl wegen seiner notorischen Unklarheit der Anwendungsfälle, wie auch seiner starken Voraussetzungen gegenüber Rechts- und Wirtschaftssystem nicht adäquat.

Über diese offensichtlichen Idealisierungen hinaus kann festgestellt werden, dass ein breiter Bereich der Menschenrechtserklärung von 1948 bereits strukturelle Vorgaben für gesellschaftliche Systeme macht. Was oben für die Artikeln 23, 24 und 10, 11 und 27 gezeigt wurde, trifft auch auf andere Bestimmungen zu. So kann es ein Recht auf Staatsangehörigkeit nur unter staatlichen Strukturen geben, ein Recht auf freie Eheschließung nur unter der Bedingung der Institution Ehe, gleichen Zugang zu Ämtern nur, wenn es festgelegte Ämter gibt. Dennoch werden in all diesen Bestimmungen Aspekte angesprochen, die unter den jeweiligen Bedingungen als Grundbedürfnisse verstanden werden müssen. Wenn in einer Gesellschaft beispielsweise die Institution der Ehe existiert, dann muss aufgrund der Gleichheitsforderung, des Diskriminierungsverbotes, des Sicherheitsbedürfnisses etc.

die Freiheit der Eheschließung etabliert werden. Fraglich ist nur, ob diese Forderungen nicht in allgemeineren Formulierungen aufgehen können, die jeden Fall abdecken, ohne bereits eine bestimmte Organisation der Gesellschaft als Normal- oder Idealfall zu propagieren.

Für eine solche Formulierung steht bereits in der Menschenrechtserklärung ein Beispiel zur Verfügung. Das Willkürverbot, welches in der Erklärung immer wieder auf einzelne Fälle eingeschränkt wird, wie etwa Artikel 9: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden“ oder Artikel 12: „Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden“ kann in allgemeinerer Form alle Einschränkungen der individuellen Lebensführung durch den Staat oder andere Personen unterbinden, die nicht auf der Basis notwendiger gesetzlicher Regelungen zur Garantie der gesellschaftlichen Kooperation beruhen. Eine solche Vorschrift hätte zwar den Nachteil der Interpretationsbedürftigkeit, wäre aber insofern einfach zu konkretisieren, dass für alle Eingriffe in die Lebensführung eine aufgeklärte und ungezwungene Zustimmung zu verlangen wäre. Auf diese Weise wäre der Intention der Menschenrechtserklärung, die in der Präambel erwähnten Umstände „da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen“ zu ächten, gedient, ohne gleichzeitig zu starke Vorgaben gesellschaftlicher Institutionen zu machen.

Der bedenklichste Punkt in der Erklärung ist aber wahrscheinlich die Anerkennung von Fremdherrschaft von Nationen über andere Völker und deren Gebiete. Obwohl der entsprechende Teil der Präambel gerade die Erfüllung der Menschenrechte in den betroffenen Gebieten fordert, muss die Formulierung „bei der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten wie der ihrer Oberhoheit unterstehenden Gebiete“ doch als Rechtfertigung von Fremdherrschaft interpretiert werden. Weil aber wie oben diskutiert Herrschaft nur auf der Basis des Einverständnisses bzw. der möglichen Verweigerung legitim sein kann, ist dieses Zugeständnis in einer Erklärung der Menschenrechte nicht zu rechtfertigen. Die Reaktion auf diesen Passus ist in nahezu jeder anderen Erklärung von Menschenrechten eindeutig, als Beispiele seien nur angeführt die Banjul Charta Artikel 19: „Die Herrschaft des einen Volkes über ein anderes kann durch nichts gerechtfertigt werden“ und die Kairoer Erklärung, Artikel

11: „Alle Staaten und Völker haben das Recht ihre unabhängige Identität zu bewahren und Kontrolle über ihren Reichtum und ihre natürlichen Ressourcen auszuüben“.

Während diese und andere Erklärungen kollektive Rechte stark machen, die wiederum den Verdacht nahe legen, diesen würden Individualrechte geopfert, kann die Allgemeine Erklärung zwar auf die Forderung nach politischer Partizipation verweisen, auf ihrer Basis kann einer Gesellschaft aber die Herrschaft über ihr Heimatland verweigert werden. Keine der beiden Lösungen ist befriedigend, eine entsprechende Umformulierung des Passus in der Allgemeinen Erklärung wäre zu fordern.

II.1.5. Fazit

Alle vorgestellten Grundbedürfnislisten verfügen über eine reflexive Komponente, wobei die der Menschenrechtserklärung aufgrund ihres starken Gesetzescharakters problematisch und wenig differenziert ist. Die anderen Listen hingegen sind so konzipiert, dass sie sowohl die Bedingungen ihrer eigenen Erfüllung, wie im Falle von John Rawls und Martha Nussbaums Konzepten auch die Bedingungen ihrer eigenen Formulierung formulieren. Aufgrund der Komplexität der menschlichen Lebensform, die sich aus naturbestimmten wie kulturellen Eigenschaften speist, muss eine Liste, die auf die Zustimmung aller Betroffenen zielt, gerade auch die Bedingungen der kulturellen Interpretation und Konstitution menschlicher Grundbedürfnisse in den Blick bekommen.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die unterschiedlichen Listen in die Sprache der Befähigungen zu übersetzen, um eine einheitliche Basis zur Bestimmung einer Grundbefähigungsliste zu erhalten.

II.1.5.1. Die Grundbefähigungen in Anlehnung an John Rawls

Die Liste der Bedingungen eines kooperativen Gesellschaftsmitgliedes, die oben beschrieben wurde, wird im folgenden wo möglich schrittweise in Befähigungen übersetzt. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk darauf, die teilweise ungenauen Angaben Rawls zu präzisieren und das Verhältnis zu den Befähigungen bei Nussbaum darzustellen.

„Ein bestimmtes Niveau des materiellen Wohlergehens“ und „ein bestimmtes Niveau des sozialen Wohlergehens“ sind nur schwer in die Begrifflichkeit der Befähigungen

zu transferieren, weil es leider unklar ist, welches Niveau hier angestrebt wird, und was unter sozialen Wohlbefinden zu verstehen ist. Sicherlich beinhalten diese Konzepte die grundlegenden Subsistenzmittel, darüber hinaus ist aber insbesondere im Ansehen des Verweises auf die Bedingungen der jeweiligen Gesellschaft anzunehmen, dass es sich hier um einen Status handelt, der der gesellschaftlichen Normalität nahe ist. So würde unter das soziale Wohlergehen in einer reichen Gesellschaft wahrscheinlich eine breitere Güterausstattung fallen, als in einer armen Gesellschaft. Weitere Aussagen über dieses Konzept des sozialen Wohlergehens wäre allerdings Spekulation.

„Ein bestimmtes Niveau der Bildung“ kann als die Befähigung, sich Bildung anzueignen in den Katalog der Grundbefähigungen eingehen. Diese Forderung ist deckungsgleich mit der Nussbaums. Dahingegen ist „ein bestimmtes Niveau der Ausbildung“ eine darüber hinausgehende Forderung. Sie rekurriert darauf, dass Menschen in Gesellschaften über besondere Fähigkeiten jenseits der Schulbildung bedürfen, um am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Obwohl diese Forderung mit zunehmender Differenzierung der Arbeitswelt an Bedeutung zunimmt, gibt es doch keine menschliche Gesellschaft, die keine Arbeitsteilung und mit ihr einhergehende spezialisierte Ausbildung aufweist. Insofern ist die Befähigung sich eine Ausbildung anzueignen eine wichtige Ergänzung der Liste der Grundbefähigungen.

Die Forderung nach Bürgerstatus und der Gleichheit des Bürgerstatus aller Gesellschaftsmitglieder ist nur schwer aufzuschlüsseln, weil der Begriff des Bürgers nur schwer zu präzisieren ist. Wahrscheinlich gehört zu diesem Konzept die Möglichkeit der Partizipation an Entscheidungen, die das eigene Leben bestimmen. In jedem Falle aber ist die Gleichheitsforderung hinsichtlich des Bürgerstatus sehr ähnlich der Forderung Nussbaums nach der Befähigung als gleichwertiges Individuum mit der gleichen Würde wie andere angesehen zu werden. Da weitere Informationen über Rawls Interpretation nicht vorliegen, kann keine weitere Schlussfolgerung aus diesem Konzept gezogen werden.

Die Befähigung, sich am sozialen Leben beteiligen zu können ist bis auf den Unterschied zwischen den Begriffen Fähigkeit und Befähigung sowohl bei Rawls wie auch bei Nussbaum präsent. Sie bedarf daher keiner weiteren Interpretation oder Übersetzung in eine Grundbefähigung.

Eine der undeutlichsten Nennungen auf Rawls Liste ist die der Grundrechte. Da es unzählige unterschiedliche Verständnisse von Grundrechten gibt, diese Liste eventuell sogar die Basis einer Grundrechtsforderung darstellt, muss dieser Punkt weiter präzisiert werden. Rawls bezieht sich für gewöhnlich auf die Grundrechte westlicher Demokratie, insbesondere diejenigen, die in der amerikanischen Verfassung und ihren Amendments festgeschrieben sind. Es ist allerdings fraglich, ob diese tatsächlich für einen universellen Konsens herhalten können. Eine sinnvolle Beschränkung ist die auf die herkömmlichen Abwehrrechte gegen staatliche Willkür, die als Basis eines legitimen Staates angesehen werden können. Dennoch bleibt dieser Punkt unbefriedigend, weil sich hier keine spezielle einzelne oder Gruppe von Befähigungen isolieren lässt, die unter den Begriff der Grundrechte fielen, ohne einer Vielzahl von abweichenden Interpretationen den Raum zu öffnen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der Freiheiten. Wenn die hier vorgestellte Analyse positiver Freiheit zugrunde gelegt wird, dann handelt es sich bei jeder der Befähigungen um eine Freiheit, wenn hingegen ein enger Begriff negativer Freiheit angenommen wird, so sind Grundrechte und Freiheiten als Abwehr staatlicher Willkür nahezu gleichbedeutend. Eine einheitliche, verbindliche Interpretation ist hier jedoch nicht in Sicht.

Ohne weiteres als die Befähigung sich frei zu bewegen, kann die Forderung nach Freizügigkeit übersetzt werden. Das Konzept der Freizügigkeit beschreibt zwar nur die Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Bewegung, während die Befähigung weiter gefasst ist, und die tatsächliche Möglichkeit der Bewegung umfasst, doch kann unter Verzicht auf die Rawlssche Trennung von Freiheit und Wert der Freiheit, die bereits oben als inkonsistent zurückgewiesen wurde, geltend gemacht werden, dass es sich hier um dieselbe Tätigkeit handelt, die Menschen zu ermöglichen ist.

Der problematische Punkt der freien Berufswahl, oder der Befähigung, frei einen Beruf zu wählen wurde bereits oben diskutiert. In dieser Formulierung geht die Befähigung der freien Berufswahl entweder in den Abwehrrechten gegen den Staat auf, oder stellt sehr hohe Anforderungen an ein Wirtschaftssystem. Die Freiheit der Berufswahl darf nicht unbezüglich der gesellschaftlichen Kooperation sein, und insofern ist die Formulierung Nussbaums, die auf die Befähigung gleiche Anstellung wie andere zu suchen abzielt, besser geeignet, um einer universalistischen Konzeption zu entsprechen.

Die Befähigung, über Einkommen zu verfügen, kann ohne weiteres in eine Liste der Grundbefähigungen eingehen, wenn damit nicht auf feste Lohnstrukturen bestimmter Wirtschaftsstrukturen, sondern auf die Notwendigkeit eines Ressourcenflusses abgestellt wird. Es ist eine Notwendigkeit jeden und auch menschlichen Lebens, einen kontinuierlichen Ressourcenzufluss aufrechtzuerhalten. Insbesondere im menschlichen Leben, welches von Arbeitsteilung und Tauschgeschäften jeglicher Art bestimmt ist, bleibt dieser Ressourcenfluss zeitlebens unverzichtbar. Es muss sich dabei nicht notwendigerweise um Geld handeln und die Quellen der Ressourcen können von staatlicher Unterstützung über Naturalientausch bis hin zur autarken Sicherung der Versorgung eine beliebige Breite abdecken. Alle diese Flüsse können die Forderung nach Einkommen erfüllen, einer von ihnen ist aber mindestens notwendig, um ein menschliches Leben zu leben.

Die Befähigung über Besitzrechte zu verfügen ist noch unbestimmt, darunter kann sowohl Partizipation an Allgemeinbesitz, wie auch Privatbesitz oder irgendeine andere Möglichkeit fallen. Es ist davon auszugehen, dass klare Besitzverhältnisse zumindest an grundlegenden Gütern, also die Möglichkeit, andere vom Gebrauch persönlicher Güter auszuschließen, allgemein anerkannt ist.

Weniger stark ist der Konsens bezüglich der genauen Ausdifferenzierung der jeweils eigentums- bzw. besitzfähigen Objekte (Produktionsmittel, Land, Tiere, ...). Insofern ist eine schwache Forderung wie die hier formulierte nach der Befähigung, Besitzrechte zu haben wahrscheinlich der weiteste Konsens, der in dieser Hinsicht zu erlangen ist. Darüber hinaus ist aber die Ergänzung der Gleichheit der Besitzrechte, die Nussbaum macht, angemessen. Eine Differenzierung in der Berechtigung, Besitz zu haben, wäre nicht nur ungerechtfertigt, sondern darüber hinaus bereits eine Form der Herrschaft, wie Rousseau überzeugend zeigen konnte.

Der letzte Bestandteil von Rawls Liste hat ebenso Eingang in die Befähigungsliste von Nussbaum gefunden. Die sozialen Grundlagen der Selbstachtung sind allerdings kaum definierbar. Wie Sen im Rückgriff auf Smith gezeigt hat, kann dazu beispielsweise ein bestimmter Bekleidungsstil gehören, aber es sind durchaus auch Kenntnisse über die Populärkultur oder eine grundlegende Ausdrucksfähigkeit darunter subsumierbar. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich hier um eine Allgemeinformel handelt, die all das umfassen soll, was durch die ausformulierten Befähigungen oder Rechte nicht erfasst wird. Eine solche Leerformel ist aber gerade

in einem interkulturellen Diskurs über die Lebensbedingungen von Menschen problematisch, weil sie Raum für Idealisierungen öffnet. Dennoch kann auf die sozialen Bedingungen der Selbstachtung nicht verzichtet werden, denn Selbstachtung ist eine Bedingung gesellschaftlicher Partizipation.

Es gibt im Bezug auf diesen Punkt zwei plausible Lösungen. Entweder wird versucht, die sozialen Bedingungen der Selbstachtung genauer zu spezifizieren, es fielen dann unter anderem die oben genannten Beispiele darunter, oder der Begriff wird so verstanden, dass er eine Bewertung nicht durch die anderen Kriterien erfasster Einschränkungen der Lebensbedingungen von Personen in der Gesellschaft ermöglichen soll. Diese zweite Version erfordert allerdings ein hohes Maß interkultureller Verständigung, weil wie erwähnt die Wahrscheinlichkeit, Idealisierungen bestimmter Lebensweisen als Kriterien der Bewertung fremder Kulturen einzuführen, bei so unsicheren Begriffen sehr hoch ist. Die sozialen Grundlagen der Selbstachtung entsprechen dann einem Rest, der in der Ausformulierung von Kriterien nicht erfasst werden kann, der aber für die Lebensbedingungen einer Gesellschaft relevant ist.

II.1.5.2. Die Liste der Grundbefähigungen gemäß der Entwicklungshilfepraxis

Die Praxis der Entwicklungshilfe bestätigt in erster Linie die bereits genannten Grundbefähigungen bei Martha Nussbaum. Darüber hinaus liefert sie eine hilfreiche Aufschlüsselung des zweiten Aspekts dieser Liste, indem sie auf die Notwendigkeit von sanitärer und Wasserversorgung hinweist. Es handelt sich hierbei aber nicht im eigentlichen Sinne um eine Neuerung, sondern vielmehr um einen Aspekt der körperlichen Gesundheit. Obwohl die gesundheitlichen Effekte nicht in jeder Kultur und Gesellschaft bekannt waren, ist doch eine grundlegende Mühe um sanitäre und Wasserversorgung in jeder menschlichen Gesellschaft zu beobachten. Insofern ist es zumindest angemessen, diese als die Befähigung, über sauberes Wasser und sanitäre Versorgung zu verfügen im Rahmen des Aspektes ‚Körperliche Gesundheit‘ gesondert aufzuführen.

II.1.5.3. Die Liste der Grundbefähigungen gemäß der Menschenrechtserklärung

Die Menschenrechtserklärung definiert wie oben bereits gezeigt eine umfangreiche Liste von Grundrechten, die zu großen Teilen in die Terminologie der Befähigungen

zu übersetzen ist. Im Folgenden sollen daher diejenigen Aspekte der Deklaration, die über die bisher erarbeiteten Listen hinausgehen und dennoch als universelles Grundbedürfnis gekennzeichnet werden können vorgestellt werden. Diese Bestimmungen können aus den Artikeln 9, 10, 11, 12, 16, 21, dem Artikel 19 sowie dem Artikel 15 gewonnen werden.

Die Artikel 9, 10, 11, 12, 16 und 21 enthalten in erster Linie spezielle Formulierungen von Abwehrrechten gegen willkürliche Behandlung durch dritte, sowohl durch staatliche wie private Akteure. Darunter fallen: Willkürverbot gegenüber Festnahme, Haft und Landesverweis, das Verbot der Sondergerichtsbarkeit, die Unschuldsvermutung, der *sine lege nulla poene* Grundsatz, das Willkürverbot gegenüber Privatleben, Familie und Wohnung, Briefgeheimnis, Ehrenschatz, Schutz vor willkürlichem Entzug der Staatsangehörigkeit, freie, freiwillige Eheschließung und Familiengründung, Gleichberechtigung der Partner und gleicher Zugang zu öffentlichen Ämtern.

Eine so disparate Liste von Rechten, die nur in bestimmten Rechts- oder Wirtschaftssystem anwendbar sind, können dahingehend zusammengefasst werden, dass Menschen über die Grundbefähigung verfügen sollen, frei von staatlicher und privater Willkür nur durch allgemeingültige Gesetze oder eigenes Einverständnis in ihrer Lebensführung beeinträchtigt ihr Leben zu bestimmen. Unter einem so abstrakten Grundsatz wäre weder staatliche Sanktionsmacht untergraben, noch würde eines der oben genannten Abwehrrechte oder Rechtsprinzipien abgeschafft.

Der Artikel 19 liefert eine wichtige Präzisierung der Befähigung zu informierten Gedanken, Vorstellungen und Vernunftgebrauch. Während diese Befähigung in Nussbaums Liste den Begriff „informed and cultivated by an adequate education“ enthält, wird dort nicht darauf eingegangen, wer die Grenzen der Adäquatheit von Information und Bildung definiert. Insofern ist die Befähigung, sich frei mit Informationen zu versorgen eine sinnvolle Erweiterung der Nussbaum-Liste.

Artikel 15 nimmt in der hier vorgestellten Konzeption natürlich eine Sonderstellung ein. Wie bereits im ersten Kapitel dargestellt, kann die Möglichkeit der Kooperationsverweigerung gegenüber einer Gesellschaft als wichtiges Kriterium ihrer Legitimität behandelt werden. Insofern ist die Möglichkeit, die Staatsangehörigkeit zu wechseln, eine zentrale Befähigung, die Staaten Menschen einräumen müssen. Die im ersten Kapitel angeführte Kritik, mit dieser Bestimmung

werde die Legitimität eines Staates von der anderer Staaten abhängig gemacht, findet ihre Antwort darin, dass es sich hierbei um mehr als ein Legitimitätskriterium des Staates handelt. Die Möglichkeit der Zustimmungsverweigerung muss als menschliche Grundbefähigung verstanden werden, weil sie nicht nur über den Status der Gesellschaft, sondern ebenso über den Charakter der Kooperation von Menschen entscheidet. Wenn Menschen nicht in der Lage sind, die Kooperation zu verweigern, kann von freiwilliger Kooperation keine Rede sein. Die Befähigung, die Staatsangehörigkeit zu wechseln ist also eine entscheidende Erweiterung der bisherigen Liste der Grundbefähigungen.

II.1.5.4. Die Liste der Grundbefähigungen

Wenn alle Ergänzungen in die Liste der Grundbefähigungen eingearbeitet werden, so lautete eine vollständige vorläufige Liste folgendermaßen:

1) Leben:

- Die Befähigung, ein menschlichen Lebens normaler Länge zu führen.
- Die Befähigung, nicht vorzeitig oder bevor das Leben nicht mehr lebenswert ist zu sterben.

2) Körperliche Gesundheit:

- Die Befähigung, sich guter körperlicher wie reproduktiver Gesundheit zu erfreuen.
- Die Befähigung, sich ausreichend zu ernähren.
- Die Befähigung, hinreichende Unterkunft zu finden
- Die Befähigung, über sauberes Wasser und sanitäre Versorgung zu verfügen

3) Körperliche Unversehrtheit

- Die Befähigung, sich frei zu bewegen.
- Die Befähigung, Kontrolle über den eigenen Körper und seine Grenzen auszuüben.
- Die Befähigung, vor Gewalt und Übergriffen jeder Art geschützt zu sein.
- Die Befähigung zu sexueller Befriedigung.
- Die Befähigung zur Wahl hinsichtlich der Reproduktion.

4) Sinneswahrnehmung, Vorstellung und Denken.

- Die Befähigung, die Sinne zu gebrauchen, zu informierten Vorstellungen, Gedanken und Vernunftgebrauch.
- Die Befähigung, sich Bildung anzueignen (mindestens Alphabetisierung, grundlegende mathematische und naturwissenschaftliche Kenntnisse).
- Die Befähigung, sich eine Ausbildung anzueignen.
- Die Befähigung, sich frei mit Informationen zu versorgen.

- Die Befähigung, künstlerischen, literarischen, musikalischen und religiösen Selbstausdruck zu rezipieren und produzieren.
- Die Befähigung, sich frei auszudrücken.
- Die Befähigung, seine Religion frei auszuüben.
- Die Befähigung, selbst eine Vorstellung vom Sinn des Lebens zu bilden.
- Die Befähigung, lustvolle Erlebnisse zu haben und unnötige Schmerzen zu vermeiden.

5) Gefühle

- Die Befähigung, an Gegenständen und Personen zu hängen, sie zu vermissen.
- Die Befähigung zu Liebe, Trauer, Sehnsucht, Dankbarkeit und gerechtfertigtem Ärger.
- Die Befähigung, ein Gefühlsleben unversehrt von Angst oder Trauma zu entwickeln.

6) Praktische Vernunft

- Die Befähigung, eine eigene Vorstellung des Guten Lebens zu entwickeln.
- Die Befähigung, kritisch über den eigenen Lebensplan zu reflektieren.
- Die Befähigung zur Gewissensfreiheit.

7) Verbundenheit (A)

- Die Befähigung, mit anderen zusammenzuleben.
- Die Befähigung, andere anzuerkennen und Sorge um andere zu zeigen.
- Die Befähigung, mannigfaltige soziale Interaktionen einzugehen
- Die Befähigung, sich in die Situation eines andern hineinzusetzen und Mitgefühl für die Situation zu haben.
- Die Befähigung zu Gerechtigkeit und Freundschaft.
- Die Befähigung, sich frei mit anderen zu versammeln.
- Die Befähigung, frei seine Meinung zu äußern.²¹⁴

7) Verbundenheit (B)

- Die Befähigung, über die soziale Grundlage des Selbstrespekts und der Freiheit von Erniedrigung zu verfügen
- Die Befähigung, als gleichwertiges Individuum mit der gleichen Würde wie andere angesehen zu werden.
- Die Befähigung, vor Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Kaste, Volkszugehörigkeit oder Nationalität geschützt zu werden.
- Die Befähigung, als menschliches Wesen zu arbeiten.
- Die Befähigung, praktische Vernunft bei der Arbeit auszuüben.

²¹⁴ Um Doppelnennungen zu vermeiden wurde diese Befähigung in den Bereich 7A eingeordnet, obwohl sie auch dem Bereich 10A zugeordnet werden könnte.

- Die Befähigung, in bedeutungsvolle Beziehung zu anderen Arbeitern zu treten.

8) Andere Spezies

- Die Befähigung, in Beziehung zu Tieren, Pflanzen und der Welt der Natur zu leben und Sorge für diese zu empfinden.

9) Spiel

- Die Befähigung zu lachen, spielen und erholsame Aktivitäten zu genießen.

10) (A) Politische Kontrolle über die eigene Umwelt

- Die Befähigung, effektiv an den Entscheidungen zu partizipieren, die das eigene Leben bestimmen.
- Die Befähigung zu politischer Partizipation berechtigt zu sein.
- Die Befähigung, sich mit anderen frei zu Vereinigungen zusammenzuschließen.
- Die Befähigung, frei von staatlicher und privater Willkür nur durch allgemeingültige Gesetze beeinträchtigt das eigene Leben zu bestimmen.
- Die Befähigung, die Staatsangehörigkeit zu wechseln.

10) (B) Materielle Kontrolle über die eigene Umwelt.

- Die Befähigung, Eigentum und Besitz an beweglichen und unbeweglichen Sachen zu haben und auszuüben.
- Die Befähigung, gleiche Eigentums- und Besitzrechte wie andere zu haben.
- Die Befähigung, auf gleicher Basis wie andere Anstellung zu suchen.
- Die Befähigung, willkürlicher Durchsuchung und Beschlagnahmung zu entgehen.

II.1.5.5. Über Hierarchisierungen

Das Problem der Hierarchisierung der einzelnen Rechte oder Grundbedürfnisse oder in diesem Fall der Grundbefähigungen stellt sich für jede Auflistung. Grundsätzlich sind Befähigungen der Hierarchisierung nur bedingt zugänglich, weil sie alle als Bestandteil eines guten Lebens angesehen werden müssen. Insofern muss über ein Leben, welches einer dieser Befähigungen entbehrt, gesagt werden, dass ihm ein wichtiger Bestandteil fehlt. Damit ist auch die Möglichkeit der gegenseitigen Aufrechnung von Befähigungen ausgeschlossen, mehr Nahrung kann weniger Informationsfreiheit nicht ausgleichen.

Dennoch werden in der Praxis der Entwicklungshilfe Hierarchisierungen nicht immer zu vermeiden sein. Begrenzte Ressourcen egal welcher Art zwingen zu der Entscheidung, welche Befähigung zuerst gefördert werden soll. Für solche Entscheidungssituationen muss es eine Regel geben, die eine Rangfolge der Befähigungen erlaubt, ohne zuzulassen, dass eine Aufrechnung der Befähigungen

dazu führt, dass Personen aufgrund der Erfüllung oder Übererfüllung einer Befähigung der Anspruch auf eine andere abgestritten wird.

Eine solche Regel kann auf die Argumentationsstruktur zurückgreifen, die in der Entscheidung für das Konzept der Befähigung maßgeblich ist. Die Grundbefähigungen werden hier verstanden als die Bedingung eines autonomen Lebens und somit als die Bedingung dafür, eine Konzeption eines guten Lebens verfolgen zu können. Die Rangfolge Grundbefähigungen, gesellschaftliche geförderte Befähigungen in Rahmen des Leximin-Verfahrens, individuelle Konzeption des guten Lebens, kann nach unten hin weiter differenziert werden. Ohne hier eine vollständige Hierarchie der Grundbefähigungen aufzustellen, kann doch darauf verwiesen werden, dass auch innerhalb dieser Bedingungsverhältnisse bestehen. So ist die grundlegendste der Befähigungen selbstverständlich die in 1) Leben genannte. Diese und die Umstände unter denen ein Leben überhaupt gelebt werden kann, müssen nahe liegender Weise vorrangig behandelt werden, ebenso ist aber auch die emotionale Entwicklung ohne den Einfluss von Trauma oder Gewalt eine Bedingung dafür, mit anderen zusammenleben zu können und Sorge für sie zu empfinden.

Diese Abhängigkeitsverhältnisse sind nicht alle eindeutig, daher ist es auch kaum möglich eine vollständige Rangfolge aufzustellen. Auf der Basis dieser Regel ist es aber in der jeweiligen Entscheidungssituation möglich, die pragmatische Hierarchisierung vorzunehmen. Diese Regel geht auch davon aus, dass die Erfüllung der grundlegenderen Befähigung zumindest teilweise dazu beiträgt, die abhängige Befähigung zu befördern. Nicht nur insofern, als überhaupt erst die Bedingung ihrer Erfüllung gewährleistet wird, sondern auch insofern die Möglichkeit eines Bewusstseins des Bedürfnisses nach ihrer Erfüllung geschaffen wird. Die Grundbefähigungen der voranstehenden Liste können als gegenseitig verstärkend verstanden werden, weil sowohl die Erfüllung der grundlegenderen Befähigungen die Möglichkeit und den Wunsch der Erfüllung der höherstehenden unterstützen, wie auch die Erfüllung der höherstehenden Befähigungen dazu führt, dass die grundlegenden Bedürfnisse zum einen durch die betroffenen Personen leichter selbst zu erfüllen sind, als auch als gerechtfertigte Ansprüche empfunden werden.

II.2. Befähigungen im empirischen Zugang

Das zentrale Problem bei der Messung von Befähigungen liegt darin, dass es sich hier um ein Konzept handelt, welches auf Möglichkeiten, nicht aber auf tatsächliche Funktionen abhebt. Befähigungen liegen auch dann vor, wenn sie nicht genutzt werden und das Ausbleiben von bestimmten Funktionen kann sowohl bedeuten, dass Personen nicht über die nötigen Befähigungen verfügen, wie auch, dass sie diese nur nicht nutzen. Allerdings stellt sich dieses Problem proportional weniger, je näher die betrachteten Befähigungen an den Subsistenzbedingungen von Menschen liegen. Grundbefähigungen der Subsistenz haben den Vorteil, dass sie für gewöhnlich auch genutzt werden, wenn sie vorliegen. Schwieriger ist die Messung der Befähigungen jenseits der Subsistenzebene. Selbst einige Grundbefähigungen, insbesondere der politischen Partizipation sind anhand der Funktionen, die tatsächlich wahrgenommen werden, nicht zu ermitteln. Dieses Problem zeigt sich gerade in den entwickelten Industrienationen, die eine beständig sinkende Rate politischer Partizipation aufweisen, während die Befähigung dazu kaum zu sinken scheint.

Im Folgenden wird es darum gehen, die Messbarkeit des Befähigungsniveaus in einer Gesellschaft zu untersuchen. Da der Befähigungsansatz sich an einer breiten Zahl von Kriterien orientiert und sich den Bemühungen widersetzt, das Datenspektrum zur Bewertung von Lebensqualität zu reduzieren, wird im folgenden zuerst untersucht, welches Datenmaterial zur Untersuchung einzelner Befähigungen zur Verfügung steht. Erst in einem zweiten Schritt werden zwei häufig genutzte Indikatoren für den Entwicklungsstand einer Gesellschaft untersucht. Es handelt sich hierbei um das Bruttoinlandsprodukt und den Human Development Index, die daraufhin überprüft werden, inwieweit sie aufgrund kausaler Einflüsse oder aber statistischer Korrelation als Maßzahl für die Lebensqualität in einer Gesellschaft dienen können.

II.2.1. Einzelanalysen

Die Einzelanalysen der diversen Befähigungen können sich auf zwei Typen von Untersuchungen stützen. Zum einen handelt es sich um die Untersuchung von Gesetzen und Vorschriften der jeweiligen Nationen, die diese Befähigungen unter Schutz stellen bzw. garantieren. Der andere Typ ist die Erhebung von Daten, die die

Lebensverhältnisse und das Wirtschaftsleben in den jeweiligen Staaten widerspiegeln sollen. Es handelt sich dabei zumeist um numerisch erfassbare Daten.

Im Folgenden wird der zweite Typ von Daten näher beleuchtet und versucht, jeder Befähigung der erweiterten Liste einen oder mehrere Datensätze zuzuordnen, die Rückschluss darauf zulassen, ob die jeweilige Befähigung Menschen zur Verfügung steht oder nicht. Die Analyse von Gesetzen und Vorschriften ist damit nicht als irrelevant gekennzeichnet. Sie ist jedoch prinzipiell leichter durchzuführen, während sie über die tatsächlichen Verhältnisse in einem Land nur bedingt etwas aussagt. Vorrangiges Interesse beanspruchen die tatsächlichen Lebensverhältnisse, für die die jeweiligen Gesetze zwar einen notwendigen aber keinen hinreichenden Rahmen setzen.

1) Leben:

Die Befähigung, ein menschliches Leben normaler Länge zu führen, bedarf des Begriffs der Normalität, dessen Bedeutung nicht immer klar ist. Es ist in diesem Zusammenhang nicht zulässig, mit diesem Begriff auf einen Durchschnittswert oder statistisches Mittel zu verweisen, weil auf diese Weise das Maß der Befähigung direkt an das tatsächlich gegebene Niveau in den jeweiligen Gesellschaften gebunden würde. Dies wäre ein tatsächlicher naturalistischer Fehlschluss, da das zur Norm erhoben würde, was immer schon der Fall ist. Insofern ist hier verstärkt auf das biologische Korrektiv zu verweisen. Insofern wären die folgenden Maßzahlen, die alle im Human Development Report der Vereinten Nationen aufgeführt werden einschlägig:

- Lebenserwartung bei Geburt
- Personen mit einer Lebenserwartung unter 40 (% der Gesamtbevölkerung)
- Personen mit einer Lebenserwartung unter 60 (% der Gesamtbevölkerung)
- Bevölkerungsanteil der über 65jährigen (% der Gesamtbevölkerung)

Die Befähigung, nicht vorzeitig oder bevor das Leben nicht mehr lebenswert ist, zu sterben, kann in zwei zentrale Bereiche gegliedert werden. Der eine beschreibt Todesfälle durch unnatürliche Ursache und vermeidbare Krankheit. Der zweite Bereich stellt das Problem des Lebenswertes auf, der natürlich nur je individuell bestimmt werden kann und selbst dann noch unter großer Unsicherheit leidet.

Insofern ist diese Befähigung besser am ersten der beiden Bereiche zu bemessen, denn es ist kaum möglich, zuverlässige Daten darüber zu erlangen, ob Personen ihr

Leben vor dem Tod noch als lebenswert empfanden oder nicht. Die vorzeitigen Todesfälle können in mehreren Kennzahlen aufgefangen werden, wobei hier vermeidbare Krankheiten nicht extra aufgeführt sondern in den Bereich 2 „Körperliche Gesundheit“ eingestellt werden.

- homicides
- Injuries and deaths from road accidents
- People killed by disasters
- Maternal mortality ratio reported (per 100,000 live births)
- Infant mortality rate
- Under-five mortality rate (per 1,000 live births)

Dem ist hinzuzufügen, dass die letzten drei Kennzahlen insofern aus der Reihe fallen, als sie nur bedingt die Gründe für die Todesfälle angeben, es ist aber relativ sicher davon auszugehen, dass sie überwiegend vorzeitige, vermeidbare Todesfälle darstellen. Gerade Säuglings- und Kindersterblichkeit werden aber von diversen Faktoren bestimmt, die auch im Bereich 2 „Körperliche Gesundheit“ aufgeführt werden.

2) Körperliche Gesundheit:

Die Befähigung, sich guter körperlicher wie reproduktiver Gesundheit zu erfreuen ist wahrscheinlich eine der statistisch am besten zugänglichen, da es durch die WHO, UNICEF und diverse ärztliche Hilfsgruppen umfangreiches Material über den Gesundheitszustand in fast allen Ländern der Welt gibt. Dennoch können Mängel in der Erfassung auftreten, wenn der breite Bereich der reproduktiven Gesundheit angesprochen wird. Wie bereits oben beschrieben, fallen darunter nicht nur objektiv erfassbare Zustände sondern auch subjektive Aspekte der Reproduktionsmöglichkeit. Über diese subjektiven Zustände sind zuverlässige Daten nur mit Mühe zu finden, was sowohl an der Unsicherheit von Befragungsmethoden wie auch an den eine Befragung erschwerenden Umständen in einigen Regionen liegt. Dieses Problem wurde bereits in Kapitel 2 unter dem Begriff der adaptiven Präferenzen behandelt. Insofern werden hier nur weitgehend objektive Gesundheitsindikatoren angeführt.

- Doctors (per 100,000 people)
- Nurses (per 100,000 people)
- Krankenhausbetten pro 100.000 Einwohner
- Inanspruchnahmequote von Früherkennungsuntersuchungen
- One-year-olds fully immunized against measles (%)

- One-year-olds fully immunized against tuberculosis (%)
- Oral rehydration therapy use rate
- People living with HIV/AIDS
- Population without access to health services
- Pregnant women with anaemia (%)
- Maternal mortality ratio reported (per 100,000 live births)
- Malaria cases (per 100,000 people)
- Tuberculosis cases (per 100,000 people)

Allgemeine Gesundheitsstatistiken können das so gewonnene Bild vom Gesundheitszustand der Bevölkerung ergänzen, wenn weitere Daten zur Verfügung stehen. So könnte beispielsweise in Deutschland auf die Datenreihe `Soziale Indikatoren` des ZUMA zurückgegriffen werden. Leider fehlt es häufig dort, wo diese Befähigung am wenigsten realisiert wird, auch an Daten.

Die Befähigung, sich ausreichend zu ernähren steht vor dem Problem, dass eine ausreichende Ernährung sehr stark von den Eigenschaften der einzelnen Person abhängt. Während es relativ leicht ist, Mangelerkrankungen festzustellen, können präzise Angaben darüber, was für eine Person ausreichend ist, nicht statistisch erfasst werden. Insofern muss die Analyse sich auf Werte stützen, die das Nahrungsangebot ermittelt. Wenn auf es zurückgegriffen wird, muss sich das Konzept ‚individuelles Bedürfnis‘ an Normalwerten für den Ernährungsbedarf in den jeweiligen Bevölkerungsgruppen orientieren. Immerhin können überholte Bestimmungen, die maßgeblich auf den Einkommensanteil oder den absoluten Geldbetrag, der für Nahrung ausgegeben wurde, durch präzisere Kennzahlen ersetzt werden.

Diese Kennzahlen beziehen sich neben Mangelercheinungen zum einen auf das individuelle Niveau der Nahrungsaufnahme, zum anderen aber auch auf die Nahrungssicherheit, auf die Rückschlüsse auf der Basis der gesellschaftlichen Produktion und Einfuhr von Nahrungsmitteln gezogen werden können.

- Under-weight children under age five
- Daily per capita supply of calories
- Daily per capita supply of fat
- Daily per capita supply of protein
- Food consumption (as % of total household consumption)
- Food production per capita
- Food imports per capita

- Food aid

Die Liste der Mangelercheinungen kann für den vorliegenden Zweck aus möglichen Gesundheitsstatistiken erweitert werden. Auf diese Weise können auch armutsbedingte Fehlernährungen, die gerade kein Untergewicht hervorrufen sondern andere Mangelercheinungen, die möglicherweise sogar Übergewicht verursachen, erfasst werden.

Die Befähigung, hinreichende Unterkunft zu finden ist zwar in Staaten mit geregelter Wohnungsmarkt und regelmäßiger Erfassung der Wohnsituation recht leicht zu beschreiben, in Regionen mit weniger geregelter Wohnungsmarkt oder gar bei Gruppen mit nomadischem Lebensstil stellt diese Befähigung allerdings ein Messproblem auf. Fast alle bekannten Datensätze zur Erfassung der Wohnsituation, von denen im folgenden einige genannt werden, gehen an solchen Strukturen vorbei, eine ausreichende statistische Erfassung scheint problematisch.

- Wohnungen pro Haushalt
- Wohnräume pro Person
- Wohnfläche pro Person
- Anteil der Personen in Privathaushalten, denen weniger als 0.5 Räume zur Verfügung stehen (in Prozent)
- Anteil der Personen in Privathaushalten, denen weniger als ein Raum zur Verfügung stehen (in Prozent)
- Anteil der Haushalte in Wohnungen ohne Küche in den Gebäuden und in Wohnungen in Unterkünften (außerhalb von Wohnungen des Wohnungsbestands) (in Prozent)
- Durchschnittliche Mietbelastung (Anteil der Miete am verfügbaren Haushaltseinkommen (in Prozent))²¹⁵
- Restitutiver Einkommensanteil
- Obdachlosigkeitsziffer

Die Befähigung, über sauberes Wasser und sanitäre Versorgung zu verfügen wird bereits jetzt im Human Development Report erfasst und wirft nur wenige Probleme der Auswertung auf. Schwierig wird es dort, wo in ländlichen Gegenden die Wege zur Wasserversorgung besonders lang sind. Es muss eine Grenze gezogen werden,

²¹⁵ Das Problem, einen so hohen Anteil des Gehaltes für die Sicherung von Wohnraum ausgeben zu müssen, dass andere Grundbedürfnisse nicht mehr ausreichend erfüllt werden können, stellt sich zunehmend auch in entwickelten Industrienationen. eine sehr praxisnahe Diskussion dieses Sachverhaltes findet sich in Ehrenreich 2001. Mit den bisher angegebenen Daten ist darüber hinaus noch nichts über die Qualität des Wohnraumes gesagt. Diese kann allerdings durch weitere Erhebungen festgestellt werden.

wie viel Aufwand zumutbar ist, damit noch von einem Verfügen über sauberes Wasser gesprochen werden kann. Da solche Grenzen aber in den jeweiligen Untersuchungen kenntlich gemacht werden, kann hier nicht von einem Problem der Datenerfassung gesprochen werden. Vielmehr ist zu klären, wie die Grenzen gesetzt werden müssen, um die Befähigung noch als gegeben anzusehen. Situationen, in denen Menschen einen oder mehrere Tage auf der Suche oder bei der Beschaffung von Wasser unterwegs sind, werden in den meisten Kulturen als unzumutbar angesehen, sind aber in einigen Wüstenkulturen definierend gewesen und haben zur Entwicklung komplexer Methoden des Wassersparens und Speicherns geführt. Die Befähigung sollte daher erst dann als fehlend angesehen werden, wenn nicht ausreichend Wasser für den täglichen Bedarf vorhanden ist, und dieses nicht im Rahmen der kulturüblichen Methoden beschafft werden kann. Das bedeutet, Fälle, in denen Menschen gezwungen sind, verschmutztes Wasser zu nutzen oder Wege zurückzulegen, die es ihnen unmöglich machen, sonstige notwendige und übliche Tätigkeiten durchzuführen, sind ebenso eine Verletzung der Grundbefähigung wie alle die Situationen, in denen Wasser nur in Mengen unterhalb des Bedarfs überhaupt erreichbar ist. Indikatoren für diese Befähigung sind:

- Population served by municipal waste services (%)
- Population served by public sanitation services (%)
- Annual internal renewable water resources (cubic metres per capita)
- Population without access to safe water
- Population without access to sanitation

3) Körperliche Unversehrtheit

Die Befähigung, sich frei zu bewegen kann am einfachsten daran gemessen werden, ob Menschen eines Landes sich nur innerhalb bestimmter Grenzen bewegen, oder ob die Möglichkeit genutzt wird, also besteht, sich darüber hinaus zu bewegen. Natürlich stellt sich auch hier wieder das Problem, dass von der Nichtnutzung einer Befähigung nur bedingt auf das Fehlen derselben geschlossen werden kann. Dennoch ist diese neben den Gesetzeswerken der beste Indikator dafür, ob Menschen die Freiheit der Ortswahl und Bewegung haben. Im Human Development Report werden insbesondere touristische Auslandsreisen diskutiert. Außerdem sind aber auch Daten über die Bewegung im Inland von Belang, da sie Einschränkungen der Ortswahl etwa durch Ghettobildung, Apartheidsysteme oder ähnliche Strukturen aufdecken können.

- International tourism departures
- Verkehrsleistung
- Fahrleistungen im Individualverkehr pro Einwohner
- Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr

Die Befähigung, Kontrolle über den eigenen Körper und seine Grenzen auszuüben, wird nicht nur aber insbesondere durch Gewaltverbrechen aller Art in Frage gestellt. Die wichtigsten Angaben sind also die der Gewalkriminalitätsziffern, die auch sexuelle Übergriffe jeder Art inklusive ‚domestic violence‘ beinhalten. In den Rahmen solcher Gewaltverbrechen zählen in diesem Verständnis auch diejenigen, die von staatlicher Seite verübt werden. Körperliche Strafen, bestimmte Verhörmethoden etc. gelten genauso als Gewaltverbrechen wie Taten von Einzelpersonen. Allerdings werden staatliche Vergehen gegen diese Befähigung nicht in den einschlägigen Gewalkriminalitätsziffern geführt. Sie lassen sich höchstens durch Beobachtungen von Dissidentenorganisationen oder anderen nicht staatlichen Gruppen auffangen. Darüber hinaus sind aber auch medizinische Zwangsbehandlungen wie etwas Zwangssterilisierungen, die im Rahmen staatlicher Programme zur Bevölkerungssteuerung vermehrt auftreten, Verletzungen dieser Befähigung. Leider ist es nicht ohne weiteres möglich, Daten über solche Behandlungen zu erheben. Sollte dies gelingen, können sie ebenso Aufschluss über die Befähigungssituation in einem Land geben.

- Gewalkriminalitätsziffer
- Homicides (e.g.)
- Rapes (e.g.)
- medizinische Behandlungen ohne Zustimmung des Patienten

Die Befähigung, vor Gewalt und Übergriffen jeder Art geschützt zu sein, geht fließend in die zuvor genannte Befähigung über, Kontrolle über den eigenen Körper und seine Grenzen auszuüben. Darunter können jedoch auch Nötigungstatbestände jeder Art gefasst werden, die nicht unbedingt mit der Verletzung der körperlichen Grenzen einher gehen. Dazu zählt auch jede Form der Belästigung, insbesondere sexuelle Belästigung.

- Gewalkriminalitätsziffer (s.o.)
- Nötigungstatbestände
- sexuelle Belästigung

Die Befähigung zu sexueller Befriedigung kann hier natürlich nur in dem engen Sinne verstanden werden, dass dem individuellen Sexualleben keine externen Schranken auferlegt werden, die nicht durch den Schutz anderer Personen gerechtfertigt sind. Diese Befähigung zielt auf die Praxis der genitalen Verstümmelung, aber auch auf andere Praktiken ab, die durch traumatische Wirkung einer sexuellen Entfaltung den Boden entziehen. Indikatoren für diese Befähigung können immer nur messen, ob bestimmte einschränkende Faktoren vorhanden sind. So ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass Kindesmissbrauch, Vergewaltigung oder genitale Verstümmelung den Betroffenen die Möglichkeit zur sexuellen Befriedigung ganz oder teilweise nehmen. Diese Fälle sind zwar ebenso Eingriffe in die zuvor genannten Befähigungen des Bereiches 3, werden aber wegen des besonderen Charakters hier noch einmal gesondert aufgeführt. Ebenso kann aber im positiven Sinne die Verbreitung von Verhütungsmitteln zumindest als partieller Indikator für diese Befähigung dienen.

- Fälle von Kindesmissbrauch
- Rapes
- Genital Mutilation cases
- Contraceptive prevalence rate (%)

Die Befähigung zur Wahl hinsichtlich der Reproduktion bedeutet auch, dass Personen in der Lage sein sollten, Schwangerschaften zu verhüten, nur dann Nachkommen zu zeugen, wenn sie sich dafür entschieden haben. Ebenso bedeutet dies aber, den Partner für die Reproduktion frei wählen zu können, und nicht von Seiten anderer auf einen Partner festgelegt zu werden. Aus welchen Gründen diese Partnerwahl geschieht, geht dabei keineswegs in die Befähigung ein, insofern werden auch die jeweiligen kulturgebundenen Gründe für eine solche Wahl nicht eingeschränkt. Es wird nur gefordert, dass diese Gründe die Gründe des Betroffenen oder von ihm geteilte sind, und nicht allein die einer anderen Person oder Gruppe. Natürlich ist es fast unmöglich festzustellen, wie die Wahl eines Reproduktionspartners zustande gekommen ist, wenn von extremen Ausnahmen abgesehen wird. Daher können auch nur wenige Indikatoren für die Befähigung herangezogen werden, wobei der erste ‚Births to mothers under 20‘ auch nur bedingt einschlägig ist. Das Alter der Mütter kann je nach Kultur stark variieren, ohne unbedingt etwas über die Befähigung zur Wahl zu verraten. Dieser Indikator wird hier aber deshalb aufgenommen, weil er innerhalb bestimmter Kulturen durchaus

eine Aussage über diese Befähigung treffen kann. Er steht somit als Beispiel für kulturgebundene Indikatoren da.

- Births to mothers under 20
- Contraceptive prevalence rate (%)
- Rapes
- Adoptionsfreigaben
- Kindesaussetzungen
- Abtreibungen

4) Sinneswahrnehmung, Vorstellung und Denken.

Die Befähigung, die Sinne zu gebrauchen, zu informierten Vorstellungen, Gedanken und Vernunftgebrauch ist aufgrund des Problems des Fremdpsychischen nur schwer zu messen. Gerade Vorstellungen, Gedanken und Vernunftgebrauch sind private Episoden, auf die zwar Rückschlüsse aus dem Verhalten von Personen gezogen werden können, deren Inhalt wie auch deren Genesis aber kaum zurückzuverfolgen ist. Insofern ist auch die Qualifizierung ‚informiert‘ das einzige, was sich an dieser Befähigung ohne weiteres messen lässt. Dazu sind einfach Daten zur Verbreitung und Nutzung von Informationsmedien heranzuziehen. Natürlich trägt diese Vorgehensweise das Problem mit sich, dass die Medien nicht allein der Information, sondern durchaus auch der Kontrolle bzw. Unterdrückung von informierten Vorstellungen, Gedanken und Vernunftgebrauch dienen können. Daher reichen die üblichen Daten zur Verbreitung des technischen Kanals kaum aus. Über diese hinaus sollte überprüft werden, ob auch freier Zugang zu Informationen fremder, insbesondere landesfremder Anbieter besteht.

- Internet hosts (per 1000 people)
- Main telephone lines (per 1000 people)
- Public telephones (per 1000 people)
- Ausstattung mit Telefonen
- Personal computers (per 1000 people)
- Televisions (per 1000 people)
- Anteil Zeitungsleser
- Anteil Fernsehzuschauer
- Anteil Radiohörer
- Anteil Buchleser
- Zugang zu internationalen Medienangeboten (nach Medium)

Die Befähigung, sich Bildung anzueignen (mindestens Alphabetisierung, grundlegende mathematische und naturwissenschaftliche Kenntnisse) kann relativ einfach anhand der Einschulungs- und Schulabschlusszahlen ermittelt werden. Ferner sind Bildungsstudien weit verbreitet und mittlerweile auf hohem methodischen Niveau. Mithin kann auf eine breite Datenbasis zurückgegriffen werden, um diese Befähigung zu messen. Es ist allerdings zu beachten, dass die Bildungsinhalte und -institutionen sich je nach Gesellschaft stark unterscheiden können. Insofern ist bei der Übertragung von empirischen Methoden Vorsicht geboten, insbesondere, wenn in internationalen Studien Gegenüberstellungen von schwer vergleichbaren Kulturen oder aber von Erfolgen divergierender Institutionen angestrebt werden. Dennoch haben Bildungsstudien gezeigt, dass es sich hier um eine der Messung sehr zugängliche Befähigung handelt.

- Children reaching grade 5 (%)
- Primary age group enrolment (as % of relevant age group)
- Secondary age group enrolment(as % of relevant age group)
- Female primary age group enrolment
- Female secondary age group enrolment
- Adult literacy rate
- People who are functionally illiterate (% age 16-65)
- Schulabgänger ohne Minimal-Schulabschluss
- Teilnahmequote gesamte Weiterbildung
- Anteil der Bevölkerung mit Fremdsprachenkenntnissen
- Qualifizierte Bildungsstudien

Die Befähigung, sich eine Ausbildung anzueignen ist nicht ganz so einfach zu bemessen, weil die Ausbildungssysteme noch weit unterschiedlicher sind, als die Schulsysteme unterschiedlicher Länder. Unterschiedliche Grade der Standardisierung, der institutionellen Einbettung, der internationalen Anerkennung etc. stellen Vergleiche insbesondere außerhalb des Universitäts- und Wissenschaftssystems vor Probleme. Obendrein sind auch je nach Kultur teilweise vollkommen unterschiedliche Tätigkeiten als Ausbildung bzw. als ausgebildete Tätigkeit anerkannt. Insofern stehen nur wenige Daten darüber zur Verfügung, ob Ausbildung im Rahmen der Befähigung von Personen steht. In einigen Staaten ist eine solche Bewertung zwar möglich, wie hier durch den Indikator ‚Nachfrage-Angebots-Relation von Ausbildungsplätzen‘ des Datensatzes ‚Soziale Indikatoren‘

des ZUMA demonstriert wird, darüber hinaus ist es aber wahrscheinlich sinnvoll, Arbeitslosigkeitsstatistiken und ähnliche Daten heranzuziehen. Auf diese Weise kann immerhin ermittelt werden, ob große Zahlen von Personen langfristig nicht in der Lage sind, an der wirtschaftlichen gesellschaftlichen Kooperation teilzunehmen.

Der universitäre Bereich hingegen erfreut sich einer ähnlichen Datenfülle wie der des Schulsystems. Dort liegen wenig Schwierigkeiten der Bemessung der Befähigung vor. Wenn in einem Land wie Afghanistan während des Taliban-Regimes die Zahl der weiblichen Studenten genau 0 ist, dann ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass sie über diese Befähigung nicht verfügen.

- Nachfrage-Angebots-Relation von Ausbildungsplätzen
- Arbeitsbevölkerung ohne Ausbildung
- Tertiary age group enrolment (as % of relevant age group)
- Tertiary Graduation
- People with academic grade
- Tertiary students in science (as % of all tertiary students)
- Female tertiary students
- Incidence of long-term unemployment

Die Befähigung, sich frei mit Informationen zu versorgen ist mit denselben Daten zu messen, wie diejenige, zu informierten Vorstellungen, Gedanken und Vernunftgebrauch. Insbesondere Medienverbreitungsdaten, aber ebenso Daten hinsichtlich der transportierten Inhalte und ihrer Herkunft geben Aufschluss darüber, ob Personen sich tatsächlich mit Informationen versorgen können. Mediennutzungsdaten können darüber Aufschluss geben, inwieweit von diesem Angebot auch Gebrauch gemacht wird. Diese Angaben sind deshalb von weiterer Relevanz, weil das Angebot allein nicht hinreicht, um sicher zu stellen, dass Personen die Gelegenheit haben, es auch wahrzunehmen. Mediennutzungsdaten wiederum verweisen auf die Ausübung der Befähigung, die nicht notwendig dafür ist, dass diese Befähigung auch vorliegt. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass Situationen, in denen das Medienangebot vorhanden ist, die Nutzung aber ausbleibt, andere Faktoren diese Nutzung unterbinden und somit die Befähigung einschränken.

- Internet hosts (per 1000 people)
- Main telephone lines (per 1000 people)

- Public telephones (per 1000 people)
- Ausstattung mit Telefonen
- Personal computers (per 1000 people)
- Televisions (per 1000 people)
- Anteil Zeitungsleser
- Anteil Fernsehzuschauer
- Anteil Radiohörer
- Anteil Buchleser
- Zugang zu internationalen Medienangeboten (nach Medium)

Die Befähigung, künstlerischen, literarischen, musikalischen und religiösen Selbstausdruck zu rezipieren und produzieren ist wiederum nur teilweise erfassbar, da nicht immer eindeutig identifizierbar ist, ob ein Werk als freies Kunstwerk und Selbstausdruck oder aber als Auftragsarbeit anzusehen ist, wie etwa die nationalsozialistische oder kommunistische Staatskunst. Dennoch kann anhand der Teilnahme an kulturellen Angeboten durchaus ein Rückschluss darauf möglich sein, ob Personen in den Genuss künstlerischer Erzeugnisse kommen können oder nicht. Ebenso zentral ist die Gelegenheit, neben der normalen subsistenzsichernden Tätigkeit Zeit zu verbringen, daher wird bereits in dieser Befähigung auf den Umfang der freien Zeit verwiesen. Darüber hinaus ist gerade für die Produktion von Selbstausdruck wichtig, ob es gesellschaftliche oder staatliche Sanktionsmaßnahmen gegen bestimmte Formen des Selbstausdrucks gibt. Somit wären Daten über Zensurmaßnahmen einschlägig. Allerdings spiegelt sich in solchen Daten nur bedingt wieder, ob die zensierten Werke wirklich aufgrund bestimmter Ideologien oder beispielsweise aus Gründen des Jugendschutzes oder des Schutzes von Persönlichkeitsrechten dritter zensiert wurden. Es handelt sich also um relativ unzuverlässige Daten.

- Umfang der freien Zeit
- Printing and writing paper consumed (kilograms per capita)
- Anzahl der Besucher Kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen pro 100 Einwohner (pro Jahr)
- Anzahl der Museumsbesuche pro 100 Einwohner (pro Jahr)
- Anteil für Literatur oder andere Kunstwerke an allen Ausgaben für die Freizeit
- Anteil Buchleser
- Zensurdaten

Die Befähigung, sich frei auszudrücken ist wahrscheinlich besser anhand von einzelnen Schriften als anhand von aggregierten Daten zu beurteilen. Aufgrund der besonderen Optionen des Internet sind auch Angaben über die Verbreitung dieses Medium einschlägig. Es wäre zusätzlich möglich, Daten über Verurteilungen wegen illegaler Propaganda oder Verbreitung volksverhetzender Schriften oder ähnlich titulierter Vergehen aufzustellen, davon wird hier aber abgesehen, weil es durchaus nicht sicher ist, ob unter den deshalb Angeklagten auch Personen sind, die ihrer Meinungsfreiheit beraubt werden, oder ob es sich nicht tatsächlich um die Bestrafung von Vergehen gegen Persönlichkeitsrechte anderer handelt. Sicherlich sind solche Vergehen nach dem deutschen Strafrecht, welches die Benutzung von nationalsozialistischen Symbolen verbietet, und dem chinesischen Recht, welches die Verbreitung bestimmter religiöser oder demokratischer Ideen verbietet, nicht als gleich anzusehen. Ohne eine Überprüfung des jeweiligen Hintergrundes sind solche Daten daher nutzlos.

- Internet hosts (per 1000 people)
- Personal computers (per 1000 people)
- Access to international Web-Services
- Erscheinen umstrittener oder kritischer Schriften
- Zensurdaten

Die Befähigung, seine Religion frei auszuüben kann daran bemessen werden, ob Religionen tatsächlich frei ausgeübt werden, und auch daran, wie viele Religionen in einer Gemeinschaft vorhanden und zugelassen sind. Wenn nur eine Religion in einem Staat ausgeübt wird, kann diese Tatsache auf große religiöse Einigkeit schließen lassen, sie sollte aber zumindest den Verdacht erregen, dass andere Religionsgemeinschaften möglicherweise unterdrückt werden. Einen absolut sicheren Indikator kann es hier allerdings trotzdem nicht geben, da durchaus Staaten mit hoher religiöser Einigkeit denkbar sind. Relativ sicher ist nur, dass Staaten, in denen eine große Zahl von Religionsgemeinschaften zugelassen sind und die jeweiligen Religionen ausgeübt werden, diese Befähigung nicht einschränken.

- Konfessionelle Bindung (nach Religionen)
- Zugelassene Religionsgemeinschaften
- Gebäude, Schreine, Altäre etc. mit religiösen Zwecken (nach Religionen)
- Religiöse Würdenträger (nach Religion)

Die Befähigung, selbst eine Vorstellung vom Sinn des Lebens zu bilden kann weitgehend in denselben Daten gemessen werden, wie diejenige der Religionsfreiheit. Mit dem Indikator der prozentualen konfessionellen Bindung ist auch ein gewisser Informationsgrad darüber enthalten, ob Menschen in der Lage sind, einen nicht transzendenten Lebenssinn zu verfolgen, dies ist dann ausgeschlossen, wenn die Zahl von Personen mit konfessioneller Bindung bei 100% liegt.

- Konfessionelle Bindung (nach Religionen)
- Zugelassene Religionsgemeinschaften
- Gebäude, Schreine, Altäre etc. mit religiösen Zwecken (nach Religionen)
- Religiöse Würdenträger (nach Religion)
- Personen ohne Religionszugehörigkeit

Die Befähigung, lustvolle Erlebnisse zu haben und unnötige Schmerzen zu vermeiden kann hier ebenso wie die Befähigung zu sexueller Befriedigung nur anhand der Abwesenheit von limitierenden Faktoren gemessen werden. Weil die jeweiligen Situationen, die Menschen als lustvoll erleben, ebenso divergieren, wie diejenigen, die sie über objektiv erfassbare medizinische Fälle hinaus als schmerzhaft erleben, ist es nicht möglich, solche Situationen oder Erlebnisse statistisch zu erfassen. Selbst Daten über Freizeit und deren Nutzung sind nicht unbedingt aufschlussreich, da sie nahe legen, jede Freizeitbeschäftigung sei ein lustvolles Erlebnis, Arbeit jedoch niemals.

Insofern können hinsichtlich der vermeidbaren Schmerzen hier nur die medizinisch erfassbaren Schmerzzustände in die Statistik eingehen, lustvolle Erlebnisse lassen sich nicht erfassen, sondern hier muss mit Daten über traumatische oder auszehrende Lebensverhältnisse vorlieb genommen werden, die in den Bereichen 2 und 3 bereits hinreichend diskutiert wurden.

5) Gefühle

Die Befähigung, an Gegenständen und Personen zu hängen und sie zu vermissen kann kaum gemessen werden, weil es sich hierbei wiederum um subjektive Zustände handelt, die noch nicht einmal in einem bestimmten institutionellen Rahmen – im Falle von Gegenständen etwa Eigentumsverhältnisse – eingebunden sein müssen. Ebenso verhält es sich mit der Befähigung zu Liebe, Trauer, Sehnsucht, Dankbarkeit und gerechtfertigtem Ärger. Wiederum handelt es sich um subjektive Zustände, die

nicht einmal ein immer eindeutig identifizierbares Verhalten hervorrufen. Daher ist der Bereich der Gefühle maßgeblich über die Messung der Befähigung, ein Gefühlsleben unversehrt von Angst oder Trauma zu entwickeln erfassbar. Wie bereits zuvor muss auf Ereignisse und Umstände abgehoben werden, die eine emotionale Entwicklung beschädigen und damit auch die beiden zuvor genannten Befähigungen gefährden. Zu denken ist dabei an Gewalteinflüsse, aber auch an extreme Auszehrung und Vernachlässigung. Über die in den Bereichen 2 und 3 genannten Maßzahlen und Befähigungen hinaus können weitere Kriterien in Anschlag gebracht werden. So sind die Lebensumstände während der Jugend, die sich auch in Jugendkriminalitätsziffern, Daten über Jugendarbeit oder Armutsangaben für diesen Personenkreis niederschlagen, im Kern der Aufmerksamkeit, wenn die Befähigung zur Entwicklung eines von Angst und Trauma unversehrten Gefühlslebens betrachtet wird.

- Abolition of child labour
- Juvenile crimes
- Kinder und Jugendliche unterhalb der Armutsschwelle
- Unterernährte Kinder und Jugendliche

6) Praktische Vernunft

Die Befähigung, eine eigene Vorstellung des Guten Lebens zu entwickeln, kann nur dort verwirklicht werden, wo Lebenspläne nicht durch gesellschaftliche Zustände normiert werden. Insbesondere in totalitären Regimen ist eine derartige Befähigung kaum denkbar. Wiederum können in objektiven Daten aber nur die Randbedingungen dieser Befähigung erfasst werden, weil Vorstellungen eines eigenen Lebensplanes subjektive Zustände sind, und Verhalten, welches von einem heteronom gebildeten Lebensplan bestimmt ist, von solchem, welches auf einem autonom gebildeten Lebensplan basiert, nicht ohne weiteres unterschieden werden kann.

Am deutlichsten könnte eine solche Freiheit in der Bildung der eigenen Vorstellungen von einem guten Leben durch die Diversität der verfolgten Lebenspläne und die Freiwilligkeit ihrer Verfolgung werden. Beides ist etwas leichter zu erfassen, etwa durch die Variation der Freizeit- und Erwerbsbeschäftigungen. Dennoch bleibt bei dieser Befähigung ein großer Rest der Unsicherheit, da eine umfangreiche Plangesellschaft durchaus in der Lage ist, einen

hohen Differenzierungsgrad der gesellschaftlichen Tätigkeiten zu erreichen, ohne dem Individuum wirklich anheim zu stellen, sich eine eigene Vorstellung von guten Leben zu bilden. Dies wird in solchen Fällen meistens durch die Zensur von Information über Alternativen und feste Einbindung in jeweilige vorgefasste Ausbildungs- und Berufswege erreicht.

- Anteil der Vereinsmitglieder
- Anteil der ehrenamtlich Engagierten
- Anzahl der Ausbildungs- und Studienplatzwechsler
- Differenzierung der Berufsfelder

Die Befähigung, kritisch über den eigenen Lebensplan zu reflektieren wird gerade durch die eben genannte Zensur von Informationen über alternative Lebenspläne eingeschränkt. Insofern sind natürlich Bildungs- und Zensurdaten von größter Relevanz. Daneben muss es die Möglichkeit geben, andere Lebenspläne überhaupt als Alternative für das eigene Leben zu erfahren. Dies kann am ehesten durch die Befähigung, eine eigene Vorstellung des Guten Lebens zu entwickeln erreicht werden. Insofern sind für die Befähigung zur kritischen Reflexion die statistischen Daten erheblich, die in für diese Befähigung genannt wurden, und durch jene der Verbreitung von Informationsmedien und Inhalten zu ergänzen.

- Anteil der Vereinsmitglieder
- Anteil der ehrenamtlich Engagierten
- Anzahl der Ausbildungs- und Studienplatzwechsler
- Differenzierung der Berufsfelder
- Internet hosts (per 1000 people)
- Main telephone lines (per 1000 people)
- Public telephones (per 1000 people)
- Ausstattung mit Telefonen
- Personal computers (per 1000 people)
- Televisions (per 1000 people)
- Anteil Zeitungsleser
- Anteil Fernsehzuschauer
- Anteil Radiohörer
- Anteil Buchleser
- Zugang zu internationalen Medienangeboten (nach Medium)

Die Befähigung zur Gewissensfreiheit ist weitgehend deckungsgleich mit den Befähigungen der Bereiche 4, 5 und den bisher genannten des Bereiches 6. Die beschreibt in erster Linie die Möglichkeit, eine ethische Position zu entwickeln und zu haben und nach eigenen ethischen Gründen zu handeln. Daher sind die Möglichkeit der kritischen Reflektion aber auch der emotionalen Entwicklung von größter Relevanz. Über die bisher genannten Daten sind aber kaum zusätzliche Angaben möglich, so dass sich die Liste der Messinstrumente auf die Zusammenstellung der bei den Befähigungen, selbst eine Vorstellung vom Sinn des Lebens zu bilden, ein Gefühlsleben unversehrt von Angst oder Trauma zu entwickeln sowie derjenigen, kritisch über den eigenen Lebensplan zu reflektieren, genannten beschränkt.

7) Verbundenheit (A)

Die Befähigung, mit anderen zusammenzuleben beschreibt ein ganzes Bündel von einzelnen Eigenschaften von Personen, die nur schwer zu trennen sind. Darunter zählen grundlegende Fähigkeiten wie Sprachkompetenz ebenso wie eine emotionale Entwicklung oder aber Selbstrespekt. Weil nicht immer alle darunter zu fassenden Eigenschaften gleichermaßen auftreten müssen, ist es sinnvoll im Befähigungsmodell von diesem Bündel anstatt von dessen Aufschlüsselung auszugehen.

Dieses Bündel ist darüber hinaus relativ leicht in empirischen Daten zu erfassen, da Menschen nur in wenigen Ausnahmefällen nicht mit anderen zusammenleben, wenn sie dazu in der Lage sind. Insofern sind Isolationsfälle danach zu trennen, ob es sich um eine freiwillige oder um eine erzwungene Isolation handelt. Freiwillige Isolation beispielsweise aus religiösen Gründen spricht nicht für ein Fehlen der Befähigung. Erzwungene Isolation in Heimen und Sicherungsverwahrung ist ein gutes Indiz dafür, dass diese Befähigung nicht entwickelt ist. Auch wenn auf der Basis solcher Daten keine Verantwortlichkeit festgestellt werden kann, so ist auf ihrer Basis doch die Möglichkeit von Fallanalysen gegeben, um genau diese Verantwortlichkeit für das Fehlen der Befähigung zu klären.

- Personen in Sicherungsverwahrung
- Personen in psychologischer Zwangstherapie
- Personen in Erziehungsheimen
- Personen mit eingeschränkten Bürgerrechten

Zu den hier aufgeführten empirischen Daten muss angemerkt werden, dass sie wiederum nur in Gesellschaften mit bestimmten Institutionen einschlägig sind. Eine allgemeine Verfahrensweise für Personen, die nicht in der Lage sind, mit anderen zusammenzuleben, existiert nicht. Daher ist eine kultursensitive Adaption der jeweiligen empirischen Methoden notwendig. Einschlägig sind aber in jedem Fall die gesellschaftlichen Mechanismen, mit Personen umzugehen, die als Gefahr oder als nicht zum gesellschaftlichen Zusammenleben fähig angesehen werden. Die Möglichkeit dieses Umgangs reicht von extremen Maßnahmen wie Inhaftierung und zweifelhaften Therapien bis zu Erziehungsheimen und Sicherungsverwahrung oder auch Exilierung.

Die Befähigung, andere anzuerkennen und Sorge um andere zu zeigen wird im Rahmen einer Sozialisation und der Entwicklung eines Gefühlslebens in den meisten Fällen ausgebildet. Diese Befähigung ist einer der konstitutiven Bestandteile der zuvor genannten Befähigung, mit anderen zusammenzuleben. Die ist als notwendig, nicht jedoch als hinreichend für diese weitere Befähigung anzusehen. Personen, die nicht in der Lage sind, andere anzuerkennen, werden nicht in der Lage sein, mit ihnen zusammenzuleben, dennoch können Personen, die andere anzuerkennen in der Lage sind, nicht immer mit ihnen zusammenleben.

Die Erfassung auf der Basis empirischer Untersuchungen ist dementsprechend deutlich schwieriger. Eine genaue Zuordnung von solchen Fällen kann wahrscheinlich nur in psychologischen Untersuchungen vorgenommen werden. Diese sind aber für eine breite Untersuchung der Bevölkerung kaum geeignet. Rückschlüsse können aber vielleicht schon auf der Basis anderer Auffälligkeiten gezogen werden. So ist sowohl eine hohe Zahl von Gewaltverbrechen insbesondere unter Jugendlichen, wie auch eine hohe Zahl von Personen in Sicherungsverwahrung einschlägig. Ebenso kann die Mortalitätsrate bei Gewaltverbrechen herangezogen werden, da sie Aufschluss darüber geben kann, inwieweit ein Opfer noch als Mensch gesehen wird.

- Gewalkriminalitätsziffer
- Personen in Sicherungsverwahrung

- Mortalitätsrate bei Gewaltverbrechen (eventuell nach Tätergruppe differenziert)²¹⁶

Die Befähigung, mannigfaltige soziale Interaktionen einzugehen zielt darauf ab, dass Personen nicht in einen engen Rahmen der Interaktion eingezwängt sind, sondern über die Möglichkeit der Wahl in der Form der sozialen Interaktion verfügen. Diese Forderung geht direkt auf das leitende Ideal zurück, selbst eine Vorstellung vom guten Leben verfolgen zu können. Wenn die soziale Interaktion auf einen bestimmten Typus eingeschränkt ist, so ist dies kaum möglich.

Die Differenzierung der möglichen sozialen Interaktionen, die eine Person eingehen kann, ist am besten dadurch zu messen, wie breit das Angebot sozialer Interaktionen in ihrer Umgebung ist, dadurch ist zwar nicht sichergestellt, dass diese Person auch Zugang zu diesen sozialen Räumen hat, doch der Zugang wird durch die oben genannten Indikatoren sowohl der Befähigungen zur Verbundenheit, wie auch derer zu Gefühlen, Praktischer Vernunft, etc. gesteuert. Wie aber soziale Räume in empirischen Untersuchungen widerspiegelt werden können, ist stark von der jeweiligen Kultur anhängig. In Deutschland mit seinem etablierten Vereinswesen wäre dessen Erfassung wahrscheinlich eine Kennzahl, die in die Messung einfließen müsste. Die Form der sozialen Räume ist aber von Kultur zu Kultur unterschiedlich und die empirische Untersuchung muss auf diese Differenzen reagieren. Zentrale Untersuchungsbereich sind in diesem Zusammenhang in jeder Kultur der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und zum Arbeitsmarkt.

- Anzahl der Vereine je Region
- Anteil der Vereinsmitglieder
- Anteil der ehrenamtlich Engagierten
- Anteil der Befragten, die sich in Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik engagieren
- Anzahl der Besucher Kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen pro 100 Einwohner (pro Jahr)
- Arbeitslosenquote
- Langzeitarbeitslosigkeit

²¹⁶ Es lässt sich beispielsweise feststellen, dass bestimmte Tätergruppen, wie in Deutschland rechtsradikale oder in Amerika Ghettojugendliche, eine weit höhere Mortalitätsrate bei den von ihnen begangenen Gewaltverbrechen aufweisen. Dies kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass sie nicht in der Lage sind, ihre Opfer als Menschen anzuerkennen. Aus dieser Erkenntnis kann zwar keine Entschuldigung oder Strafmilderung abgeleitet werden, es bleibt aber die Einsicht, dass diesen Personen eine wichtige Befähigung fehlt, die durch ihre Lebensbedingungen an der Ausprägung gehindert worden ist.

Die Befähigung, sich in die Situation eines andern hineinzuversetzen und Mitgefühl für die Situation zu haben entwickelt sich ebenso wie die Befähigung zur Anerkennung und Sorge im Laufe einer normalen Sozialisation. In demselben Maße wie sie ist sie eine zentrale Bedingung für die Befähigung, mit anderen zusammenleben zu können und am besten durch psychologische Untersuchungen zu ermitteln. Beide Befähigungen sind nur schwer durch andere Daten zu ermitteln, es kann jedoch in beiden Fällen darauf verwiesen werden, dass die genannten Untersuchungen der Befähigung zu Anerkennung und Sorge auch hier einschlägig sind. Darüber hinaus sind kaum weitere empirische Untersuchungen möglich, die in einer breiten Erhebung erfasst werden könnten.

Ebenso verhält es sich mit der Befähigung zu Gerechtigkeit und Freundschaft, die kaum durch empirische Untersuchungen zugänglich ist. Sie nimmt eine Zwischenposition zwischen dem Bereich ‚Verbundenheit‘ und dem der Praktischen Vernunft ein. Gerechtigkeit und Freundschaft sind sowohl in der sozialen Interaktion wie auch als Elemente einer ethischen Vorstellung für ein menschliches Leben unverzichtbar. Sie sind jedoch bestenfalls durch individuelles Verhalten zu messen, und selbst dieses Verhalten divergiert zwischen den Kulturen und bereits zwischen einzelnen Personen so stark, dass es hierfür keinen plausiblen Indikator gibt, der über die bisher in den Bereichen ‚Verbundenheit‘ und ‚Praktische Vernunft‘ genannten hinausgeht.

Die Befähigung, sich frei mit anderen zu versammeln ist verhältnismäßig einfach zu erfassen. Empirische Untersuchungen müssen sich dafür nur auf tatsächliche Versammlungen und den Umgang mit ihnen konzentrieren. Darunter fallen sowohl private Versammlungen in Vereinen und Gruppen, wie auch öffentliche Kundgebungen, insbesondere Demonstrationen.

- Anteil der Vereinsmitglieder
- Anzahl der genehmigten / ungenehmigten Demonstrationen

Die Befähigung, frei seine Meinung zu äußern, ähnelt der im Bereich 4 bereits diskutierten Befähigung, sich frei auszudrücken. Im aktuellen Zusammenhang liegt der Schwerpunkt jedoch auf der politischen Meinungsäußerung, weniger stark auf dem Selbstaussdruck in künstlerischer Produktion. Daher ist die im Bereich 4 genannte Datenbasis um Untersuchungen darüber zu erweitern, wie mit politischen

und weltanschaulichen Versammlungen und Kundgebungen umgegangen wird. Die dafür zu Verfügung stehenden Daten sind folgende:

- Anzahl der genehmigten / ungenehmigten Demonstrationen
- Anteil der Befragten, die sich in Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik engagieren
- Internet hosts (per 1000 people)
- Personal computers (per 1000 people)
- Access to international Web-Services
- Erscheinen umstrittener oder kritischer Schriften
- Zensurdaten

7) Verbundenheit (B)

Die Befähigung, über die soziale Grundlage des Selbstrespekts und der Freiheit von Erniedrigung zu verfügen, ist diejenige Befähigung, die am wenigsten absoluten Charakter hat sondern vielmehr auch von den Lebensverhältnissen der jeweiligen Umgebung abhängt. Insofern ist sie stark von der jeweiligen Kultur abhängig. Wie das Beispiel von Adam Smith, das ‚linnen shirt‘, dessen ein englischer Arbeiter bedurfte, um in der Gesellschaft ohne Scham zu erscheinen, sind diverse kulturelle Eigenheiten für diese Befähigung auszuarbeiten. Dennoch kann auf der Basis schlichter Einkommensdaten zumindest eine Näherungsangabe darüber gemacht werden, ob breite Teile der Bevölkerung schlicht zu arm sind, um an den Bedingungen des Selbstrespekts zu partizipieren. Insbesondere bei starken Unterschieden innerhalb der Bevölkerung hinsichtlich Einkommen, Besitz aber auch beispielsweise Bildung ist davon auszugehen, dass die sozialen Grundlagen der Selbstachtung zumindest nur erschwert zugänglich sind. Daher sind neben den in Abschnitt 4 aufgezählten Bildungsdaten auch Einkommensdaten von Relevanz. Diese aber nicht als absolute sondern vielmehr als relative Daten. Verhältnisse der Einkommen, die von Belang sind, sind beispielsweise:

- Population below income poverty line (%)
- Share of income or consumption Poorest 20%
- Share of income or consumption Richest 20%
- Share of income or consumption Richest 20% to poorest 20%

Die Befähigung, als gleichwertiges Individuum mit der gleichen Würde wie andere angesehen zu werden hängt zu einen von der vorgenannten Befähigung ab über die sozialen Grundlagen des Selbstrespekts zu verfügen, zum anderen aber von der

folgenden Befähigung der Freiheit von Diskriminierung. Überall dort, wo bestimmte Personen oder Gruppen diskriminiert werden oder als minderwertig gelten, wird ihre gleiche Würde in Frage gestellt. Dabei ist es unerheblich, auf Basis welcher Eigenschaften Diskriminierung stattfindet, kennzeichnend ist die willkürliche und unbegründete Ungleichbehandlung, die einem Individuum die Gleichwertigkeit streitig macht.

Solche Diskriminierungen sind am besten im Rahmen von Untersuchungen zur Beteiligung von Minderheiten am gesellschaftlichen Leben zu erfassen. Die Daten hierzu sind allerdings nicht erschöpfend, weil Diskriminierung auch Personen erfassen kann, die keineswegs zu einer Minderheit gehören. Dennoch ist die Grenze zwischen begründeter und willkürlicher Ungleichbehandlung gerade im Falle von Minderheitenrechten und -schutz am besten zu beobachten. So ist die Befähigung, vor Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Kaste, Volkszugehörigkeit oder Nationalität geschützt zu werden durch Untersuchungen zu Rechten und Lebensbedingungen recht gut erfasst. Im Folgenden werden daher einige der wichtigsten Beispiele für Indikatoren dieser Befähigung genannt. Eine vollständige Auflistung ist aufgrund der Fülle des Datenmaterials nicht möglich.

- Female administrators and managers
- Female economic activity rate (age 15 and above)
- Female professional and technical workers
- Female unpaid family workers (as % of total)
- Stellung von Minderheitensprachen (Sprachunterricht, Amtssprache, etc.)
- Differenzierung von Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung nach Ethnischer Zugehörigkeit, Religionszugehörigkeit, etc.

Die Befähigung, als menschliches Wesen zu arbeiten schließt sowohl aus, dass Personen von der Arbeitswelt ferngehalten werden, als auch, dass sie bei der Arbeit den Status von Sachen haben. Diese Befähigung wird vornehmlich durch Sklaven- und Leibeigenschaftsverhältnisse verletzt, die dem Menschen die Möglichkeit nehmen, irgendeine Wahl hinsichtlich seiner Arbeit zu treffen. Die Formen der Leibeigenschaftsverhältnisse differieren von Kultur zu Kultur, sie sind aber durchweg dadurch gekennzeichnet, dass eine Person ihre Verfügungsgewalt über ihre Arbeitskraft, ihren Körper, ihren Besitz einer anderen ohne Gegenleistung und ohne Wahl überträgt.

Der Ausschluss von der Arbeitswelt ist nur durch eigene, freie und informierte Entscheidung zu rechtfertigen. Andere Formen des Ausschlusses müssen als Diskriminierung angesehen werden. Sie sind zum einen durch die oben genannten Indikatoren der Diskriminierung, andererseits aber auch durch Arbeitsstatistiken zu messen. Eine Aufschlüsselung der Arbeitsbevölkerung kann umfangreiche Aufschlüsse darüber gewähren, ob bestimmte Gruppen stärker unterrepräsentiert sind, als dies durch die freie Entscheidung der Mitglieder dieser Gruppen erklärt werden kann. In weiten Teilen der Welt trifft dies insbesondere Frauen, aber auch andere Beschränkungen, etwa nach Kaste oder nach Volkszugehörigkeit, sind nicht unbekannt. Da dieselben Daten wie zuvor für die Befähigung, vor Diskriminierung geschützt zu werden, einschlägig sind, ist auf diese zu verweisen. Zusätzliche Untersuchungsgegenstände sind:

- Leibeigenschaftsverhältnisse
- Leibeigenschaftsähnliche Abhängigkeitsverhältnisse
- Differenzierung von Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung nach Ethnischer Zugehörigkeit, Religionszugehörigkeit, etc.
- Arbeitslosenquote (nach Bevölkerungsgruppen)

Die Befähigung, praktische Vernunft bei der Arbeit auszuüben impliziert die Fähigkeit, Arbeitsprozesse so zu erfassen, dass sie sowohl in praktischer, wie auch in lebensweltlicher Hinsicht bewertet werden können. Damit ist nicht gemeint, dass jeder Arbeiter die technischen Details der Maschinerie, die er benutzt, oder gar des Produktionsprozesses verstehen muss. Es bedeutet jedoch, dass zumindest grundlegendes Verständnis davon herrschen sollte, was in der jeweiligen Arbeit getan wird. Ein Arbeitsverständnis, welches sich darauf beschränkt, zu wissen zu welchem Zeitpunkt welche Bewegung durchgeführt werden muss, ist für diese Befähigung nicht hinreichend. Vielmehr sollte der Mensch in die Kontroll- und Entscheidungshierarchie von Arbeitsprozessen eingebunden sein. Damit ist keine Festlegung über seinen Rang in dieser Hierarchie getroffen.

Diese Befähigung ist gerade in modernen Industriegesellschaften mehr und mehr gefährdet, die auf der Basis von Mechanisierung und Verlagerung von Kontroll- und Entscheidungsprozessen auf künstliche Systeme Arbeitssituationen schaffen, in denen Personen keinen Einfluss und keine Information über die Auswirkung ihrer Tätigkeit haben. Die genaue Position des Arbeiters in der genannten Kontroll- und Entscheidungshierarchie ist nur in Einzelfallprüfungen zu erfassen, es ist aber davon

auszugehen, dass mit steigendem Mechanisierungs- und Robotisierungsgrad die Einflussmöglichkeit des Menschen reduziert wird.

Allerdings ist auch dort diese Befähigung eingeschränkt, wo Arbeit gezwungenermaßen ausgeführt wird. Solche Verhältnisse sind jenseits allen Einsatzes moderner Technik möglich. Insbesondere in den bereits genannten Leibeigenschaftsverhältnissen wird Arbeit zur reinen physischen Leistung, zu der Arbeitende kein von Entscheidungsmöglichkeiten oder praktische Vernunft geprägtes Verhältnis entwickeln können.

- Leibeigenschaftsverhältnisse
- Leibeigenschaftsähnliche Abhängigkeitsverhältnisse
- Mechanisierungs- und Robotisierungsgrad

Die Befähigung, in bedeutungsvolle Beziehung zu anderen Arbeitern zu treten umfasst zum einen den breiten Bereich der sozialen Beziehungen, der in 7A abgehandelt worden ist, zum anderen aber natürlich die Möglichkeit zum kollektiven Auftreten gegenüber Arbeitnehmern oder zur Selbstorganisation bei Produktionsgemeinschaften, etc. Diese Befähigung ist desto einfacher zu messen, je höher der Institutionalisierungsgrad der jeweiligen Arbeitswelt ist. In Staaten mit festen Gewerkschaften ist es relativ leicht, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu ermitteln. Die Beziehung zwischen Feldarbeitern in der Subsistenzlandwirtschaft ist weit schwerer zugänglich. Das Format der empirischen Untersuchung hängt also von der Struktur des Wirtschaftslebens ab. Beispielsweise wären folgende Daten für eine hochorganisierte Arbeitswelt zu erfassen:

- Gewerkschaftlicher Organisationsgrad
- Betriebe mit Betriebsrat
- Vorhandensein von Gemeinschaftsräumen am Arbeitsplatz

8) Andere Spezies

Die Befähigung, in Beziehung zu Tieren, Pflanzen und der Welt der Natur zu leben und Sorge für diese zu empfinden ist am leichtesten anhand des tatsächlichen Zustandes der natürlichen Umwelt und des Verhältnisses der Personen zu ihr abzulesen. So sind Umwelt- und Emissionsdaten von großer Bedeutung, weil die sukzessive Zerstörung der natürlichen Umwelt diese Befähigung zunehmend in Frage stellt. Darüber hinaus sind aber auch Daten über Engagement im Naturschutz aufschlussreich, da sie direkt aufweisen, dass diese Befähigung vorliegt.

Problematisch wird es dort, wo unter Jugendlichen keine Vorstellung von der natürlichen Umwelt jenseits des Stadtviertels mehr vorliegt. Weil dies meistens Probleme sozialer Brennpunkte sind, sind solche Daten nicht immer leicht zugänglich. So hat beispielsweise die PISA Studie aufgezeigt, dass Jugendliche in einigen Stadtgebieten von Berlin den Begriff ‚Ferkel‘ nicht kennen, da Schweine in ihrer Lebenswelt nicht vorkommen.

Insofern sind durchaus auch andere Daten, wie etwas Bildungsinformationen oder auch Verkehrsleistung relevant für diese Befähigung. Weil Aspekte der Bildung und des Zugangs zur Freizügigkeit extra thematisiert worden sind, werden diese Informationen hier nicht wieder explizit aufgeführt. Es sei nur darauf verweisen, dass ohne grundlegende Bildung oder die Möglichkeit, ein Leben in direktem Kontakt zu anderen Spezies als Alternative für das eigene Leben zu sehen, auch die Befähigung, in Beziehung zu Tieren, Pflanzen und der Welt der Natur zu leben und Sorge für diese zu empfinden, eingeschränkt wird.

- Carbon dioxide emissions
- Major protected areas (as % of national territory)
- Sulphur dioxide emissions per capita (kilograms)
- Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil
- Stickoxid- Emissionen pro Einwohner
- Staub-Emissionen pro Einwohner

9) Spiel

Die Befähigung zu lachen, spielen und erholsame Aktivitäten zu genießen kann anhand der tatsächlichen Ausübung dieser Befähigung gemessen werden. Insbesondere die empirische Erfassung von Freizeitaktivitäten ist in vielen der entwickelten Ländern aufgrund des enormen Marktpotentials sehr ausgereift. Die dort vorhandenen Methoden sind zwar nicht immer ohne weiteres auf andere Kulturen zu übertragen, es scheint jedoch prinzipiell möglich, Aussagen über derartige Tätigkeiten auch dort zu treffen, wo die Marktforschung weniger vorhandene Daten vorweisen kann.

Diese Befähigung baut auch auf der emotionalen Entwicklung einer Person und ihrer Befähigung zur sozialen Interaktion auf. Insofern ist sie komplexer angelegt, als im ersten Anlauf vermutet werden kann. Die bereits genannten Untersuchungsmethoden zur Entwicklung eines Gefühlslebens oder zur Befähigung, mit anderen

zusammenzuleben, sind insofern auch einschlägig. Zusätzliche Daten zur empirischen Erfassung gerade der erholsamen Aktivitäten könnten die folgenden darstellen:

- Umfang der freien Zeit
- Bevölkerungsanteil mit häufiger sportlicher Betätigung
- Anteil aller Ausgaben für die Freizeit am ausgabefähigen Einkommen
- Restitutiver Einkommensanteil

10) (A) Politische Kontrolle über die eigene Umwelt

Die Befähigung, effektiv an den Entscheidungen zu partizipieren, die das eigene Leben bestimmen, ist exemplarisch an den Möglichkeiten der politischen Einflussnahme und der Organisation der politischen Entscheidungen abzulesen. Daher reichen einfache empirische Untersuchungen nicht aus, vielmehr muss eine Analyse der Verfassungs- und Verwaltungsorgane vorgelegt werden, die die Basis für mögliche empirische Untersuchungen liefert. So ist es beispielsweise nicht sinnvoll zu untersuchen, ob die Delegierten eines Oberhauses gewählt oder bestellt werden, wenn das Oberhaus rein repräsentative Aufgaben übernimmt und in der politischen Entscheidungsfindung keine Rolle spielt. Insofern können die hier genannten Untersuchungsgegenstände auch nur Beispiele sein, die der jeweiligen politischen Struktur anzupassen wären.

- Date of latest elections or appointments
- Anteil der Befragten, die sich in Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik engagieren
- Lower or single house Members elected (E) or appointed (A)
- Upper house or senate Members elected (E) or appointed (A)

Die Befähigung zu politischer Partizipation berechtigt zu sein geht über die Partizipation an Entscheidungen hinaus, insofern sie auch beispielsweise repräsentative Aufgaben umfasst, sie bleibt insofern dahinter zurück, als politische Partizipation auch so eingeschränkt sein kann, dass sie keinen Unterschied im Prozess der politischen Entscheidungsfindung spielt. Hier wird politische Partizipation immer auch als Zugang zu politischen Entscheidungsverfahren gedacht. Insofern ist die Datenbasis etwas breiter, muss aber wie in der eben diskutierten Befähigung der jeweiligen politischen Struktur gerecht werden.

In jeder Struktur muss es jedoch möglich sein, an der politischen Entscheidung teilzunehmen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen oder von anderen davon gewaltsam ausgeschlossen zu werden. Deshalb werden hier auch Flüchtlingsstatistiken als empirische Untersuchungsfelder erwähnt. Politische Flüchtlinge innerhalb eines Landes weisen darauf hin, dass die Partizipation bestimmter Gruppen gewaltsam unterdrückt wird.

- Date of latest elections or appointments
- Lower or single house Members elected (E) or appointed (A)
- Upper house or senate Members elected (E) or appointed (A)
- Voter turnout at latest elections
- Anteil der Parteimitglieder
- Anteil der Befragten, die sich in Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik engagieren
- Internally displaced people
- Refugees By country of origin

Die Befähigung, sich mit anderen frei zu Vereinigungen zusammenzuschließen bezieht sich sowohl auf Vereinigungen, die der sozialen Interaktion und Freizeit zuzurechnen sind, wie auch auf die Möglichkeit der kollektiven Verhandlung mit Arbeitgebern wie in der Befähigung, in sinnvolle Beziehung zu anderen Arbeitern zu treten gefordert. Darüber hinaus erfasst sie aber gerade auch politische und weltanschauliche Vereinigungen. Aus diesem Grunde ist über die in den zuvor genannten Befähigungen aufgeführten empirischen Materialien hinaus auf die Partizipation an solchen Vereinigungen abzuheben. Diese ist zwar gerade dann nur schwer zu ermitteln, wenn die Befähigung dazu aufgrund staatlicher Sanktionen eingeschränkt ist, doch scheint es möglich zu sein, beispielsweise über Dissidentenorganisationen auch Daten über die Möglichkeit der politischen Vereinigung zu erhalten.

- Anteil der Befragten, die sich in Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik engagieren

Die Befähigung, frei von staatlicher und privater Willkür nur durch allgemeingültige Gesetze beeinträchtigt das eigene Leben zu bestimmen benötigt Abwehrrechte und -maßnahmen gegen staatliche Willkür. Diese Formulierung wurde oben aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als Prinzip der Abwehr- und Schutzrechte hergeleitet. Sie kann daher an der tatsächlichen Beachtung gerade

dieser Rechte gemessen werden. Darunter fallen Zwangsmaßnahmen gegenüber Leib, Leben, Eigentum, freier Entfaltung, Bildung, etc., die durchweg in einzelnen Befähigungen aufgeschlüsselt werden. Insofern handelt es sich hier mehr um eine Generalklausel, die die Auslegung der Befähigungsliste nach einem totalitären Staatsverständnis ausschließen soll. Es gibt daher keine Sammlung von Daten, die es ermöglichen würde, allgemeine empirische Untersuchungen anzustellen. Vielmehr sind differenzierte Untersuchungen der Lebensverhältnisse in einzelnen Staaten unerlässlich, um diese Klausel zu operationalisieren.

Die Befähigung, die Staatsangehörigkeit zu wechseln kann anhand der tatsächlichen Wechsel der Staatsbürgerschaft in einem Land und dem Aufwand, den die betreffenden Personen dafür treiben müssen, gemessen werden.

- Emigration
- Aufwand des Wechsels der Staatsangehörigkeit

10) (B) Materielle Kontrolle über die eigene Umwelt.

Die Befähigung, Eigentum und Besitz an beweglichen und unbeweglichen Sachen zu haben und auszuüben, ist wie bereits in der Diskussion der Befähigungen aufgezeigt nicht dahingehend spezifiziert, was als eigentumsfähig gilt. Jedoch ist eine grundlegende Form des Eigentums an persönlichen Gegenständen, oder der Besitz an der Unterkunft, derer man bedarf, notwendig, um andere vom der Nutzung auszuschließen und eine Sicherheit des Überlebens zu gewährleisten.

Es gibt bereits umfangreiche Statistiken zur Verteilung von Einkommen und Besitz zwischen aber auch innerhalb von Staaten. Auf diese Daten kann ohne weiteres zurückgegriffen werden. Allerdings zeigen diese nicht das ganze Bild, weil sie die tatsächliche Verfügung über Eigentum und Besitz nicht widerspiegeln. Während dies insofern akzeptabel sein kann, als keine bestimmten Strukturen der Eigentumsrechte und Besitzrechte vorausgesetzt werden, können Situationen, in denen Menschen nur formal nicht jedoch faktisch über diese Rechte verfügen nicht erkannt werden.

Eigentums- und Besitzverhältnisse lassen sich außerdem anhand ihrer Weitergabe, also durch Handel, Schenkung, Leihe etc. empirisch erfassen, wenn diese minimal formalisiert sind. So ist etwa der Transfer von Grundstückseigentum in Ländern mit festen Eigentumseintragungen an Boden gut nachzuverfolgen. Allerdings ist dies in vielen Kulturen nicht der Fall, so dass eine Untersuchung solcher Vertragsabschlüsse an der kulturellen Wirklichkeit vorbei gehen kann. Nahezu unmöglich

nachzuverfolgen sind die unzähligen kleinen Transaktionen an Gütern des täglichen Bedarfs, wenn keine detaillierte Buchhaltung vorliegt. Überall dort, wo die Formalisierung und Verschriftlichung des Wirtschaftslebens gering ist, treten Probleme auf, Besitz- und Eigentumsverhältnisse und -sicherheit zu überprüfen. Eventuell hilfreich sind die Statistiken der Diebstahlsdelikte sowie der staatlichen Enteignungen.

- Gini Koeffizient
- Population below income poverty line (%)
- Share of income or consumption Poorest 20%
- Share of income or consumption Richest 20%
- Share of income or consumption Richest 20% to poorest 20%
- Kauf-, Schenkungs-, und Leihverträge
- Diebstahlkriminalitätsziffer
- Zahl der staatlichen Enteignungen

Die Befähigung, gleiche Eigentums- und Besitzrechte wie andere zu haben stellt auf die formale, rechtliche Gleichheit ab, nicht jedoch auf die materielle Gleichheit des Besitzes. Folglich ist sie relativ schwer zu messen, es sei denn, es ist möglich, Eigentums- und Besitzverhältnisse nach Gruppen zu differenzieren und dadurch den Anteil etwa von Minderheiten an den gesellschaftlichen Besitzverhältnissen zu klären. Zwar ist ein solcher Indikator nicht hinreichend, um von Ungleichheit in den Rechten auszugehen, er kann aber weitere Untersuchungen anstiften. So ist es durchaus möglich, dass der geringe Anteil einer Gruppe an den gesellschaftlichen Besitztümern auf bestimmte religiöse oder weltanschauliche Gründe zurückgeht, und keine diskriminierende Ungleichheit vorliegt.

Die in der zuvor genannten Befähigung angeführten empirischen Daten müssten also nach Bevölkerungsanteilen bzw. bestimmten Gruppen differenziert werden, um die Befähigung zu gleichen Eigentums- und Besitzrechten zu messen.

Die Befähigung, auf gleicher Basis wie andere Anstellung zu suchen, ist anhand der Daten zu ermitteln, die bereits im Rahmen der Befähigung, sich Bildung und Ausbildung anzueignen, genannt worden sind. Darüber hinaus sind Untersuchungen des Arbeitsmarktes von Belang. Um die Gleichheit im Zugang zum Arbeitsmarkt zu erfassen, müssten wie zuvor schon diese Daten nach Bevölkerungsgruppen differenziert werden. Umfangreiches Datenmaterial stellt bereits die International

Labour Organisation zur Verfügung. Darüber hinaus sind in den meisten Staaten die Arbeitsmärkte unter starker staatlicher Beobachtung, so dass diese Daten zwar nicht unbedingt öffentlich zugänglich, aber doch prinzipiell verfügbar sind.

- Unemployment rate (%)
- Incidence of long-term unemployment
- Part-time employment
- Teilzeitarbeitandrangsziffer
- Arbeitslosensicherungsquote

Die Befähigung, willkürlicher Durchsuchung und Beschlagnahmung zu entgehen ist wiederum schwerer zu erfassen, weil es sich hier explizit um staatliche Aktionen handelt, die von den jeweiligen Staaten möglicherweise genau gelistet werden. Diese Listen werden aber als Datenquelle für externe Untersuchungen kaum zur Verfügung stehen. Immerhin stehen sie dann zur Verfügung, wenn es sich nicht um systematisches staatliches Handeln sondern um Einzelfälle von Gesetzesübertretungen durch Exekutivorgane handelt. In diesen Fällen sind die Verfahren wegen unberechtigter Durchsuchung ein recht zuverlässiger Indikator, dies ist aber der Idealfall. Insofern muss in anderen Fällen auf Daten von Dissidentenorganisationen und internationalen Beobachtern zurückgegriffen werden.

- Verfahren wegen ungesetzlicher Durchsuchung oder Beschlagnahmung

Eine Sammlung aller genannten Indikatoren und soweit vorhanden beispielhafter statistischer Quellen findet sich im Anhang 3 *Indikatoren der Wohlfahrtsmessung*.

II.2.2. Indikatoren

Die Indikatoren ‚Bruttoinlandsprodukt‘ und ‚Human Development Index‘ sind zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung die zentralen Kriterien, anhand derer die Entwicklung eines Landes gemessen wird. Im des Befähigungsansatzes stehen die Einzelanalysen im Mittelpunkt, wobei auch sehr hohe Korrelationen untereinander oder mit einzelnen Indikatoren nicht als Berechtigung angesehen werden, diese anstatt der komplexeren Untersuchung zu verwenden. Korrelation ist immer nur ein statistischer Zusammenhang, sie gibt keinen Aufschluss über Verursachungsverhältnisse. Sie ist darüber hinaus nicht hinreichend empfindlich für Diskrepanzen in den empirischen Daten. Ein einzelner Index ist nicht in der Lage, mehr als eine Befähigung zu bemessen, und jede Aggregation von mehreren Daten

nimmt eine versteckte Aufrechnung der jeweilig gemessenen Befähigungen gegeneinander vor. Unabhängig davon, welche Werte bei dieser Aufrechnung angesetzt werden, dem Befähigungsansatz zufolge können unterschiedliche Befähigungen gerade nicht aufgerechnet werden, sie sind alle gleichermaßen notwendiger Bestandteil eines guten Lebens.

Im Folgenden werden die beiden genannten Indikatoren aufgeschlüsselt und kurz daraufhin geprüft, welchen Nutzen sie für die Untersuchung der Lebensverhältnisse eines Landes erbringen.

II.2.2.1. BIP

Das Bruttoinlandsprodukt (Gross Domestic Product, GDP) wird häufig bezogen auf die Einwohnerzahl als Indikator für wirtschaftliche Entwicklung herangezogen. Es stellt den nominalen Wert aller im Inland hergestellten Endprodukte und Dienstleistungen während eines bestimmten Zeitraumes (normalerweise ein Jahr) dar. Es handelt sich also um eine Kennzahl der wirtschaftlichen Produktivität einer Volkswirtschaft.

Die Nutzung als Kennziffer für Entwicklung insgesamt verdankt das BIP der Überlegung, die Partizipation der Bevölkerung am Wert der Produkte und Dienstleistungen würde über die Zeit hinweg immer breitere Bereiche der Bevölkerung erreichen. Der so genannte ‚trickle-down-Effekt‘ sollte dafür sorgen, dass es zwar weiterhin Ungleichheiten in den Anteilen an diesen Werten gäbe, dennoch alle Personen in einer Gesellschaft davon profitierten.

Diese Vorstellung ist später von Kuznet dahingehend korrigiert worden, dass Ungleichheit am Anfang der wirtschaftlichen Entwicklung erst zunehme, um erst später wieder abzunehmen. Letztlich aber sei das BIP deshalb eine sinnvolle Kennzahl, weil sie eben das bemesse, was einen materiellen Lebensstandard ausmache, und zwar gerade Waren und Dienstleistungen. Das Verteilungsproblem schreite aufgrund der natürlichen Verteilungseffekte von Volkswirtschaften sukzessive einer Lösung zu. Allerdings wird die so genannte Kuznet-Kurve, die den gerade dargestellten Zusammenhang beschreibt mittlerweile zunehmend in Zweifel gezogen. Weder ließ sie sich empirisch nachweisen, noch gilt die Verteilungstendenz innerhalb von Volkswirtschaften noch als zuverlässig. Daher wurde BIP auch im Rahmen der Grundbedürfnisorientierung als Kernindikator zumindest für die UN ersetzt.

Die Messung von Befähigungen ist durch diesen Index nicht möglich, in der obigen Aufschlüsselung möglicher empirischer Untersuchungen kommt das BIP dementsprechend auch nicht vor. Es handelt sich um eine Kennzahl, die nicht Lebensbedingungen von Personen sondern die Effizienz einer Volkswirtschaft kennzeichnet. Ihre durchweg hohe Korrelation mit vielen der genannten Indikatoren täuscht nur allzu leicht darüber hinweg, dass der Zusammenhang zwischen BIP und der beispielsweise täglichen Nahrungszufuhr weder zwingend noch eindeutig ist. Es können sowohl Länder mit relativ geringem BIP eine ausreichende Ernährung gewährleisten, als auch Länder mit hohem BIP hohe Zahlen an Unterernährung aufweisen.

Daher ist die Rolle, die das BIP in der Entwicklungshilfe spielen kann festgelegt. Zum einen ist es ein Indikator für wirtschaftliche Entwicklung. In dieser Rolle ist es unumstritten und gehört in das Standardinstrumentarium der Volkswirtschaftslehre. Zum anderen wird ihm häufig die Rolle als öffentlichkeitswirksamer Indikator zugesprochen, der die umfangreichen Fachdiskussionen auf eine einfache Kennzahl beschränkt, die zumindest ein annäherndes Maß für die Lebensumstände in einem Land gewährt. In dieser Rolle ist das BIP aber vollkommen überfordert. Es misst keine der diskutierten Befähigungen und gibt erschreckend wenig Aufschluss über die tatsächlichen Lebensumstände. Deshalb wurde er von der UN durch den Human Development Index abgelöst, der genau für die öffentlichkeitswirksame Kurzinformation geschaffen wurde.

II.2.2.2. HDI

Der Human Development Index ist ein aggregierter Wert aus Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen, der kombinierten Gesamteinschreibung in alle Schulformen und dem BIP pro Einwohner. Alle diese einzelnen Werte werden auf ein bestimmtes Intervall normiert und dann als Index auf diesem Intervall definiert. Die Formeln für diese Indexbildung werden im Anhang 2 *Der Human Development Index* aufgeführt, es sei hier nur darauf Verweisen, dass mit dem Bezug auf ein bestimmtes Intervall der Index bereits auf eine Norm festgelegt ist. So ist das Intervall des BIP pro Kopf {100\$, 40.000\$} obwohl keines der beiden Extreme erreicht wird. Ebenso verhält es sich mit der Durchschnittlichen Lebenserwartung die auf den Bereich zwischen 25 und 82 normiert wird. Die Differenz zum tatsächlich

beobachtbaren Extremwert und dem in der Berechnung festgehaltenen stellt keine feste Größe dar, sondern variiert.

Diese Einzelindizes werden in einem nächsten Schritt verrechnet, wobei jeder der drei Bereiche (Langlebigkeit, Bildung, und BIP pro Kopf) ein Drittel des Wertes beiträgt. Innerhalb des Bereichs Bildung werden zwei Drittel des Index durch die Alphabetisierungsquote der Erwachsenen und ein Drittel durch die Einschulungszahlen gestellt.

Diese Zusammenstellung ist gedacht, drei zentrale Bereiche menschlicher Befähigungen zu kombinieren, doch daran, dass sie dies tut, müssen zumindest im Falle des Lebensstandards Zweifel geäußert werden. Obwohl die Kombination in einen Gesamtindex wie bereits erwähnt Aufrechenbarkeit nahe legt, kann von diesem Problem deshalb abgesehen werden, weil der Index gerade nicht dazu gedacht ist, die Detailanalysen der Fachdiskussion abzulösen. Insofern mag das Befremden, dass ein zusätzliches Lebensjahr im unteren Bereich der Lebenserwartung gegen weit weniger BIP aufgerechnet werden kann, als im oberen Bereich, zurückgestellt werden. Die Aufrechnung ist nur eine aus der Berechnung resultierende Möglichkeit und keine Wertaussage. Allerdings muss gefragt werden, ob das BIP tatsächlich ein geeigneter Indikator für den Lebensstandard darstellt, oder ob diese Zahl nicht noch gewichtet werden müsste.

Es wäre ohne weiteres möglich, den Teilindex des Bruttoinlandsproduktes noch durch ein Verteilungsmaß, wie etwa den Anteil der ärmsten Quintile der Bevölkerung oder durch den Gini-Koeffizienten zu ergänzen. Eine solche Erweiterung würde zumindest eine etwas bessere Näherung an den Lebensstandard der Bevölkerung zulassen. Dennoch wäre auch in diesem Fall das Bruttoinlandsprodukt nur ein unzuverlässiger Indikator für den Lebensstandard, weil es wie oben dargelegt nicht individuelle Lebensumstände sondern die Leistung einer Volkswirtschaft misst.

Als öffentlichkeitswirksamer Gesamtindikator ist der HDI aber weit besser geeignet als das Bruttosozialprodukt. Er ist durchaus aussagekräftiger als dieses und nimmt auf eine breitere Datenbasis Bezug. Obwohl er keine neuen Erkenntnisse über die in ihm verrechneten Daten erbringt, kann er doch als ungefähres und etwas unpräzises Maß von Entwicklung der Lebensumstände verstanden werden.

II.2.3. Fazit

Das Konzept der Grundbefähigungen stellt nicht nur ein angemessenes Maß der Lebensbedingungen einer Person dar, indem es auf das komplexe Geflecht der Bedingungen eines autonom geführten, guten Lebens abhebt. Es ist überdies im Gegensatz zu den meisten anderen Konzepten auch der empirischen Untersuchung zugänglich. Tatsächlich bedarf es nicht vielmehr als einer Auswertung bereits vorhandener Daten des Human Development Report, um eine Einschätzung der Lebensbedingungen in den jeweiligen Regionen der Welt zu gewinnen. Diese Erfassung wäre zwar durch einige weitere empirische Untersuchung zu ergänzen und durch Auswertungen der politischen Strukturen der jeweiligen Länder eventuell zu korrigieren, dennoch kann auf dieser Basis ein treffenderer Einblick gewonnen werden, als auf der Basis anderer Konzepte und Messverfahren.

Insofern kann das Konzept der Grundbefähigungen auch ohne weiteres in die Praxis der Entwicklungshilfe übersetzt werden. Hier ist es darauf ausgelegt, nicht nur als Messinstrument für den Stand der Lebensbedingungen zu dienen, sondern auch Entscheidungen über Hilfsmaßnahmen daraufhin zu prüfen, ob sie dem normativen Anspruch, Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern, angemessen sind.

Seit dem Aufkommen der Grundbedürfnisorientierung wird wiederholt diskutiert, ob es einen Konflikt zwischen Grundbedürfnissen und wirtschaftlicher Entwicklung gebe. In der Diskussion wird oft die These vertreten, eine Grundbedürfnis- oder gar eine Grundbefähigungsorientierung sei ökonomisch irrational. Dieses Urteil geht jedoch von einem Verständnis der Entwicklungshilfe aus, welches deren Ziel außer Acht lässt.

Entwicklungshilfe wird in erster Linie geleistet, um die Situation von Menschen, die in tiefer Armut leben, zu verbessern. Es geht hier also um ein Ziel, welches der ökonomischen Analyse von außen vorgegeben wird. Das Urteil ökonomischer Rationalität kann sich somit auch nur an der jeweiligen Umsetzung der Entwicklungshilfe orientieren. Urteile über die ökonomische Rationalität von Entwicklungshilfe überhaupt sind uninteressant. Das ethische Urteil, Menschen seien nicht in Situationen extremer Armut zu belassen, mag zwar von Argumenten zur Stabilität der Weltwirtschaftsordnung oder anderen instrumentellen Überlegungen begleitet sein. Das ändert aber nichts daran, dass es sich hierbei in erster Linie um ein ethisches Urteil handelt, nicht um ein ökonomisches. Die Herleitung dieses Urteils ist

in den vorangegangenen Kapiteln expliziert worden. Das Ziel, Menschen den Zugang zu den Bedingungen eines guten Lebens zu ermöglichen, wird also im weiteren als Grundlage der ökonomischen Diskussion verstanden.

Damit entfallen bereits zwei Kritiklinien, die aus ökonomischer Perspektive möglich wären. Zum einen ist die Forderung nach Aufgabe der Entwicklungshilfe abzulehnen. Eine solche Forderung stützt sich normalerweise auf Argumente, die auf die Verzerrung der Weltmärkte aufmerksam machen. Demnach ist es für die entwickelten Staaten ökonomisch ineffizient, Entwicklungshilfe zu leisten. Und ebenso könne es für die Entwicklungsländer ineffizient sein, weil sie auf diese Weise an der knappheitsgemäßen Allokation durch den Weltmarkt keinen Teil hätten. Wie bereits deutlich geworden ist, kann aufgrund der ethischen Argumente hier nur erwogen werden, wie Entwicklungshilfe zu leisten ist, und nicht ob sie zu leisten ist.

Zum anderen wird die Ausrichtung der Entwicklungshilfe an volkswirtschaftlichen Kennzahlen, wie dem Bruttoinlandsprodukt, dessen Wachstum oder der Verschuldungsrate gefordert. Diese Forderung muss im Rahmen dieser Untersuchung als sekundär gekennzeichnet werden. Sie kann nur dann Gewicht erlangen, wenn durch die Ausrichtung der Entwicklungshilfe an solchen Kennzahlen der erste Beweggrund für den Hilfsaufwand eingelöst wird. Nur wenn es einen eindeutigen direkten kausalen Zusammenhang zwischen den genannten oder anderen Kennzahlen und den Lebensbedingungen der betroffenen Menschen gibt, kann es sich hierbei um Messzahlen für die Effizienz des Entwicklungsaufwands handeln.

Die Kritik muss sich also in erster Linie an den hier vorgeschlagenen Maßnahmen orientieren. Weil diese in gestaffelter Form auftreten, und der erste der beiden Schritte, die Grundbefähigungssicherung direkter Umsetzung in der Entwicklungshilfe bedarf, werden die beiden Schritte dort, wo es möglich ist, getrennt diskutiert.

Das Konzept der Grundbefähigungssicherung steht unabhängig von der jeweiligen Definition der Befähigungen unter drei zentralen Kritikpunkten. Der erste dieser Kritikpunkte beleuchtet den Effekt dieser Politik auf die Staatskosten. Eine konsequente Grundbefähigungssicherung kann nicht ohne erheblichen Aufwand geschehen, und auch wenn ein Teil dieses Aufwandes auf andere Träger verteilt werden kann, so ist doch davon auszugehen, dass die Kosten für den Staat erheblich sind. Gerade eine Grundbefähigungssicherung, die wie hier vorgeschlagen an

Befähigungen orientiert ist, erfordert wahrscheinlich einen erheblichen finanziellen Aufwand, der über den der reinen Subsistenzdeckung hinaus geht. Dennoch handelt es sich hier um eine Kritik, die weiterer Differenzierung bedarf. Die Tatsache, dass Ressourcen aufgewendet werden müssen, kann kein Argument gegen Maßnahmen sein. Es müsste gezeigt werden, dass diese Ressourcen ineffizient aufgewendet werden.

Die aufzubringenden Ressourcen können finanzieller Art sein, dies wird dann der Fall sein, wenn staatliche Investitionen, Aufträge oder Sozialleistungen angestrebt werden. Im Normalfall wird es sich aber um Produkte und Dienstleistungen handeln. Dies wird besonders dann der Fall sein, wenn Grundversorgung mit Nahrungsmitteln, Gesundheitsfürsorge, Bildungsmöglichkeiten etc. benötigt werden. Diese Produkte müssen nicht nur finanziert sondern auch an irgendeinem Markt beschafft werden. Dabei kann es sich sowohl um den Weltmarkt, wie auch um den Binnenmarkt handeln. Die jeweiligen Effekte auf die Wirtschaft des Landes sind gänzlich verschieden. Ebenso muss differenziert werden, wie die jeweiligen Produkte und Dienstleistungen finanziert werden. Die gängigen Modelle sind die Kreditaufnahme auf dem Weltfinanzmarkt, Kredite von Geberländern und internationalen Organisationen wie dem Weltwährungsfond oder der Weltbank, direkte Projektfinanzierung durch NGOs, Umlenkung von Ressourcen innerhalb des Landes, so beispielsweise durch Steuerpolitik, und letztlich die Finanzierung durch Exporterlöse.

Sowohl die Finanzierung wie auch die Investition in Grundbefähigungssicherung kann also durch Marktmechanismen und gegen die Marktmechanismen geschehen. Die höhere Effizienz der liegt sicherlich auf Seiten von Marktmechanismen. Die Kritik liegt aber darin begründet, dass es sich hier um Markttransaktionen zugunsten dritter handelt, die für die empfangenen Leistungen nicht selbst zu bezahlen in der Lage sind. Diese dritten sind daher für gewöhnlich auch nicht in der Lage, Marktmacht auszuüben, und die angebotenen Produkte und Dienstleistungen nach den Marktmechanismen zu bewerten. Dadurch erfährt das Angebot nicht die Marktpulse, die zu Effizienzsteigerung und Konsumentenorientierung führen. Es werden also möglicherweise Ressourcen für Leistungen verwendet, die an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbeigehen.

Die zweite zentrale Kritik am Grundbefähigungskonzept macht geltend, dass aufgrund der Versorgung der Not leidenden deren Motivation zur Markttätigkeit möglicherweise reduziert wird. Durch die Sicherung der Lebensbedürfnisse wären diese Personen nicht mehr auf die Teilnahme am Marktgeschehen und damit an der gesellschaftlichen Kooperation angewiesen. Dieses Argument kann auch gegen das Leximin-Verfahren in Anschlag gebracht werden und trifft jede Nation. Es handelt sich als nicht um ein speziell auf Entwicklungsländer gemünztes Argument. Vielmehr verbirgt sich dahinter die Frage, wie allgemein mit Trittbrettfahrerverhalten umzugehen ist. Personen, die von der gesellschaftlichen Kooperation profitieren, sich dieser aber verweigern sind nämlich das klassische Beispiel für Trittbrettfahrer.

Der letzte der drei Kritikpunkte nimmt direkt auf die ersten beiden Bezug, indem er darauf hinweist, dass die als ideal anzusehende marktförmige Allokation von Ressourcen durch diese Form von Hilfeleistungen verzerrt wird. Sowohl finanzielle Ressourcen bei der Bereitstellung der Hilfeleistungen wie auch die Arbeitskraft der betroffenen werden anders eingesetzt, als der Marktmechanismus vorgeben würde. Die betroffenen Bürger werden erst bei höheren Gehältern Arbeitsangebote annehmen, weniger Güter erwerben und zur Subsistenzsicherung produzieren.

Die erste dieser drei Kritiken ist wahrscheinlich am leichtesten zu entkräften. Der Ressourcenaufwand der Grundbefähigungssicherung kann so gestaltet werden, dass die Allokation den Bedürfnissen der Betroffenen entspricht. NGOs insbesondere selbständige Organisationen der Betroffenen sind durchaus in der Lage, diese Bedürfnisse zu artikulieren und an die jeweiligen Institutionen heranzutragen. Solche Organisationen haben zwar ebenso ein Eigeninteresse, welches sich nicht vollständig mit dem der Betroffenen deckt. Sie sind aber besser mit deren Problemlage vertraut, als Geberstaaten und deren Organisationen. Dementsprechend machen auch Weltbank und UNDP zunehmend Gebrauch von der Expertise dieser Gruppen.

Der zweite und dritte Kritikpunkt gehen beide von einer bestimmten, normativen Idee der idealen Marktallokation aus, die jedoch in Zweifel zu ziehen ist. Selbst wenn man annimmt, dass die Finanzierung der Befähigungssicherung auf Kosten des Entwicklungsstaates geht, so stünden den kurzfristigen Kosten wahrscheinlich langfristige Gewinne gegenüber. Die Sicherung der Grundbefähigungen versetzt nicht nur einen großen Teil der Bevölkerung in den Stand, die eigene

Daseinsfürsorge zu übernehmen, sondern sie führt damit auch zu einer langfristigen Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes. Grundbefähigungsdeckung bedeutet nicht nur Subsistenz sondern die Fähigkeit zu Teilnahme an der gesellschaftlichen Kooperation. Dazu gehört ebenfalls eine grundlegende Bildung der Bevölkerung sowie die Möglichkeit zur Partizipation sowohl in politischen wie auch in ökonomischen Institutionen.

Bildung und Partizipation ermöglichen durch zwei Effekte die Diversifikation der Produktion. Zum einen bedeutet Bildung immer eine Zunahme der Produktivität der Arbeitskraft. Arbeitskräfte können in breiteren Produktionsstrukturen eingesetzt werden und sind nicht auf die ungelernte Arbeit im Subsistenzsektor festgelegt. Zum anderen können Personen erst ab einem gewissen Bildungs- und Partizipationsgrad Einfluss auf das Marktangebot nehmen. Die voice-option an Märkten bedarf umfangreicherer Voraussetzungen als die exit-option. Sowohl auf Seiten der Produktion, wie auch der Konsumption haben Bildung und Partizipation also einen Einfluss zur Diversifikation des Marktes.

Diese Diversifikation beeinflusst aber nicht nur den Binnenmarkt, sondern schafft auch die Möglichkeit eine breitere Produktpalette, die dann auch industrielle Produkte enthält, auf dem Weltmarkt anzubieten. Die Exportkonzentration auf Rohstoffe kann somit aufgelöst, die Marktabhängigkeit gesenkt und der Exportgewinn durch Ausnutzung komparativer Kostenvorteile erhöht werden.

Sowohl empirische, wie auch Modelluntersuchungen haben gezeigt, dass die wirtschaftliche Situation der Länder, denen eine grundbedürfnisorientierte Hilfeleistung gewährt wurde, auch gemessen anhand des BIP verbessert werden konnte. In Modellsimulationen wurde gezeigt, dass eine Bedürfnisorientierung der Entwicklungshilfe sowohl die Deckung der Grundbedürfnisse wie auch eine Erhöhung des BIP erbringen konnte, während eine wachstumsorientierte Hilfeleistung zwar das Wachstumsziel erreichte – und auch in höherem Maße als die Grundbedürfnissicherung – jedoch für die Sicherung der Grundbedürfnisse nichts leistete.²¹⁷

Für eine Ausrichtung sowohl der Messung als auch der Entscheidungskriterien in der Entwicklungshilfe spricht also sowohl die ethische Rekonstruktion der Konzepte der

²¹⁷ Vgl. van der Hoeven 1988.

Gerechtigkeit, des guten Lebens und des Lebensstandards, wie auch die ökonomische Theorie und Praxis.

III. Anhänge

III.1. Anhang 1: Das Leximin-Verfahren

Das Leximin Verfahren kann folgendermaßen formalisiert werden:

Für jedes Paar sozialer Zustände x, y gilt xPy genau dann wenn es ein $r: 1 \leq r \leq n$ gibt, so dass

$$W_{r(x)}(x) > W_{r(y)}(y) \text{ und}$$

$$W_{i(x)}(x) = W_{i(y)}(y), \text{ für alle } i < n.$$

Falls andererseits $W_{i(x)}(x) = W_{i(y)}(y)$, für alle $i \leq n$ dann xIy

wobei P die strikte Präferenz, I die Indifferenz ausdrückt.

Im Gegensatz zur utilitaristischen Aggregationsformel bedarf die Leximin Formel der Messung der Wohlfahrtsniveaus also der ordinalen Messung. Hierbei wird das jeweilig erreichte Niveau der Wohlfahrt einer Person der Verteilungsentscheidung zugrunde gelegt. Es handelt sich also um eine tatsächliche Größe im Gegensatz zur kontrafaktischen Größe des Grenznutzens.

Dies bedeutet aber nicht, dass der Umfang der Ungleichheit der Wohlfahrtsniveaus messbar ist. Es bedeutet nur, dass hinsichtlich zweier zu vergleichender Personen ausgesagt werden kann, welche die höhere Wohlfahrt genießt.

III.2. Anhang 2: Der Human Development Index

Die jeweiligen Extremwerte der einzelnen Bereichsindizes sind:

Lebenserwartung bei Geburt {25 Jahre, 82 Jahre}

Alphabetisierungsquote unter Erwachsenen {0%, 100%}

Kombinierte Einschreibungen in Primär- Sekundär und Tertiärbildungsinstitute {0%, 100%}

Reales BIP pro Einwohner {\$100, \$40.000}

Die Formel für die Einzelindizes lautet:

$$\text{Index} = \frac{\text{Actual } x_i \text{ value} - \text{minimum } x_i \text{ value}}{\text{Maximum } x_i \text{ value} - \text{minimum } x_i \text{ value}}$$

wobei im Index ‚Bildung‘ die Kombination aus 2/3 Alphabetisierungsquote unter Erwachsenen und 1/3 Kombinierte Einschreibungen in Primär- Sekundär und Tertiärbildungsinstitute besteht.

Die Einzelindizes nehmen alle einen Wert zwischen 0 und 1 an, ihr Durchschnitt bildet den Human Development Index.

III.3. Anhang 3: Indikatoren der Wohlfahrtsmessung

Abolition of child labour	HDR*
Abtreibungen	
Access to international Web-Services	
Adoptionsfreigaben	
Adult literacy rate	HDR
Annual internal renewable water resources (cubic metres per capita)	HDR
Anteil aller Ausgaben für die Freizeit am ausgabefähigen Einkommen	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch F023
Anteil Buchleser	Stiftung Lesen, Lesen im Umbruch F034
Anteil der Befragten, die sich in Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik engagieren	Sozio-ökonomisches Panel P006
Anteil der Bevölkerung mit Fremdsprachenkenntnissen	EMNID; Institut für Demoskopie Allensbach B013
Anteil der ehrenamtlich Engagierten	Sozio-oekonomisches Panel P014
Anteil der Haushalte in Wohnungen ohne Küche in den Gebäuden und in Wohnungen in Unterkünften (außerhalb von Wohnungen des Wohnungsbestands) (in Prozent)	Statistisches Bundesamt, Fachserie 5 W008
Anteil der Parteimitglieder	Wohlfahrtssurvey P004, Allensbacher P005
Anteil der Personen in Privathaushalten, denen weniger als 0.5 Räume zur Verfügung stehen (in Prozent) (Personen unter Armutsstandard)	Statistisches Bundesamt, Fachserie 5 W005
Anteil der Personen in Privathaushalten, denen weniger als ein Raum zur Verfügung stehen (in Prozent)	Statistisches Bundesamt, Fachserie 5 W006
Anteil der Vereinsmitglieder	Wohlfahrtssurvey P013
Anteil Fernsehzuschauer	Media Perspektiven: Berg/Kiefer: Massenkommunikation IV F032
Anteil für Literatur oder andere Kunstwerke (Theater, Kino) an allen Ausgaben für die Freizeit	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch F024 F025
Anteil Radiohörer	Media Perspektiven: Berg/Kiefer: Massenkommunikation

	on IV F033
Anteil Zeitungsleser	Media Perspektiven: Berg/Kiefer: Massenkommunikati on IV F031
Anzahl der Ausbildungs- und Studienplatzwechsler	
Anzahl der Besucher Kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen pro 100 Einwohner (pro Jahr)	
Anzahl der genehmigten / ungenehmigten Demonstrationen	
Anzahl der Museumsbesuche pro 100 Einwohner (pro Jahr)	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch F003
Anzahl der Theater - und Konzertbesuche pro 100 Einwohner (pro Jahr)	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch F002
Anzahl der Vereine je Region	
Arbeitsbevölkerung ohne Ausbildung	Statistisches Bundesamt, Bildung im Zahlenspiegel
Arbeitslosensicherungsquote	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für A r b e i t – Jahreszahlen A028
Arbeitslosigkeitsquote (nach Bevölkerungsgruppen)	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit – Strukturanalyse A018
Aufwand des Wechsels der Staatsangehörigkeit	
Ausstattung mit Telefonen	Statistisches Bundesamt, Fachserie 15; Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch
Betriebe mit Betriebsrat	M P I f ü r Gesellschaftsforschu ng; Trade Unions in Western Europe since 1945 P010
Bevölkerungsanteil der über 65jährigen (% der Gesamtbevölkerung)	HDR
Bevölkerungsanteil mit häufiger sportlicher Betätigung	I n s t i t u t f ü r Demoskopie Allensbach F004
Births to mothers under 20	HDR

Carbon dioxide emissions	HDR, Statistisches Bundesamt, Statistisches JahrbuchU003
Children reaching grade 5 (%)	HDR
Contraceptive prevalence rate (%)	HDR
Daily per capita supply of calories	HDR
Daily per capita supply of fat	HDR
Daily per capita supply of protein	HDR
Date of latest elections or appointments	HDR
Diebstahlkriminalitätsziffer	Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik K002
Differenzierung der Berufsfelder	
Differenzierung von Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung nach Ethnischer Zugehörigkeit, Religionszugehörigkeit, etc.	
Doctors (per 100,000 people)	HDR
Durchschnittliche Mietbelastung (Anteil der Miete am verfügbaren Haushaltseinkommen (in Prozent))	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch; Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 W013
Emigration	
Erscheinen umstrittener oder kritischer Schriften	
Fahrleistungen im Individualverkehr pro Einwohner	Bundesverkehrsministerium, Verkehr in Zahlen U018
Female administrators and managers	HDR
Female economic activity rate (age 15 and above)	HDR
Female primary age group enrolment	HDR
Female professional and technical workers	HDR
Female secondary age group enrolment	HDR
Female tertiary students	HDR
Female unpaid family workers (as % of total)	HDR
Food aid	HDR
Food consumption (as % of total household consumption)	HDR
Food imports per capita	HDR
Food production per capita	HDR

Gebäude, Schreine, Altäre etc. mit religiösen Zwecken (nach Religionen)	
Genital Mutilation cases	
Gewaltkriminalitätsziffer	Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik K003
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	M P I f ü r Gesellschaftsforschu ng, Trade Unions in Western Europe since 1945 P009
Gini Koeffizient	EVS-Datenbank, Prof. Hauser, Universität Frankfurt a.M. I004, HDR
homicides	HDR
Inanspruchnahmequote von Früherkennungsuntersuchungen	BMG, Daten des Gesundheitswesens G025
Incidence of long-term unemployment	HDR
Infant mortality rate	HDR
Injuries and deaths from road accidents	HDR
Internally displaced people	HDR
International tourism departures	HDR
Internet hosts (per 1000 people)	HDR
Juvenile (crimes) convictions	HDR
Kauf-, Schenkungs-, und Leihverträge	
Kinder und Jugendliche unterhalb der Armutsschwelle	
Kindesaussetzungen	
Konfessionelle Bindung (nach Religionen) (Anteil der konfessionell Gebundenen)	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch P011
Krankenhausbetten pro 100.000 Einwohner	Statistisches Bundesamt, Fachserie 12, Reihe 6.1 G023
Langzeitarbeitslosigkeit	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für A r b e i t – Strukturanalyse A027
Lebenserwartung bei Geburt	SJB G001, HDR
Leibeigenschaftsähnliche Abhängigkeitsverhältnisse	

Leibeigenschaftsverhältnisse	
Lower or single house Members elected (E) or appointed (A)	HDR
Main telephone lines (per 1000 people)	HDR
Major protected areas (as % of national territory)	HDR, Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch U022
Malaria cases (per 100,000 people)	HDR
Maternal mortality ratio reported (per 100,000 live births)	HDR
Mechanisierungs- und Robotisierungsgrad	
Medizinische Behandlungen ohne Zustimmung des Patienten	
Missbrauchsziffer von Kindern	Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik K010
Mortalitätsrate bei Gewaltverbrechen (eventuell nach Tätergruppe differenziert)	
Nachfrage-Angebots-Relation von Ausbildungsplätzen	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht A024
Nötigungstatbestände	
Nurses (per 100,000 people)	HDR
Obdachlosigkeitsziffer	
One-year-olds fully immunized against measles (%)	HDR
One-year-olds fully immunized against tuberculosis (%)	HDR
Oral rehydration therapy use rate	HDR
Part-time employment	HDR, Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1 A00801
People killed by disasters	HDR
People living with HIV/AIDS	HDR
People who are functionally illiterate (% age 16-65)	HDR
People with academic grade	HDR
Personal computers (per 1000 people)	HDR
Personen in Erziehungsheimen	
Personen in psychologischer Zwangstherapie	
Personen in Sicherungsverwahrung / People incarcerated	Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe

	4.1 K030/HDR
Personen mit einer Lebenserwartung unter 40 (% der Gesamtbevölkerung)	
Personen mit einer Lebenserwartung unter 60 (% der Gesamtbevölkerung)	HDR
Personen mit eingeschränkten Bürgerrechten	
Personen ohne Religionszugehörigkeit	
Political Parties represented in lower/upper house	HDR
Population below income poverty line (%)	HDR
Population served By municipal waste services (%)	HDR
Population served By public sanitation services (%)	HDR
Population without access to health services	HDR
Population without access to safe water	HDR
Population without access to sanitation	HDR
Pregnant women with anaemia (%)	HDR
Primary age group enrolment (as % of relevant age group)	HDR
Printing and writing paper consumed (kilograms per capita)	HDR
Public telephones (per 1000 people)	HDR
Qualifizierte Bildungsstudien	
Rapes	HDR
Refugees By country of origin	HDR
Religiöse Würdenträger (nach Religion)	
Restitutiver Einkommensanteil	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch; Statistisches Bundesamt, Fachserie 15
Schulabgänger ohne Minimal-Schulabschluss	Statistisches Bundesamt, Bildung im Zahlenspiegel (Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) B003
Secondary age group enrolment(as % of relevant age group)	HDR
sexuelle Belästigung	
Share of income or consumption Poorest 20%	HDR
Share of income or consumption Richest 20%	HDR
Share of income or consumption Richest 20% to poorest 20%	HDR

Share of income or consumption Richest 20% to poorest 20%	HDR
Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch U002
Staub-Emissionen pro Einwohner	Statistisches Bundesamt, Statistisches JahrbuchU006
Stellung von Minderheitensprachen (Sprachunterricht, Amtssprache, etc.)	
Stickoxid- Emissionen pro Einwohner	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch U005
Sulphur dioxide emissions per capita (kilograms)	HDR, Statistisches Bundesamt, Statistisches JahrbuchU004
Teilnahmequote gesamte Weiterbildung	BMBF, Berichtssystem Weiterbildung VI B009
Teilzeitarbeitandrangsziffer	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit – Jahreszahlen A021
Televisions (per 1000 people)	HDR
Tertiary age group enrolment (as % of relevant age group)	HDR
Tertiary Graduation	HDR
Tertiary students in science (as % of all tertiary students)	HDR
Tuberculosis cases (per 100,000 people)	HDR
Umfang der freien Zeit	Institut für Demoskopie AllensbachF001
Under-five mortality rate (per 1,000 live births)	HDR
Under-weight children under age five	HDR
Unterernährte Kinder und Jugendliche	
Upper house or senate Members elected (E) or appointed (A)	HDR
Verfahren wegen ungesetzlicher Durchsuchung oder Beschlagnahmung	
Verkehrsleistung	Bundesverkehrsministerium, Verkehr in Zahlen V001
Vorhandensein von Gemeinschaftsräumen am Arbeitsplatz	
Voter turnout at latest elections	HDR

Wohnfläche pro Person	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch W004
Wohnräume pro Person	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch W003
Wohnungen pro Haushalt	Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch W001
Work Time	HDR
Youth literacy rate	HDR
Zahl der staatlichen Enteignungen	
Zensurdaten	
Zugang zu internationalen Medienangeboten (nach Medium)	
Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr	Sozio-oekonomisches Panel V012
Zugelassene Religionsgemeinschaften	

III.4. Literaturverzeichnis

- Ake, Claude 1987: The African Context of Human Rights. In: Africa today 34.
- Aristoteles 1995: Philosophische Schriften in sechs Bänden. Hamburg.
- Barnes, Jonathan 1980: Freedom, Rationality, and Paradox. In: Canadian Journal of Philosophy 10.
- Barnett, H. G. 1947: On Science and Human Rights. In: American Anthropologist 50.
- Becker, Gary S. 1993: Nobel Lecture: The Economic Way of Looking at Behaviour. In: Journal of Political Economy Vol 101, No. 3.
- Behme, Thomas 1995: Samuel von Pufendorf: Naturrecht und Staat, Göttingen.
- Beitz, Charles R. 2000: Rawls's Law of Peoples. In: Ethics 110.
- Bennett, John W. 1949: Science and Human Rights: Reason and Action. In: American Anthropologist 51.
- Bentham, Jeremy 1962: Works, Reprod. from the Bowring edition of 1838 - 1843 (Hg. Von John Bowring). New York.
- Bentham, Jeremy 1996: An introduction to the principles of morals and legislation (Hg von James H. Burns). Oxford.
- Bentham, Jeremy 2002: Rights, representation, and reform: nonsense upon stilts and other writings on the French revolution (Hg. von Philip Schofield). Oxford.
- Birnbacher, Dieter 1976: Einleitung zum Utilitarismus. In: Birnbacher, Dieter / Hoerster, Norbert (Hg.): Texte zur Ethik, München.
- Birnbacher, Dieter 1989: Neue Entwicklungen des Utilitarismus. In: Biervert, Bernd / Held, Martin (Hrsg.): Ethische Grundlagen der ökonomischen Theorie. Eigentum, Verträge, Institutionen. Frankfurt/M./New York.
- Birnbacher, Dieter 1996: Ambiguities in the concept of Menschenwürde. In: Kurt Bayertz (Hg.): Sanctity of life and Human Dignity. Dordrecht.
- Birnbacher, Dieter 1998: Der Streit um die Lebensqualität. In: Schummer, Joachim (Hg.) 1998: Glück und Ethik, Würzburg.

- Bohnen, Alfred 1992: Der hedonistische Kalkül und die Wohlfahrtökonomik. In: Gähde, Ulrich / Schrader, Wolfgang H. (Hg.): Der klassische Utilitarismus: Einflüsse – Entwicklung – Folgen, Berlin.
- Boyd, Richard 1988: How to be a Moral Realist. In: Sayre-McCord 1988
- Brandt, Reinhard 1974: Eigentumstheorien von Grotius bis Kant, Stuttgart-Bad Cannstatt.
- Brink, David O. 1989: Moral Realism and the Foundations of Ethics, Cambridge.
- Buchanan, Alan 2000: Rawls's Law of Peoples: Rules for a Vanished Westphalian World. In: Ethics 110.
- Burki, Shadid Javed / Ul Haq, Mahbub 1981: Meeting Basic Needs: An Overview. In: World Development Vol. 9.
- Carlyle, Thomas 1901: Jesuitism. In: Latter-Day Pamphlets, The Works of Thomas Carlyle, New York, 1901.
- Cheng, Chung-ying 1979: Human Rights in Chinese History. In: Comparative Civilisation Review 1.
- Chwaszcza, Christine 2000: Vorpolitische Gleichheit? Ronald Dworkins autonomieethische Begründung einer wertneutralen Theorie distributiver Gleichheit. In: Kersting 2000 Hg.
- Cicero, Marcus Tullius 1976: De officiis / Vom pflichtgemäßen Handeln. (Zitiert als ‚De off.‘). Stuttgart.
- Cicero, Marcus Tullius 1989: De finibus bonorum et malorum / Über das höchste Gut und das größte Übel (Zitiert als ‚De fin.‘). Stuttgart.
- Cohen, G. A. (1993). Equality of What? On Welfare, Goods, and Capabilities. In: Nussbaum / Sen Hg. 1993.
- Crocker, David / Linden, Toby (Hg.) 1998: Ethics of Consumption, Lanham / Oxford.
- Crocker, David A. 1992: Functioning and Capability – The Foundations of Sen's and Nussbaum's Development Ethics. In: Political Theory, Vol. 20, No. 4.
- Daniels, Norman (Hg.) 1975: Reading Rawls, Oxford.

- Daniels, Norman / Kennedy, Bruce / Kawashi, Ishiro (Hg.) 2000: Is Inequality bad for our Health?, Boston.
- Darwall, Stephen 1999: Sympathetic Liberalism: Recent Work on Adam Smith. In: Philosophy and Public Affairs 28.no 2.
- Darwall, Stephen 1999: Valuing Activity. In: Social Philosophy & Policy 16.
- De Kadt, Emanuel 1980: Some Basic Questions on Human Rights and Development. In: World Development, Vol 8.
- Deigh, John (Hg.) 2002: Symposion on Ronald Dworkin's Sovereign Virtue. In: Ethics Vol. 113.
- Donnelly, Jack 1985: The Concept of Human Rights, London / Sidney.
- Donnelly, Jack 1982: Human Rights as Natural Rights. In: Human Rights Quarterly 4.
- Donnelly, Jack 1984: Cultural Relativism and Universal Human Rights. In: Human Rights Quarterly 6.
- Dworkin, Ronald 1981: What is Equality Part 1: Equality of Welfare. In: Philosophy and Public Affairs 10, No. 3.
- Dworkin, Ronald 1981a: What is Equality Part 2: Equality of Resources. In: Philosophy and Public Affairs 10, No. 4.
- Dworkin, Ronald 1983: Comment on Narveson: In Defense of Equality. In: Social Philosophy & Policy Vol 1, Issue 1.
- Dworkin, Ronald 1987: What is Equality Part 3: The Place of Liberty. In: Iowa Law Review 1.
- Dworkin, Ronald 1987a: What is Equality Part 4: Political Equality. In: University of San Francisco Law review 22.
- Dworkin, Ronald 2000: Sovereign Virtue, Cambridge / London.
- Ebeling, Hans (Hrsg.) 1976: Subjektivität und Selbsterhaltung, Frankfurt am Main.
- Ehrenreich, Barbara 2001: Arbeit poor, München.
- Engels, Eve-Marie 1982: Die Teleologie des Lebendigen, Berlin.
- Euchner, Walter 1969: Naturrecht und Politik bei John Locke, Frankfurt am Main.

- Executive Board American Anthropological Association 1947: Statement on Human Rights. In: American Anthropologist 49.
- Feinberg, Joel 1970: Doing and Deserving. Princeton.
- Foucault, Michel 1976: Überwachen und Strafen, Frankfurt am Main.
- Fraser, Nancy 1998: Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition and Participation. In: Peterson, Grethe, B. (Hg.) 1998: The Tanner Lectures on Human Values 19 1998, Salt Lake City.
- Frey, R. G. (Hg.) 1984: Utility and Rights, Oxford.
- Gähde, Ulrich und Schrader, Wolfgang H. (Hgs.) 1992: Der klassische Utilitarismus, Berlin.
- Galtung, Johan 1994: Menschenrechte – anders gesehen, Frankfurt am Main.
- Gehrmann, Siegfried 1970: Naturrecht und Staat bei Hobbes, Cumberland und Pufendorf, Köln.
- Gewirth, Alan 1983: The epistemology of Human Rights. In: Social Philosophy & Policy Vol. 1, Issue 2.
- Gewirth, Alan 1984: Natural Law, Human Action, and Morality. In: Porreco, Rocco (Hg.) 1984: The Georgetown Symposium on Ethics, Lanham / New York / London.
- Gewirth, Alan 1984a: Practical Philosophy, Civil Liberties, and Poverty. In: The Monist Vol. 67, No. 4.
- Gewirth, Alan 1985: Rights and Virtues. In: Review of Metaphysica 38.
- Gewirth, Alan 1986: Economic Rights. In Philosophical Topics Vol. XIV, No. 2.
- Gewirth, Alan 1992: Human Dignity as the Basis of Rights. In: Meyer, Michael J. / Parent, William A. (Hg.) 1992: The Constitution of Rights, Ithaca / London.
- Gierke, Otto von 1981: Johannes Althusius, Aalen.
- Gosepath, Stefan 2001: The Global Scope of Justice. In: Metaphilosophy Vol 32 Nos. 1/2.
- Gosepath, Stephan (Hg.) 1999: Motive, Gründe, Zwecke. Frankfurt am Main.

- Gosepath, Stephan / Lohmann, Georg (Hg.) 1998: Philosophie der Menschenrechte, Frankfurt am Main.
- Griswold, Charles L. Jr. 1999: Adam Smith and the Virtues of Enlightenment, Cambridge.
- Grotius, Hugo 1950: Vom Recht des Krieges und des Friedens <Originalausgabe 1625>, Hg. von Walter Schätzel, Tübingen.
- Haksar, Vinit 1979: Equality, Liberty, and Perfectionism, New York.
- Hampton, Gene 1994: The failure of Expected Utility Theory as a Theory of Reason. In: Economics and Philosophy 10.
- Hare, R. M. 1981: Moral Thinking, Oxford.
- Hare, R. M. 1982: Ethical Theory and Utilitarianism. In: Sen / Williams (Eds.) 1982
- Harsanyi, J. C. 1953: Cardinal Utility in welfare economics and in the theory of risk-aking. In Journal for Political economy 63.
- Harsanyi, J. C. 1955: Cardinal welfare, individualistic ethics, and interpersonal comparisons of utility. In: Journal of Political Economy, 63.
- Harsanyi, J. C. 1977: Rational Behaviour and Bargaining Equilibrium in Games and Social situations. Cambridge.
- Hayek, Friedrich 1978: The Constitution of Liberty, Chicago.
- Hayek, Friedrich 1994: The Road to Serfdom, Chicago.
- Heinaman, Robert 1995: Aristotle and Moral Realism, London.
- Hicks, John Richard 1986: A Revision of Demand Theory, Oxford.
- Hirschman, Albert O. 1987: Leidenschaften und Interessen, Frankfurt am Main
- Hobbes, Thomas 1970: Leviathan, Stuttgart.
- Höffe Otfried 1992: Ethik und Politik. Frankfurt am Main.
- Höffe, Otfried (Hg.) 1977: Über John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main.
- Höffe, Otfried 1994: Kategorische Rechtsprinzipien, Frankfurt am Main.
- Höffe, Otfried 1996: Aristoteles, München.

- Höffe, Otfried 1998: Vernunft und Recht, Frankfurt am Main.
- Höffe, Otfried 1999: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München.
- Hume, David 1987: Of the Original Contract. In: ders. Essays, Moral, Political, and Literary, Edited by Eugene F. Miller, Indianapolis.
- Jhabvala, Farrokh 1984: On Human Rights and the Socio-economic Context. In: Netherlands International Law Review XXXI.
- Kämpf, Heike 2002: Politische Philosophie als Sprachkritik. Zum Machtdiskurs bei Judith Butler. In: Dialektik 2.
- Kant, Immanuel 1990: Metaphysische Anfangsgründe der Tugendlehre (Metaphysik der Sitten. Zweiter Teil). Hamburg.
- Kant, Immanuel 1992: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis - Zum ewigen Frieden. Hamburg
- Kant, Immanuel 1998: Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre (Metaphysik der Sitten. Erster Teil). Hamburg.
- Kant, Immanuel 1999: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Hamburg
- Kersting, Wolfgang (Hg.) 1997: Gerechtigkeit als Tausch?, Frankfurt am Main.
- Kersting, Wolfgang 1994: Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags, Darmstadt.
- Kersting, Wolfgang 2000 (Hg.): Politische Philosophie des Sozialstaats, Weilerswist.
- Kersting, Wolfgang 2000: Politische Solidarität statt Verteilungsgerechtigkeit. In: Ders. 2000 (Hg.).
- Kersting, Wolfgang 2000a: Einleitung. Probleme der politischen Philosophie des Sozialstaats. In: Ders. 2000 (Hg.).
- Khushalani, Yougindra 1983: Human Rights in Asia and Africa. In: Human Rights Journal Vol. 4 No. 4.
- Krebs, Angelika 2000: Gleichheit oder Gerechtigkeit, Frankfurt am Main.
- Kuper, Adrew 2000: Rawlsian Global Justice. In: Political Theory, Vol 28, No. 5.
- Kymlicka, Will 1989: Liberal Individualism and Liberal Neutrality. In: Ethics 99.
- Kymlicka, Will 1996: Politische Philosophie heute. Frankfurt am Main / New York.

- Lamont, Julian 1995: Problems of Effort-Based Distribution Principles. In Journal of Applied Philosophy Vol 12, No. 3.
- Lamont, Julian 1996: Distributive Justice. In The Stanford Encyclopedia of Philosophy (<http://plato.stanford.edu/entries/justice-distributive/> Views 11.06.2003).
- Locke, John 1970: Two Treatise of Government. (Hg. Von Peter Laslett). Cambridge.
- Long, A.A. / Sedley, D.N. 2000: Die Hellenistischen Philosophen, Stuttgart / Weimar.
- MacIntyre, Alasdair 1999: Social Structures and their Threats to Moral Agency. In: Philosophy 74.
- Mackie, J.L. 1990: Ethics. Inventing Rights and Wrong. London.
- Marx, Karl 1973: Kritik des Gothaer Programms. In: Marx, Karl / Engels, Friedrich – Werke, Band 19. Berlin.
- Marx, Karl 2002: Das Kapital. Köln.
- Melchior, Arne / Telle, Kjetil / Wiig, Hendrik 2000: Globalisation and Inequality – World Income Distribution and Living Standards 1960-1998, Report 6b of the Royal Norwegian Ministry of Foreign Affairs.
- Mill, John Stuart 1976: Der Utilitarismus, Stuttgart.
- Mill, John Stuart 1988: Über die Freiheit. Stuttgart.
- Miller, David 1976: Social Justice. Oxford.
- Myerson, R. 1981: Utilitarianism, egalitarianism, and the timing effect in social choice problems. In: Econometrica 49.
- Nagel, Thomas 1975: Rawls on Justice. In: Daniels (Hg.) 1975.
- Nagel, Thomas 1997: Justice and Nature. In: Oxford Journal of Legal Studies Vol 17, No. 2.
- Nagl-Docekal, Herta / Pauer-Studer, Herlinde (Hg.) 1996: Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität, Frankfurt am Main.
- Nida-Rümelin, Julian 1995: Kritik des Konsequentialismus, München.

- Nida-Rümelin, Julian 1999: Demokratie als Kooperation, Frankfurt am Main.
- Nozick, Robert 1974: Anarchy, State and Utopia. New York.
- Nussbaum, Martha / Craven Sen, Amartya (Hg.) 1993: The Quality of Life, Oxford.
- Nussbaum, Martha Craven 1988: Nature, Function and Capability: Aristotle on Political Distribution. In: Oxford Studies in Ancient Philosophy, Oxford.
- Nussbaum, Martha Craven 1997: Capabilities and Human Rights. In Fordham Law Review Vol 66.
- Nussbaum, Martha Craven 1999: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. (Hg. von Herlinde Pauer-Studer), Frankfurt/M.
- Nussbaum, Martha Craven 1999a: Der aristotelische Sozialdemokratismus. In: Nussbaum 1999: [Orig.: Aristotelian Social Democracy. In: Douglas, R.B./ Mara, G./ Richardson, H. (Hg.), Liberalism and the Good, New York 1990]
- Nussbaum, Martha Craven 1999b: Die Natur der Menschen, seine Fähigkeiten und Tätigkeiten: Aristoteles über die distributiven Aufgabe des Staates. In: Nussbaum 1999 [Orig.: Nature, Function, and Capability: Aristotle on Political Distribution. In Oxford Studies in Ancient Philosophy, Erg. Band 1988, S. 145-184.]
- Nussbaum, Martha Craven 2000: Woman and Human Development, Cambridge.
- O'Neill, Onora 1992: Justice, Gender, and International Boundaries. In: Nussbaum / Sen 1993.
- O'Neill, Onora 1997: Distant Strangers, Moral Standing and State Boundaries. In: Koller, P. / Puhl, K. (Hg) 1997: Current Issues in Political Philosophy: Justice in Society and World Order, Wien.
- Panikkar, R. 1982: Is the Notion of Human rights a Western Concept? In: Diogenes Vol 120.
- Parfit, Derek 1984: Reasons and Persons, Oxford.
- Platon 1998: Der Staat (Politeia). In: Ders: Sämtliche Dialoge (Hg. Von Otto Apelt). Hamburg.
- Pogge, Thomas W. 1988: Rawls and Global Justice. In: Canadian Journal of Philosophy Vol 18, No. 2.

- Pogge, Thomas W. 1997: Menschenrechte als moralische Ansprüche an globale Institutionen. In Koller, P. / Puhl, K. (Hg) 1997: Current Issues in Political Philosophy: Justice in Society and World Order, Wien.
- Pogge, Thomas W. 2001: Eradicating Systemic Poverty: brief for a global resources dividend. In: Journal of Human Development Vol. 2, No. 1.
- Pogge, Thomas W. 2001a: Priorities of Global Justice. In: Metaphilosophy Vol. 32, Nos. 1/2.
- Pollard, Sidney 1992: Der klassische Utilitarismus: Einflüsse, Entwicklungen, Folgen. In Gähde, Ulrich und Schrader, Wolfgang H. Der klassische Utilitarismus, Berlin.
- Pufendorf, Samuel von 1994: De officio hominis et civis iuxta legem naturalem <dt.> Über die Pflicht des Menschen und des Bürgers nach dem Gesetz der Natur (Hg. u. übers. von Klaus Luig). Frankfurt am Main.
- Pufendorf, Samuel von 1994a: De statu imperii Germanici <dt.> Die Verfassung des deutschen Reiches (Übers., Anm. und Nachw. von Horst Denzer) Stuttgart.
- Pufendorf, Samuel von 1998: De iure naturae et gentium <dt.> Acht Bücher vom Natur- und Völkerrecht. mit des weiterberühmten Jcti. Johann Nicolai Hertii und anderer Hoch-Gelehrten Männer außerlesenen Anmerckungen erl. und in die Teutsche Sprach übers. (Hg. Von Johann Nikolaus). Hildesheim
- Rachels, James (Hg.) 1998: Ethical Theory 1 – The Question of Objectivity, New York.
- Railton, Peter 1986: Moral Realism. In: Philosophical Review 95.
- Rawls, John 1975: A Kantian Conception of Equality. In: Cambridge Review 96.
- Rawls, John 1977: Gerechtigkeit als Fairneß (Hg. Von Otfried Höffe), München.
- Rawls, John 1982: Social unity and primary goods. In Sen and Williams 1982.
- Rawls, John 1987: The Idea of an Overlapping Consensus. In: The Oxford Journal of Legal Studies 7.
- Rawls, John 1996: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main.
- Rawls, John 1998: Politischer Liberalismus, Frankfurt am Main.

- Rawls, John 2001: Justice as Fairness. A Restatement (Hg. by Erin Kelly), Cambridge / London.
- Reese-Schäfer, Walther 1997: Grenzgötter der Moral, Frankfurt am Main.
- Rescher, Nicholas (Hg.) 1986: Current Issues in Teleology, Lanham, New York / London.
- Roemer, John E. 1996: Theories of Distributive Justice. Cambridge and London.
- Rousseau, Jean Jacques 1981: Sozialphilosophische und Politische Schriften. München.
- Rousseau, Jean Jaques 1997: *Emile oder Von der Erziehung*. In: Ders. Werke in vier Bänden. München.
- Samuelson, Paul A. / Nordhaus, William D. 1998: Volkswirtschaftslehre, Wien / Frankfurt.
- Sayre-McCord Geoffrey (Hrsg.) 1988: Essays on Moral Realism, Ithaca.
- Scanlon, Thomas M. 1992: Value, Desire and Quality of Life. In: Nussbaum / Sen 1993.
- Scanlon, Thomas M. 1998: The Status of Well-Being. In: Peterson, Grethe, B. (Hg.) 1998: The Tanner Lectures on Human Values 19 1998, Salt Lake City.
- Scattola, Merio 1999: Das Naturrecht vor dem Naturrecht, Tübingen.
- Schlothfeld, Stefan 1999: Erwerbslosigkeit als sozialetisches Problem, Freiburg / München
- Schneewind, J. B. 1998: The Invention of Autonomy, Cambridge.
- Scitovsky, Tibor 1977: Psychologie des Wohlstandes, Frankfurt am Main / New York.
- Sen, Amartya 1969a: Necessary and Sufficient Conditions for Rational Choice under Majority Decision. In Journal of Economic Theory 1.
- Sen, Amartya 1969b: Quasi-Transitivity, Rational Choice and Collective Decision. In Review of Economic Studies 36.
- Sen, Amartya 1970: Collective Choice and Social Welfare, San Francisco
- Sen, Amartya 1973: On Economic Inequality, Oxford

- Sen, Amartya 1980: *Equality of what* Tanner Lecture on Human Values 1979, in Sen 1982b.
- Sen, Amartya 1982: Rights and Agency, In Philosophy and Public Affairs 11.
- Sen, Amartya 1982b: Choice, Welfare and Measurement, Oxford.
- Sen, Amartya 1983: Poor, Relatively Speaking. In Oxford Economic Papers 35, wiederabgedruckt in und zitiert nach Sen 1984a.
- Sen, Amartya 1984: Rights and Capabilities. In: Sen 1984a.
- Sen, Amartya 1984a: Ressources, Values and Development, Cambridge.
- Sen, Amartya 1984b: Ethical Issues in Income Distribution. In: Sen 1984a
- Sen, Amartya 1984c: Economics and the Familiy. In: Sen 1984a
- Sen, Amartya 1986: Food, economics and entitlements. Elmhirst lecture 1985. In: Lloyds Bank Review 160.
- Sen, Amartya 1987: The Standard of Living, The Tanner Lectures 1985, Cambridge.
- Sen, Amartya 1998: Reason before Identity. The Romanes Lecture 1998, Oxford.
- Sen, Amartya 1998a: Mahbub ul Haq: The Courage and Creativity of His Ideas. In: Journal of Asian Economics 10.
- Sen, Amartya 1999: Development as Freedom, New York.
- Sen, Amartya 2001: Gender Equity and the Population Problem. In: International Journal of Health Services Volume 31, No. 3.
- Sen, Amartya K. and Williams, Bernard (Eds.) 1982: Utilitarianism and beyond, Cambridge.
- Shahid Javed Burki and Mahbub Ul Haq 1981: Meeting Basic Needs: An Overview. In: World Development Vol 9, pp 167-182.
- Sher, George 1987: Desert. Studies in moral, political and legal philosophy, Princeton.
- Shue, Henry 1993: Negative Duties Toward All, Positive Duties toward Some. In: Juviler, Peter / Gross, Bertram (Hg.) 1993: Human Rights for the 21st Century, Armonk / New York / London.

- Sidgwick, Henry 1981: *The Methods of Ethics* (Hg. Von John Rawls). Indianapolis / Cambridge.
- Smith, Adam 1963: *Works*, Reprint of the edition 1811-1812, Otto Zeller (Hg.), Aalen.
- Stegmüller, Wolfgang 1983: *Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Band I Erklärung – Begründung – Kausalität*, Berlin / Heidelberg / New York.
- Streeten, Paul 1980: *Basic Needs and Human Rights*. In *World Development* Vol. 8 pp. 107-111.
- Streeten, Paul 1984: *Basic Needs: Some Unsettled Questions*. In: *World Development* 12 no. 9.
- Striker, Gisela 1983: *Oikeiosis in Stoic Ethics*. In: Annas, Julia (Hg.): *Oxford Studies in Ancient Philosophy*, Vol I 1983, Oxford.
- Striker, Gisela 1987: *Origins of the Concept of Natural Law*. In: Clearly, John J. (Hg.) 1987: *Proceedings of the Boston Area Colloquium in Ancient Philosophy*, Vol II, Lanham / New York / London.
- Sturma, Dieter (Hg.) 2001, *Person. Philosophiegeschichte – Theoretische Philosophie – Praktische Philosophie*, Paderborn.
- Sturma, Dieter 1992: *Gerechtigkeitsethik*, in: A. Pieper (Hg.), *Geschichte der neueren Ethik*, Zweiter Band, Tübingen.
- Sturma, Dieter 1997: *Philosophie der Person*, Paderborn.
- Sturma, Dieter 2000: *Universalismus und Neoaristotelismus*. In: Kersting Hg. 2000.
- Sturma, Dieter 2000a: *Zwischen Universalismus und Relativismus: Die europäische Idee der Menschenrechte*, in: *Essener Unikate* 14, Essen.
- Sturma, Dieter 2001: *Person und Menschenrechte*. In: Dieter Sturma (Hg.) 2001.
- Sturma, Dieter 2001: *Jean-Jacques Rousseau*, München.
- Sumner, L. W. 1996: *Welfare, Happiness, and Ethics*, Oxford.
- Suppes, P. 1966: *Some Formal Models of Grading Principles*. In *Synthese* 6.
- Taylor, Charles 1986: *Human rights: the legal culture*. In: UNESCO: *Philosophical foundations of human rights*, Paris.

- Taylor, Charles 1996: Thinking about Minorities. In Dissent 15.
- Taylor, Charles 1995: Das Unbehagen an der Moderne. Frankfurt am Main.
- Tuck, Richard 1979: Natural Rights Theories, Cambridge.
- Van der Hoeven, Rolph 1988: Planning for basic needs: A soft option or a solid policy? Aldershot / Brookfield.
- Van Praag, B.M.S. 1992: The Relativity of the Welfare Concept. In: Nussbaum / Sen 1993.
- Wall, Steven 1998: Liberalism, Perfectionism and Restraint, Cambridge.
- Weber-Schäfer, Peter 1976: Einführung in die antike politische Theorie, Darmstadt.
- Woodfield, Andrew 1976: Teleology, Cambridge.